



*DR. HERMANN EHLERS  
(1952–1954)*



*DR. GERHARD SCHRÖDER  
(1955–1978)*



*DR. ROBERT TILLMANN'S  
(1954–1955)*



*PROF. DR. ROMAN HERZOG  
(1978–1984)*



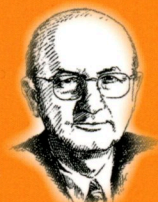
*ALBRECHT MARTIN  
(1984–1990)*



*DR. ANGELA MERKEL  
(1992–1993)*



*PETER HINTZE  
(1990–1992)*



*JOCHEN BORCHIERT  
(1993–2003)*



*THOMAS RACHEL  
(SEIT 2003)*

**1952–2012 • 60 Jahre EAK der CDU/CSU**

**Evangelische Verantwortung gestern und heute**



**1952-2012 • 60 JAHRE**  
**EVANGELISCHER AREITSKREIS DER CDU/CSU**

# Autoren

## **Albrecht Martin**

9.7.1927

*Studiendirektor, Minister*

1956-1963 Mitglied des Stadtrates Oppenheim (CDU), 1964-1986 Mitglied des Stadtrates Bad Kreuznach, 1967-1991 MdL Rheinland-Pfalz, 1974-1985 Landtagspräsident, 1982-1988 stv. Vorsitzender des LV Rheinland-Pfalz, 1984-1990 Bundesvorsitzender des EAK, 1985-1989 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Rheinland-Pfalz, 1991-1997 nebenamtliches Mitglied der Kirchenleitung der Ev. Kirche im Rheinland.

## **Gottfried Mehnert**

14.11.1927

*Ev. Pfarrer, Publizist*

Studium der evangelischen Theologie und Religionswissenschaft in Berlin (1947-49) und Marburg (1949-52); 1956 Promotion zu Dr. theol. in Marburg und Eintritt in den kirchlichen Dienst in Kiel, haupt- und nebenamtlicher Redakteur im kirchlichen Pressewesen und Gemeindepfarrer bis 1990. Von 1972 bis 1990 im Vorstand des EAK Schleswig-Holstein, von 1974 bis 1988 Mitglied des Bundesvorstands des EAK. Von 1990 – 2009 Vorsitzender des EAK im CDU-Kreisverband Marbug-Biedenkopf.

## **Christian Meißner**

26.10.1968

*Evangelischer Theologe, Pastor*

Studium der evangelischen Theologie in Berlin, Erlangen und Heidelberg (1987-1995) und der Klassischen Philologie in Berlin (1995-1996), Vikariat in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (1996-1998), Dienst im Religionsunterricht und in der Krankenhausseelsorge in Berlin und Brandenburg (1999-2003), Ordination zum ehrenamtlichen pastoralen Dienst in der EKBO (2001), seit 2003 Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

Albrecht Martin  
Gottfried Mehnert  
Christian Meißner

DER  
EVANGELISCHE ARBEITSKREIS  
DER CDU/CSU  
1952-2002

WERDEN, WIRKEN UND WOLLEN

ISBN 978-3-00-037436-4

Alle Rechte vorbehalten!

© Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Berlin 2012

Satz und Druck: UBG-Betriebs GmbH, Rheinbach

Printed in Germany

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort Thomas Rachel MdB	7
I Die Gründung – Motive und Ansätze	9
II Evangelische Verantwortung Hermann Ehlers und Robert Tillmanns 1952-1955	15
III Mittler zwischen Union und Kirche Gerhard Schröder 1956-1978	39
IV Verantwortung für die freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung Roman Herzog 1978-1984	79
V Dialog mit evangelischer Kirche und Theologie Albrecht Martin 1984-1990	99
VI Der Weg in die Deutsche Einheit Peter Hintze 1990-1992	111
VII Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in seinem fünften Jahrzehnt Angela Merkel 1992-1993 Jochen Borchert 1993-2003	119
VIII Der Evangelische Arbeitskreis in den Jahren 2002-2012 Thomas Rachel (seit 2003)	141
Nachwort: Verantwortung vor dem Worte Gottes	193
Lebensläufe der Bundesvorsitzenden	197
Übersicht über alle Bundestagungen und EAK-Bundesvorstände von 1952-2011	201

Übersicht über die Theologischen Gespräche in Bonn und Berlin	225
Literaturverzeichnis	
Quellen	235
Sekundärliteratur	235
Sachregister	239
Personenregister	247
Bildverzeichnis	257
Fußnoten	261



Liebe Leserin, lieber Leser,

vom 14. bis 16. März 1952 fand unter der Leitung von Hermann Ehlers die allererste Tagung des Evangelischen Arbeitskreises in Siegen statt. Im Zentrum dieser Gründungsveranstaltung stand ein Begriff, der bis heute für den EAK zentral und prägend geblieben ist und der aus gutem Grund seit 1953 den Namen unseres Magazins trägt: Evangelische Verantwortung. Evangelische Verantwortung vor Gott und den Menschen bedeutete für den EAK von Anfang an, evangelische Christinnen und Christen für die Mitarbeit in der Politik zu gewinnen und das Bewusstsein für die Notwendigkeit des persönlichen Einsatzes für das Gemeinwesen auch von dezidiert protestantischer Seite aus zu stärken und zu fördern.

Schon Hermann Ehlers litt unter der fehlenden Bereitschaft vieler Menschen auf evangelischer Seite, sich selbst der politischen Verantwortung zu unterziehen. Er kritisierte: „Wir haben im deutschen Protestantismus viel zu lange die Vorstellung gehabt, dass man zwar leicht Bürgermeister und Oberbürgermeister, Ratsherren und Landtagsabgeordnete, Staatssekretäre, Minister, Bundesminister und Bundestagsabgeordnete kritisieren könne, dass man aber das Vorrecht habe, sich von der Mitarbeit und dem Hineingehen in die gleiche Verantwortung peinlich fern zu halten, um in Neutralität und Objektivität umso gründlicher darüber urteilen zu können.“

In der Bindung an das Wort der Heiligen Schrift, in der Erkenntnis der Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben und der damit verbundenen Nichtvertretbarkeit- bzw. Nichtdelegierbarkeit der eigenen glaubensgebundenen Gewissensentscheidung warb und wirbt der EAK deshalb bis heute unermüdlich für sein ganz besonderes Verständnis von politischer Verantwortung: Eine Verantwortung, bei




der das gemeinsame Ringen um die besten Antwortversuche auf die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Sachfragen der Zeit aufs Engste mit der Wertegebundenheit und Integrität des persönlichen Glaubens- und Lebenszeugnisses verbunden ist.

Diese Veröffentlichung aus Anlass unseres 60. EAK-Geburtstages, die als Band Nr. 2 unserer Reihe „Evangelische Verantwortung – gestern und heute“ erscheint, stellt eine vom EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner überarbeitete und ergänzte Neuauflage der mittlerweile vergriffenen Festschrift von Dr. Gottfried Mehnert und Albrecht Martin aus dem Jahre 2002 dar, die nun die gesamte bisherige Geschichte des EAK bis zum heutigen Tage beleuchtet. Neben den drei Autoren gilt mein besonderer Dank für die Mithilfe an diesem Buch auch den beiden ehemaligen Referenten der EAK-Bundesgeschäftsstelle, Melanie Liebscher und Nicolas Basse, sowie Johanna Schulze, die sich – neben dem mühseligen Geschäft des Korrekturlesens – vor allem auch um die Überarbeitung und Ergänzung sämtlicher Anhänge verdient gemacht hat. Für weitere Zuarbeit und Unterstützung danke ich ferner Silke Adam, Peter Egen, Bernhard Felmberg, Jürgen Langen, Sören Roos, Julia Scheel und Simone Scholz.

Ich wünsche mir, dass der EAK auch in den künftigen Jahrzehnten dieses einzigartige, unverwechselbare und lebendige Diskussionsforum bleibt, das die Union in ihrer unverzichtbaren Selbstverpflichtung auf das „C“ weiterhin prägt und nach vorne führt. Dieses Buch soll auch ein Zeugnis dafür sein, dass und wie es möglich ist, auf der Basis des christlichen Menschenbildes ein klares Profil zu zeigen und einen aktiven Beitrag gegen Demokratieverdrossenheit und für Glaubwürdigkeit und Wertebindung in der Politik zu leisten.

Berlin, im März 2012



Thomas Rachel MdB  
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

# I. Die Gründung – Motive und Ansätze

Schon in der Entstehungszeit der Christlich Demokratischen Union im Jahre 1945 sind evangelische Persönlichkeiten hervorgetreten, die bereit waren, sich zusammen mit katholischen Christen in einer politischen Partei zu engagieren, die sich ausdrücklich als „christliche“ Partei bezeichnete. Sie stammten teils aus Kreisen der Bekennenden Kirche, teils auch aus der früheren evangelisch-sozialen Bewegung und dem in der letzten Phase der Weimarer Republik entstandenen Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD). Ein Schwerpunkt lag dabei in dem evangelisch geprägten Gebiet des Rheinlandes, indem sich evangelische Mitglieder der Christlich-Demokratischen Partei (CDP) auf Initiative des Wuppertaler Rechtsanwalt Otto Schmidt zusammenfanden<sup>1</sup>. Unter den Beteiligten fanden sich unter anderem der frühere Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr, der Kölner Bankier Robert Pferdenges, Gustav Heinemann aus Essen, Studienrat Hellmut Lauffs aus Düsseldorf, der Wuppertaler Pfarrer Hermann Lutze, der Teilnehmer an der Bekenntnissynode von Barmen 1934 war, und der Düsseldorfer Pfarrer Friedrich Linz.

Auch in anderen Regionen Deutschlands schlossen sich evangelische Christen der sich bald überall nach dem Berliner Vorbild „Christlich Demokratische Union“ nennenden Partei an. In Westfalen traten Otto Rippel in Hagen und Ernst Bach in Siegen hervor, in Hannover Oberkirchenrat Adolf Cillien und Arnold Fratscher, in Berlin Robert Tillmanns, in Oldenburg Oberkirchenrat Hermann Ehlers und der Synodalpräsident Ministerialrat Alfred Gramsch, in Württemberg die aus dem Christlich-Sozialen Volksdienst stammenden Paul Bausch und Wilhelm Simpfendorfer, in Hessen Annemarie Heiler, in Schleswig-Holstein<sup>2</sup>, wo die Gründer der CDU fast ausschließlich evangelisch waren, der Rendsburger Landrat Theodor Steltzer, Carl Schröter und der Kieler Pastor Paul Husfeldt, der 1946 der erste Präsident des schleswig-holsteinischen Landtags war.

Diese rege Beteiligung bekannter Persönlichkeiten kann und soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den evangelischen Kirchen auch erhebliche Bedenken gegen eine „christliche“ Partei bestanden. Die theologischen Exponenten dieser kritischen Position waren vor allem der Schweizer Theologe Karl Barth, der Religionspädagoge Oskar Hammelsbeck, der aus der religiös-sozialistischen Tradition kommende Günther Dehn, die aus der württembergischen „Kirchlich-theologi-

schen Sozietät“ stammenden Theologen Hermann Diem und Paul Schempp sowie Martin Niemöller, die allesamt zur Bekennenden Kirche gehörten und – zumeist auch – in der so genannten Dialektischen Theologie verwurzelt waren.

Aber es waren eben auch Mitstreiter der Bekennenden Kirche, die sich nun gemeinsam mit katholischen Christen in der Christlich Demokratischen Union (CDU) zusammenfanden, in der der Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann den einzig wirklichen Neuanfang und das einzige fortschrittliche Element in unserer Gesellschaft gesehen hatte. Der Zwiespalt in der Evangelischen Kirche, der hier hervortrat, verschärfte sich in den folgenden Jahren. Einen besonders scharfen Akzent setzte dabei Martin Niemöller in einem Interview mit der „Neuen Zeitung“ im Dezember 1949, in dem er äußerte, die Bundesrepublik sei „von Rom gezeugt und von Washington geboren“, und weiter behauptete, dass Deutschland seine Stellung als starke protestantische Macht auf dem europäischen Kontinent verloren habe und der Bund heute ein katholischer Staat sei. Das traf natürlich die evangelischen Christen tief, die sich in den Unionsparteien zusammen mit den katholischen Christen für den Aufbau eines neuen Gemeinwesens einsetzten, zumal sie gerade in den stark katholisch geprägten Gebieten des Rheinlandes die Erfahrung gemacht hatten, dass sie als evangelische Christen in der CDU respektiert wurden. Mehr noch: Konrad Adenauer, damals Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone, setzte sich nachdrücklich für die konfessionsübergreifende Gemeinsamkeit ein und forderte geradezu eine „Verdeutlichung des evangelischen Beitrags“<sup>3</sup>. Den leistete in den Jahren 1946-1948 besonders die „Evangelische Tagung Rheinland“, ein Zusammenschluss evangelischer CDU-Mitglieder, der sich zu regelmäßigen Arbeitstagungen zusammenfand, und einer der Wegbereiter des späteren Evangelischen Arbeitskreises war<sup>4</sup>.

Für die Evangelischen in der CDU war von Anfang an die Interpretation des Attributs „christlich“ im Namen der Partei wichtig. Denn einige evangelische Theologen hatten – wie schon erwähnt – diese Bezeichnung für eine Partei in Frage gestellt, was auch Auswirkungen auf große Teile der evangelischen Bevölkerung hatte. Gerade deshalb suchten die evangelischen Kreise in der CDU das Gespräch mit der Evangelischen Kirche, das aber über erste Ansätze im Rheinland nicht hinaus kam. Der Versuch, mit dem Rat der EKD ins Gespräch zu kommen, blieb erfolglos<sup>5</sup>. Gleichwohl aber stand mit Gustav Heinemann, dem Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, eine Spitzenpersönlichkeit der Evangelischen Kirche mit in vorderster Reihe der CDU, der trotz seines eigenen Vorbe-

halts gegen die Bezeichnung „christlich“ im Parteinamen seine Kirche aufforderte, „das theologische Störfeld gegen die CDU einzustellen“<sup>6</sup>.

Den evangelischen Abgeordneten des ersten Deutschen Bundestages Gerd Bucerius, Oberkirchenrat Hermann Ehlers, Oberkirchenrat Eugen Gerstenmaier, Gerhard Schröder und Robert Tillmanns erschien Gustav Heinemann als die geeignete repräsentative, evangelische Persönlichkeit für die erste Bundesregierung Adenauers, und sie erreichten es, dass die Fraktion gegen die starken Vorbehalte des Kanzlers die Berufung Heinemanns zum Innenminister durchsetzte.<sup>7</sup> Doch schon binnen eines Jahres demissionierte Gustav Heinemann, weil er die von Adenauer eingeschlagene Politik der Westintegration ablehnte. Heinemann hatte sich schon im Mai 1950 gegen den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat ausgesprochen, weil er darin eine Vertiefung des Grabens zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands sah.<sup>8</sup> Zum offenen Bruch kam es, als Adenauer unter dem Eindruck des vom kommunistischen Nordkorea ausgelösten Koreakrieges und der Aufstellung militärisch gerüsteter Polizeieinheiten in der DDR gegenüber den westlichen Alliierten die Bereitschaft erklärte, „im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingentes zu leisten“, jedoch die Aufstellung einer nationalen militärischen Macht ablehnte.<sup>9</sup>

Der Rücktritt Heinemanns am 9. Oktober 1950 erregte großes Aufsehen in der Öffentlichkeit und irritierte vor allem die evangelischen Christen. Aber nicht eigentlich Heinemann war der Antipode der Politik Adenauers und der CDU im evangelischen Spektrum, sondern der Hessen-Nassauische Kirchenpräsident Martin Niemöller und mit ihm der Bruderrat der EKD, dessen „Darmstädter Erklärung“ vom 4. Oktober 1950 den Zwiespalt verschärft hatte. Während die Spitzen der EKD und einige lutherische Landeskirchen sich mehr oder weniger deutlich von Niemöllers Vorgehen distanzieren, fand es in Teilen der evangelischen Bevölkerung Zustimmung. Das zeigte sich bereits bei den Landtagswahlen des Herbstes 1950. Die CDU musste besonders in evangelisch geprägten Gebieten erhebliche Stimmenverluste hinnehmen<sup>10</sup>. Vor allem aber hatte das Bestreben, evangelische Christen für die Christlich Demokratische Union zu gewinnen, einen herben Rückschlag erlitten. Die Evangelischen in der CDU ließen sich aber nicht entmutigen. Beim Goslarer Parteitag Ende Oktober 1952 standen sie zu Adenauers Außen- und Sicherheitspolitik<sup>11</sup>. Und als herausragende evangelische Persönlichkeit trat nun in der CDU an die Stelle Heinemanns der am 19. Oktober

1950 zum Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählte Hermann Ehlers. In das durch Heinemanns Ausscheiden frei gewordene Amt des Innenministers wurde als ein weiteres evangelisches CDU-Mitglied Robert Lehr (bis 1950 Leiter der Evangelischen Tagung Rheinland) berufen. Der Oldenburgische Oberkirchenrat Hermann Ehlers – wie Heinemann und Niemöller, mit denen er befreundet war, aus der Bekennenden Kirche kommend – genoss hohes Ansehen in der Evangelischen Kirche in Deutschland, deren Grundordnung er als Jurist maßgeblich mitgestaltet hatte. Er respektierte die Gewissensgründe Heinemanns und billigte auch Niemöller das Recht zu politischen Stellungnahmen zu, wenngleich er dessen Ausdrucksweise für unglücklich hielt. In der Sache vertrat er die von ihm als politisch realistisch eingeschätzte Politik Adenauers<sup>12</sup>.

Bei aller persönlichen Freundschaft und Gesprächsbereitschaft mit den Brüdern aus der Bekennenden Kirche wurde jedoch der Graben zwischen ihnen und Ehlers in der Folgezeit immer tiefer. Obwohl er grundsätzlich mit ihnen die gesamtdeutsche Perspektive und das politische Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands teilte, sah er – anders als Heinemann, dessen Option die Neutralität Deutschlands war – den realistischen Weg in der Westbindung der Bundesrepublik und in der Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Der Streit um den deutschen Wehrbeitrag in einem europäischen Rahmen erregte nicht nur die politische Öffentlichkeit in Deutschland, sondern riss auch in der Evangelischen Kirche schmerzliche Gräben auf. In weiten Kreisen der evangelischen Bevölkerung war die „Ohne-mich“-Parole verbreitet, die für die Ablehnung der Politik der Bundesregierung kennzeichnete und auch die weitgehende Distanz zur CDU ausdrückte. Das war schließlich Ende 1951 auch der Anlass zu Überlegungen, wie diese Distanz zwischen der evangelischen Bevölkerung und Kirche einerseits und der CDU andererseits überwunden werden könnte.

In dieser Situation regte der Siegener Oberbürgermeister Ernst Bach, der zugleich Bundesschatzmeister der CDU war, in einem Brief an Konrad Adenauer an, „einen evangelischen Ausschuss der CDU zu bilden, der sich besonders die Werbung evangelischer Bürger für die CDU zur Aufgabe macht und auch führende evangelische Kreise mit Material versieht“<sup>13</sup> und sich als Gesprächspartner für evangelische Geistliche und andere führende Persönlichkeiten in evangelischen Jugendorganisationen und karitativen Verbänden anbietet. Schon vorher hatte Hermann Ehlers im Einvernehmen mit Ernst Bach und den Bundestagsabgeordneten Friedrich Holzapfel und Robert Tillmanns führende evangelische CDU-Mit-

Kirchenpräsident  
D. Martin Niemöller

Wiesbaden, den 17. April 1952  
Hermannstraße 3 - Telefon 25607

N/Ga

Herrn  
Dr. H. Ehlers  
Präsident des Deutschen  
Bundestages  
B o n n



Lieber Bruder Ehlers!

Bei meiner Rückkehr aus Amerika fand ich hier ein kurzes Schreiben von Ihnen mit einem Sonderbericht über die CDU-Tagung in Siegen vor. Zugleich bitten Sie mich "um freundliche Kenntnisnahme".

Es wird mir einigermassen schwer, von einer Tagung "freundlich" Kenntnis zu nehmen, in der es lediglich darum gegangen ist, evangelische Politiker für den Kurs des Mannes zu gewinnen, der von denen, die ihm sachlich opponieren, nichts Besseres zu sagen weiss, als dass sie entweder "Dummköpfe" oder "Verräter" seien.

Und dass das kein einzelner Ausreisser ist, wird dadurch unter Beweis gestellt, dass mit diesem Sonderbericht, den Sie mir übersenden, zugleich eine "Warnung vor Niemöller" veröffentlicht wird, ohne dass die Quelle angegeben ist, sodass ich nicht einmal prüfen kann, wie weit hier korrekte Übersetzung oder freie Konstruktion vorliegt.

Ich muss Sie also bitten, damit zufrieden zu sein, dass ich von dieser ganzen Sache Kenntnis genommen habe.

Mit freundlichen Grüßen

*M*  
J. Niemöller

1. Antwortbrief Martin Niemöllers auf den Bericht Hermann Ehlers vom Gründungsakt des EAK in Siegen 1952.

glieder zu einem „Meinungsaustausch über die Wahrnehmung der evangelischen Verantwortung innerhalb der CDU“ eingeladen. Nach zweimaligem Treffen kam man überein, eine Tagung für evangelische CDU-Mitglieder für den 14. - 16. März 1952 nach Siegen einzuberufen<sup>14</sup>. Sie wurde die Geburtsstunde des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.



2. Hermann Ehlers, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises von 1952-1954.

## II. Evangelische Verantwortung

In dem Einladungsschreiben, mit dem Hermann Ehlers Ende November 1951 führende evangelische CDU-Mitglieder zur Vorbereitung der Siegener Tagung eingeladen hatte, stand der Schlüsselbegriff, der das Wollen und Wirken des Evangelischen Arbeitskreises von Anfang an prägte: *Evangelische Verantwortung*. Ein Jahr nach der Siegener Tagung wurde er auf Vorschlag Ehlers als Titel für das monatliche Mitteilungsblatt des Arbeitskreises gewählt und ist es bis heute geblieben. Verantwortung vor dem Worte Gottes bedeutete für Hermann Ehlers zugleich, politische Verantwortung aus den Kräften des Glaubens heraus wahrzunehmen. Es bekümmerte ihn, dass so wenige evangelische Christen dazu bereit waren. Im September 1951 schrieb er in der Wahlzeitung für die Bremer Bürgerschaftswahl:

„Wir wissen genau, dass wir darunter leiden, dass auf evangelischer Seite viele Menschen nicht bereit sind, in eine politische Verantwortung zu gehen. Sie ziehen es vor, am Rande des politischen Geschehens zu stehen, zu kritisieren, oft genug ohne hinreichende sachliche Kenntnis, und den anderen die politische Verantwortung zu überlassen“<sup>15</sup>.

Die Siegener Tagung sollte in dieser Hinsicht werbend wirken. Sie sollte den evangelischen Christen zeigen, dass evangelische Belange in der CDU zur Geltung kommen können, wenn man bereit ist, in die politische Verantwortung zu gehen. Zu der als Delegiertentreffen angelegten Arbeitstagung waren evangelische Mitglieder der CDU aus allen Bundesländern und der CSU Bayerns eingeladen worden. Es sollte aber auch das Gespräch mit der Evangelischen Kirche gesucht werden. Deshalb hatte Ehlers Einladungen an die evangelischen Landeskirchenleitungen gesandt. Die Antwortschreiben der Kirchenführer, vor allem der lutherischen Bischöfe, waren durchweg freundlich, zum Teil wohlwollend hinsichtlich der Absicht, die evangelischen CDU-Mitglieder zu sammeln, zum Teil aber auch reserviert. Es gab auch grundsätzliche Bedenken einiger Kirchenleitungen, an parteipolitischen Veranstaltungen teilzunehmen. Immerhin entsandten die Landeskirchen Baden, Bayern, Hannover und Westfalen Beobachter<sup>16</sup>.

Die Wahl Siegens als Tagungsort hatte mehrere Gründe. Einer war, dass Ernst Bach, der zum engsten Vorbereitungskreis gehörte, als Oberbürgermeister von Siegen und als Bundesschatzmeister bereit war, die organisatorische Vorbereitung



Der Bischof  
der evangelisch-lutherischen Kirche  
in Lübeck

S. Lübeck, Den 4.3.1952  
Ehrl. Post- 21  
General-Postamt-Str. 21v/9  
Telefon-Nr. 997

196-Tr. \_\_\_\_\_

An den  
Präsidenten des Deutschen Bundestages,  
Herrn Dr. Ehlers  
R o m m

Lieber Herr Dr. Ehlers!

Herzlich danke ich Ihnen für Ihre freundliche Einladung zu der Tagung der evangelischen CDU-Mitglieder in Siegen. Ich würde außerordentlich gern kommen, aber leider bin ich in den Tagen schon so besetzt, dass ich nicht abkommen kann. Ich nehme an, dass solche Tagungen öfter stattfinden, und, wenn Sie mich wieder einladen sollten, werde ich mit allen Kräften versuchen, daran teilzunehmen. Dass meine hiesige Aktion nicht so ausgefallen ist, wie Sie und ich es gehofft hatten, werden Sie schon gehört haben. Ich habe hier eine geradezu wilde und fanatische Reaktion erlebt und habe auf die Mitgliedschaft in Landesverband verzichtet, weil es ja wohl sinnlos wäre, mit leuter Rajonetten im Rücken daran teilzunehmen. Ich bin aber Mitglied in der Partei geblieben, trotz des penetranten Widerpruches, und danke es auch so bleiben. Haben Sie nochmals herzlichsten Dank für Ihren Besuch hier in Lübeck und für Ihren Vortrag, der doch wenigstens in einigen Gemütern auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Mit freundlichsten Grüßen

Ihr ergebener

*Panne.*

3. Reaktion des Bischofs der Evangelischen Kirche in Lübeck auf die Einladung zur Gründungstagung nach Siegen 1952.

zu übernehmen. Ein anderer, wohl noch wichtigerer Grund bestand darin, dass das Siegerland eine starke evangelische politische Tradition besaß. Hier hatte schon in der Reichstagswahl 1912 Lic. Reinhard Mumm, der Schwiegersohn Adolf Stoekers, den Wahlkreis für die Christlich-Soziale Partei gewonnen, den er später auch für die Deutschnationalen 1919 errang<sup>17</sup>. Und hier hatte der Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD) am Ende der Weimarer Republik bei Wahlen 32,8 Prozent der Stimmen gewonnen<sup>18</sup>. Nun fanden die alten Christlich-Sozialen im Siegerland in der neuen Christlich Demokratischen Union ihren politischen Standort.

Die thematische Konzeption der Siegener Tagung war wesentlich bestimmt durch die damals aktuelle Auseinandersetzung um den deutschen Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und damit zugleich auch um die Deutschlandpolitik und die Frage der Wiedervereinigung. Entsprechend lautete das Leitthema der Tagung: „Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“. Besondere Aktualität erhielt es durch die am 10. März, vier Tage vor dem Beginn der Siegener Tagung, bekannt gewordene Note der Sowjetunion, in der diese von den Westalliierten eine Vier-Mächte-Konferenz über einen deutschen Friedensvertrag forderte und darüber hinaus die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschland mit eigenen nationalen Streitkräften vorschlug.

Der größte Teil der rund 200 Teilnehmer der Siegener Tagung war verständlicherweise von dieser Thematik angezogen, die unter der Leitung von Hermann Ehlers in einem von drei Arbeitskreisen, der dasselbe Thema wie die gesamte Tagung hatte, diskutiert wurde. Die Situation in der Evangelischen Kirche hatte Anfang des Jahres dadurch schärfere Konturen erhalten, dass gegen die Gruppierung um Niemöller und Heinemann, die die entschiedene Ablehnung eines deutschen Wehrbeitrags als einzige christlich gebotene Haltung betrachtete, eine Anzahl evangelischer Repräsentanten, unter ihnen der Hannoversche Landesbischof Hanns Lilje, der Kirchentagspräsident Reinhold von Thadden-Trieglaff, Akademiedirektor Eberhard Müller (Bad Boll) und der Hannoversche Oberkirchenrat Erich Ruppel, eine Stellungnahme abgegeben hatte<sup>19</sup>. Darin hieß es, Deutschland dürfe zwar die Waffen nicht wieder aufnehmen, um die alte nationale Machtstellung zurück zu gewinnen, aber andererseits sei es nicht der von Gott befohlene Weg der Buße, „wollten wir sagen, es sei unserem Volk auch verwehrt, gemeinsam mit seinen Nachbarn diese und uns, den Frieden und das Recht vor der erneuten Bedrohung durch die nackte Gewalt zu schützen“<sup>20</sup>. Die Verfasser dieser an den Rat der EKD gerichteten Denkschrift respektierten die christliche Gewissensent-

scheidung gegen den Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), sie wiesen aber die Meinung, dem Christen sei das Votum für die EVG verboten, „als das Urteil eines irrenden Gewissens“ zurück<sup>21</sup>. Der Deutsche Bundestag hatte am 8. Februar 1952 mit Mehrheit dem Verteidigungsbeitrag zugestimmt. Vor diesem Hintergrund suchte der unter der Leitung von Hermann Ehlers versammelte Arbeitskreis seine Position zur Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu bestimmen.

Die Beratung fand ihren Niederschlag in einer umfangreichen Resolution, die eingangs das Verhältnis von Politik und Glaube dahingehend bestimmte, „dass politische Fragen nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden müssen“, politische Entscheidungen aber nicht als Glaubensentscheidungen hingestellt werden dürften. Jede politische wie persönliche Entscheidung sei aber darauf zu prüfen, „ob sie vor dem Worte Gottes bestehen kann“<sup>22</sup>.

Damit war eine Position gekennzeichnet, die sich dagegen verwahrte, politische Entscheidungen als Glaubensentscheidungen zu begründen oder zu bekämpfen, wie dies von Seiten der Gruppierung um Niemöller, Heinemann und Barth geschah. Der Evangelische Arbeitskreis hat an diesem Grundsatz stets festgehalten, nicht zuletzt in dem Wissen, dass politische Meinungsunterschiede nicht mehr ausgetragen werden können, wenn eine Meinung als für den Glauben allein richtig angesehen wird.

In der Sache befasste sich die Resolution in umfangreicher Argumentation mit der Politik Adenauers, deren Ziele in vier Punkten gesehen und gutgeheißen wurden. Diese Ziele waren: 1. die Freiheit und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, 2. die Sicherung der Freiheit und der politischen Ordnung, 3. die Wiedervereinigung in einem freien deutschen Staat, 4. die Einordnung der Bundesrepublik und später ganz Deutschlands in ein föderatives Europa<sup>23</sup>. Die Frage, vor die sich der Arbeitskreis gestellt sah und die er „mit Ernst geprüft“ hatte, war, „ob der von der Bundesregierung beschrittene Weg deutscher und europäischer Politik diesen Zielen dient“<sup>24</sup>, oder ob aus evangelischer oder gesamtdeutscher Verantwortung dagegen Bedenken erhoben werden müssten. Die Antwort, die der Arbeitskreis gab, lautete: „Wir sind einmütig zu dem Ergebnis gekommen, dass ein anderer Weg der deutschen Politik heute nicht möglich ist“<sup>25</sup>. Die Begründung setzte sich, ohne dass dies ausgesprochen wurde, mit den Argumenten der innerkirchlichen Gegner der Adenauer'schen Politik auseinander und benannte damit

Themen und Positionen, die auf Jahre hinaus die geistige und politische Diskussion in der politischen und kirchlichen Öffentlichkeit bestimmen sollten.

Die evangelischen christlichen Demokraten votierten für die Westbindung und gegen einen neutralen Status Deutschlands. Sie stimmten einem deutschen Verteidigungsbeitrag zu, weil sie darin einen angemessenen Beitrag zur Sicherung des freien Europas, aber keinen Widerspruch zum Friedensauftrag der Christen sahen. Dabei waren sie davon überzeugt, dass die westlichen Mächte auch Frieden haben wollten. Sie traten ein für die allgemeine Wehrpflicht und bejahten zugleich das Grundrecht der Verweigerung des Waffendienstes, fügten dem aber wörtlich hinzu: „Die Anerkennung der Gewissensentscheidung gegen den Waffendienst muss u. E. mit der Heranziehung zu anderen Diensten im Interesse des Volkes verbunden sein“<sup>26</sup>. Besonders eindringlich scheint die Frage diskutiert worden zu sein, ob der Verteidigungsbeitrag die Teilung Deutschlands verstärke. Die Argumente gegen eine solche Mutmaßung gingen in zwei Richtungen. Zum einen drückte die Resolution die Überzeugung aus, dass der deutsche Verteidigungsbeitrag nicht nur zur Sicherung des Friedens und der Freiheit des Westens, sondern auch dem Osten Deutschlands diene. Für den rückblickenden Historiker klingt es fast visionär, wenn es in der Resolution heißt: „Eines Tages wird das ganz Deutschland zugute kommen“<sup>27</sup>. Zum anderen heißt es in Richtung der Kritiker, dass diese keinen Weg gewiesen hätten, „wie heute die deutsche Einheit in Freiheit auf andere Weise schneller und wirksamer hergestellt werden könnte“<sup>28</sup>. Abschließend findet sich in der Resolution der Appell an die „evangelischen Glaubensgenossen“, an die verantwortlichen Männer in der evangelischen Kirche und an die Kirchenleitungen, dass sie die politische Arbeit der Evangelischen in der CDU in ihrem Wollen ernst nehmen sollten und ihr auch mehr Hilfe gewähren sollten als bisher.

Die Siegener Tagung befasste sich in zwei weiteren Arbeitskreisen auch mit kulturpolitischen und sozialpolitischen Fragen. In der kulturpolitischen Diskussion ging es seinerzeit vor allem um Schulprobleme, wobei die Frage nach dem christlichen Charakter der öffentlichen Schulen im Vordergrund stand. Der Arbeitskreis mit dem Thema „Unsere kulturpolitische Aufgabe“ trat ein für das „volle Elternrecht“<sup>29</sup> als ein Grundrecht der Demokratie, er forderte den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und verlangte von der staatlichen Schulgesetzgebung, dass sie es evangelischen Lehrern ermöglicht, ihre Erziehungstätigkeit „von den Kräften des Evangeliums durchdringen zu lassen“<sup>30</sup>.

Er vermied es freilich, zu der damals aktuellen Frage der Bekenntnisschule Stellung zu nehmen. Der dritte Arbeitskreis „Gesellschaftliche Ordnung“ erörterte lediglich einige Aspekte einer noch zu entwickelnden evangelischen Soziallehre. Der Schlussbericht hob drei Themen hervor: 1. die Soziale Marktwirtschaft, 2. die Familie und deren materielle Sicherung, 3. die Sozialpolitik, die nicht allein auf staatliche Leistungen baut, sondern ebenso auf Selbsthilfeorganisationen<sup>31</sup>.

Mit der Siegener Tagung trat das evangelische Element in der CDU deutlich hervor. Die in weiten evangelischen Kreisen verbreitete Vorstellung, es handle sich bei den beiden christlichen Unionsparteien letztlich doch nur um eine Neuauflage der alten katholischen Zentrumspartei, war zwar damit noch keineswegs überwunden, hatte aber dadurch eine sichtbare Korrektur gefunden. Nicht unwesentlich hatte dazu beigetragen, dass Konrad Adenauer als Parteivorsitzender



4. Anlässlich der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises vom 14. bis 16. März 1952 trugen sich in das goldene Buch der Stadt Siegen ein: Konrad Adenauer, Bundeskanzler; Hermann Ehlers, Präsident des Deutschen Bundestages; Walter Strauß, Staatssekretär des Bundesjustizministeriums; Georg Strickrodt, Staatsminister a.D.; Viktoria Steinbiß MdB, Bielefeld; Friedrich Holzappel; Oberkirchenrat Adolf Cillien, Hannover; Robert Tillmanns, Berlin; Otto Schmitz, Wiederaufbauminister; Hans Erich Stier, Münster/Westf.; Alix Cillien.

nach Siegen gekommen war und am 16. März mit seiner Rede bei der Abschlusskundgebung die Bedeutung des evangelischen Elements in der CDU und die Gemeinschaft evangelischer und katholischer Christen hervorhob. Oft zitiert wurde in den folgenden Jahren die Aussage Adenauers: „Die Evangelischen und Katholiken in der Union sind im Ziele ihrer politischen Arbeit völlig eins. Aber die Evangelischen brauchen für manche Lösungen andere Begründungen als die Katholiken. Darum sind solche Tagungen notwendig. Sie bringen keine Separation, sondern sie sind eine fruchtbare Aktion im Rahmen der Gesamt-CDU“<sup>32</sup>.

Hermann Ehlers sah die Aufgabe der Evangelischen in der CDU vor allem darin, eine eigene politische Position zu gewinnen, da es im Unterschied zu den Katholiken auf evangelischer Seite niemals zu einer wirkungskräftigen politischen Bewegung gekommen sei. Er wollte eine echte konfessionelle Parität, die aber nicht eine „Sache des Rechenstiftes“ sein dürfe. Als unsinnig wies er die Vorstellung zurück, dass die CDU die konfessionelle Spaltung überbrückt habe. Die CDU habe keine kirchlich-ökumenische Aufgabe, sondern eine politische<sup>33</sup>. Gerade in Siegen, der einstigen Hochburg der Christlich-Sozialen Bewegung, wandte sich Ehlers gegen alle Versuche, parteipolitisch wieder dort anzufangen, wo man 1933 aufhören musste. Das war zugleich die Absage an die Reanimierung oder Neugründung einer protestantischen Partei. Versuche, den „Christlichen Volksdienst“ wieder zu gründen, hat es in dieser Zeit allerdings in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Mittelfranken gegeben, besonders nach dem Stuttgarter Kirchentag im August 1952. Auch in Hamburg gab es Bestrebungen zur Gründung einer evangelischen Partei und sogar den Versuch, Hermann Ehlers dafür zu gewinnen, der aber in allen solchen Versuchen nur eine „Winkelsache“ sah<sup>34</sup>. Ihm ging es vielmehr darum, evangelische Christen für die politische Gemeinschaft mit Katholiken in den Unionsparteien zu gewinnen.

Darum hatte die Siegener Tagung ebenfalls eine Blickrichtung auf die Evangelische Kirche und ließ die Gesprächsbereitschaft auch mit denen erkennen, die kritisch zur Politik Adenauers eingestellt waren, wie etwa Gustav Heinemann, der allerdings der Einladung nach Siegen nicht gefolgt war. Es zeigte sich bald, dass es mit diesen Kreisen keine gemeinsame Gesprächsbasis mehr gab.

Dagegen suchten vor allem lutherische Landeskirchen durchaus das Gespräch mit dem sich bildenden Evangelischen Arbeitskreis der Unionsparteien. Zweifellos aber war es der herausragenden Persönlichkeit von Hermann

Ehlers, der seit dem Berliner Parteitag der CDU 1952 auch stellvertretender CDU-Vorsitzender war, zuzuschreiben, dass die Christlich Demokratische Union von evangelischen Christen in der Folgezeit als akzeptable politische Möglichkeit betrachtet wurde.

Aus der Siegener Tagung ging schließlich als organisatorische Fortsetzung ein Geschäftsführender Ausschuss hervor, dem Vertreter aus allen Landesverbänden der Unionsparteien angehörten. In seiner ersten Sitzung am 27. Mai 1952 wählte dieser Hermann Ehlers zu seinem Sprecher und umriss die Aufgaben und Problemfelder, denen sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in der Zukunft widmen sollte. An erster Stelle stand das Bestreben, evangelische Wähler für die CDU zu gewinnen und – was damit in engstem Zusammenhang stand – evangelische Repräsentanten zu finden, die bereit waren, sich als Kandidaten für die Wahlen zu den Länderparlamenten und zum Bundestag zur Verfügung zu stellen. In den folgenden Monaten trat dieser Gesichtspunkt noch stärker in den Vordergrund, vor allem im Blick auf die Bundestagswahl im Herbst 1953. Nicht weniger wichtig erschien es dem Geschäftsführenden Ausschuss, profilierte und qualifizierte evangelische Persönlichkeiten zu finden, die in der CDU mitarbeiten könnten oder die im öffentlichen Dienst, in den Ministerien oder in anderen leitenden staatlichen Positionen das evangelische Gewicht gegenüber dem katholischen zu verstärken vermochten. Diese konfessionspolitischen Gesichtspunkte spielten – jedenfalls intern – noch längere Zeit eine gewichtige Rolle. Für die öffentliche Darstellung des Evangelischen Arbeitskreises standen jedoch eindeutig die großen politischen Fragen der Zeit im Vordergrund. Das Forum dafür waren vor allem die Bundestagungen, die – wie in Siegen beschlossen – mindestens alle zwei Jahre stattfinden sollten, in der Regel aber jährlich stattfanden.

Daneben bot das im März 1953 mit einer Startauflage von 15.000 Exemplaren begonnene Mitteilungsblatt des Evangelischen Arbeitskreises „Evangelische Verantwortung“ besonders der evangelischen Pfarrerschaft und den kirchlichen Mitarbeitern Informationen zu aktuellen Fragen der Politik aus evangelischer Sicht. Mit dem Untertitel „Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU“ wurde die Absicht des persönlichen Ansprechens deutlich. Als Herausgeber zeichneten Hermann Ehlers und Robert Tillmanns. Mit dem im Januar 1953 eingestellten Geschäftsführer Hans Strümpfel hatte der Evangelische Arbeitskreis auch einen befähigten Redakteur für die „Evangelische Verantwortung“ erhalten. Die publizistische Leistung dieses evangelisch-politischen Informations- und

Diskussionsforums bedürfte einer eigenen ausführlichen Würdigung. In den ersten Jahren hat dieses grundsätzlich kostenlos vertriebene, zunächst nur hektographisch hergestellte Blatt dem Evangelischen Arbeitskreis gerade in evangelisch-kirchlichen Kreisen Beachtung verschafft, nicht zuletzt auch deshalb, weil es Hermann Ehlers als sein Sprachrohr regelmäßig nutzte.

Für den Evangelischen Arbeitskreis bedeutete das Jahr 1953 mit der Bundestagswahl am 6. September eine erste große Herausforderung. Es war allen Ein-



5. Erste Ausgabe der Evangelischen Verantwortung (März 1953).





sichtigen klar, dass die Entscheidung für die Union in den evangelisch geprägten Gebieten fallen würde. Die Sitzungsprotokolle des Geschäftsführenden Ausschusses weisen aus, dass dieser Gesichtspunkt allen Überlegungen und Planungen zugrunde lag. Im Werben um die evangelische Bevölkerung war dem Evangelischen Arbeitskreis und der Union in der von Gustav Heinemann (der im Oktober 1952 die CDU endgültig verlassen hatte) gegründeten „Gesamtdeutschen Volkspartei“ (GVP), in der auch der damalige Verleger evangelischer Literatur Johannes Rau eine maßgebliche Rolle spielte, ein nicht zu unterschätzender Rivale erwachsen<sup>35</sup>. Was auf den ersten Blick als marginale Erscheinung gewertet werden könnte, erweist sich bei genauerem Zusehen als Auseinandersetzung um die Grundsatzentscheidung, ob die Einheit Deutschlands den Vorrang vor der Freiheit haben sollte, oder ob die Einheit in Freiheit nur in der Gemeinschaft mit dem freiheitlichen und demokratischen Westen garantiert werden könnte. Die Auseinandersetzungen der Jahre 1953-1955 mit Heinemann, Niemöller und ihren Anhängern lassen sich auf diese kurze Formel zusammenfassen. Für die deutsche Politik war es in der Tat eine Wegegabel<sup>36</sup>, an der der Evangelische Arbeitskreis als Repräsentant der evangelischen Christen in den Unionsparteien für den Primat der Freiheit vor der Einheit optierte, in der Überzeugung, dass damit die Einheit nicht verraten, sondern dass die Freiheit mit ihrer Sogkraft letztlich die Einheit nach sich ziehen würde.

Im Vorfeld der Bundestagswahl vom 6. September 1953 kam der zweiten Tagung des Evangelischen Arbeitskreises vom 5. bis 7. Juni 1953 in Hannover besondere Bedeutung zu. Zwei politische Schwerpunkte standen dabei im Vordergrund: Erstens, die Auseinandersetzung mit den politischen Strömungen, die für Deutschland eine neutrale Stellung zwischen Ost und West als einzige Möglichkeit der Wiedervereinigung ansahen. Zweitens, die ständig in der Öffentlichkeit wiederkehrende Behauptung, die CDU sei eine katholische Partei, in der Protestanten nichts zu sagen hätten.

Der Geschäftsführende Ausschuss hatte diese Problemkreise bei der Vorbereitung für die Bundestagung in Hannover in den Blick genommen und sie in zwei von vier Arbeitsgruppen thematisiert. Eine Arbeitsgruppe befasste sich unter der Leitung von Hermann Ehlers mit dem „Verhältnis von politischen Parteien und Kirche“. Ihre EntschlieÙung<sup>37</sup>, die erkennbar die Handschrift von Ehlers trägt, betonte die sorgfältige Abgrenzung der Aufgaben der Kirche und der politischen Parteien. „Träger eines kirchlichen Amtes“ sollten Zurückhaltung in politischen Tagesausei-

nersetzungen üben, dürften aber keineswegs unpolitisch sein, sondern – und hier kommt ein von Ehlers immer wieder geäußertes Monitum zur Geltung – seien verpflichtet, „sich über die Tatsachen zu unterrichten, die das politische Handeln bestimmen“. Ebenfalls an die Adresse der Evangelischen Kirche gerichtet war seine Aufforderung, dass die Kirche wie jedes andere Gemeindeglied auch den christlichen Politiker (und hier ging es um die evangelischen Unionspolitiker), „in seiner politischen Verantwortung nicht im Stich“ lassen dürfe. Besonders aber hob diese EntschlieÙung die Zusammenarbeit der Konfessionen in der Wahrnehmung „der christlichen Verantwortung im politischen Leben Deutschlands“ hervor. Gegen die Gefährdung dieser Zusammenarbeit von zwei Seiten her, nämlich von Seiten des herkömmlichen protestantischen Antikatholizismus wie von Seiten katholischer Exklusivität, richtete sich die Bekräftigung, dass man „sie weder durch überkommene Vorurteile, noch durch konfessionelle Engherzigkeit gefährdet sehen“ möchte. Die Konfessionsunterschiede sollten jedoch „weder beseitigt noch verharmlost werden“. Es ist bemerkenswert, dass der Evangelische Arbeitskreis und ganz besonders Hermann Ehlers weit davon entfernt waren, die konfessionelle Zusammenarbeit in den Unionsparteien als eine Verwirklichung der kirchlichen Ökumene zu sehen, wohl in der richtigen Erkenntnis, dass das „Ökumenische“ eine theologisch-kirchliche Sache ist, nicht aber die Sache einer politischen Partei, in der Christen evangelischer und katholischer Konfession gemeinsame politische Ziele anstreben. Aus diesem Grund sah der Evangelische Arbeitskreis seine Aufgabe darin, das spezifisch evangelisch geistige, kulturelle und ethische Gedankengut in die Union einzubringen. Dass dies die Tagung von Hannover geleistet hat, hat Hermann Ehlers in der Abschlusskundgebung mit der beiläufigen Bemerkung hervorgehoben: „Die evangelische Tagung vom 5. - 7.6. hat deutlich gemacht, dass die Behauptung der Gegner, die CDU sei eine katholische Partei, falsch ist“<sup>38</sup>.

Die von Robert Tillmanns geleitete Arbeitsgruppe, die sich mit der „Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa“ befasste, musste sich besonders mit den Neutralitätsideen auseinandersetzen, die von der Opposition im Parlament sowie von Heinemanns „Gesamtdeutsche Volkspartei“ vertreten wurden, in deren Manifest es vom 29. November 1952 hieß: „Gesamtdeutsche Haltung erfordert Unabhängigkeit von Ost und West“ – eine frühe Vorwegnahme des Äquidistanzgedankens der SPD in den siebziger und achtziger Jahren<sup>39</sup>. Die von der Arbeitsgruppe gefasste EntschlieÙung zielte mit der Feststellung genau darauf, dass die „Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem freien und geeinten Europa“ nur durch das „gemeinsame Handeln mit der freien Welt“ erreicht

werden könne. Verneint werde dies „nur noch von der parteipolitischen Opposition und von gewissen Gruppen, die besonders in evangelischen Kreisen den verführerischen Wunschtraum nähren, die Bundesrepublik könne jetzt eine Politik des Ausweichens und der Neutralität betreiben“.

Auch Hermann Ehlers warnte in der Abschlusskundgebung davor, „Wunschträumen nachzuhängen, wie sie etwa die GVP verbreitet“. Gegen die kaum verhüllte Unterstellung der GVP, die Bundesregierung setze mit ihrer Politik den Frieden aufs Spiel, stellte Ehlers fest: „Wir wollen die Freiheit für unsere Brüder im Osten nicht mit Gewalt herbeiführen. Aber wir haben die Pflicht, in der Bundesrepublik einen Hort der Freiheit zu schaffen, der allen Deutschen die Hoffnung erhält, dass die Lebensformen, die wir wieder haben dürfen, einst wieder die Lebensformen aller Deutschen sind“<sup>40</sup>.

In Hannover wurden also die Ansätze weitergeführt, die in Siegen erstmals formuliert worden waren. Das gilt auch für die in der dritten Arbeitsgruppe erarbeiteten, in der damaligen Situation wichtigen, kulturpolitischen Forderungen zur Schulpolitik, die an der Freiheit und Verantwortung evangelischer Christen als Eltern wie als Lehrer orientiert waren. Auch in den beiden folgenden Bundestagungen stand die kulturpolitische Thematik auf der Tagesordnung. Mitwirkungsrechte der Eltern, Ermöglichung einer bewusst evangelischen Erziehung, Abwehr von Nivellierung und Uniformierung der Schule, Förderung der Privatschulen – das waren die wesentlichen Forderungen, die in den Entschlüssen dieser und der folgenden Tagungen ausgesprochen wurden<sup>41</sup>.

Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der, wie es die Thematik der vierten Arbeitsgruppe in Hannover besagte, „christlicher Realismus“ herrschen sollte, wurde wieder, wie auch schon in Siegen, keine Entschlüsselung gefasst. Grundsätzlich bejahte man zwar die Marktwirtschaft, auch als Voraussetzung für die Erfüllung sozialpolitischer Forderungen, aber es gab – zumindest unter den an dieser Thematik interessierten Tagungsteilnehmern – doch eine merkliche Reserviertheit<sup>42</sup>. Das lag nicht zuletzt daran, dass die evangelische Sozialethik das Thema „Wirtschaft“ seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts entweder überhaupt nicht behandelt oder aber Anleihen bei sozialistischem und marxistischem Gedankengut gemacht hatte. Erst die Berliner Tagung 1956 sollte deutlichere Worte zur sozialen Marktwirtschaft finden. Nicht ohne Bedeutung war es, dass die politische Symbolfigur der Sozialen Marktwirtschaft, Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der Tagung in Hannover ein Fern-

schreiben sandte, in dem es u. a. hieß: „Ein großes Maß an Verantwortung für das künftige politische Geschehen entfällt auf die evangelische Bevölkerung der Bundesrepublik.“ Das zielte letzten Endes auf die Bundestagswahl im September 1953. Auch das Grußschreiben des Parteivorsitzenden Adenauer hatte dieses Datum im Blick, denn es war ein Aufruf an die evangelischen Wähler, den Weg der Unionsparteien mitzugehen, den er unter die Losung gestellt hatte: „Deutschland in Frieden und Freiheit in einem von christlichem Geist getragenen Europa“<sup>43</sup>. Adenauer, der die politische Bedeutung des Evangelischen Arbeitskreises für die bevorstehende Wahlentscheidung hoch einschätzte, hatte der Einladung nach Hannover anderer wichtiger Verpflichtungen wegen nicht folgen können. Deshalb hatte der Geschäftsführende Ausschuss auf Vorschlag von Ehlers den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Friedrich-Wilhelm Lübke als Redner für die Schlusskundgebung eingeladen<sup>44</sup>. Dieser Vorschlag war insofern bemerkenswert, als Lübkes Wahl zum Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein von Hermann Ehlers stark unterstützt worden war, jedoch in der schleswig-holsteinischen Landeskirche Bedenken hervorgerufen hatte, weil Lübke Katholik war<sup>45</sup>. Die Einladung Lübkes war daher ein deutliches Signal für die Gemeinsamkeit von Evangelischen und Katholischen, zugleich aber auch die Hervorhebung des vorwiegend evangelischen nördlichsten Bundeslandes Schleswig-Holstein. Dort hatte Ehlers im März 1953 bei der Gründung des Landesarbeitskreises in Rendsburg eine weithin beachtete Rede gehalten, die die Bedeutung des Evangelischen Arbeitskreises als Aktivierungsmittel der evangelischen Bevölkerung für die Gemeinsamkeit mit den Katholiken – nicht gegen sie – in der Union besonders würdigte<sup>46</sup>.

Es gibt zahlreiche Hinweise dafür, dass das Wirken des Evangelischen Arbeitskreises in den unterschiedlichen Regionen des Bundesgebiets dazu beigetragen hat, die evangelische Bevölkerung, besonders in den evangelisch geprägten norddeutschen Ländern, für die CDU zu gewinnen. Dies geschah gegen die Bestrebungen der SPD, evangelische Wähler mit antikatholischen Argumenten an sich zu ziehen, und gegen die im Ergebnis marginalen Bemühungen der GVP, in evangelischen Bevölkerungskreisen Boden zu gewinnen. Hermann Ehlers hat in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 11. Dezember 1953 betont, dass sich die Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises „ohne Zweifel außerordentlich positiv auf das Wahlergebnis ausgewirkt“ habe<sup>47</sup>. Es war in der Tat eindeutig dem Zustrom evangelischer Wähler zuzuschreiben, dass die CDU/CSU bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 ihren Stimmanteil von 31 Prozent im Jahre 1949 auf 45,2 Prozent steigern konnte.

Die Stärkung der CDU/CSU hatte jedoch auch einen kontraproduktiven Effekt, der in dem von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Vorwurf gipfelte, die Unionsparteien betrieben eine Politik der Konfessionalisierung und Klerikalisierung. Für den Evangelischen Arbeitskreis und besonders für seinen Vorsitzenden Hermann Ehlers war dies eine Herausforderung, den Sinn und die Bedeutung der politisch wahrgenommenen evangelischen Verantwortung zu verdeutlichen. Zweifellos gab es konfessionelle Probleme und Vorfälle, bei denen eine enge katholische Haltung zu öffentlichen Misshelligkeiten führte. Aber die Verallgemeinerung solcher Ereignisse und die dadurch genährten herkömmlichen antikatholischen Vorurteile in entkirchlichten evangelischen Bevölkerungskreisen besonders Norddeutschlands veranlassten Hermann Ehlers 1954, in der Mai-Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ gegen die vermeintliche „katholische Gefahr“ die norddeutschen Protestanten auf die weitaus größere Zahl von Freidenkern hinzuweisen.<sup>48</sup>

In derselben Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ stand auch eine kurze Meldung über die Bildung eines interkonfessionellen Ausschusses in der CDU mit der Aufgabe, „interkonfessionelle Fragen aus dem kirchlichen Raum oder im politischen Bereich, die zu Schwierigkeiten Anlass geben, zu besprechen und einer freundschaftlichen Regelung zuzuführen“. Die Bildung dieses Ausschusses stand offensichtlich im Zusammenhang mit einem Brief, den der Kieler Propst Hans Asmussen am 7. März 1954 an Friedrich Karl Schramm, den damaligen persönlichen Referenten von Hermann Ehlers, gerichtet hatte, in dem er vorschlug, in der CDU einen Arbeitskreis aus beiden Konfessionen zu bilden mit der Aufgabe, „die Atmosphäre zu reinigen und ein einheitliches Ordnungsbild vorzubereiten und z. T. auszuarbeiten“<sup>49</sup>. Dem Evangelischen Arbeitskreis musste daran gelegen sein, den Konfessionsfrieden nach Möglichkeit zu stabilisieren und zugleich auch die evangelische Position zur Geltung zu bringen.

Auf dieses Ziel war die dritte Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises vom 11. bis 13. Juni 1954 in Wuppertal ausgerichtet. Die Wahl Wuppertals als Tagungsort steht mit dieser thematischen Zielsetzung in unmittelbarer Beziehung, denn 20 Jahre zuvor – 1934 – hatte hier die Bekenntnissynode „die Barmer Theologische Erklärung“<sup>50</sup> beschlossen, die als Bekenntnis die geistliche und politische Haltung der Bekennenden Kirche bestimmt hatte. Diese kirchengeschichtliche Erfahrung stand hinter dem Leitthema der Wuppertaler Tagung: „Das evangelische Verständnis von Staat und Politik“. Damit griff der Evangeli-

# SPD und Christentum

## Eine Antwort auf das von der SPD herausgegebene angeblich von einem evangelischen Geistlichen verfaßte Plakat „CDU und Marxismus“.

1. Die Gefahr der Vergiftung des öffentlichen Lebens geht **nicht** von der CDU aus. Der **angeblich karlich** von führender Stelle der **CDU** geprägte Satz: „Marxismus und Christentum verhalten sich wie Feuer und Wasser“ stammt in **Wirklichkeit** von dem **Sozialisten**-Führer August Bebel und steht schon in diesem Werk „Christentum und Sozialismus“.

2. Es ist un wahr, dass die Kirchen kein Verständnis für die gerechte Ordnung des gesellschaftlichen Lebens gehabt hätten und dass sich **daraus** die frühere Kirchenfeindschaft der SPD erkläre. Die bekannte am 15. 5. 1999 erlassene Enzyklika „Rerum novarum“ des „Arbeiterpapstes“ Leo XIII, die Tätigkeit des Bischofs von Kottler und die entscheidende Mitwirkung christlicher Abgeordneter gerade bei der grossen deutschen Sozialgesetzgebung beweisen das **Gegenteil**. Die Kirchenfeindschaft der SPD beruht darauf, dass die Kirchen den nicht tragbaren Bestrebungen der SPD genau so wie den der NSDAP gegenüber ihre „Es ist Dir nicht erlaubt“ setzen.

3. Dass die „frühere Kirchenfeindschaft“ der sozialistischen Arbeiterbewegung nimmere von einem „durchaus ernst zu nehmenden Willen der Sozialdemokratie, die Stellung zur Kirche zu revidieren“ abgelöst sei, die Botschaft hören wir wohl, doch sprechen die **Tatsachen** eine andere Sprache:

a) Bei der künftigen Verteidigung des **Drauschweiler** Landtages haben adfliche Mitglieder der SPD **zusammen** einem Hospitalen ebenso wie die der **NSDAP** die **retaktlose** Form des Bides abgelehnt. b) Fast das gleiche Bild ergibt sich bei der bald darauf abgehaltenen Verteidigung des **Hannoverschen** Landtages.

c) Bei der Ablehnung der Erziehungsberechtigten in der Stadt Hildesheim und über die Wiedereröffnung der Bekennerschule erklärten sich für die Bekennerschule

Evangelische Erziehungsberechtigte	1141
Katholische	103
zusammen 00-34%	1244

Es entziehen sich der Ablehnung 2038

In den Vereinen Heidehof und Dampfenstedt waren die Mehrheiten noch weit grösser. **Trotzdem** bereite die SPD ohne Rücksicht auf die vorhandene **Mehrheit** der Wiedereröffnung der Bekennerschule und somit der Wiedergutmachung eines **Naunshofen** ansetzte Sekularisieren. Das veranlasste denn sogar den **kommunistischen** Ratsherrn Müller zu der Feststellung, dass ein solches Verhalten als Demoralis nichts mehr zu tun habe.

d) Ein ähnliches Verhalten zeigte die SPD hinsichtlich der Wiedergutmachung wegen des von des Nazis dem Bebel fortgenommenen Gymnasiums Josephinum. Obwohl die Neuzugung die Stadt **Frankfurt** besser stellen soll als bisher, spricht die SPD-Fraktion der künftigen Stadtregierung dieses seit über einem Jahr, während das Land Hannover und der Kreis Hildesheim-Harburg ihre Zustimmung längst gegeben haben.

4. Es bleibt also nur der Schluss übrig, dass die SPD trotz aller gegenteiligen Versicherungen genau so kirchenfeindlich ist wie früher, und dass es daher notwendig ist auf jeden Fall zu verhindern, dass sie die absolute Mehrheit erhält. Wer das aber will, muss alle Splitterparteien melden und **die** Partei wählen, die der **einzige wirklich ernst zu nehmende Gegner der SPD** ist

# CDU

1953. 6. B  
Walter Blümel  
Menzhofen  
(20a) Halle  
Dernburg/Honn.

Die WOLLE der Eisenberg Post am 3. Juli 1953

an die Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises  
der CDU/CSU in E. O. N. N.  
Görsenstraße 40  
-----

Sehr verehrter Herr Strümpfell  
In der Welt fand ich heftigeren Ausschütt, der schon wert ist,  
sinnvoll gelesen zu werden.

Eingegangen  
564  
: 6. JULI 1953  
Erledigt.....

Mit freundlichen Grüßen!  
*Blümel*  
Walter Blümel, Pastor

**Bischof weigerte sich**  
Wien, 22. Juni  
Der obere Posten zur Ernennung  
des Bischofs in Odenbach bei  
Würzburg weigerte sich, der Würzburger  
Bischof Dr. Hans Dittber, die Weisung  
zu befolgen, solange ein evangelischer  
Dechant anwesend sei. Die Weisung  
sollte ursprünglich von Geistlichen beider  
Konfessionen verfasst werden.  
Nach dem Frater des katholischen Bi-  
schen sah sich der evangelische Geist-  
liche zurück. Ein CDU-Mitglied hat sich  
wegen der Vorfälle am Montag bei der  
Evangelischen Kirchensynode in der  
CDU beschwert. Am Mittwoch will der  
evangelische Dechant in Offenbach in  
einer Demonstration gegen die Haltung  
des katholischen Bischofs protestieren.  
AP

*3. Welt*  
*46. 149*  
*am 30. 6. 53*  
*Seite 3*

7. Konfessionelle Spannungen im katholischen Würzburg. Brief von Walter Blümel an den EAK.  
Unten: Zeitungsausschnitt aus der Welt vom 30.6.1953.

sche Arbeitskreis eine Thematik auf, die die Evangelische Kirche erst sehr viel später, in der von Bischof Dibelius 1959 ausgelösten Obrigkeitsdiskussion und mit der Demokratiedenkschrift<sup>51</sup> von 1985, geistig aufgearbeitet hat. Was der Erlanger lutherische Theologieprofessor Walter Künneth in Wuppertal zur evangelischen Lehre vom Staat im Hinblick auf die moderne Demokratie formulierte, beschrieb exakt das Verantwortungsbewusstsein der evangelischen CDU-Politiker. Künneth hatte als zusammenfassendes Ergebnis seines gelehrten Vortrags hervorgehoben, dass es nicht angehe, einen „christlichen Staat“ zu statuieren, sondern dass die Aufgabe darin bestehe, „sich um den relativ richtigen Staat, der relativ der Erhaltungsordnung Gottes entspricht, zu bemühen,“ denn – so Künneth weiter – „der rechte Staat ist niemals gegeben, er ist nie da, er ist immer aufgegeben, er muss gefunden werden – und das ist das Werk verantwortlicher Politik.“ Und er fügte hinzu: „Das evangelische Staatsverständnis erlaubt keinen ‚Ohne-mich‘-Standpunkt; denn aus der Erhaltungsordnung Gottes (was dem heutigen Begriff der Bewahrung der Schöpfung entspricht) ergibt sich die politische Verantwortung des Christen,“ dem es, biblischer Erkenntnis zufolge, „ohne Frage um ein Mitwirken an der bestmöglichen konkreten Staatsgestaltung“ geht<sup>52</sup>.

Zur evangelischen Verantwortung in der modernen Demokratie hatte auch der Kieler Theologieprofessor und Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Arbeitskreises Martin Redeker richtungweisende Gedanken beigetragen. Die evangelisch-christliche Verantwortung verstand er als „Mahnerin an die überrechtlichen, überpolitischen Verbindlichkeiten und Lebenskräfte, ohne die kein politisches Zusammenleben Bestand haben kann“. Eine Folgerung daraus war die Einsicht, dass plebiszitäre Volksentscheide für die parlamentarische Demokratie riskant sind. Denn: „Es wird niemand mehr mit Sicherheit behaupten wollen, dass Volkstimme Gottes Stimme sei. Das Volk ist verführbar, und es ist möglich, dass es sich schuldhaft für das Böse entscheidet“<sup>53</sup>.

Es entsprach der biblischen Orientierung der Anfangsjahre, dass der Tagung eine biblische Losung vorangestellt wurde. Für Wuppertal war es ein Wort aus dem Propheten Hesekiel 22,30: „Ich suchte unter ihnen, ob jemand wider den Riß stünde vor mir für das Land, dass ich es nicht verderbte; aber ich fand keinen.“ Dieser Herausforderung wollten sich die Evangelischen in der Union stellen, und deshalb schrieb im Programm für die Wuppertaler Tagung der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Emil Marx: „Zur politischen Arbeit im Sinne der



Christlich Demokratischen Union gehört als entscheidender Bestandteil solch priesterlicher Dienst.“

Die Entschließungen der Arbeitsgruppen, wurden in der Gesamtentschließung von Wuppertal gebündelt. Es war Hermann Ehlers besonders daran gelegen, dass die Tagungen des Evangelischen Arbeitskreises mit Willensbekundungen abschlossen. Die evangelischen Christen wurden am Ende der Wuppertaler Tagung aufgerufen, „aus der noch weithin herrschenden politischen Gleichgültigkeit herauszutreten und gemeinsam mit den katholischen Christen einen politischen



*8. Mit dem plötzlichen Tod Hermann Ehlers verlor der Evangelische Arbeitskreis unerwartet seine führende Persönlichkeit.*

Standort für die Mitarbeit am demokratischen Staat einzunehmen“. Zugleich wandte sich die EntschlieÙung gegen den von liberalen und sozialdemokratischen Kreisen betriebenen Versuch, „die christliche Besinnung auf die Verantwortung in Staat und Politik als Klerikalisierung und Konfessionalisierung zu diffamieren“.

Das „ceterum censeo“ auch dieser Tagung aber war das Bekenntnis zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und zur europäischen Zusammenarbeit.<sup>54</sup>

Am 6. Oktober 1954 leitete Hermann Ehlers zum letzten Mal die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses. Ehlers, dem die politische Entwicklung der norddeutschen Bundesländer besonders wichtig war, berichtete ausführlich über die für die CDU erfolgreiche Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Aus dieser Wahl war der junge christlich demokratische Politiker Kai-Uwe von Hassel als Ministerpräsident hervorgegangen. Von Hassel wurde alsbald auch in den Geschäftsführenden Ausschuss berufen und gehörte in den folgenden drei Jahrzehnten zu den prägenden Repräsentanten des Evangelischen Arbeitskreises. Unter den evangelischen Politikern der CDU fühlte er sich besonders stark dem Vermächtnis Hermann Ehlers verpflichtet. Mit der Gründung der Hermann-Ehlers-Stiftung in Kiel hat er dieses Hochachtung bleibenden Ausdruck verliehen<sup>55</sup>.

Schon am 18. November musste der Geschäftsführende Ausschuss wieder zusammentreten. Am 29. Oktober 1954 war Hermann Ehlers nach kurzer Krankheit gestorben. Sein jäher Tod machte den Evangelischen in der Union nachdrücklich bewusst, welche politische Kraft er für die Christlich Demokratische Union und vor allem für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU verkörpert hatte. Es ist immer wieder behauptet worden, der Protestant Ehlers sei nicht nur konfessionell, sondern auch in der Deutschlandpolitik der Widerpart Adenauers gewesen.<sup>56</sup> Doch die Fakten und Akten sprechen eine andere Sprache. Nach anfänglicher Distanziertheit seitens Adenauers wurde das Verhältnis beider zueinander mit der Zeit eng und vertraut,<sup>57</sup> und die Übereinstimmung in der Deutschlandpolitik wird nirgends deutlicher als in Ehlers' Reden bei den Tagungen des Evangelischen Arbeits-



kreises und dessen deutschlandpolitischen Entschlüssen, die unverkennbar seine Handschrift tragen.



10. Robert Tillmanns, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises von 1954-1955.

Hermann Ehlers hatte bereits die Konzeption für die Jahrestagung 1955 entworfen und als Leitthema das Verhältnis von „Christ und Vaterland“ vorgeschlagen. Dem fühlte sich der Geschäftsführende Ausschuss verpflichtet, als er am 18. November Bundesminister Robert Tillmanns, den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands und engsten Mitstreiter von Ehlers im EAK, zum Vorsitzenden wählte und mit Walter Strauß, Staatssekretär im Justizministerium, einen weiteren stellvertretenden Vorsitzenden neben dem Konstanzer Bürgermeister Schneider bestellte. Im Zusammenhang damit wurde auch eine organisatorische Änderung beschlossen. Der inzwischen recht umfangreich gewordene Geschäftsführende Ausschuss erhielt den Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“, dem nun als dem Bundesarbeitskreis die mittlerweile in den einzelnen Bundesländern entstandenen Landesarbeitskreise nachgeordnet waren. Der Geschäftsführende Ausschuss, später Bundesvorstand genannt, bestand hinfort aus dem Vorsitzenden, seinen beiden Stellvertretern und zwei weiteren Mitgliedern. Hermann Ehlers hatte noch die Erweiterung des nunmehrigen Bundesarbeitskreises durch Kooptierung weiterer Mitglieder, vor allem aus der Bundestagsfraktion, betrieben, was nun in der Sitzung am 18. November beschlossen wurde. Unter diesen neuen Mitgliedern waren auch zwei Frauen, die Bundestagsabgeordnete Luise Rehling und ihre Fraktionskollegin, die juristische Oberkirchenrätin Elisabeth Schwarzhaupt. Auch der Nachfolger von Hermann Ehlers im Amt des Bundestagspräsidenten, Eugen Gerstenmaier, war kooptiert worden, hat aber, abgesehen von seiner aktiven Beteiligung an den Bundestagungen, innerhalb des Evangelischen Arbeitskreises keine prägende Rolle gespielt<sup>58</sup>.

Der Geschäftsführende Ausschuss befasste sich ferner besonders mit dem Plan, Publikationen über und von Hermann Ehlers herauszubringen, die sowohl

Der Geschäftsführende Ausschuss befasste sich ferner besonders mit dem Plan, Publikationen über und von Hermann Ehlers herauszubringen, die sowohl

seine Biographie als auch seine Reden und Schriften breiten Kreisen zugänglich machen sollten, um die Erinnerung an Hermann Ehlers und sein Vermächtnis wach zuhalten. Bereits Ende 1954 gab Ehlers' persönlicher Referent Friedrich Schramm einen Band mit Reden und Aufsätzen heraus, dem er 1955 zusammen mit weiteren Autoren einen Sammelband mit Beiträgen aus Kirche und Politik folgen ließ. Der Kreuzverlag veröffentlichte zudem einen von Bischof Otto Dibelius eingeleiteten Band mit „Gedanken zur Zeit“, Zeitbetrachtungen aus dem Oldenburgischen Sonntagsblatt der Jahre 1953 und 1954. Die anspruchsvollen Projekte einer umfassenden Biographie und einer Edition seiner Reden und Aufsätze wurden aber lange nicht realisiert. Nach zwei 1963 und 1967 erschienen Ehlers-Biographien von Weert Börner hat erst Andreas Meier 1991 eine umfassende Biographie vorgelegt<sup>59</sup>. Im gleichen Jahr hat der Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann im Auftrag der Hermann-Ehlers-Stiftung ein umfangreiches Werk mit Reden, Aufsätzen und Briefen herausgegeben.

Die vierte Bundestagung in Worms vom 6. - 8. Mai 1955 stand besonders stark unter dem Eindruck der Persönlichkeit des verstorbenen Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises. „Man spürte auf dieser ersten Tagung ohne Hermann Ehlers, wie lebendig das Vermächtnis dieses großen christlichen Politikers ist, der den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU gegründet hat und sein steter geistiger Initiator war“<sup>60</sup>. Dies kam nicht nur in der Gedenkstunde für Hermann Ehlers zum Ausdruck, mit der die Jahrestagung begann und in der ein aus Wochenschauberichten zusammengestellter Film sein Leben und Wirken vergegenwärtigte. Es kam vor allem in der Thematik „Christ und Vaterland“ der Wormser Tagung zum Ausdruck.

Diese Jahrestagung fand wiederum in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit politischen Entscheidungen statt, die für die deutsche Politik von grundlegender Bedeutung waren. Am 5. Mai, einen Tag vor Beginn der vierten Bundestagung, hatte die junge Bundesrepublik ihre Souveränität erlangt. Vorausgegangen waren innenpolitische Auseinandersetzungen, bei denen auch Kreise der evangelischen Kirche sich vehement gegen die Politik der Bundesregierung, gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen den Beitritt zum Nordatlantikpakt gewandt hatten. Die Kirchlichen Bruderschaften traten mit zahlreichen Erklärungen hervor. Von besonderem Gewicht war eine Eingabe an den Deutschen Bundestag von Theologen und kirchlichen Persönlichkeiten, die sich selbst als „Christen, die in verantwortlicher Stellung innerhalb der evangelischen Kirche stehen“, bezeichneten. Zu ihnen gehörten u.a. der Rheinische Präses

Heinrich Held, der Westfälische Präses Ernst Wilm, der Hessen-Nassauische Kirchenpräsident Martin Niemöller, der Pfälzische Kirchenpräsident Hans Stempel, der Moderator des Reformierten Bundes Wilhelm Niesel, der Bonner Theologieprofessor Hans-Joachim Iwand und die beiden Berliner Professoren Heinrich Vogel und Martin Fischer. Sie bestritten, dass ohne die ausdrückliche Zustimmung der Bürger der Staat „von Gott her das Recht in Anspruch nehmen dürfe, solche Gesetze zu beschließen“<sup>61</sup>. Die Evangelischen Arbeitskreise des Rheinlands und Westfalens wandten sich entschieden gegen diese Erklärungen, die sie als Privatmeinungen der betreffenden Theologen und als sich in theologisches Gewand

### **E r k l ä r u n g**

Auf Anfrage erkläre ich, daß die Erklärung der Rheinischen Pfarrerruderschaft zur Wiederaufrüstung nicht als eine Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Deutschland im ganzen angesehen werden darf. Sie steht ausschließlich in der Verantwortung ihrer Unterzeichner.

M ü n c h e n , den 14. Dez. 1954

gez. D. Meiser UB.

Landesbischof Dr. Meiser hat sich erübrigt, "in den Kreisen des Bundestages von dieser Erklärung Gebrauch zu machen, ohne daß ihm eine Veröffentlichung in der Presse erwünscht wäre".

gez. Ingeborg Geisendörfer, MdB.

11. Der bayerische Landesbischof Meiser geht auf Distanz zur Äußerung der Rheinischen Pfarrerruderschaft.

hüllende ungeistliche Äußerung politischen Ermessens werteten, die nicht der evangelischen Kirche zur Last gelegt werden könnten<sup>62</sup>.

Die Wormser Tagung sollte – einen Tag nach dem Inkrafttreten der Westverträge – die ins Positive gewendete Antwort auf das in überholten Kategorien befangene Denken der Kritiker aus den Reihen der evangelischen Kirche werden. Im Programmheft für Worms hatte Walter Strauß, der im Bundesvorstand einer der bedeutenden geistigen Initiatoren war, die historische Bedeutung des Generalthemas „Christ und Vaterland“ so formuliert: „Die Neuformung des deutschen Staates und die Rückgewinnung seiner Selbständigkeit fordern von uns eine neue Begegnung mit dem deutschen Geschichtsbild, der wir uns als Erben der Vorfahren zu stellen und die wir den Nachkommen zu vermitteln haben. Frühere Wertungen werden bei dieser Selbstbesinnung vielfach verändert erscheinen oder einer Umprägung bedürfen. Zur Kontinuität der deutschen Geschichte, deren Verpflichtungen eine Antwort aus unserer Gegenwart verlangen, bekennen wir uns auch bei gewandeltem Selbstverständnis“<sup>63</sup>. Neben diesem grundsätzlichen Fragenkreis hatte die Tagung zwei nicht weniger anziehende aktuelle Themen anzubieten: „Unsere Verteidigungspflicht“ und „Unser Auftrag für Gesamtdeutschland“. Das letztgenannte Thema wurde in einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Walter Strauß diskutiert und hat wesentlich die Gesamtschließung von Worms bestimmt. Einer ihrer Kernsätze, der in unmittelbarem Bezug zum politischen Geschehen dieser Tage stand, lautete: „Wir gehören der freiheitlichen europäischen und atlantischen Welt an, die mit uns die Verantwortung für den Teil des deutschen Volkes trägt, der auf die Rückführung in eine Ordnung der Freiheit und Selbstbestimmung harrt. Nur in der Verbindung mit den freien Völkern kann das deutsche Volk seine Einheit in Frieden und Freiheit wiedererlangen. Wir sehen keinen anderen dritten Weg.“ Dass dieser Weg Geduld erfordere, blieb dabei nicht unerwähnt. Die von Walter Strauß angesprochene veränderte Wertung in der deutschen Selbstbesinnung beruhte auf dieser historischen Entscheidung für die Seite der Freiheit und der westlichen Demokratien. Für die Politik der Bundesrepublik Deutschland war die Entscheidung in diesem Sinne gefallen, und der Evangelische Arbeitskreis hat diese Politik aus evangelischer Verantwortung mitgetragen. Dass es in den evangelischen Kirchen nicht überall Zustimmung zu diesem historischen Umdenkungsprozess gegeben hat, und dass insbesondere ein latenter Antiamerikanismus immer wieder virulent wurde und die europäische Dimension dieser neuen Politik lange Zeit überhaupt nicht begriffen wurde, waren Gründe für die Distanz mancher Teile der Evangelischen Kirchen gegenüber

den Unionsparteien und dem Evangelischen Arbeitskreis. Gleichwohl hat der Evangelische Arbeitskreis immer wieder das Gespräch mit allen Teilen der evangelischen Kirchen gesucht.

### III. Mittler zwischen Union und Kirche

Das Werden und Wachsen des Evangelischen Arbeitskreises in den Anfangsjahren war durch zwei evangelische Persönlichkeiten an der Spitze geprägt, die sich auf Grund der Erfahrung des Dritten Reiches zur politischen Verantwortung bekannten: Hermann Ehlers und Robert Tillmanns. Beiden war nur eine kurze Wirkungszeit vergönnt. Robert Tillmanns starb bereits ein Jahr nach Ehlers am 22. November 1955. Beide haben die Fundamente gelegt.

Der verhältnismäßig lose Zusammenschluss des EAK war schon so weit gefestigt, dass die Kontinuität seiner Funktion in der Union gewährleistet war. Es galt nun, einen neuen Vorsitzenden zu finden. Am 1. Dezember 1955 trat der Bundesarbeitskreis zu diesem Zweck in Bonn zusammen<sup>64</sup>. Zwei evangelische CDU-Politiker waren im Gespräch für die Nachfolge von Tillmanns: der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel und Bundesinnenminister Gerhard Schröder. Beide gehörten bereits zu den prominenten Mitgliedern des Evangelischen Arbeitskreises. Gerhard Schröder war in Worms einer der vier Redner bei der Abschlusskundgebung gewesen. Da Ministerpräsident von Hassel hatte wissen lassen, dass er auf keinen Fall eine Wahl annehmen werde, lief die Wahl auf Gerhard Schröder hinaus. Er hatte zwar schriftlich mitgeteilt, dass er keinesfalls zu kandidieren gedenke, aber Walter Strauß, der als stellvertretender Vorsitzender die Sitzung leitete, interpretierte das dahingehend, dass Schröder von sich aus das Amt des Vorsitzenden durchaus nicht anstrebe, aber ein ihm angetragenes Amt annehmen würde. Er wurde schließlich einstimmig gewählt, und Walter Strauß wurde, da Hermann Schneider ausschied, als alleiniger Stellvertreter bestätigt.

Die Neuwahl des Vorsitzenden war teils bedingt durch und teils begleitet von Überlegungen zu Charakter und Zielsetzung des Arbeitskreises und seiner Organisation. Über die Aufgaben des Arbeitskreises bestanden zwei Auffassungen. Die eine stellte „eine geistig-politische Orientierung des evangelischen Christen im politischen Raum in den Vordergrund“; diese Auffassung wurde vor allem von Eugen Gerstenmaier und Adolf Cillien vertreten. Eine Mehrheit jedoch wollte darüber hinaus „eine echte politische Profilierung und Wirksamkeit des Arbeitskreises“, weil er als Repräsentation des evangelischen Teils der Union „eine konkrete Verpflichtung gegenüber der evangelischen Wählerschaft“ habe und auch „personalpolitische Anliegen nicht außer Acht





12. Gerhard Schröder, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises von 1955-1978.

lassen“ dürfe. Dies war die von Ehlers und Tillmanns verfolgte Linie, und deshalb wünschte man einen Vorsitzenden, dessen politisches Gewicht stark genug war, „um die Arbeit von Hermann Ehlers und Robert Tillmanns nach außen fortzusetzen und die evangelischen Anliegen innerhalb der Union vertreten zu können“. Schließlich wurde auch Wert darauf gelegt, dass der Vorsitzende aus praktischen Gründen seinen Sitz in Bonn haben sollte. Darüber hinaus wurde der bereits von Robert Tillmanns ins Gespräch gebrachte, nun von Walter Strauß konkretisierte Vorschlag angenommen, den Geschäftsführenden Ausschuss in einen „echten Vorstand“ umzuwandeln, zumal der Bundesarbeitskreis durch weitere Kooptationen aus den inzwischen entstandenen Landesarbeitskreisen einen verhältnismäßig großen Umfang erreicht hatte. Die Organisationsfragen haben 1961/62 zu einer Neuordnung des Bundesvorstandes geführt, der vom ursprünglich angewandten Grundsatz der Kooptation zu einer Mischform aus Delegierten der Landesarbeitskreise, ex officio zugehörigen evangelischen Repräsentanten der Parteiführung, des Parlaments und der Regierung, sowie kooptierten Mitgliedern überging.

Die Organisationsfragen haben jedoch im Evangelischen Arbeitskreis niemals im Vordergrund gestanden. Das Wesentliche des Arbeitskreises war und blieb die gelebte evangelische Verantwortung der führenden evangelischen Unionspolitiker, die sich in der Gemeinschaft des Evangelischen Arbeitskreises den sich wandelnden Herausforderungen der Zeit stellten. Darin vor allem ist begründet, dass sich der Evangelische Arbeitskreis auch nach der Gründungsphase immer wieder darüber Rechenschaft gab, was seine Aufgabe und sein Sinn sei. Nach dem Wechsel im Vorsitz entsprach es dieser Selbstbesinnung, wenn der Geschäftsführer des EAK, Hans Strümpfel, 1956 im Januarheft der „Evangelischen Verantwortung“ unter der Überschrift „Warum Evangelische Arbeitskreise?“ eine „grundsätzliche Betrachtung zur praktischen Weiterarbeit im neuen Jahr“ schrieb. Die entscheidende Aufgabe sah er einerseits „in einer ständig fortschreitenden Aktivierung des politischen Bewusstseins im evangelischen Bevölkerungsteil“, andererseits aber auch in der Durcharbeitung und Klärung von Fragenkomplexen, die auf evangelischer Seite „vielfach noch nicht mit so anerkannter Gültigkeit geklärt sind wie auf katholischer Seite“. Dabei – und hier kommt der Geist Hermann Ehlers’ zum Durchbruch – wollte der Arbeitskreis deutlich werden lassen, „dass eine protestantische Farblosigkeit keine Grundlage seiner politischen Haltung“ ist. Strümpfel vermerkte abschließend, dass die Zielsetzung, „in christlich-evangelischer Verantwortung gegenüber den politischen Aufgaben der Gegenwart eine Grundlage

zu gemeinsamem Handeln zu finden“, dazu geführt habe, nicht nur Evangelische Arbeitskreise auf Landesebene zu gründen, sondern auch solche auf Kreis- und Ortsebene. In diesem Zusammenhang merkt Strümpfel auch an, dass sich der Evangelische Arbeitskreis bewusst nicht als eine „Organisation“ innerhalb der Gesamtpartei verstehe, sondern als „Arbeitsgemeinschaft im echten Sinne des Wortes“. In dieser Charakterisierung steckte ein Stück bewusster evangelischer Freiheit, die sich nicht einfach in das Gefüge einer Satzung einzwängen lässt. Das blieb ein Signum des Evangelischen Arbeitskreises, bei aller Loyalität zur Union.

Den „Herausforderungen unserer Zeit“ wollte sich der Evangelische Arbeitskreis mit seiner 5. Jahrestagung vom 11. bis 13. Oktober 1956 in Berlin stellen. Die Wahl Berlins war noch ein Wunsch des Berliners Robert Tillmanns gewesen. Der Berliner CDU-Vorsitzende Ernst Lemmer und der Berliner Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, der Politikwissenschaftler Professor Otto-Heinrich v.d. Gablentz, sahen in der Wahl Berlins ein „beglückendes Sinnbild“ für die Aufgabe, sich der Herausforderungen der Zeit anzunehmen<sup>65</sup>.

Diese Herausforderungen waren sowohl situationsbedingt als auch thematisch bestimmt. Die Orts- und Zeitbedingtheit charakterisierte der neue Vorsitzende Gerhard Schröder im Einladungsprospekt einerseits mit der Feststellung, „dass die deutsche Reichshauptstadt Berlin in ihrer heutigen Existenz geradezu ein Mahnmal für jene Herausforderung an alle Deutschen darstellt, die unser tiefstes Leid als Volk und Nation begründet“, andererseits hob er hervor, dass das kommende Wahljahr die CDU/CSU „vor ihre vielleicht schwerste politische Aufgabe“ stelle. Ein Gradmesser dafür war die Sympathiekurve des Kanzlers Adenauer in den Meinungsumfragen, die im Mai 1956 auf nur 40 Prozent gesunken war. Dazu gab es Reibungen mit der FDP, die eigene außenpolitische Ideen entwickelte und die mit einem Mittelweg zwischen Ost und West kokettierte, in der Meinung, der Wiedervereinigung damit näher zu kommen als mit der Politik Adenauers.

Der Evangelische Arbeitskreis indessen sah die thematischen Herausforderungen auf kulturpolitischem und wirtschaftlichem Feld und in der grundsätzlichen Frage nach der Bedeutung des „Christlichen“ in der politischen Verantwortung. Als Referenten für das letztgenannte Thema war der Hamburger lutherische Landesbischof Professor Volkmar Hertrich gewonnen worden. Die Entschließung der entsprechenden Arbeitsgruppe blieb allerdings, verglichen mit den treffenden knappen Formulierungen von Hermann Ehlers, eher blass und schwunglos.



13. Ludwig Erhard als Redner beim Evangelischen Arbeitskreis – ein gern gesehener Gast.

Profiliert war dagegen, was zur Schul- und Kulturpolitik gesagt wurde, über deren Grundsätze in West und Ost der schleswig-holsteinische Kultusminister Oberkirchenrat Edo Osterloh referiert hatte. Am eindrucklichsten aber hat die dritte Arbeitsgruppe unter dem Thema „Wirtschaft und Materialismus“ mit dem Bekenntnis zur Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards, die dieser selbst in Berlin dargestellt hatte, geendet. Dabei wurde besonders darauf Gewicht gelegt, dass die Soziale Marktwirtschaft ihre „sittlichen Grundlagen auch aus der evangelischen Sozialethik erhalten“ müsse, damit dem Menschen „zum rechten Gebrauch seiner wirtschaftlichen Freiheit“ verholfen werde. Die Entschließung der Arbeitsgruppe markierte einen Ansatz dazu mit der Forderung, dass „das an sich gesunde Streben nach Verbesserung des Wohlstandes“ nicht „zu einem Aufkommen materialistischer Gesinnung führen“ dürfe<sup>65</sup>.

Das abschließende Resümee der Berliner Tagung hatte im Blick auf die evangelischen Kirchen einen überraschend positiven Ton gefunden. Es stellte fest: „Die

Tagung unterschied sich von ihren Vorgängern durch die Teilnahme führender Vertreter der evangelischen Kirchen, die durch ihre Mitarbeit ihr Vertrauen zu der im Evangelischen Arbeitskreis verwirklichten politischen Arbeit bekundeten<sup>67</sup>. In der Tat zeigten sich die lutherischen und konservativ geprägten Teile der evangelischen Kirchen zunehmend freundlicher gegenüber der Union; die anfänglich deutliche Zurückhaltung war nicht mehr die Regel.

Mittlerweile aber hatte auch ein Werben um evangelische Wähler bei der SPD eingesetzt, die mit Gustav Heinemann, der von seiner Gesamtdeutschen Volkspartei, einem politisch hoffnungslosen Unternehmen, den Weg zur SPD gegangen war, einen der bekanntesten evangelischen Repräsentanten vorweisen konnten und die sich darum bemühte, ihr historisches, antikirchliches Image abzulegen<sup>68</sup>. Der Evangelische Arbeitskreis sah sich angesichts dieser Situation herausgefordert, umso intensiver das breit gefächerte Spektrum der evangelischen Bevölkerung anzusprechen.

Dies war der zeitgeschichtliche Hintergrund der 6. Bundestagung vom 20. bis 22. Juni 1957 in Kassel, die unter das Gesamtthema „Evangelische Verantwortung heute“ gestellt war und bereits ganz im Schatten der bevorstehenden Bundestagswahl am 25. September 1957 stand. Gerhard Schröder hatte das Ziel der Tagung unpathetisch, knapp und nüchtern als „einen Beitrag zur inneren Sicherheit der deutschen Politik“ gekennzeichnet. Damit war die Absicherung der Politik der Regierung gemeint, und zwar auch in Richtung der evangelischen Kirchen. Den deutlichsten Akzent in dieser Richtung setzte Otto Schmidt aus Wuppertal, einer der Gründungsväter des Evangelischen Arbeitskreises und Minister für Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen. Er kennzeichnete den evangelischen Beitrag zur Union mit dem Hinweis auf ein vierfaches Erbe: „Das konservativ preußische Erbe, dessen ethisches Prinzip am 20. Juli 1944 noch einmal sichtbar wurde und auch für unseren Staat bedeutsam sein sollte; das pietistische Erbe, das auch die religiös begründete Bindung an wirkliche Obrigkeit beinhaltet; das liberale Erbe Friedrich Naumanns, das sich in der heute selbstverständlichen freiheitsstaatsrechtlichen Grundtendenz des neuen Gemeinwesens und Parteiwesens und in der Vermittlung einer freien Partnerschaft von Staat und Kirche durchsetzte; endlich das christlich-soziale Erbe...“<sup>69</sup>.

Die „Kasseler Erklärung“ des Evangelischen Arbeitskreises, die auf diesen Grundsätzen fußte, war zugleich ein Aufruf an evangelische Christen, die Union

# Einheit für Deutschland Freiheit den Völkern Frieden in der Welt

Schlußversammlung der 6. Bundestagung  
des Evang. Arbeitskreises der CDU/CSU  
im Festsaal der Stadthalle

*Es sprechen:*

BUNDESKANZLER  
DR. KONRAD

# ADENAUER

Bundestagspräsident  
D. Dr. Eugen

# Gerstenmaier

Bundesaußenminister  
Dr. Heinrich

# von Brentano

Bundesinnenminister  
Dr. Gerhard

# Schröder

Oberkirchenrätin  
Dr. Elisabeth

# Schwartzhaupt



Die Reden werden in den Stadthallengarten übertragen

Es spielt das Kammerorchester

unter Leitung von Rudolf Dücke

Eintrittskarten zu DM 2,00, 1,00 und 4,00 sind zu haben in der  
Kreiszuschaltstelle der CDU, Obere Königstraße 13

14. Prominente Namensliste – mit einer Rednerin, deren Nachname versehentlich mit „tz“ plakatiert wurde ...

# Evangelischer Arbeitskreis der CDU

Am Freitag, dem 1. Februar 1957, 20 Uhr, spricht im „Wartburg-Hospiz“  
in F 4, 7-8 (Neuer Saal im Erdgeschoß)

**Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Hahn**, Heidelberg

über

## **Toleranz in evangelischer Sicht**

Die Bevölkerung ist hierzu herzlich eingeladen

Eintritt frei



15.

zu wählen. Im Unterschied zu den Entschließungen der vorangegangenen Jahrestagungen war diese „Erklärung“ nicht an einzelnen Sachfragen orientiert, sondern warb unmittelbar für die Idee der Unionsparteien. Sie wurde als „der einzige neue politische Ansatz nach 1945“ bezeichnet, der sich bewährt habe. Es ist im übrigen bemerkenswert, dass die „Kasseler Erklärung“ die Komplexität der konservativen, liberalen und sozialen politischen Strebungen als Sinnerfüllung des „Christlichen“ verstanden hat, indem sie proklamierte: „Unser Auftrag in der CDU/CSU ist unter dem Zeichen ‚christlich‘ jenseits von Standes- und Klassengegensätzen zu einem verpflichtenden Miteinander der bewahrenden, der freiheitlichen und der sozialfortschrittlichen Kräfte geworden“<sup>70</sup>.

Es ist schwer abzuschätzen, welchen Einfluss der Evangelische Arbeitskreis mit seinen Verlautbarungen auf das Wahlverhalten der evangelischen Bevölkerung gehabt hat. Nach den verhältnismäßig pessimistischen Aussichten des Jahres 1956 war es jedoch nicht zuletzt auch dem Anteil evangelischer Wählerstimmen zuzuschreiben, dass die Unionsparteien bei der Bundestagswahl am 15. September 1957 mit 50,2 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag errangen. Das hat Gerhard Schröder, der im neuen Kabinett Adenauers

wieder Innenminister wurde, im Programm der 9. Bundestagung vom 5. bis 7. Juni 1958 in Essen mit der Bemerkung hervorgehoben: „Entscheidend waren dabei unsere Erfolge in den Gebieten mit überwiegend evangelischer Bevölkerung“<sup>71</sup>.

Die Essener Tagung 1958 stand unter dem dreigliedrigen Thema „Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa“ und war noch deutlicher als die vorangegangene in Kassel durch die auf konkrete politische Aufgaben zielende Art Gerhard Schröders bestimmt. Zutreffend bemerkte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 14. Juni 1958: „Die Bundestagungen, die im vorjährigen Bundestagswahlkampf und diesmal im Landtagswahlkampf von Nordrhein-Westfalen unter seiner Regie standen, waren nach Thematik und Sprache weniger theologisch, pragmatischer als frühere Tagungen unter Tillmanns und Ehlers.“ Dieselbe Zeitung hielt es auch für bemerkenswert, dass das Gewicht der evangelischen Stimmen in der Bundestagswahl von 1957 dazu geführt hatte, dass nunmehr sieben evangelische Minister der Bundesregierung angehörten. Einer von ihnen, der neue Finanzminister Franz Etzel, von Anfang an im Evangelischen Arbeitskreis beteiligt, als Vizepräsident der Montanunion in Luxemburg von 1952 bis 1957 ein „verlässlicher Vorkämpfer der europapolitischen Integration“<sup>72</sup>, hielt in Essen das europapolitische Referat: „Unser Weg nach Europa“. In seiner weit vorausschauenden Sicht der europäischen Entwicklung, die „den europäischen Weg als einzige Chance in der heutigen Zeit der Großräume“ sah, wies er auf die Aufgabe hin, die nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine noch umfassendere, nicht allein nach Westen, sondern auch nach Osten gerichtete Bedeutung erlangen würde. Die Wiedervereinigung war in Essen besonders deshalb ein aktuelles Thema, weil die sozialdemokratische Opposition kurz vorher bei ihrem Stuttgarter Parteitag 1958 eine EntschlieÙung zur Wiedervereinigung gefasst hatte, die in der Sicht Gerhard Schröders als „Versuch volksdemokratischer Anpassung“ erschien, die letzten Endes die Tendenz „durch Wiedervereinigung zum Sozialismus“ hatte<sup>73</sup>. Der Opposition gab er den beschwörenden Rat, gegenüber der Sowjetunion nicht in Raten zu kapitulieren. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit verlange Geduld und Geschlossenheit. Anfang 1959 schrieb er in der „Evangelischen Verantwortung“: „Wir haben auf die Wiedervereinigung aller Deutschen nunmehr bald 14 Jahre gewartet. Wir werden, wie ich fürchte, die bittere Frucht der Hitlerschen Niederlage noch länger schmecken müssen. Niemand wird uns heute zumuten wollen, in ein Gefängnis der Unfreiheit einzutreten, am wenigsten unsere Brüder und Schwestern in der Sowjetzone. Der Auftrag, den wir haben, besteht darin, den uns belassenen Kern des Vaterlandes fest und intakt zu halten. Das ist nicht nur unsere Hoffnung, son-



dern das ist die Hoffnung aller Deutschen. Ich sage, die Freiheit aller Deutschen hängt davon ab, dass wir unsere Freiheit behalten und verteidigen“<sup>74</sup>.

Im evangelisch-kirchlichen Raum waren in dieser Zeit die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO sowie die atomare Bewaffnung brisante Themen, denen der Evangelische Arbeitskreis nicht auswich. Er hatte den holsteinischen Bischof Wilhelm Halfmann aus Kiel eingeladen, in Essen ein Grundsatzreferat zum Thema „Theologische Fragen zur Verteidigung“ zu halten, das in der publizistischen Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit fand. So berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 14. Juni 1958: „Als der Kieler Bischof Halfmann ‚aus der Unabhängigkeit seines Amtes sprechend‘, der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien die ‚theologischen Fragen der Verteidigung‘ darlegte, breitete sich im Essener Städtischen Saalbau eine Stimmung aus, die aus der Spannung theologischen Disputs und der Gelöstheit endlich getrösteter Gewissen merkwürdig gemischt war.“ Es erinnert an die Ursprünge des Evangelischen Arbeitskreises unter Hermann Ehlers, wenn Bischof Halfmann den zur politischen Entscheidung Berufenen sagte, dass sowohl Sünde riskiere, wer für die Atombewaffnung sei, als auch, wer gegen sie sei, und dass jeder nur mit getröstetem Gewissen handeln könne, wenn er „um Christi willen seiner Barmherzigkeit sich ausliefert“. Die Kirche – so Halfmann – könne auch im Atomzeitalter für die Friedenspolitik keine absoluten Gebote erlassen. Die Wege zum Frieden zu finden, sei Sache der Staatspolitik. Darum denke die evangelische Kirche hoch von der Verantwortung des Staatsmannes, der nach Glaube und Lehre der Bibel in einer direkten Verantwortung vor Gott stehe<sup>75</sup>.

In der damaligen kirchlichen und politischen Situation war das Auftreten des lutherischen Theologen Halfmann beim Evangelischen Arbeitskreis sowohl politisch als auch kirchlich von signalhafter Bedeutung. Das publizistische Echo betonte das ausdrücklich. Halfmann hatte ohne jede Schärfe gesprochen, aber in der Sache klar und entschieden in geistiger Frontstellung zu den prinzipiellen Widersachern der Sicherheitspolitik der Bundesregierung im kirchlichen Lager. Der Essener Aufruf des Evangelischen Arbeitskreises „An die evangelischen Christen Deutschlands“ schlug einen schärferen Ton an. Er begann mit dem Satz: „Schwarmgeister verwirren das rechte evangelische Verständnis vom politischen Amt“<sup>76</sup>. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Juni 1958 kennzeichnete die Situation zutreffend: „Die Fronten haben sich – auch im Protestantismus – schärfer geschieden. Nicht nur der Evangelische Arbeitskreis der Unionspartei ist prak-

tischer, geschlossener und seiner Sache sicherer geworden. Auch das andere Lager der in der Polemik ‚Schwarmgeister‘ Genannten hat sich weiter in die Opposition abgesetzt. (...) Deshalb wird der Arbeitskreis vermutlich auch in Zukunft immer dann am meisten innere Spannung gewinnen, wenn die theologischen Aspekte der Politik zur Debatte stehen. Wie im Referat von Bischof Halfmann.“

Doch nicht nur solche spannungsvollen, öffentliche Aufmerksamkeit erregenden Tagungen waren das Kennzeichen des Evangelischen Arbeitskreises in der Zeit des Vorsitzenden Gerhard Schröder. Der Arbeitskreis war auch intellektueller Vordenker, der neu aufkommende politisch-ethische Fragen frühzeitig aufgriff. Anfang der sechziger Jahre zeichnete sich eine geistig-soziale Entwicklung, einerseits, dem Einzelnen einen erweiterten Raum individueller Freiheiten zuzubilligen, andererseits aber auch, die individuelle soziale Sicherung immer mehr auf die Gesellschaft und den Staat abzuschieben.

Diese Problematik griff der Arbeitskreis mit seiner 8. Bundestagung in Mannheim vom 31. März bis 2. April 1960 auf. Das Leitthema lautete: „Der Einzelne und die Gesellschaft“. Gerhard Schröder formulierte im Geleitwort zum Programm von Mannheim die Kehrseite dieses Themas: „Wir können stattdessen auch sagen: Die gefährdete Freiheit.“ In den vier Entschlüssen zur Sozialethik, zur politischen Bildungs- und Erziehungsarbeit, zu Frauen- und Familienfragen und zur Gesellschaftspolitik wurde die Verpflichtung zu „verantwortlichem Handeln in einer sich wandelnden Gesellschaft“ als sozialetischer Grundsatz hervorgehoben. Freiheit und Selbständigkeit des Einzelnen auf der Grundlage des persönlichen Eigentums müssten gebunden sein an die soziale Verpflichtung gegenüber dem Nächsten wie dem Gemeinwohl. Mit den Worten „christlich“ und „sozial“ dürfe aber nicht der „Entwicklung zu einem Versorgungsstaat“ Vorschub geleistet werden<sup>77</sup>.

Mit der Entschlüsselung zum Thema „Frau und Familie in der Industriegesellschaft“ griff der Evangelische Arbeitskreis erstmals Probleme der Frauen in der Gesellschaft auf und erhob Forderungen zur Entlastung berufstätiger Ehe-



frauen und Mütter, verlangte von Staat und Wirtschaft in verstärktem Maße Halbtagsstellen für Frauen und wünschte „bessere Aussichten auf beruflichen Aufstieg“ berufstätiger Frauen (merkwürdigerweise nur „für die nicht verheirateten“).



17. Elisabeth Schwarzhaupt, seit 1955 für viele Jahre Bundesvorstandsmitglied des Evangelischen Arbeitskreises.

Das Referat zu diesem Thema hatte die Bundestagsabgeordnete Elisabeth Schwarzhaupt, die seit 1955 dem Bundesvorstand angehörte, gehalten<sup>78</sup>. Dahinter stand nicht zuletzt die Absicht, bewusst evangelische Akzente zur Frauen- und Familienpolitik zu setzen, die in der Union bisher durch den katholischen Familienminister Franz-Joseph Wuermeling repräsentiert worden war. Ob sie bewusst gegen Wuermeling „aufgebaut“ werden sollte, mag dahingestellt bleiben. Bei Adenauers Kabinettsbildung im November 1961 jedenfalls gab es offenbar Bestrebungen, sie an die Spitze des Familienministeriums zu berufen<sup>79</sup>. Sie übernahm schließlich als erste Frau in einem Ministeramt das neu gebildete Gesundheitsministerium.

Der lutherische Kieler Propst Hans Asmussen berichtete in der katholischen Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ wohlwollend-kritisch von der Mannheimer Tagung und wies dabei auf die tiefere theologische Dimension des konfessionellen Miteinanders in der Union mit einer überraschend einfachen Fragestellung hin. Er schrieb: „Was hätten die Katholiken wohl anders gesagt zu den angeschnittenen Themen? Ich versuche das auf diese Formel zu bringen: Die Katholiken würden wahrscheinlich Grundwahrheiten aus dem entwickeln, was sie Naturrecht heißen. Mir ist nicht ganz sicher, ob sie in allen Dingen so nahe an die Einzelheiten herangekommen wären, wie es auf dieser Tagung geschah. Sie wären aber damit der Gefahr entgangen, der Gedankengänge unterliegen, die von dem gegenwärtigen Stande evangelischer Besinnung ausgehen; sie würden nämlich nicht in dem gleichen Maße in der Diagnose ihre Hauptarbeit gesehen haben – was den Referenten von Mannheim wahrscheinlich gar nicht so bewusst war. Darum eben sollte man nach den besten Wegen suchen, beide Erwägungen einander begegnen zu lassen“.

Dem Evangelischen Arbeitskreis ging es jedoch vorerst um das Gewinnen weiterer evangelischer Bevölkerungskreise für die Union, sowohl als Mitglieder als auch als Wähler<sup>81</sup>. Die 9. Bundestagung in Hamburg vom 2. bis 3. Juni 1961 hatte dieses Ziel im Auge mit dem Leitthema „Die Entscheidung des evangelischen Wählers“, das im Hinblick auf die Bundestagswahl im September 1963 formuliert worden war<sup>82</sup>. Entsprechend war auch das Aufgebot der Redner, das mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard die zugkräftigste evangelische Persönlichkeit der Union enthielt. Sein Thema war „Freiheit und Verantwortung“. Der norddeutsche Bereich wurde durch den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel und Kultusminister Edo Osterloh repräsentiert. Gerhard Schröder gab am Schlußtag auf die Fragestellung seines Referats „Kompromiss mit der SPD?“ die entschiedene und deutliche Antwort, dieser „in Gärung befindlichen Partei“ dürften „die Geschicke der Bundesrepublik nicht anvertraut werden“<sup>83</sup>. Das schlug sich dann auch im Aufruf an den „Evangelischen Wähler“ nieder: „Setze nicht aufs Spiel, was mit so viel Mühe und Fleiß erreicht worden ist! Darum wähle CDU/CSU! Werde Mitglied der CDU/CSU! Arbeite in der CDU/CSU und im öffentlichen Leben mit! Hier liegt Deine Verantwortung!“<sup>84</sup>.

Aber auch in Richtung der evangelischen Kirche wurden deutliche Akzente gesetzt. Erstmals hatte der Arbeitskreis zum Anfang seiner Tagung evangelische Theologen zu einem Abendgespräch eingeladen, das der Heidelberger Theologieprofessor Wilhelm Hahn und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier mit Kurzreferaten einleiteten. Darin, wie auch in der Arbeitsgruppe, die sich zu dem Thema „Das Christliche in der deutschen Politik seit 1945“ zusammenfand, wurde deutlich, dass es zwischen Union und Evangelischer Kirche erhebliche Differenzen gab. Der Evangelische Pressedienst (EPD) berichtete von einer „leidenschaftlichen Auseinandersetzung“, in der einerseits das „Unbehagen“ der Politiker darüber zum Ausdruck kam, dass „evangelische Kirche und parlamentarischer Parteienstaat einander verfehlen könnten“, und in der andererseits die Theologen den Politikern entgegenhielten, „dass eine Partei im Zeichen des 'C' das leidenschaftliche Ringen der Kirche um die Gestalt des christlichen Gehorsams im öffentlichen Leben müsse besser würdigen können“<sup>85</sup>.

Das Gespräch des Bundesvorstands mit evangelischen Theologen, mit dem die 10. Bundestagung vom 4. bis 6. Oktober 1962 in Wiesbaden begann, stellte diese Streitfragen mit Wilhelm Hahns Einführungsreferat: „Die CDU/CSU als Problem der evangelischen Theologie“ erneut zur Diskussion. Die Wochenzeitung „Christ und

Welt” berichtete darüber: „Gut 250 waren gekommen, darunter mancher militante Geist von scharfer Linkscouleur, der auf das Stichwort 'CDU' hin mit heftigem Resentiment zu reagieren pflegt. Doch es hätte der Order ‚Streng geschlossener Kreis‘ dabei gar nicht bedurft. Es blieb eine ganz und gar sachliche Diskussion, bar jedes Misstons – gruppiert um das maßvoll-kluge Referat, in dem der Heidelberger Theologe und neugebackene MdB Wilhelm Hahn anknüpfend an Lehrmeinungen von Barth, Kühneth und Thielicke die Frage erörterte, dass und weshalb ein Mitwirken evangelischer Christen in der Union legitim ist. Hahn vermochte Einwände glänzend zu parieren“<sup>86</sup>.



logie und neugebackene MdB Wilhelm Hahn anknüpfend an Lehrmeinungen von Barth, Kühneth und Thielicke die Frage erörterte, dass und weshalb ein Mitwirken evangelischer Christen in der Union legitim ist. Hahn vermochte Einwände glänzend zu parieren“<sup>86</sup>.

Mit dem Tagungsthema „Evangelische Verantwortung für morgen“ zeigte der Evangelische Arbeitskreis ein neues, auf die Zukunft gerichtetes Selbstbewusstsein. Zwei Politikfelder wurden in den Blick gerückt. Professor Alfred Müller-Armack sprach über „Das gesellschaftspolitische Leitbild der sozialen Marktwirtschaft“ und entwickelte dabei Perspektiven für Europa, das weder „einem Laissez-faire-

Wettbewerb“ noch „einer sozialen Planifikation“ überlassen werden dürfe, für das vielmehr nach der „irenischen Formel“ gesucht werden müsse, die das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft ausmache<sup>87</sup>. Gerhard Schröder, der bei der Regierungsbildung im November 1961 vom Innenministerium ins Außenministerium gewechselt war, entwickelte „Grundlinien der deutschen Außenpolitik“.

Die zehnte Bundestagung gab auch Anlass zu Bestandsaufnahme und Vorschau. Im Tagungsprogramm hatte Walter Strauß die Grundzüge des zehnjährigen Wirkens des Arbeitskreises dargestellt und dabei auch die Evangelischen Landesarbeitskreise sowie die Arbeitskreise auf Bezirks- und Ortsebene gewürdigt. Er wies auf die Verantwortung für die Deutschen hin, „deren Glaubens- und Gewissensfreiheit gefährdet ist und denen die freie Selbstbestimmung immer noch verweigert wird“, und er schloss mit den Worten: „Wir meinen, dass der Weg dieser zehn Jahre ein gutes Beginnen war, das wir zuversichtlich fortzusetzen gewillt sind“<sup>88</sup>. Gerhard Schröder hatte bereits bei einer Tagung des Landesarbeitskreises Rheinland im Juni 1962 die große Bedeutung der konfessionellen Zusammenar-

beit in der Union hervorgehoben und dazu bemerkt, es habe sich herausgestellt, „dass nur ein festes sich Ineinanderranken und Ineinandergeschmiedetwerden der Konfessionen zu gemeinsamer politischer Arbeit jenes Maß von Stabilität und Dauer verbürgte, das für den Wiederaufbau und für die Neugestaltung unseres Vaterlandes erforderlich war“<sup>89</sup>. Diese neue politische Zusammenarbeit müsse für den evangelischen Bereich noch wesentlich überzeugender dargestellt und noch dauerhafter gefestigt werden. Der Evangelische Arbeitskreis habe deshalb die Aufgabe übernommen, besonders die sozialetischen Auffassungen der evangelischen Seite für die gemeinsame politische Arbeit in den Unionsparteien fruchtbar zu machen. Auch in Zukunft sei es „eine der hervorragendsten Aufgaben der Evangelischen Arbeitskreise“, dazu beizutragen, „dass alle Kräfte aus dem evangelischen Raum sich politisch adäquat den katholischen Kräften im Bereich der CDU und der CDU-Politik zu Hause fühlen“. Dieser Aufgabe müsse aber auch im allgemeinen Bewusstsein der Partei der Rang gegeben werden, den sie wirklich verdiene. Diese Bemerkung Schröders lässt erkennen, dass der Evangelische Arbeitskreis damals offensichtlich in der CDU nicht die Beachtung fand, die er selbst im Interesse seiner Aufgabe für erforderlich hielt. Gerhard Schröder wollte diese Aufgabe aber keinesfalls verstanden wissen als die einer „pressure group“, und ganz entschieden wies er die damals und auch späterhin immer wieder geäußerte Behauptung zurück, der Evangelische Arbeitskreis sei „eine Hausmacht dieses oder jenes evangelischen Politikers“.

Tatsächlich hat der relativ lockere Zusammenschluss des Evangelischen Arbeitskreises mit seinen sehr unterschiedlich strukturierten Landesarbeitskreisen niemals die Basis für eine politische „Hausmacht“ abgegeben. Die Berücksichtigung evangelischer Belange war immer – unabhängig von den Personen, die an der Spitze des Evangelischen Arbeitskreises standen – eine Frage der politischen Einsicht der Partei, dass sie ohne den evangelischen Bevölkerungsteil keine Erfolgchancen hat. Vielmehr war es für die Mittlerstellung des Evangelischen Arbeitskreises zwischen den Unionsparteien und den evangelischen Kirchen von Bedeutung, dass die evangelische Seite in der Union von Persönlichkeiten repräsentiert wurde, die einen anerkannten politischen und geistigen Rang besaßen und als evangelische Christen ausgewiesen waren. Das galt nicht nur für den Bundesarbeitskreis, sondern ebenso für die Landesarbeitskreise, die sich schon Mitte der fünfziger Jahre in allen Bundesländern gebildet hatten. Ende 1961 bestanden in den Bundesländern 14 regionale Arbeitskreise, darunter im Rheinland auch ein Evangelischer Arbeitskreis der Jungen Union. Organisatorisch bestanden Unter-

schiede, die durch die regionalen Verhältnisse bedingt waren. In der Regel waren die Landesarbeitskreise organisatorisch mehr oder weniger eng mit den Landesverbänden der CDU verflochten. Lediglich der Evangelische Arbeitskreis der CSU in Bayern, der 1958 schon 69 örtliche Arbeitskreise zählte, besaß einen eigenen hauptamtlichen Geschäftsführer.

Das Betätigungsfeld des Evangelischen Arbeitskreises hatte sich schon seit Mitte der fünfziger Jahre über die Jahrestagungen hinaus erweitert. Gesprächskontakte mit den Evangelischen Kirchen und ihren Repräsentanten auf verschiedenen Ebenen wurden vermehrt gesucht, ebenso solche mit evangelischen Journalisten<sup>90</sup>. Seit Anfang der sechziger Jahre wurde in verstärktem Umfang das Gespräch mit evangelischen Theologen geführt, sowohl im Zusammenhang mit Bundestagungen als auch im Bereich der Landesarbeitskreise. Der Bundesvorstand bahnte Gespräche mit den „evangelischen Kirchenführern“ – Landesbischöfen, Kirchenpräsidenten, Verwaltungsspitzen und Kirchentagspräsidenten – an. Ein erstes Gespräch fand im Juni 1963 statt, ein weiteres folgte 1967. Besonders intensiv wurden Gespräche mit den evangelischen Studentenpfarrern vorbereitet. Den Anlass dafür hatte unter anderem die heftige Kritik aus den Evangelischen Studentengemeinden am Bundesvorstandsmitglied Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel gegeben, der die Verharmloser des östlichen Kommunismus innerhalb der evangelischen Kirche als „Linksprotestanten“ bezeichnet hatte<sup>91</sup>. Diese Gespräche fanden im Juni 1965 und im Juni 1966 statt<sup>92</sup>. An deren Vorbereitung war besonders die „Studiengruppe“ des Evangelischen Arbeitskreises beteiligt.

Diese war 1963 auf Initiative des Heidelberger Theologen und Bundestagsabgeordneten Professor Wilhelm Hahn entstanden, der zum Evangelischen Arbeitskreis gestoßen war. Mit ihm hatte der Arbeitskreis einen profunden evangelischen Theologen in seinen Reihen, der als einer der stellvertretenden Vorsitzenden bis 1980 das geistige Profil des Arbeitskreises prägte. Über die von ihm gegründete Studiengruppe schreibt er in seinen Erinnerungen, sie habe dem Zweck dienen wollen, die Sprache der CDU so zu wandeln, dass sie von den Eierschalen des Zentrums befreit und mit den Vorstellungen evangelischer, politischer Ethik vereinbar würde. Der Einfluss der Studiengruppe, die in den ersten Jahren ihres Bestehens ein „hochrangiges Gremium“ war, „dem ein gewisser elitärer Charakter nicht abzusprechen war“, und an deren Beratungen Bundesminister, Wissenschaftler und hervorragende Publizisten teilnahmen, haben dem Evangelischen Arbeitskreis zusätzliche Publizität verschafft. Hahn notiert: „Die Jahrestagungen

wurden immer stärker besucht von Parteimitgliedern und Parteiprominenz, von evangelischen Pfarrern und Laien, die oft keine Parteimitglieder waren“<sup>93</sup>. Hahn zog sich Mitte der siebziger Jahre von der Leitung der Studiengruppe zurück, da ihn als Kultusminister in Baden-Württemberg andere Aufgaben beanspruchten.

Zu den Wirkungsmitteln des Evangelischen Arbeitskreises nach innen und außen gehörte seit 1953 die „Evangelische Verantwortung“. Unter der Redaktion von Hans Strümpfel hatte sie sich zu einem viel beachteten Informationsblatt entwickelt, das nicht nur auf das aktuelle politische Geschehen einging und den Landesarbeitskreisen zunehmend Beachtung schenkte, sondern ebenso zu politischen und theologisch-ethischen Grundsatzfragen Stellung nahm. Auch kritische Stimmen aus Kirche und Theologie kamen zu Wort, und der Disput mit Gegnern im kirchlichen Raum, zumal in der Auseinandersetzung mit den „Kirchlichen Bruderschaften“ um das 'C' im Namen der Partei, fand dort seinen Niederschlag. Nicht zuletzt bot die „Evangelische Verantwortung“ auch dem Vorsitzenden des EAK Gerhard Schröder – wie schon seinen Vorgängern – das Forum für richtungsweisende Beiträge. Die Wirkung der „Evangelischen Verantwortung“ war offensichtlich so nachhaltig, dass aus dem Raum der SPD von kirchlichen Kreisen, die den Bruderschaften verbunden waren, 1956 als Gegenunternehmen ein Blatt mit dem Titel „Politische Verantwortung – Evangelische Stimmen“ gestartet wurde; zu dessen Herausgebern gehörten u.a. die Theologen Professor Hans-Joachim Iwand, Karl Immer und Heinz Kloppenburg, sowie die SPD-Politiker Adolf Arndt, Gustav Heinemann und Johannes Rau, der auch die Redaktion besorgte.



19. 1962 – Neue Gestaltung der Titelseite der Evangelischen Verantwortung.

Die „Evangelische Verantwortung“ erfuhr 1962 redaktionell und in der Gestaltung eine wesentliche Veränderung. Anstelle von Hans Strümpfel übernahm mit dem Oktoberheft 1962 der evangelische Theologe Eberhard Amelung, damals in Marburg, die Redaktion. Er gehörte schon seit 1953 als Mitglied des Ringes Christlich Demokratischer Studenten dem Bundesarbeitskreis an. Dem Bundesvorstand hatte er eine neue Konzeption vor-



gelegt, die der „Evangelischen Verantwortung“ anstatt ihrer bisherigen Form als „Politische Briefe“ den Charakter einer echten Zeitschrift, sowohl in der Aufmachung als auch in der inhaltlichen Gestaltung geben sollte. Sie sollte Mut zur Diskussion auch „heißer Eisen“ zeigen und sich nicht nur darauf beschränken, die bereits in der Partei ausdiskutierten Fragen zu dokumentieren und zu erläutern. Der Bundesvorstand stimmte dieser Konzeption zu und gewährte der Redaktion „größtmögliche Freiheit zu einer lebendigen und interessanten Gestaltung“<sup>94</sup>. In der Tat wurde die „Evangelische Verantwortung“ unter Amelungs Redaktion im Niveau anspruchsvoller und akademischer. Sie sollte „der Diskussion und Kritik“ stärker geöffnet werden. Amelung schrieb im ersten von ihm redigierten Heft, die gesellschaftliche Entwicklung sei an einem Punkt angelangt, „wo wir uns der Forderung nach der Diskussion nicht mehr entziehen können... Wir wollen die offene Diskussion aller Probleme, wir wollen echte Fragen und verantwortliche Kritik. Aber wir wollen auch den Ruf zum Engagement in der Politik und in der Union.“

Diese neue redaktionelle Tendenz der „Evangelischen Verantwortung“ gehörte in den Zusammenhang eines sich seit 1961 abzeichnenden allgemeinen Stimmungswandels. Neue Problemfelder und die Frage nach den Zukunftsperspektiven rückten zunehmend in das politische Bewusstsein. Der Blick auf die Zukunft und ihre Herausforderungen hatte sich schon im Leitthema „Evangelische Verantwortung für morgen“ der 10. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises Anfang Oktober 1962 niedergeschlagen.

Die Frage nach der deutschen Zukunft war seit dem Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 von Irritationen und neuen Ungewissheiten belastet. Das von acht evangelischen Persönlichkeiten verfasste „Tübinger Memorandum der Acht“<sup>95</sup>, das im März 1962 in die Öffentlichkeit drang, hatte mit der These, dass die Gebiete jenseits von Oder und Neiße als verloren anzusehen seien, die Frage des künftigen Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn aufgeworfen und den Anstoß zur Entstehung der Denkschrift der EKD: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ vom Oktober 1965 gegeben<sup>96</sup>. Der Evangelische Arbeitskreis hat sich diesem Fragenkreis gestellt. Aus seinen Reihen nahmen Luise Rehling und Berthold Martin zusammen mit anderen evangelischen Bundestagsabgeordneten der CDU zum „Tübinger Memorandum“ kritisch Stellung.

Im Mai 1965 kam es bei der Bundestagung in Bonn über dieses Thema dann zu einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Tübinger Theologieprofessor Wolfhart

Pannenberg. In der „Evangelischen Verantwortung“ entfaltete Gerhard Schröder, seit November 1961 Außenminister, neue Perspektiven für eine künftige „elastische“ deutsche Osteuropapolitik<sup>97</sup>, die zu entfalten ihm allerdings nicht mehr vergönnt war. Mit der Ostdenkschrift befasste sich die „Evangelische Verantwortung“ in mehreren Nummern. Unter den Beiträgen ragt der des Marburger Staats- und Völkerrechtlers Professor Heinrich Herrfahrdt besonders hervor, weil er Perspektiven aufzeigte, die das Denken in starren nationalstaatlichen Kategorien durch neue Rechtsformen für das Zusammenleben in bevölkerungsgemischten Überschneidungsgebieten überwinden sollten. Es handelte sich dabei um einen Denkansatz, der der heutigen Vorstellung der europäischen Regionalisierung nahe kommt<sup>98</sup>.

Auch auf anderen Feldern griff die „Evangelische Verantwortung“ Zukunftsaufgaben auf, die noch kaum in das öffentliche politische Bewusstsein getreten waren. So hat beispielsweise Eberhard Amelung im Juniheft 1963 mit seinem Leitartikel „Unsere Verantwortung gegenüber der Natur“ auf die Umweltproblematik hingewiesen. Es sei, so schrieb er, keine Frage, „dass wir heute auf Kosten der kommenden Generationen leben. Wir beuten die Landschaft aus und richten Schäden an, die in den folgenden Jahrzehnten nur mit Kosten wieder gutgemacht werden können, die ein Vielfaches dessen betragen werden, was wir heute an Nutzen herausholen“. Es gelte deshalb, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen.

Der spürbare Wandel in der geistigen Situation seit etwa 1961, die lauter werdende Kritik von Intellektuellen, von Publizisten, Journalisten und Schriftstellern, die der altertümlichen Parole „Der Geist steht links“ huldigten und die angeblich „restaurativen“ Züge im Werden und Wachsen der Bundesrepublik kritisch unter die Lupe nahmen, die Parole vom „Bildungsnotstand“ – das alles hat natürlich auch den Evangelischen Arbeitskreis herausgefordert, zumal solche Tendenzen zunehmend auch in den evangelischen Kirchen vertreten wurden.

Bei zwei Bundestagungen griff der Evangelische Arbeitskreis diese Themen auf: In der 11. Bundestagung, im April 1964 in München mit dem Leitthema „Geist, Ordnung und Macht“ stattfand, und der 13. Bundestagung, die im Mai 1966 in Bochum mit dem Generalthema „Macht und Bildung in unserem Staat“ abgehalten wurde. Dazwischen hatte auch die 12. Bundestagung im Mai 1965 in Bonn unter dem allgemeiner gefassten Hauptthema „Verantwortung für Deutschland“ von einem der Hauptreferenten, dem Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentags Hans Hermann Walz, das Thema „Deutschland



20. Der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel mit Bundeskanzler Ludwig Erhard (links) und Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel (rechts).



21. Der Vorsitzende Gerhard Schröder mit seinem Bundesgeschäftsführer Hans Strümpfel (Mitte stehend).

als geistige Aufgabe“ behandeln lassen. Er verwies die seiner Ansicht nach nicht mehr bestehende politische Realität „Deutschland“ ins Spirituelle und Globale. Die Bochumer Tagung diskutierte die theologischen Probleme der Macht und das Spannungsverhältnis von Bildung, Jugend und Staat. Als Referenten hatte der Evangelische Arbeitskreis drei Bildungspolitiker aufgeboten; den Bundestagsabgeordneten Berthold Martin, Kultusminister Professor Wilhelm Hahn und Gerhard Stoltenberg, der seit 1965 im Kabinett Ludwig Erhards das Ressort für Wissenschaft und Bildung übernommen hatte und auch im Evangelischen Arbeitskreis in die Führungsriege aufgerückt war.

Eberhard Amelung schloss im Juniheft 1966 der „Evangelischen Verantwortung“ seinen Bericht über die Bochumer Tagung mit den Sätzen: „Insgesamt wird man urteilen dürfen, dass die Tagung für Außenstehende nicht so interessant erschien wie frühere Zusammenkünfte des Arbeitskreises, dass sie aber der Arbeit der CDU sehr helfen wird. Darüber hinaus hat die starke Beteiligung der Presse gezeigt, welche Bedeutung dem Arbeitskreis in der Öffentlichkeit zukommt.“ Ein resignativer Ton ist unverkennbar. Die „Evangelische Verantwortung“ brachte in ihrer Julinummer noch die Referate der Bochumer Tagung, stellte dann aber überraschend ihr Erscheinen ein.



22. Gerhard Schröder mit dem Pfarrer der Lutherkirche in Bochum nach dem Gottesdienst.

Auch die für 1967 zunächst in Bremen, dann im Blick auf die niedersächsische Landtagswahl in Goslar geplante Bundestagung kam nicht zustande. Finanzielle Schwierigkeiten bedingten eine Reduzierung der gewohnten Aktivitäten des Evangelischen Arbeitskreises. Dazu kam, dass der Arbeitskreis bewährte Mitstreiter verlor, die seit der Gründungszeit sein Wirken entscheidend geprägt hatten. Im Frühjahr 1963 war der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CSU, Pfarrer Alfons Kreuzel, der dem Bundesvorstand seit den Anfangsjahren angehört hatte, gestorben<sup>99</sup>.

Staatssekretär Walter Strauß, der 1963 als Richter am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eine neue Aufgabe übernommen hatte, stand dem Arbeitskreis nicht mehr im früher gewohnten Umfang zur Verfügung. Ernst Bach, einer der Initiatoren und Gründer des Arbeitskreises, starb im März 1965<sup>100</sup>.



23. Ernst Bach, Oberbürgermeister der Stadt Siegen, begrüßt den Bundeskanzler Konrad Adenauer. An seiner Seite Rainer Barzel.

Dies alles stand schließlich vor dem Hintergrund der gesamtpolitischen Entwicklung der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Konrad Adenauer war im Oktober 1963 vom Kanzleramt zurückgetreten. Ludwig Erhard, die Symbolfigur des deutschen „Wirtschaftswunders“ war zum Kanzler gewählt worden und errang zwei Jahre später in der Bundestagswahl am 19. September 1965 einen glänzenden Wahlsieg. Intern aber wurden bereits Rivalitäten ausgetragen, bei denen auch konfessionelle Aspekte mitspielten, besonders im Hinblick auf die Nachfolge Adenauers als Parteivorsitzenden<sup>101</sup>, die schließlich dann doch Ludwig Erhard im März 1966 antrat. Im Dezember 1966 wurde nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Ludwig Erhard die Regierung der „Großen Koalition“ von Union und SPD gebildet. Der Vorsitzende Gerhard Schröder gehörte ihr als Verteidigungsminister an, und mit Kai-Uwe von Hassel, Gerhard Stoltenberg und Werner Dollinger waren drei weitere Repräsentanten des Evangelischen Arbeitskreises in der Regierung.

Eine Folge der „Großen Koalition“ war es, dass sich anstelle der praktisch nicht mehr vorhandenen Opposition im Parlament die Außerparlamentarische Opposition (APO) bildete, deren Anstöße vor allem 1967 vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) ausgegangen waren<sup>102</sup>. Damit war die parlamentarische Demokratie vor ein doppeltes Problem gestellt: Wie sollte sie ohne eine starke

Herrn  
Bundestagspräsident  
Dr. E h l e r s  
B o n n e n, Rh.  
Bundeshaus

Sehr geehrter, lieber Herr Dr. Ehlers !

Anliegend sende ich Ihnen einen Brief, den mir Frau Dr. Rehling wegen Gründung einer evangelischen Zeitung zugesandt hat. Ich bin von der Gründung einer solchen Zeitung nicht sehr begeistert, da ich mir davon nicht viel verspreche. Ich halte es für richtiger, wenn wir einen evangelischen Brief ab 1. Januar herausbringen, bei dem Sie als Herausgeber erscheinen, der persönlich gehalten ist und an die führenden evangelischen Männer und Frauen in Westdeutschland versandt wird. Wir sprachen ja darüber in der letzten Vorstandssitzung.

Ich will aber hier keine Entscheidung treffen sondern bitte Sie, mich umgehend Ihre Stellungnahme wissen zu lassen. Vielleicht können Sie die Angelegenheit kurz mit Herrn Dr. Tillmann besprechen.

Indem ich Ihnen recht gesegnete Festtage wünsche, bin ich

mit freundlicher Begrüßung  
Ihr



(E. Bach)

Anlage

*Evangelische Zeitung*

24. Ernst Bach sprach sich anfänglich gegen die Gründung einer Zeitung des Evangelischen Arbeitskreises aus.

Opposition im Parlament funktionieren? Und: Darf die Demokratie hinnehmen, dass eine oppositionelle Minderheit außergesetzliche Mittel anwendet? Der Evangelische Arbeitskreis griff diese Problematik mit dem Leitthema: „Unsere Demokratie zwischen gestern und morgen“ in seiner 14. Bundestagung im März 1968 in Stuttgart auf und setzte ein Jahr später diese Diskussion mit dem Thema „Freiheit und Autorität in unserem Staat“ bei der 15. Bundestagung im März 1969 in Düsseldorf fort. Auf beiden Tagungen kam es zu lebhaftem Meinungsstreit vor allem mit jungen evangelischen Theologen. Prominenteste Redner dieser Tagungen waren in Stuttgart der hannoversche Landesbischof Hanns Lilje und in Düsseldorf der Hamburger Theologieprofessor Helmut Thielicke.

Mittlerweile war in der Geschäftsführung des Arbeitskreises ein Wechsel eingetreten. Der bisherige Geschäftsführer Hans Strümpfel hatte im Juli 1968 die Geschäftsführung der 1967 von Kai-Uwe von Hassel gegründeten „Hermann-Ehlers-Stiftung“ in Kiel übernommen. An seine Stelle in Bonn trat Peter Egen, der dem Arbeitskreis neue Impulse gab und vor allem zusammen mit Eberhard Amelung und Pfarrer Eberhard Stammler im Januar 1969 die „Evangelische Verantwortung“ reaktivierte. Er gestaltete sie zu einem wesentlich kommunikativeren Organ, das das politische und auch das kirchliche Geschehen in seiner Vielfalt ebenso reflektierte wie die Aktivitäten in den Landesarbeitskreisen.

Durch die Zeitereignisse bekam der Evangelische Arbeitskreis wieder Aufwind. Evangelische Bevölkerungsschichten fühlten sich wieder stärker von den Unionsparteien angesprochen, vielleicht auch, weil die Union durch die Bildung der sozial-liberalen Koalitionsregierung von SPD und FDP in die Opposition verwiesen worden war. Das zeigen die Zahlen der Teilnehmer, auch zahlreicher jüngerer, bei den Bundestagungen: in Düsseldorf waren es 1969 mehr als 600, und ein Jahr später, im Oktober 1970 in Hannover, mehr als 800. Dem Evangelischen Arbeitskreis war es – wie ein Kommentator in der Wochenzeitung „Christ und Welt“ schrieb – offensichtlich gelungen, mit der Thematik der Düsseldorfer Tagung „den Evangelischen Arbeitskreis zum geistigen Forum der CDU/CSU“ zu gestalten<sup>103</sup>, und Peter Egen bemerkte zur 16. Bundestagung 1970 in Hannover, „die Bereitschaft zur Mitarbeit scheint, seitdem die CDU/CSU die Regierungssessel mit den Oppositionsbänken vertauscht hat, gestiegen zu sein“<sup>104</sup>.

Der neue Aufschwung war auch daran zu erkennen, dass bei der Neuwahl des Bundesvorstandes im Frühjahr 1970 der Generationswechsel vollendet wurde.



25. Werner Dollinger, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Bayern und stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von 1974-1993.

Neben dem zum Vorsitzenden wieder gewählten Gerhard Schröder trat zu den ebenfalls wieder gewählten Stellvertretern Wilhelm Hahn und Gerhard Stoltenberg erstmals mit Werner Dollinger ein Repräsentant des Arbeitskreises der CSU. Beisitzer waren nun neben Bundestagsabgeordneten Friedrich Vogel die Bundestagsabgeordneten Philipp von Bismarck, Konrad Kraske, Pfarrer Hans Roser, Hanna Walz und Richard von Weizsäcker, ferner Rechtsanwalt Arved Deringer und Erwin Ettlting, dazu Inge Steimann vom Bundesvorstand der Jungen Union und der Bundesvorsitzende des RCDS, Gerd Langguth. Manche der neuen Vorstandsmitglieder traten bald auch mit markanten Beiträgen in der „Evangelischen Verantwortung“ hervor. In den Landesarbeitskreisen gab es ebenfalls neue Ge-

sichter und neue Impulse. Die „Evangelische Verantwortung“ veröffentlichte in ihrem Septemberheft 1970 einen Beitrag zur Fortschreibung des Berliner Programms der CDU mit dem Titel „Grundzüge einer christlich-demokratischen Politik“, der von einer Kommission der Studiengruppe erarbeitet worden war, bei der unter anderem Wilhelm Hahn, Philipp von Bismarck, Konrad Kraske, Gerhard Stoltenberg, Richard von Weizsäcker und Helga Wex mitgewirkt hatten. Der Entwurf fand in den kirchlichen Medien beider Konfessionen nicht zuletzt deshalb besondere Beachtung, weil er kurz und bündig formuliert war: „Die CDU orientiert sich dabei an den Aussagen des christlichen Glaubens“<sup>105</sup>. Im gleichen Heft hatte Heinz Riesenhuber einen programmatischen Beitrag „Zur Frage des Umweltschutzes“ veröffentlicht, der die Verantwortung für die Umwelt als „die Gemeinschaftsaufgabe der siebziger Jahre“ konzipierte. Die 16. Bundestagung vom 15. bis 17. Oktober 1970 in Hannover präsentierte den Teilnehmern einen Evangelischen Arbeitskreis mit neuer Anziehung- und Ausstrahlungskraft. Unter dem Spannungsbogen des Leitwortes „Unser Wille zur gerechten Gesellschaft“ stand das Fragen nach Gerechtigkeit im eigenen Lande wie im Verhältnis zu anderen Völkern und die Frage nach dem Beitrag für deren Entwicklung zu gerechten Verhältnissen, das Suchen nach Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt eben-



so wie die Sehnsucht nach Selbstbestimmung der Deutschen. Alles war getragen von dem Wissen um die Relativität menschlicher Gerechtigkeit. Philipp von Bismarcks Grundsatzreferat entfaltete dies als „Aufgabe für den Christen in der Gesellschaft“, während Gerhard Stoltenberg den Weg der „Politik zwischen Utopie und Realismus“ auslotete<sup>106</sup>.

Der neue Tatendrang der Union und des Evangelischen Arbeitskreises, von dem Gerhard Schröder in seiner vor allem außenpolitisch akzentuierten Rede sprach, zeigte sich schon wenige Monate später. Um eine möglichst breite Wirkung zu er-



26. Gerhard Stoltenberg, langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises.

zielen, wurden zwei Regionaltagungen für 1971 geplant. Die erste mit dem Motto „In Freiheit bestehen“ fand am 5. und 6. März als Süd-West-Tagung in Kaiserslautern statt. Sie hatte zwei thematische Schwerpunkte: die „Freiheit der Völker“ als außenpolitische Zielsetzung und den Umweltschutz als „Voraussetzung und Sicherung eines freien Daseins“<sup>107</sup>. Die zweite Regionaltagung am 10. und 11. Dezember in Oldenburg sprach den gesamten nordwestlichen Raum von Schleswig-Holstein bis nach Niedersachsen an. Das Leitwort war „Freiheit in Sicherheit“; es umspannte die Bereiche der äußeren und der inneren Sicherheit und – für den

agraren Nordwesten wichtig – die „Leitmotive einer zielgerechten sozialen Wirtschafts- und Agrarpolitik“. Beide Regionaltagungen fanden große Resonanz und motivierten die Evangelischen Arbeitskreise in den Regionen. Wie in der Anfangszeit wurde es wieder bewusst, dass der Weg zum Erfolg der CDU über die evangelischen Wähler geht. Die Ergebnisse der neun Landtagwahlen seit der Bildung der sozial-liberalen Regierung im Jahr 1969 bestätigten das. Die letzte dieser neun Wahlen brachte für die CDU in Schleswig-Holstein mit dem Spitzenkandidaten Gerhard Stoltenberg die absolute Mehrheit.

Der neue Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg war denn auch bei der 17. Bundestagung im März 1972 in Pforzheim der attraktive Hauptredner. Er



27. Helmut Kohl im Gespräch mit Richard von Weizsäcker auf der Regionaltagung des Evangelischen Arbeitskreises in Kaiserslautern 1971.

sprach zum Leitthema „Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung“ unter dem Gesichtspunkt der „Chance und Gefährdung des Menschen“. Damit drang er in die Grunddaten der christlichen Anthropologie vor und wandte sich zugleich gegen eine „mechanische Fortschrittsideologie“. Wie jede Jahrestagung stand auch diese unter dem Eindruck der politischen Ereignisse. Dies waren die von der Brandt-

Scheel-Regierung abgeschlossenen Ostverträge und die Auseinandersetzungen über sie, auf die in der Abschlusskundgebung Rainer Barzel und – in bewährter Souveränität – Gerhard Schröder eingingen. Das Ergebnis der Bundestagung schlug sich schließlich in vier „Pforzheimer Thesen“ nieder, die in der Öffentlichkeit weithin Beachtung fanden<sup>108</sup>.

Im Sommer 1972 bot sich dem Evangelischen Arbeitskreis ein neues Präsentations- und Diskussionsforum. Der Deutsche Evangelische Kirchentag hatte erstmals bei seinem Treffen vom 27. Juni bis 1. Juli in Düsseldorf eine Vielzahl evangelischer Gruppen und Aktivitäten zum „Markt der Möglichkeiten“ eingeladen. Daran beteiligte sich auch der Evangelische Arbeitskreis<sup>109</sup>. Er hatte schon seit seinen Anfangsjahren dem Kirchentag besondere Beachtung geschenkt; manche seiner Repräsentanten haben in den Podien des Kirchentages mitgewirkt. Nun war die Chance eröffnet worden, mit Kirchentagsteilnehmern unmittelbar ins Gespräch zu kommen und sich ihren kritischen Fragen zu stellen. Sie wurde auch bei allen folgenden Kirchentagen mit einem großen Aufgebot genutzt. Auch andere Möglichkeiten des Dialogs mit der evangelischen Kirche eröffneten sich in diesen Jahren, besonders in Evangelischen Akademien, auf deren Veranstaltungen die „Evangelische Verantwortung“ regelmäßig hinwies. Ein besonders hochkarätiges Forum war der Politische Club der Evangelischen Akademie Tutzing, wo beispielsweise Gerhard Schröder im Sommer 1973 die ost- und deutschlandpolitischen Perspektiven der CDU/CSU in deutlicher Abgrenzung zu der von Egon Bahr propagierten Parole „Wandel durch Annäherung“ vertrat<sup>110</sup>.

Der vorwärts gerichtete Schwung des Evangelischen Arbeitskreises kam auch im Thema „Wie wir morgen leben wollen“ der 18. Bundestagung in München vom 7. bis 9. September 1973 zum Ausdruck. Das theologische Hauptreferat hielt der Bonner Theologe Prof. Martin Honecker, während der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl, seit 12. Juni 1973 CDU-Vorsitzender, die politischen Akzente setzte. Die Arbeitsgruppen befassten sich mit den Stichworten „Arbeit“, „Bildung“, „Staat“ und „Nation“. Der Bericht über die letztgenannte Arbeitsgruppe, die Professor Roman Herzog leitete, schloss mit den Worten: „Es ist Aufgabe der CDU/CSU, sich nicht durch den scheinbar so einleuchtenden Hinweis auf die sogenannten ‚Realitäten‘ der politischen Konstellation von ihrem Willen zur Einheit der Nation abbringen zu lassen. Die ‚Realität von heute‘ kann uns nicht hindern, ‚Ziele für morgen‘ anzustreben“<sup>111</sup>. Die Münchener Tagung hatte mit mehr als 1100 Teilnehmern alle bisherigen Bundestagungen weit übertroffen.

# PFORZHEIMER THESEN

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU verkündete diese Thesen auf seiner 17. Bundestagung am 12. März 1992 in Pforzheim. Sie stellen eine Aussage zu den Grundfragen unseres politischen Weltans dar.

## 1.

Die Welt, in der wir in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts leben, ist in einem unaufhaltsamen, schnellen Wandel begriffen. Wie nie zuvor ist es dem Menschen angetragen, durch Wissenschaft, Technik und Politik an der künftigen Gestalt des Lebens verantwortlich mitzuwirken. Gerade unser sozialer Rechtsstaat hat die Pflicht zur ständigen Reform. Die Einstellung zum Fortschritt ist in der heutigen Gesellschaft zwiespältig: Einem vorwegenen Optimismus, der glaubt, eine vollkommene Gesellschaft mit idealen Lebensbedingungen zu schaffen, steht eine immer stärker aufkommende Angst gegenüber, daß die sich verändernde Welt zunehmend inhumane Züge annimmt und die Nebenwirkungen des Fortschritts die Voraussetzungen eines gesunden Lebens zerstören könnten.

## 2.

Der christliche Glaube hat der menschlichen Geschichte durch die Ausrichtung auf das Reich Gottes ein Ziel in der Zukunft gesetzt. Er hat dadurch die vom Fortschritt geprägte abendliche Geschichte ermöglicht, die unsere moderne Welt hervorgebracht hat. Dies verpflichtet uns als Christen, am Fortschritt und seiner Bewältigung mitzuwirken. Zugleich wissen wir, daß das Reich Gottes, aber auch eine vollkommene Gesellschaft, in der Geschichte nicht verwirklicht werden kann, weil es keine vollkommenen Menschen gibt und alle Lösungen vorläufig bleiben müssen. Dies bewahrt uns vor illusionären Zielen, aber auch vor demoralisierenden Enttäuschungen. Es läßt uns auch die relativen Fortschritte aufgrund menschlicher Anstrengungen positiv werten und gegenüber utopischen Erwartungen kritisch bleiben.

## 3.

Deshalb fordern wir mutige aber realistische Planungen und Maßnahmen, die die historische und politische Situation und die begrenzten Möglichkeiten unserer Zeit ausschöpfen und ihnen Rechnung tragen. Im Mittelpunkt aller Bemühungen um den Fortschritt muß die Erhaltung und Verbesserung der freien Entfaltung des Menschen, die Sicherung der geistigen und politischen Freiheit aller und das humane und soziale Miteinander in der Gesellschaft stehen.

## 4.

Wir lehnen die realistischen Utopien ab, die durch Akte der Revolution oder Gewalt eine angeblich fortschrittlichere Idealordnung in Gesellschaft und Staat erzwingen wollen. Wer den gesellschaftlichen Fortschritt will, muß den politischen Radikalismus konsequent bekämpfen. Opportunismus führt zum Verlust der Freiheit. Der notwendige Fortschritt kann nur in rationaler Bestimmung und im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung erreicht werden.

### Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Dr. Gerhard Schröder, MdB  
(Vorsitzender)

Dr. Werner Dollinger, MdB  
Mitarbeiter: Prof. Dr. Wilhelm Fahn, MSt.  
Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel, MdB  
Mitarbeiter: Dr. Gerhard Stoltenberg, MdB  
(geschäftsführender Vorsitzende)

Dr. Philipp von Bismarck, MdB; RA Arndt Döringer; Ingoborg Seltenstrier, MdB; Dr. Konrad Kraska, MdB;  
Gerd Langguth; Albrecht Martin, MSt.; Inge Steinhilber; Kurt Thürk; Friedrich Vogel, MdB;  
Dr. Walter Strauß; Dr. Hanna Wab, MdB; Dr. Richard v. Weizsäcker, MdB; Dr. Heiga Wax.  
(Vorstandsmitglieder)

Spezialkomitee sich diesen Aussagen: eigene katholische Unions-Politiker an:  
Dr. Albrecht Bredal, MSt.; Heinrich Kippner, MdB; Staatssekretärin Dr. Hanna-Renate Laurien;  
Ministerminister Dr. Fritz Pöhl, MdB; Minister Dr. Bernhard Vogel, MdB.

Herausgeber: Bundestagsbibliothek des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 42 Bonn, Silberstraße 20  
Druck: Oster Lauer Druck KG, Buchdruck, Oßesheim

Die starke Präsenz erklärt sich aus der schnellen Abfolge innen- und deutschlandpolitischer Entscheidungen dieser Zeit, die die Menschen bewegten: Am 27. April 1972 war das konstruktive Misstrauensvotum, mit dem die CDU/CSU-Fraktion den CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel anstelle von Willy Brandt zum Bundeskanzler wählen wollte, gescheitert; bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 hatte die CDU/CSU ihre Stellung als stärkste Fraktion verloren, so dass die SPD mit der FDP nun gestärkt ihre Koalitionsregierung fortsetzen konnte; am 21. Dezember 1972 war der Grundlagenvertrag mit der DDR unterzeichnet und am 11. Juni 1973 im Bundestag verabschiedet worden. Diese für die Union keineswegs positiven Tatsachen vermochten jedoch dem Evangelischen Arbeitskreis seinen Elan nicht zu nehmen.

Der am 10. Mai 1974 neu gewählte Bundesvorstand setzte in seiner konstituierenden Sitzung am 2. Juli<sup>112</sup> Schwerpunkte für seine künftige Arbeit und entwickelte Vorstellungen für eine ansprechende Selbstdarstellung, die in späteren Sitzungen programmatisch konkretisiert wurden. Vor allem aber wurde die Bundestagung 1974 beraten, für deren Programmgestaltung eine Kommission der Studiengruppe Vorarbeit geleistet hatte. Ihr gehörte auch der junge cand. theol. Peter Hintze an, der als Leitthema „Zukunft und Hoffnung“ vorschlug, und der dann auch zu Beginn der Bundestagung das Geistliche Wort über den Bibeltext Jeremia 29, 8-11, der mit den Worten des Leitthemas endet, sprach. Diese 19. Bundestagung, die vom 6. bis 9. Dezember 1974 in Mainz stattfand, wurde eine der wirkungsvollsten und geistig anspruchsvollsten Präsentationen des Evangelischen Arbeitskreises. Als theologischer Hauptredner wurde der Tübinger Theologe Professor Eberhard Jüngel gewonnen, dessen fundierte Gedankenführung an der Grenzscheide von Glaube und Politik die Tagungsteilnehmer begeisterte. Das Resümee seines Referats fasste er am Schluss in die Sätze: „Wir können es uns also gar nicht leisten, die geistliche Verantwortung für den Menschen durch die politische Verantwortung für den Menschen zu ersetzen. Wir können uns auch das Umgekehrte nicht leisten. Wir können uns nicht einmal die Beziehungslosigkeit zwischen theologischer und politischer Weltverantwortung leisten. Theologie und Politik haben aber, wenn sie sich aufeinander beziehen, gerade auf ihre eigene und eigenständige Verantwortung bedacht zu sein, um so der Welt zweifache Pflege angedeihen zu lassen. Die Welt braucht die doppelte, die weltliche und die geistliche Pflege. Denn – um es, wie es sich für den Abschied von einer Narrenrolle geziemt, mit einem sehr ernsten Satz aus einer Komödie zu sagen –, es sind, Euer Gnaden, die irdischen Dinge sehr gebrechlich“<sup>113</sup>.

Das Echo dieser Tagung in der Öffentlichkeit war nicht nur wegen des Jünger-Referats und des ebenfalls stark beachteten Beitrags des hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Helmut Hild beim Theologischen Abendgespräch ungewöhnlich groß. Die Tagung in allen ihren Facetten fand Beachtung. Und es gab ein publizistisches Nachspiel. Auf die Veröffentlichung des Jünger-Referats im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ hin replizierte der Berliner Theologe Helmut Gollwitzer im selben Blatt, das Fazit von Jüngers Ausführungen sei, dass der christliche Glaube Vernunft und Willen „zum Kampf für die sozialistische Weltrevolution“ befreie; die Beifall klatschenden Zuhörer hätten es jedoch gar nicht gemerkt, weil Jünger es vermieden habe, die sachentsprechenden (sozialistischen) Reizworte zu verwenden, mit denen er – Gollwitzer – das Fazit „nackt herauspräpariert“ habe. Schön wäre es, wenn wenigstens der Redner selbst sich über das Fazit klar gewesen wäre und jene Reizworte nur deshalb vermieden hätte, „um auf eine höchst listige und subversive Weise seine an Linkspolie leidenden Hörer auf den linken Pfad hinüberzuschmeicheln“. Der Redner habe aber wohl auch nicht gewusst oder wahrhaben wollen, was er gesagt habe<sup>114</sup>.

Der solcherweise ins Wasser des theologischen Disputs geworfene Stein zog noch eine Weile seine Kreise. Gollwitzers Beitrag offenbart eine Denkweise, die die Geschichte mittlerweile ad absurdum geführt hat. Der Evangelische Arbeitskreis sah sich denn auch in gar keiner Weise veranlasst, auf die Gedanken Gollwitzers einzugehen. Er suchte vielmehr das Gespräch mit dialogfähigen Partnern in den evangelischen Kirchen, unter anderem mit dem Leiterkreis der Evangelischen Akademien, mit der Evangelischen Frauenarbeit, mit der evangelischen Presse und mit dem Christlichen Jugenddorfwerk.

Die politische Wirkung der Mainzer Tagung zeigte sich im Ergebnis der bald danach durchgeführten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, bei der die CDU in Mainz und in evangelischen Gebieten des Landes überdurchschnittliche Gewinne verzeichnen konnte<sup>115</sup>. Dieses Ergebnis lag übrigens im positiven Trend der Landtagswahlen, die nach der für die Union ungünstig verlaufenen Bundestagswahl in den Jahren 1974 und 1975 stattfanden. Der Kieler Politikwissenschaftler Professor Werner Kaltefleiter zog aus einer Untersuchung dieser Landtagswahlen die Schlussfolgerung, dass der Weg zur CDU-Mehrheit über die evangelischen Wähler führe<sup>116</sup>.

Im März 1975 wurde die Studiengruppe des Evangelischen Arbeitskreises neu konstituiert; ihre Leitung übernahmen Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von

Hassel und Pfarrer Hans Bolewski<sup>117</sup>. Sie befasste sich in der Folgezeit mit der Thematik künftiger Bundes- und Regionaltagungen, mit dem Gesamtkomplex „Kirche – Theologie – Politik“, mit der politischen Ethik und mit gesellschaftlicher Diakonie. Eines der wichtigsten Arbeitsergebnisse war die 1976 herausgegebene Broschüre „Soziale Marktwirtschaft – die verantwortete Freiheit“, die von der Untergruppe „Politische Ethik“ unter der Federführung von Philipp von Bismarck erarbeitet worden war.

Da für 1975 keine Bundestagung geplant wurde, richtete der Evangelische Arbeitskreis stattdessen seine Aufmerksamkeit auf den Frankfurter Kirchentag im Juni 1975, dessen Losung „In Ängsten – und siehe wir leben“ die damalige mit dem Stichwort „Ängste“ gekennzeichnete Befindlichkeit der Gesellschaft reflektierte. Der Evangelische Arbeitskreis war in Frankfurt mit einem starken Aufgebot von Unionspolitikern am Stand des EAK am „Markt der Möglichkeiten“ vertreten und stellte sich in einer Podiumsveranstaltung mit seinem Bundesvorsitzenden Gerhard Schröder und weiteren Vorstandsmitgliedern der Diskussion mit Kirchentagsbesuchern.

Im September 1975 lud der Arbeitskreis zu einer Regionaltagung in Baden-Baden ein, die sich unter dem Gesamtthema „In Verantwortung leben“ in zwei Arbeitskreisen mit der Eigenverantwortung des Bürgers in der Gesundheitsvorsorge und mit der Gefährdung der Umwelt befasste. Im Hauptreferat der Tagung „Der Christ in der Spannung zwischen persönlicher Freiheit und Verantwortung für das Ganze“ wies der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin auf die „neue Dimension“ hin, die diese Spannung dadurch erhalten habe, dass es in der pluralistisch gewordenen Gesellschaft keine allseits anerkannten ethischen Grundüberzeugungen gebe. Seine nachdenklichen Analysen und Antwortansätze, an konkreten Beispielen wie Strafrechtsreform, Eherechtsreform und Reform des § 218 festgemacht, verdeutlichten die verantwortungsbewusste Art, mit der der Evangelische Arbeitskreis die geistigen und ethischen Grundfragen aktueller politischer Entscheidungsfragen zu beantworten versuchte. Ein Satz aus der Rede Albrecht Martins deutete auf die ethische Problematik hin, um die es ging: „Darf ich durch Gesetze einen anderen hindern zu ‚sündigen‘, wenn dieser andere sein Tun keineswegs als Unrecht empfindet, sondern als sein ‚gutes Recht‘?“<sup>118</sup>.

Von der Thematik der Regionaltagung in Baden-Baden war es nur ein kurzer Schritt zur 20. Bundestagung vom 5. bis 7. März 1976 in Stuttgart mit dem Leitthema „In Glaube und Freiheit verpflichtet“. Politisch konkretisiert wurde dieses

Motto in vier Arbeitskreisen, die sich mit „Europa in Freiheit“, mit der „neuen sozialen Frage“, der „Sozialen Marktwirtschaft“ und den Fragen der Bildung und Erziehung beschäftigten. Die personelle Besetzung der Podien in den Arbeitskreisen ließ erkennen, dass es nicht um die Verfechtung konfessioneller Standpunkte ging, sondern um gemeinsam in der Union gewonnene und vertretene Sachaussagen. Das evangelische Proprium kam in den Aussagen der beiden Hauptreferenten zum Ausdruck, des Berliner Theologen Professor Walter Schmithals und der einstige Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags und nunmehrige Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Vorstandes des Evangelischen Arbeitskreises Richard von Weizsäcker. Schmithals sah in der Formulierung des Leitthemas die beiden Bereiche des Evangeliums und des Politischen angesprochen, die der reformatorischen Unterscheidung der „Zwei Reiche“ entsprechen, denen der Christ verpflichtet ist und die in seiner Person auf das engste verbunden sind. Ein Kerngedanke, in dem Schmithals ein „gewisses Recht“ für das „C“ sah, lautete: „Das Menschenbild bindet für den Christen die beiden Reiche eng aneinander; denn er kann seinen politischen Erwägungen und Entscheidungen kein anderes Menschenbild zugrunde legen als das, in dem er als Glaubender sich selbst und seinen Mitmenschen erkannte“<sup>119</sup>.

Das Jahr 1976 war wiederum Wahljahr. Die Stuttgarter Tagung fand kurz vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg statt, und obgleich es bis zum Termin der Bundestagswahl, dem 3. Oktober, noch sieben Monate waren, deutete sich doch schon in den Hauptvorträgen die Wahlkampf-Parole der Union an, die die Freiheit gegen den Sozialismus stellte. Walter Schmithals formulierte spitz und – wie sich 15 Jahre später zeigen sollte – völlig zutreffend: „Die betrübliche Praxis der unter Berufung auf das Menschenbild der Marx’schen Philosophie sozialisierten Staaten lässt nicht eine Fehlentwicklung, sondern die Entwicklung des Sozialismus erkennen. Auch der Begriff ‚demokratischer Sozialismus‘ vereint dann Unvereinbares.“ Richard von Weizsäcker drückte es ausgewogen aus: „Der Sozialismus hat seine Erfolge hinter sich. Er hat sich bleibende Verdienste erworben, um alte Verhältnisse zu verändern. Aber dabei hat er selbst maßgebend mit dazu beigetragen, durch neue Verhältnisse neue Probleme zu schaffen. Nicht er ist die politische Kraft, um sie zu meistern. Hier liegt die Herausforderung für die Christlich Demokratische Union.“

In der Bundestagswahl 1976 war die CDU mit Helmut Kohl als Herausforderer von Bundeskanzler Helmut Schmidt zwar erneut stärkste Partei geworden, doch das sozialliberale Bündnis blieb um zehn Mandate stärker. Der Bundesvorstand



Schicksalsstunde für die CDU-Protestanten

In Stuttgart geht der Evangelische Arbeitskreis einen schweren Weg

Von Rüdiger Reitz

Referent für evangelische Kirchenfragen beim SPD-Vorstand

Vom 5. bis 7. März 1976 findet in Stuttgart die Jahresversammlung des Evangelischen Arbeitskreises in der CDU/CSU (EA) statt, also jener Gruppierung innerhalb der Union, die sich zum Ziel gesetzt hat, evangelischen Positionen in dieser überwiegend katholischen Partei Geltung zu verschaffen. Kongresse solcher Art finden vornehmlich in "Spannungsbereichen" statt. Im Dezember 1974 war es Mainz wegen der gerade bevorstehenden Landtagswahl in Rheinland-Pfalz; im Jahre 1975 verzichtete man ganz auf eine Massenveranstaltung, um jetzt, einen Monat vor den dortigen Landtagswahlen, unso publikumswirksamer in die Stuttgarter Arena steigen zu können.

Seit den verlorenen Bundestagswahlen 1972 hat die Union des EA aber auch noch eine andere Rolle zugeordnet: Er soll protestantische Wechselwähler, vornehmlich in den Städten, die zur SPD abgewandert sind, zurückgewinnen. Dabei bedient man sich der Übertragung christ-demokratischer Politik in die Sprache eines vermeintlich weltanschaulich-konservativen Protestantismus. Somit hat der EA für die CDU/CSU eine nicht unwichtige ideologiepolitische Aufgabe auf dem Wege der Zurückgewinnung der Macht in Bonn zu lösen.

Ohne Zweifel war der EA in den Jahren seit 1972 erfolgreich, wenn es galt, Fragenstellungen öffentlich anzudiskutieren, zu denen in Kirchen und Parteien gleichermaßen immer weniger Gelegenheit besteht. Das soll um der Wahrheit willen neidlos anerkannt werden. Es muß aber zugleich in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß der EA seinem CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf nicht davon zurückhalten konnte, als er vor etwa zwei Jahren unter scharfer Zurückweisung seitens der Kirchen versuchte, die christliche Botschaft ideologisch und weltanschaulich zu vereinnahmen. Dieser Vorstoß ist neben der Glaubwürdigkeitslücke, die Kanzlerwettbewerbler Dr. Helmut Kohl in der evangelischen Kirche durch sein Lavieren in der Polen-Frage jüngst hinterlassen hat, die zweite schwere Sympathieeinbuße der Union in weiten Teilen des Protestantismus.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU wird sich fragen lassen müssen, ob er eine bloße Profilierungsplattform für Kanzlerkandidaten, Generalsekretäre und Wirtschaftsräte sein will, oder ein kritisches Forum für die Auseinander

setzung über die geistigen Grundlagen der CDU/CSU. Wird der EA das notwendige Forum und Durchsetzungsvermögen aufbringen, um in der CDU/CSU endlich jenen gesellschaftlichen Vorstellungen des Protestantismus Gehör zu verschaffen, die sich in den Denkschriften der Evangelischen Kirche niedergelegt haben? Oder wird der EA à la Filbinger und Strauß auf die Sozialdemokraten eindringen und sich damit in führenden Kreisen der evangelischen Kirche allzusehr schädlichen Auswirkungen aussetzen?

Wir werden sehen, ob der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Stuttgart die Courage aufbringt, um angesichts unevangelischer Verfallsstufen von Positionen der Kirchen-Denkschriften den tatsächlichen evangelischen Positionen in der CDU/CSU Ausdruck zu verschaffen. Es sei nur an den Planungswertausgleich beim Bodenschutz, die Mitbestimmung, die soziale Sicherung und die Probleme im Zusammenhang mit der sogenannten Extremistenfrage erinnert. Ein Prüfstein besonderer Art für die Glaubwürdigkeit des EA sind jedoch die deutsch-polnischen Vereinbarungen.

Wird der EA seinen Vorsitzenden, Dr. Gerhard Schröder, der sich für die Verträge ausgesprochen hat, den Rücken stärken? Bisher ist dies nicht geschehen. Und weiter: Wird der EA seinen anderen Spitzenvertreter, Richard von Weizsäcker, der als Mitglied des Rates der EKD ebenfalls für die Polenverträge gestimmt hat, vor der Nöschung durch die eigenen Parteifreunde bewahren? Bekanntlich gab es großen Beifall in der CDU/CSU-Fraktion, als ein katholischer CDU-Mann den Protestanten von Weizsäcker mit dem Verlust des stellvertretenden Fraktionsvorsitzen belegt sehen wollte, weil dieser evangelische Positionen gegen unevangelische Positionen in der CDU/CSU durchhalten konnte.

Will der Evangelische Arbeitskreis der CDU nicht nur bloßes Propagandainstrument der CDU/CSU in Weltanschauungsfragen werden, dann kostet er in Stuttgart angesichts der gefährdeten deutsch-polnischen Vereinbarungen um ein klärendes Wort über seinen Standort in der Union kaum herum. Oder ist auch dem EA das Trauerspiel anderer Vereinigungen auf dem Boden der CDU/CSU vorbehalten, wie etwa der Sozialausschüsse oder der Jungen Union? Wenn es dazu, würde es um evangelische Positionen (im Sinne der Sache, nicht der Konfession) in der Union miserabel bestellt sein. Was ist dann noch eine evangelische Position in der CDU/CSU, wenn die Katholiken Strauß, Kohl und Biederkopf das letzte Wort haben?!

Fragen über Fragen. Von daher wäre die Stuttgarter Liederhalle für Polen ein ungeeigneter Ort. Wenn es aber, womit zu rechnen ist, dennoch dazu kommt, dann läßt sich das eine schon jetzt sagen: So mancher Seitenhieb auf die Sozialdemokraten wäre zugleich ein Schlag ins Gesicht derer, die in der CDU/CSU evangelische Positionen zu vertreten suchen! (-/3.3.1976/vf/e/pr) - 5

des EAK analysierte drei Wochen danach die Wahlergebnisse und kam zu dem Ergebnis, dass es in verschiedenen Bundesländern nicht gelungen war, evangelische Wählerschichten wieder stärker zu gewinnen. Es wurde sogar eine gravierende „Verschlechterung der evangelischen Position“ in der CDU/CSU-Fraktion festgestellt. Eine in Auftrag gegebene ausführliche Wahlanalyse bestätigte diesen ersten Eindruck. Danach sei ein Grund für die Verringerung des evangelischen Anteils, dass in der CDU nicht mehr über die Konfessionsfrage gesprochen würde. Deshalb bemühte sich der Bundesvorstand, diese Problematik stärker in der Union ins Gespräch zu bringen<sup>120</sup>. Auch im evangelischen Bereich wollte er aktiver werden. Dem dienten acht von Bundesgeschäftsführer Peter Egen initiierte und von der Bundesgeschäftsstelle in den Landesarbeitskreisen im Jahre 1976 veranstaltete Gespräche mit Pfarrern, Presbytern und kirchlichen Mitarbeitern. In der Regie der Landeskreise weitergeführt, wurden einige dieser Gespräche zu einer festen Einrichtung, so in Freiburg, in Schloss Burg bei Wuppertal und in Simmern<sup>121</sup>. Besondere Bedeutung wurde auch der Teilnahme möglichst zahlreicher CDU-Politiker am Evangelischen Kirchentag 1977 in Berlin beigemessen.

Mit seiner 21. Bundestagung vom 13. bis 15. Mai 1977 in Siegen kehrte der Evangelische Arbeitskreis nach 25 Jahren an seinen Gründungsort zurück, nicht



30. 25 Jahre EAK, 21. Bundestagung vom 13. - 15. Mai 1977 in Siegen, v.l.n.r., 1. Reihe: Karl-Heinz Ostholthoff, Botho zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Werner Dollinger, Helmut Kohl, Gerhard Schröder, Heinrich Windelen, Peter Egen, 2. Reihe: Ulrich Neeb, Immanuel Becker, Paul Breuer.

um nostalgisch die Vergangenheit zu beschwören, sondern um sich im Geiste seiner Gründer den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen. So lautete denn auch das Leitthema „Die Freiheit verantworten – Herausforderung an uns Christen“. Die Sachthemen der vier Arbeitskreise spiegelten die politische Problemlage wider. Es ging in ihnen um die schon seit zwei Jahren kontrovers diskutierten „Grundwerte“, an denen sich politische Entscheidungen orientierten, um Solidarität und Freiheit in der sozialen Ordnung, um die Auseinandersetzung mit den Bildungsreformen der sozialliberalen Regierung und um die Schaffung eines freiheitlichen und gemeinsamen Europas. Während in den Arbeitskreisen vorwiegend pragmatisch diskutiert wurde, markierte Professor Roman Herzog in seinem Referat zum Leitthema der Tagung Orientierungspunkte für eine Politik in verantworteter Freiheit. Einer seiner Kernsätze lautete: „Ob die Freiheit, die in diesem Lande gelebt wird, eine verantwortliche Freiheit ist, entscheidet sich nicht im Text von Verfassungsgesetzen und verfassungsrechtlichen Urteilen und schon gar nicht in Parteiprogrammen. Es entscheidet sich auch nur zum Teil in den Gesetzen und Verordnungen, die Regierungen und Parlamente in die Welt setzen. Es entscheidet sich in letzter Instanz beim einzelnen Bürger, d.h. bei uns selbst, in Ihrem und meinem privaten Verhalten“<sup>122</sup>. In der öffentlichen Schlussveranstaltung, in der Helmut Kohl die Perspektiven künftiger christlich-demokratischer Politik entwickelte, setzte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises Gerhard Schröder die Messlatte für die Vertrauenswürdigkeit der Politiker hoch an. Die Versuche für den Politiker in einer parlamentarischen Demokratie dürften nicht unterschätzt werden. „Sie ergeben sich vor allem, aber nicht nur, aus dem Willen und der Notwendigkeit, Wahlen zu gewinnen. Dabei geraten Politiker immer wieder in Gefahr – und erliegen ihr leider oft –, das zu sagen und zu tun, was wirklich oder vermeintlich Beifall beim Wähler findet.“ Deshalb brauche die Demokratie als „eine sehr anspruchsvolle staatliche Lebensform“ starke Charaktere und Persönlichkeiten. Denn: „Demokratie braucht: Vertrauen“<sup>123</sup>.

Die Siegener Bundestagung hatte wiederum die beachtliche Zahl von rund 1000 Teilnehmern aufzuweisen, größtenteils evangelische Christen, die nicht Mitglieder der CDU waren. Der Bundesvorstand wertete dies als Hinweis auf die Chance, den Dialog mit evangelischen „Zielgruppen“ noch intensiver zu führen, und er wurde dadurch in der Meinung bestärkt, dass die Bundestagungen auch künftig im jährlichen Rhythmus stattfinden sollten. Der Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, hatte dagegen Anfang 1977 einen zweijährigen Turnus vorgeschlagen, und nach der Siegener Tagung erinnerte sein Amtsnachfolger Hei-



31. Gut besetztes Podium zur 25-Jahr-Feier des Evangelischen Arbeitskreises: Roman Herzog, Helmut Kohl, Werner Dollinger, Gerhard Schröder.

ner Geißler noch einmal an diesen Vorschlag<sup>124</sup>. Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises wollte jedoch „unter allen Umständen“<sup>125</sup> auch 1978 eine Bundestagung veranstalten. Gerhard Schröder erreichte es schließlich in der Rücksprache mit dem Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, dass die 22. Bundestagung vom 28. bis 30. April 1978 in Kassel stattfinden konnte<sup>126</sup>.

Die von der Studiengruppe vorbereitete Tagung stand unter dem Leitthema „Wir Protestanten – Positionen heute“. Ihre Hauptreferenten, der Münchner Theologe Professor Trutz Rendtorff und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, verstanden beide das Tagungsthema als Frage nach Orientierung im innerkirchlichen Meinungspluralismus. Stoltenberg griff konkrete Gegenwartsfragen auf: die Frage nach der Haltung der Kirche zur terroristischen Gewaltanwendung, die Frage nach den Positionen in der Kirche zu den Themen des Umweltschutzes und des wirtschaftlichen Wachstums. Rendtorff sah die „Maßstäbe protestantischer Positionen“ im christlichen Verständnis der Freiheit, die sich

in konkreter Verantwortung realisiert<sup>127</sup>. Letztlich ging es um das evangelische Staatsverständnis einerseits, und andererseits – dies besonders im Theologischen Abendgespräch mit dem Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Walddeck, Hans-Gernot Jung unter dem Thema „Unsere Kirche heute“ – auch um die von Gegenwartserfahrungen bestimmten Vorstellungen von der evangelischen Kirche.

Noch einmal wurde in der Kasseler Bundestagung das Selbstverständnis des Evangelischen Arbeitskreises deutlich: seine Mittlerstellung zwischen Unionsparteien und evangelischer Kirche, seine Offenheit im Dialog, sein Bestreben, evangelische Positionen in der Union fruchtbar werden zu lassen. In den 22 Jahren, in denen Gerhard Schröder Vorsitzender des EAK war, hatte sich dieses von Ehlers und Tillmanns entwickelte Selbstverständnis, immer stärker konkretisiert. Einen wesentlichen Beitrag dazu aber hatte seit 1968 Peter Egen als Bundesgeschäftsführer geleistet. Die Bundestagung in Kassel war zugleich der Beginn eines neuen Abschnitts in der Geschichte des Evangelischen Arbeitskreises.



32. 22. Bundestagung im April 1978 in Kassel, v.l.n.r.: Horst Waffenschmidt, Arnulf Borsche, Roman Herzog, Helmut Kohl, Gerhard Schröder, Werner Dollinger.



33. 22. Bundestagung im April 1978 in Kassel, v.l.n.r.: Pfarrer Joachim P. Walter, Friedrich Vogel, Wilhelm Hahn, Trutz Rendtorff, Werner Dollinger, Roman Herzog, Gerhard Stoltenberg.

## IV. Verantwortung für die freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung

Vor Beginn der Bundestagung in Kassel wählte der Bundesarbeitskreis am 28. April 1978 einen neuen Bundesvorstand. Gerhard Schröder, seit 1956 Vorsitzender, hatte sich nicht wieder zur Wahl gestellt. Für seine Nachfolge waren zwei Namen im Gespräch: Richard von Weizsäcker, Mitglied des Bundesvorstands, sowie Professor Roman Herzog, seit 1976 einer der vier stellvertretenden Vorsitzenden und Kultusminister in Baden-Württemberg. In der Wahl vorbereitenden Sitzung des Bundesvorstandes am 18. April hatte von Weizsäcker jedoch zum Ausdruck gebracht, für das Amt des Bundesvorsitzenden nicht zu kandidieren<sup>128</sup>. Roman Herzog, der schon in den vorangegangenen Jahren bei Bundestagungen hervorgetreten war, wurde dann am 28. April als Nachfolger Gerhard Schröders zum Bundesvorsitzenden gewählt. Mit der Wiederwahl von Werner Dollinger, Wilhelm Hahn und Kai-Uwe von Hassel, damals Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, als stellvertretende Vorsitzende wahrt der EAK die Kontinuität an der Spitze des Bundesvorstandes. Zu ihnen kam als vierter Stellvertreter der westfälische Bundestagsabgeordnete Friedrich Vogel.

Ein so entscheidender Einschnitt, wie der Wechsel von Gerhard Schröder zu Roman Herzog, gab Anlass, sich von neuem der Frage nach dem Selbstverständnis des Evangelischen Arbeitskreises, nach seinem Verhältnis zur Evangelischen Kirche und nach seiner Stellung in den Unionsparteien zu stellen. Zu letzterem vor allem deshalb, weil es Bestrebungen gab, den Evangelischen Arbeitskreis enger mit der Parteiorganisation der CDU zu verknüpfen und den EAK-Bundesgeschäftsführer als Gruppenleiter in die Abteilung „Verbände und kulturelle Beziehungen“ der Bundesgeschäftsstelle der CDU einzugliedern<sup>129</sup>. Seit seiner Gründung hatte sich der Evangelische Arbeitskreis als ein organisatorisch unabhängiges Forum evangelischer Unionsmitglieder verstanden, als eine Konstruktion sui generis, mit der Partei nicht durch die Satzung, sondern durch die gemeinsame Überzeugung und personell verbunden; so hat beispielsweise der Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Kraske, lange Zeit dem Bundesvorstand des EAK angehört. Die relativ unabhängige Stellung erleichterte es dem EAK, Politik und Idee der Union gegenüber der evangelischen Öffentlichkeit zu vertreten, und sie senkte die Hemmschwelle





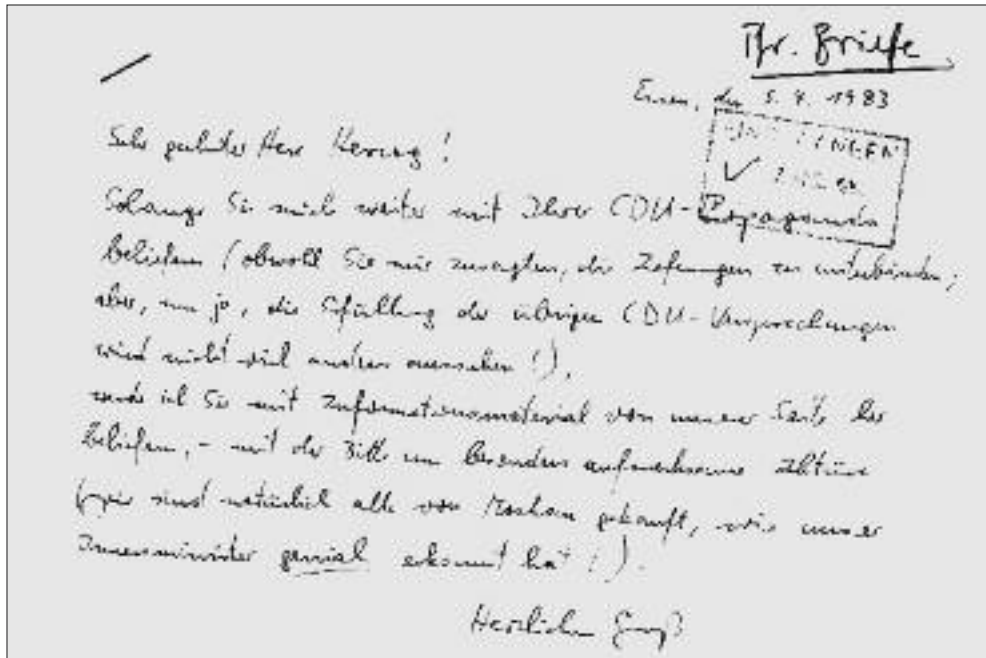
34. Roman Herzog, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises von 1978-1984.

für die gegenüber der unmittelbaren Ansprache durch politische Parteien sensiblen Kirchenrepräsentanten. Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises lehnte deshalb die Einbindung in die Parteiorganisation ab, war aber für eine engere Zusammenarbeit durchaus aufgeschlossen.

Bei der Frage nach dem Selbstverständnis des Evangelischen Arbeitskreises ging es im Kern jedoch um die geistige Orientierung in einer Zeit, die durch Probleme der inneren und äußeren Sicherheit, durch die liberalisierenden rechtspolitischen Reformen des Strafvollzugs, des Sexualstrafrechts, des § 218, des Ehe- und Familienrechts und nicht zuletzt durch das Akzeptanzproblem des Staates Bundesrepublik und seiner freiheitlichen Gesellschaftsordnung in Teilen der Bevölkerung gekennzeichnet war. In diesem Kontext setzte Roman Herzog wesentliche neue Akzente. Sie haben ihren konzentrierten Niederschlag in seinem Beitrag „Die geistigen Grundlagen der freiheitlichen Gesellschaftsordnung“ zur Festschrift für Dr. Gerhard Schröder zu dessen 70. Geburtstag gefunden, den er zugleich als einen Beitrag „zu den Aufgaben des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Politik und Kirche“ bezeichnete<sup>130</sup>. Was den Evangelischen Arbeitskreis betraf, zielte Herzogs Argumentation auf jene evangelischen Kreise, die eine „ganz andere“ Ordnung wollten, weil sie die Fähigkeit der bestehenden freiheitlichen Gesellschaftsordnung in Zweifel zogen, mit Problemen wie Energie-, Rohstoff- und Umweltkrise fertig zu werden. Hier habe der Evangelische Arbeitskreis zusammen mit allen Anhängern der freiheitlichen Gesellschaftsordnung „eine nicht zu unterschätzende Missionsaufgabe“, die „Problemlösungskapazität“ der freiheitlichen Ordnung in geduldigem Argumentieren zu begründen.

Es wurde bald erkennbar, dass der Evangelische Arbeitskreis sich wieder intensiver der offenen Diskussion mit der Evangelischen Kirche und Theologie zuwandte. Kommentatoren der evangelischen Publizistik hatten kritisch angemerkt, dass es dem Evangelischen Arbeitskreis an einer klaren, womöglich provozierenden Konzeption mangle. Der neue Bundesvorsitzende gab dem Arbeitskreis neue Impulse, deutlich und zugleich differenziert zu den auch die evangelische Öffentlichkeit bewegenden Problemen und Zeitfragen Stellung zu nehmen. Es lag ihm vor allem daran, die evangelischen Pfarrer unmittelbar anzusprechen und ihnen Informationen zum aktuellen politischen Geschehen aus erster Hand zu vermitteln, die auch die Politik der Union verdeutlichen sollten. Diese Idee wurde mit den „Pfarrerbriefen“ des Bundesvorsitzenden realisiert. Sie fanden eine außerordentlich starke Resonanz. Die zahlreichen Zuschriften von unterschiedlicher Qua-

lität – es gab Zustimmung, aber auch Ablehnung bis hin zu heftigen Repliken und Annahmeverweigerungen – beantwortete Roman Herzog mit zum Teil ausführlichen Briefen<sup>131</sup>. Die Kontakte im Raum der Evangelischen Kirche wurden weiter intensiviert. Die vom Evangelischen Arbeitskreis schon 1977 angeregten Gespräche evangelischer Bundestagsabgeordneter mit Vertretern der evangelischen Kirche wurden am 25. November 1978 in einer Begegnung mit dem Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesregierung, Prälat Heinz-Georg Binder, fortgesetzt:



35. Der Pfarrerbrief des Bundesvorsitzenden führte zu sehr unterschiedlichen Reaktionen.

Gesprächsthema war die Denkschrift der EKD zum Thema „Leistung und Wettbewerb“. Im Dezember 1978 fanden weitere Kontaktgespräche mit der Evangelischen Militärseelsorge und mit dem CVJM statt.

Der Blick des EAK weitete sich über den Raum der Bundesrepublik hinaus. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der Situation der Kirchen in der DDR. Der Evangelische Arbeitskreis hatte schon zum Kirchentag 1977 unter dem Titel „Christ sein in der DDR“ zwei von Gisela Helwig verfasste Broschüren mit Analysen und Dokumentationen veröffentlicht. 1979 gab er unter dem gleichen Titel eine von derselben Autorin verfasste dokumentierte Analyse der Situation im Jahre

1978 heraus. Engere Kontakte wurden mit dem in Österreich entstandenen Evangelischen Arbeitskreis innerhalb der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) geknüpft. Darüber hinaus richtete sich das Interesse auch auf den Ökumenischen Rat der Kirchen und den Lutherischen Weltbund. Vor allem aber rückte in der folgenden Zeit das Europathema in den Vordergrund. Im Blick auf die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1979 lud der Evangelische Arbeitskreis zu einer Regionaltagung in Heidelberg im Mai 1979 ein, an der auch Gäste aus Österreich, Frankreich, Belgien und der Schweiz teilnahmen. Hauptreferent dieser Tagung war der Vorsitzende der Konferenz Europäischer Kirchen, Kirchenpräsident André Appel aus Straßburg<sup>132</sup>.

Nach wie vor aber standen vor allem die Bundestagungen des Evangelischen Arbeitskreises im Blick des evangelischen öffentlichen und veröffentlichten Interesses. Es gelang dem Evangelischen Arbeitskreis mit seiner 23. Bundestagung vom 2. bis 4. März 1979 in Wuppertal, wieder stärkere Beachtung sowohl im Raum der Kirche als auch in der Union zu gewinnen. Im Aprilheft 1979 der „Evangelischen Verantwortung“, die damit begonnen hatte, evangelische Publizisten mit Leitartikeln zu Wort kommen zu lassen, überschrieb der Verlagsdirektor des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes, Sepp Schelz, seine Wertung der Wuppertaler Tagung mit dem Titel „Eine Avantgarde der Union“. Er stellte fest, dass sich der Evangelische Arbeitskreis „als ein erstaunlich kraftvoller und selbstbewußter Faktor der Union präsentiert“ habe. Auch kritische Beobachter hätten den Eindruck gewonnen, „dass es zur Zeit in der CDU/CSU keine offenere Gruppierung gibt als den EAK, keine auch, die über ein größeres Innovationspotential verfügt“. Die Bereitschaft, im offenen Gespräch aufeinander zu hören, wurde bereits zum Auftakt der Tagung im Theologischen Abendgespräch mit dem hannoverschen Landesbischof Eduard Lohse und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth sichtbar. Stark beachtet wurde auch, dass der theologische Hauptreferent, der an der Bundeswehrhochschule in Hamburg lehrende Professor Christian Walther, in seinem Referat zum Leitthema „Protestanten in der Union zu den Herausforderungen der Zeit“ den Mut zum Unzeitgemäßen anmahnte. In den Arbeitsgruppen der Tagung kamen ebenfalls Vertreter der Evangelischen Kirche zu Wort. Der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung, Prälat Heinz-Georg Binder, wies in seinem Einführungsreferat zum Arbeitskreis „Europa“ darauf hin, dass es sich für die Deutschen nicht nur um Westeuropa handeln dürfe. Zum Thema „Religionsunterricht“ gab Grete Schneider, Mitglied des Rates der EKD, eine sachkundige Zustandsbeschreibung seines Abgleitens in die allgemeine Gesellschaftskritik.

Als eine geistige Herausforderung verstand der Evangelische Arbeitskreis schließlich auch den Umstand, dass er sich an dem Ort versammelt hatte, am dem 45 Jahre zuvor die Barmer Bekenntnissynode ihre Theologische Erklärung beschlossen hatte. Diese, so Roman Herzog, könne freilich nicht von den Unionsparteien in Anspruch genommen werden, wohl aber müsse sich die CDU/CSU von ihr in Anspruch nehmen lassen. Die Wuppertaler Tagung schloss mit einer eindrucksvollen Rede von Bundestagspräsident Professor Karl Carstens, den die CDU/CSU für das Amt des Bundespräsidenten nominiert hatte und der zwei Monate danach in dieses Amt gewählt wurde.

In seiner Wertung der 23. Bundestagung ging Sepp Schelz auch auf das damals schon aktuelle Thema der „Parteiverdrossenheit“ ein. Man könne nicht daran vorbeisehen, dass die Parteien durch die Bank vieles von dem großen Ansehen verloren haben, das ihnen durch ihre politische Aufbauarbeit nach dem Kriege zuge wachsen war. Er diagnostizierte eine „gewisse Verkrustung“. Einen Ansatz, dieser Verkrustung entgegenzuwirken, erblickte er in der großen Offenheit des Evangelischen Arbeitskreises, durch die sich auch Nichtmitglieder der CDU/CSU angesprochen fühlten. Seine noch heute bedenkenswerte Schlussfolgerung lautete: „Wenn die Unionsparteien innovationsfähig genug wären, die Methoden des Evangelischen Arbeitskreises als ein Modell für die künftige Parteiarbeit zu betrachten, das heißt, wenn sie insgesamt auch jene Bürger, die nicht ihr Mitgliedsbuch in der Tasche haben, an den geistigen Auseinandersetzungen über die Formulierung ihrer Politik beteiligten, dann wären sie den anderen Parteien um eine Nasenlänge voraus und würden gerade in jenen Kreisen der Bürgerschaft Anklang finden, die bisher aller Parteipolitik abhold waren.“

Der Aufwind, in dem sich der Evangelische Arbeitskreis offensichtlich wieder befand, wurde auch wenig später beim Evangelischen Kirchentag Mitte Juni 1979 in Nürnberg spürbar. Dort beteiligte sich der Evangelische Arbeitskreis unter seinem Signum EAK an der Gesprächsreihe „Politiker stellen sich“; in dem überfüllten großen Kirchentagszelt stellte sich der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl in einer lebhaften Diskussion den Fragen zahlreicher Kirchentagsbesucher.

Im Sommer 1979 vollzog sich ein Wechsel in der Geschäftsführung des Evangelischen Arbeitskreises. Peter Egen schied am 30. Juni nach elfjähriger Tätigkeit aus, um einen verantwortlichen Posten in der Wirtschaft zu übernehmen. An seine Stelle trat Assessor Wilhelm Staudacher, der bisher das Büro der Studienförde-



36. Peter Egen, Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises von 1968-1979.



37. Wilhelm Staudacher, Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises von 1979-1983.

zung der Konrad-Adenauer-Stiftung in München geleitet hatte<sup>133</sup>. Peter Egen, den der Bundesvorstand als Mitglied kooptierte, behielt noch bis zum Jahresende die Redaktion der „Evangelischen Verantwortung“ bei. Die Bundesgeschäftsstelle bemühte sich in der Folgezeit, die Evangelischen Arbeitskreise auf Bezirks- und Kreisebene durch Informationsmaterial zu aktuellen politischen Fragen kräftiger zu unterstützen und die Neugründung örtlicher Arbeitskreise zu fördern. Im Vordergrund standen dabei Themen wie Soziale Marktwirtschaft, Wehrdienstverweigerung, Entwicklungspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Familienpolitik, § 218 und der Religionsunterricht<sup>134</sup>.

Die öffentliche politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik kreiste in zunehmendem Maße um die Friedensfrage, zumal nach dem NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979. In den Kirchen traten Gruppen auf, die die Wehrdienstverweigerung für ethisch wertvoller hielten als die Ableistung des Wehrdienstes. Der Evangelische Arbeitskreis beteiligte sich intensiv an der Friedensdiskussion, vor allem in verschiedenen regionalen Tagungen. Schon Ende November griff er beim 4. Schloss-Burger-Gespräch mit dem Thema „Zu den ethischen Grundlagen unserer Verteidigung“ die Diskussion auf mit Referaten von Bischof a.D. Hermann Kunst und Generalinspekteur a.D. Ulrich de Maizière. Das 2. Esslinger Gespräch Anfang Februar 1980 und das 3. Simmerner Gespräch im April 1980 waren dem gleichen Thema gewidmet<sup>135</sup>.

Vor allem aber befaßte sich die 24. Bundestagung vom 13. bis 15. Juni 1980 in Wolfsburg gründlich mit dem Friedensthema unter dem Leitthema „Für den Frieden – aus christlicher Verantwortung“. Den schmalen Weg des Friedens zwischen Resignation und Utopie beschrieb Walter Schmithals mit Blick auf die Bibel folgendermaßen: „Was wir brauchen, ist jene Weisheit des Lebens, von der die Bibel sagt, dass sie mit der Furcht des Herrn anfängt. Aber eben diese Weisheit ist weder politisch noch wissenschaftlich herzustellen; sie ist ein Geschenk der Gnade. Darum ist nach wie vor der beste Dienst am Frieden, den die Gemeinde Jesu Christi tun kann, dass sie den Frieden Gottes verkündigt, in dem solche Weisheit wurzelt, und der beste Friedensdienst des Christen, in solcher Weisheit zu leben. Ein Senfkorn an Furcht des Herrn enthält mehr Frieden als der ganze Baum der politischen Theologie.“ Das politische Fundament des Friedensdienstes aber sah er in der demokratischen Gesellschaft, die unter den gegebenen Umständen am besten geeignet sei, „unter den rasch wechselnden Bedingungen des Friedens den Überblick zu behalten und im permanenten Unfrieden der Welt stets neue Wege des Friedens zu öffnen“. Im politischen Korreferat zum Hauptthema umschrieb Gerhard Stoltenberg – damals noch Ministerpräsident in Schleswig-Holstein – nicht nur die globalen sicherheitspolitischen Perspektiven, die der Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan in ein neues Licht gerückt hatte. Er lenkte den Blick auch auf die Probleme des inneren Friedens und seine Bedrohung durch Gewalt und Terrorismus. Ein beachtlicher Beitrag zur Wolfsburger Tagung war schließlich auch das Referat „Zum Frieden erziehen“ des Bielefelder Oberstudiendirektors Karl Heinz Potthast, der die damals verbreiteten friedenspädagogischen Entwürfe kritisch unter die Lupe nahm und am Schluss dazu aufforderte, sich „von einigen intellektuellen, utopischen Zieldiskussionen zurückzuwenden zum einzelnen liebebedürftigen und friedensfähigen Kind“<sup>136</sup>.

Auch in den folgenden Monaten, bis ins Jahr 1982 hinein, nahmen die Beiträge zur Friedensdiskussion aus den Reihen des Evangelischen Arbeitskreises noch einen breiten Raum ein<sup>137</sup>. Zugleich aber stand im Jahr 1980 die Bundestagswahl am 5. Oktober im Vordergrund des Interesses, für die die Bundestagsfraktion der CDU/CSU als Spitzenkandidaten den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß nominiert hatte. Auch in den drei Bundesländern Baden-Württemberg, Saarland und Nordrhein-Westfalen fanden 1980 Wahlen statt. Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises plante im Blick darauf eine Reihe wahlkampfbegleitender Veranstaltungen. Schon am 1. Februar 1980 hatte der schleswig-holsteinische Landesarbeitskreis eine von rund 1700

Teilnehmern besuchte Großveranstaltung mit Franz Josef Strauß in Lübeck-Travemünde durchgeführt. „Politik aus christlicher Verantwortung, Vertrauen für die Zukunft“ war das Thema seiner Rede, die der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises Professor Roman Herzog Anfang Juni 1980 mit einem Brief an 15.000 evangelische Pfarrer als Broschüre versandte<sup>138</sup>.

Der Wahlkampf im Jahre 1980 wurde ungewöhnlich heftig ausgetragen und wirkte verstärkt auch in die evangelischen Kirchen hinein. Besonders intensiv warb die SPD um evangelische Wähler mit dem Argument, dass der Kanzlerkandidat der Union, Franz Josef Strauß, für evangelische Christen nicht wählbar, die CDU/CSU



38. 24. Bundestagung im Juni 1980 in Wolfsburg, Abschlusskundgebung mit dem Kanzlerkandidaten der Union Franz-Josef Strauß.

nicht „friedensfähig“ sei. In der evangelischen Pfarrerschaft war eine Unterschriftenaktion „Stoppt Strauß“ aktiv geworden. Namhafte evangelische Pfarrer und Theologieprofessoren traten mit einer Wählerinitiative „Evangelische Christen zur Bundestagswahl 1980“ für die SPD hervor. Der Evangelische Arbeitskreis war in dieser Situation bestrebt, mit seinen Stellungnahmen und Informationen die Wahl-



kampfauseinandersetzung auf das Niveau der sachbezogenen politischen Argumentation zurückzuführen. Es war aber auch angesichts der starken Emotionalisierung unerlässlich, dass der Evangelische Arbeitskreis sich gegen die offenkundige Politisierung der Evangelischen Kirche wandte und seinerseits die politischen Positionen und Ziele der CDU/CSU in Presseerklärungen, Offenen Briefen an evangelische Pfarrer und in anderen Publikationen im Raum der Evangelischen Kirche verfocht. So haben Roman Herzog und weitere Mitglieder des Bundesvorstandes mit einem Offenen Brief an Pfarrerinnen und Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter und evangelische Gemeindeglieder zum Aufruf „Evangelische Christen zur Bundestagswahl 1980“ Stellung genommen und sich dagegen gewehrt, dass „dem politischen Gegner mit scheintheologischer Begründung die Gemeinsamkeit aufgekündigt und die Glaubwürdigkeit abgesprochen wird“<sup>139</sup>. Inwieweit es überhaupt möglich war, die durch die Anti-Strauß-Agitation emotional aufgeladene Stimmungslage in Teilen der Evangelischen Kirche mit sachlicher politischer Argumentation zu beeinflussen, war allerdings schon damals nur schwer einzuschätzen. Fraglich ist es rückblickend aber auch, ob die emotionale Note der SPD viel eingetragen hat. Das Wahlergebnis jedenfalls brachte der Union nur noch 44,5 Prozent der Stimmen, so dass die sozial-liberale Regierung infolge des überraschend guten Abschneidens der FDP zahlenmäßig gestärkt aus der Wahl hervorging.



39. Gerhard Stoltenberg mit dem Kanzlerkandidaten Franz-Josef Strauß in Wolfsburg 1980.

Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises erörterte in seiner Sitzung am 8. Dezember 1980 die Folgerungen, die sich für ihn aus dem Wahlergebnis ergaben, und vertiefte seine Überlegungen dazu in der Sitzung am 16. Februar 1981<sup>140</sup>. Dabei erwies es sich als nachteilig, dass aus finanziellen Gründen 1981 keine Bundestagung stattfinden konnte. Vier Themen standen im Vordergrund. Dazu gehörte erstens nach wie vor die Friedensdiskussion, bei der im evangelisch-kirchlichen Spektrum die Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ vertreten wurde. Der Evangelische Arbeitskreis griff die Thematik im Jahre 1981 sowohl in der „Evangelischen Verantwortung“ als auch in regionalen Tagungen auf<sup>141</sup>. Als ein zweites vorrangig zu behandelndes Thema sollte die Frage nach den ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft aufgegriffen werden. Im Jahre 1981 widmete sich zunächst die „Evangelische Verantwortung“ in mehreren Grundsatzartikeln dieser Problematik. Anfang 1982 wurde dann eine gemeinsame Kommission „Wirtschaftsethik“ des Evangelischen Arbeitskreises und des Wirtschaftsrates der CDU gebildet. Ein weiterer Schwerpunkt galt der Entwicklungspolitik. Eine vom Bundesvorstand eingesetzte Kommission legte im Herbst 1981 „Thesen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU“ vor, die sich der Bundesvorstand zu eigen machte und an entwicklungspolitisch interessierte Gruppen in der Partei und den Kirchen und an andere mit dem Thema befasste Organisationen versandte. Der vierte Fragenkomplex stand unter der Überschrift „Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche“. Anlass dazu war unter anderem, dass im kirchlichen Bereich Gruppen hervorgetreten waren, die unter Berufung auf das Evangelium die Ordnungen des Staates missachteten, sich bewusst gegen sie richteten oder sie in Frage stellten. Der Bundesvorstand setzte eine kleine Kommission ein, die einen Entwurf überarbeiten sollte, den Albrecht Martin, damals rheinland-pfälzischer Landtagspräsident und dortiger Landesvorsitzender des EAK, vorgelegt hatte. Die im Mai veröffentlichten „Anfragen“, die aus der Verantwortung für die freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung heraus formuliert waren, fanden in den Medien und in der evangelischen Kirche eine große Resonanz. Ausführlich antwortete darauf der Vizepräsident der Kirchenkanzlei der EKD, Hartmut Löwe. Der Bundesvorstand sah in dieser Antwort „eine gute Grundlage für die Fortsetzung des Gesprächs“ mit der EKD<sup>142</sup>.

Es hatte sich jedoch aufgrund von Untersuchungen der Bundestagswahl 1980 der Eindruck verstärkt, dass die Wahlchancen der CDU im evangelischen Bevölkerungsteil einer Verbesserung bedurften. Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises erörterte das Problem eingehend in seiner Sitzung am 30. Novem-

Der Bundesvorsitzende



Evangelische Kirchen in der DDR, Friedrichstraße 70 D 1000 Berlin

Bundesgeschäftsstelle  
Friedrichstraße 70 D 1000 Berlin  
Telefon (030) 54 43 76  
Büroabteilungen  
Postfach 401401 D 1000 Berlin 14  
Spezialpostfach 10 14 52 307 D 1000 Berlin 14

PRESEERKLÄRUNG

In Anbetracht der die gestrige Sitzung des Bundesvorstandes des EAK eröffnet der Bundesvorsitzende, Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog:

mit Sorge betrachten wir die insbesondere in den Kirchen stattgefundenen Friedensdiskussionen, die auf dem Hamburger Kirchentag einen Höhepunkt und starken Impuls erhalten wird.

Wir wenden uns nicht gegen den Pazifismus. Dieser hat als ständige Mahnung zum Frieden insbesondere in den christlichen Kirchen gute Tradition, und wir anerkennen ihn ausdrücklich als eine wichtige christliche Handlungsweise.

Mit Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen die zunehmende Tendenz, als christlich nur noch die Waffenlosigkeit anzusehen. Wir bedeuten sehr, daß die Dialogbereitschaft über die Frage des Friedens immer mehr abnimmt und daß diejenigen Stimmen, die zur Besonnenheit mahnen und mit christlichen Realismus auf der Basis christlicher Ethik vernünftige Wege zum Frieden suchen, nicht mehr gehört werden. So bedauern wir besonders, daß z.B. die christliche Initiative "Den Frieden sichern" in der innerkirchlichen Diskussion verschwiegen wird und dort nur noch radikal pazifistische Diskussionsbeiträge geäußert werden.

Vor den Folgen dieser Entwicklung für unseren Staat und die Kirchen warnen wir vor allem diejenigen, die nur den radikalen Pazifismus mit dem Geist der Sorglosigkeit für vereinbar halten. Wer dies tut, und wer nur eine artikulierte politische Entscheidung als christlich vertretbar bezeichnet, schließt solche Mäßigkeits- und Friedensstrebenden aus und fördert andere politische Lösungen für erforderlich halten, von Dialog aus. Er verzichtet somit die Verantwortung gegenüber den pluralistischen und demokratischen Staaten und damit auch den inneren Frieden.

Nur alle wollen den Frieden, aber es gibt kein Patentrezept dafür, wie der Friede wirklich erreicht werden kann. Frieden hat sich nie nicht nur die Dauerzeit von Krieg, obwohl die 17-jährige Friedensphase im Vordatenschutz ungenügend von ca. 130 Kriegen seit 1945 in anderen Weltregionen abzuheben sehr viel ist. Friede ist ein Prozess, der nur durch gemeinsamen und andauernde Anstrengung erreicht werden kann. Diese anfordern, was man in den nächsten Jahren verstärkten Einsatz und Opferbereitschaft, insbesondere für die Länder der Dritten Welt.

Bonn, den 31. März 1980.

40. Presseerklärung des Bundesvorsitzenden Roman Herzog zur Friedensfrage.

ber 1981<sup>143</sup>. In der freimütigen Diskussion wurde es als erforderlich angesehen, dass in der CDU selbst das Bewusstsein für die Bedeutung des kirchlichen Bereichs verstärkt werden müsse, nicht zuletzt auch in der Jungen Union. Als Defizit wurde auch bemerkt, dass evangelische Repräsentanten der CDU nicht deutlicher als solche in Erscheinung träten, was zur Folge habe, dass evangelische CDU-Politiker vielfach für katholisch gehalten würden. Deshalb müssten Evangelische in der CDU noch mehr herausgestellt werden. Als erforderlich sah es der Bundesvorstand weiterhin an, dass die CDU angesichts der kritischen wirtschaftlichen Lage, der Arbeitsplatzsituation, der Staatsverschuldung und der Ausländerproblematik vermehrt sozialetische Kriterien diskutieren müsse. Das Gespräch mit den Kirchen sollte im Sinne der „Anfragen“ weitergeführt werden.

Im Bestreben, den Dialog mit der Evangelischen Kirche zu vertiefen, wurden die „Pfarrerbriefe“ des Bundesvorsitzenden, die bisher in loser Folge aus aktuellen Anlässen versandt worden waren, zu einem monatlichen politischen Informationsbrief umgestaltet. Intensiv vorbereitet wurde wieder die Beteiligung am „Markt der Möglichkeiten“ des 19. Deutschen Evangelischen Kirchentags im Juni 1981 in Hamburg, dessen Losung das in die Zeitsituation hineingesprochene Bibelwort „Fürchte dich nicht“ war.

Die allgemeine Befindlichkeit in diesen Monaten wurde durch das Stichwort „Angst vor der Zukunft“ gekennzeichnet. Schon beim Hamburger Kirchentag stemmen sich alternative Gruppen gegen die Kirchentagslosung „Fürchte dich nicht“ und traten mit der Parole „Fürchtet euch!“ lautstark auf. Vordergründig waren es die kritischen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme, die zu Sorgen Anlass gaben, aber dahinter standen die tiefer greifenden Probleme der Umwelt, der Energieversorgung, besonders der Atomenergie, der modernen Hochtechnologie, vor allem aber die Vision eines möglichen Atomkrieges, die irrationale, zuweilen apokalyptische Ängste auslöste.

Der Evangelische Arbeitskreis setzte diesen pessimistischen Zukunftsbildern in zwei großen Tagungen im Frühjahr 1982 positive Impulse entgegen. Die erste war die Regionaltagung Nord am 6. März in Hamburg mit dem Thema „Zwischen Angst und Hoffnung – Auf der Suche nach einer menschlichen Zukunft“. Einen deutlichen Akzent setzte dort der Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber, als er betonte, aus der Krisensituation könne „allein ein neues Ethos herausführen, das unsere davongelaufene Zivilisation einholen muss und das nur aus religiösen Tiefen entste-

hen kann“. Auch der Finanzwissenschaftler Professor Guy Kirsch von der schweizerischen Universität Fribourg warnte davor, die Krisenbewältigung nur als eine wirtschaftspolitische Frage zu betrachten. Roman Herzog sah eine Chance für die Zukunft in der Bereitschaft, umzudenken und umzulernen, neue Wege zu gehen und möglicherweise auf Dinge zu verzichten, die unverzichtbar erscheinen.

Der Tagungsbericht in der „Evangelischen Verantwortung“ vermerkte, dass bei der Regionaltagung Nord, an der nahezu 400 Besucher aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein teilnahmen, deutlich geworden sei, dass das „C“ im Parteinamen neuen Glanz erfahren habe und dass der EAK in Norddeutschland neuen Aufwind verspüre.

War die Regionaltagung Nord schon von dem Bestreben getragen, dem „no future“-Pessimismus entgegenzutreten, so geschah dies in ausgeprägterer Weise bei der 25. Bundestagung vom 21. bis 23. Mai 1982 in Mainz. Das Leitthema hieß „Christen wissen: wir haben eine Zukunft“. Im theologischen Hauptreferat zum Tagungsthema entfaltete der Erlanger Theologe Professor Reinhard Slenczka die Zukunftshoffnung des christlichen Glaubens, der „an die Zukunft Jesu Christi gebunden und von ihr getragen ist“ und von daher zu unterscheiden wisse „zwi-



41. Empfang des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, anlässlich der 25. Bundestagung in Mainz 1982.

schen dem, was Gottes Sache und was Sache der Menschen ist“, „zwischen dem, was letzte Dinge und was vorletzte Dinge sind“<sup>144</sup>.

Über christliche Politiker und Christen in der Politik sagte Slenczka: „Politik machen heißt nichts anderes, als dem Bösen zu wehren und das Gute zu fördern in den Grenzen der jeweiligen Möglichkeiten und mit den Mitteln gesetzlicher Macht. Das ist eine ebenso wichtige wie vorläufige Aufgabe, die in dieser Zeit niemals zu ihrem Ende kommt, sondern erst am Ende der Zeit, wenn Sünde und Tod endgültig besiegt sein werden. Dabei sollte sich auch die christliche Gemeinde wieder einmal daran erinnern lassen, dass die an Gesetze gebundene staatliche Macht – auch in dem Zusammenspiel von Regierung und Opposition – von Gott ist, im Dienste Gottes steht und damit vor allem auch unter ihm steht... Es ist verantwortungslos und verhängnisvoll, wenn gerade auch in der christlichen Gemeinde jede Macht diffamiert wird und ständig nur gegen die Mächtigen, doch selten für sie gebetet wird. Sollten wir nicht vielmehr Gott dafür dankbar sein, dass wir in unserem Land eine gesetzlich geordnete staatliche Macht haben, was ja in dieser Weltzeit keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist. Dass wir Menschen haben, die diese Macht ausüben und dabei nur zu oft erfahren, wie machtlos sie sind.“

Das Referat von Slenczka bildete gleichsam die geistige Basis, auf der die beiden politischen Hauptredner der 25. Bundestagung fußten: Roman Herzog, der in seiner Rede zum Leitthema der Tagung die politischen Aufgaben und Chancen in den Blick rückte, und der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, mit seiner programmatischen Rede „Für eine Zukunft in Frieden und Freiheit“. Und das galt gleichermaßen für die vier Arbeitskreise der Mainzer Tagung, die die Anforderungen der Zukunft auf den Feldern des Rechts, der Bildung, der Technik und der Verantwortung für die „Dritte Welt“ diskutierten.

Ein Glanzlicht war das von Kai-Uwe von Hassel geleitete Abendgespräch zum Auftakt der Mainzer Tagung unter dem Thema „Kirche und Politik im Dialog: Was uns ver-



42. Kai-Uwe von Hassel, langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises.

bindet – was uns trennt“ mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der EKD, Kirchenpräsident Helmut Hild aus Darmstadt, und dem Vorsitzenden des Landesarbeitskreises Rheinland-Pfalz, Landtagspräsident Albrecht Martin. Ihre Referate setzten auf anspruchsvollem Niveau das Gespräch fort, das der Evangelische Arbeitskreis mit seinen „Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche“ begonnen hatte.

Der Dialog mit der Kirche schien damit, was die EKD und die meisten Landeskirchen betraf, nach manchen Turbulenzen, die sich vor allem beim Hamburger Kirchentag bemerkbar gemacht hatten<sup>145</sup>, wieder in ruhigere Bahnen gefunden zu haben. Doch schon im Juni 1982 löste das Moderamen des Reformierten Bundes in der evangelischen Kirche und in der politischen Öffentlichkeit mit der Denkschrift „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“ eine ungewöhnlich heftige Diskussion aus. Der Kernsatz, um den es dabei ging, lautete: „Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der status confessionis gegeben.“ In der EKD war die reformierte Denkschrift auf heftige Kritik gestoßen, zumal sie entschieden von der Friedensdenkschrift der EKD vom Herbst 1981 abrückte. Andererseits aber gab sie den „Friedensgruppen“ in der Evangelischen Kirche Auftrieb, die schon bisher ein „Nein ohne jedes Ja“ zu den Massenvernichtungsmitteln vertreten hatten. Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises griff in die Auseinandersetzung mit „Anfragen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zur Denkschrift des Reformierten Bundes“ ein, die Albrecht Martin formuliert hatte. Es war allerdings von vornherein nicht zu erwarten, dass der Reformierte Bund bei seiner fundamentalistischen Entschlossenheit sich auf die Bedenken und Anfragen inhaltlich einlassen würde. Die umfängliche Antwort des Reformierten Bundes auf die Anfragen des Evangelischen Arbeitskreises stellte nur eine Bekräftigung seines Standpunktes dar. Nur in der Antwort auf die letzte Anfrage nach den politischen Konsequenzen in der pluralistischen Demokratie gab der Reformierte Bund zu, dass er nicht wisse, wie die „politische Konkretion des ‚Nein‘“ aussehen könne<sup>146</sup>.

Die Monate seit dem Ende der sozialliberalen Regierung und der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 bis zur vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 standen auch für den Evangelischen Arbeitskreis ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Besondere Beachtung fand ein in regionalen und überregionalen Zeitungen als Anzeige geschaltete Aufruf an die evangelischen Mitbürger. Die Wahlanalysen bestätigten wieder einmal, dass der evangelische Wäh-

leranteil mit 41 Prozent gegenüber nur 33 Prozent bei der Wahl 1980 maßgeblich zum Erfolg der Unionsparteien beigetragen hatte<sup>147</sup>.

Mit der Beanspruchung durch den Wahlkampf hing es unter anderem auch zusammen, dass für 1983 keine Bundestagung vorgesehen wurde. Im Jahr 1983 ergaben sich jedoch für den Evangelischen Arbeitskreis zwei andere Schwerpunkte. Der erste war darin begründet, dass die Evangelische Kirche die Wiederkehr des 500. Geburtstags Martin Luthers mit einem „Lutherjahr“ beging. Die „Evangelische Verantwortung“ eröffnete ihren Jahrgang 1983 entsprechend mit einem Beitrag von Richard von Weizsäcker unter dem Titel „Gedanken zur Deutschlandpolitik im Lutherjahr 1983“. Vor allem aber trat der Evangelische Arbeitskreis mit einer umfangreichen Broschüre<sup>148</sup> hervor, die – wie Roman Herzog im Geleitwort schrieb – ein Beitrag zum Nachdenken darüber sein wollte, „was wir Heutigen – jenseits aller kirchlichen und theologischen Fragen – für unser politisches und gesellschaftliches Leben und Wirken aus dem Denken des Reformators lernen können“.



Der zweite Schwerpunkt betraf das Verhältnis zum Deutschen Evangelischen Kirchentag, dessen 20. Treffen in Hannover im Juni 1983 bevorstand. Bei den Vorbereitungen in den Kirchentagsgremien hatte sich gezeigt, dass Vertreter der CDU und des Evangelischen Arbeitskreises weitgehend ausgeschlossen worden waren und dass insbesondere bei den Kirchentagspodien keine Repräsentanten der CDU/CSU, wohl aber solche anderer Parteien vorgesehen waren. Erst nachdem der Evangelische Arbeitskreis gedroht hatte, sich vom Kirchentag zurückzuziehen und alle CDU-Vertreter öffentlich aufzufordern, dem Kirchentag fernzubleiben, wurden namhafte Mandatsträger der Unionsparteien eingeladen<sup>149</sup>. Im Rückblick auf den Kirchentag stellte der Bundesvorstand fest, dass zwar das starke Engagement der Unionsparteien weitgehend positiv vermerkt worden sei, dass aber auch die mangelhafte Präsenz bewusst evangelischer Unionspolitiker, vor allem der jüngeren Generation, deutlich geworden war<sup>150</sup>. Die Ursache dieses Problems sah er vor allem in dem völlig anderen Politikverständnis des Kirchentages und auch man-



cher Teile der Evangelischen Kirche. Diese Frage nach dem Politik- und Demokratieverständnis rückte in der Folgezeit in den Vordergrund der EAK-Arbeit.

Einen ersten Beitrag dazu bot im Oktober 1983 die „Evangelische Verantwortung“ mit dem Aufsatz „Demokratieunfähigkeit des Protestantismus?“ des Münchener Theologen Professor Trutz Rendtorff. Was er darin über repräsentative Verfassungsdemokratie, verfassungskonforme Opposition und einen „Widerstand“ schrieb, der sich unter Berufung auf eine höhere, substantielle Autorität von den Regeln des demokratischen Verfahrens dispensiert, war bereits in nuce das Thema der 26. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises vom 10. bis 12. Februar 1984 in Wuppertal. War schon bei den früheren Wuppertaler Tagungen die herausfordernde Erinnerung an die Barmer Bekenntnissynode von 1934 im Bewusstsein des Evangelischen Arbeitskreises, so bildete sie im 50. Gedächtnisjahr dieses kirchengeschichtlich bedeutsamen Ereignisses das zentrale Thema dieser Tagung: „Barmen heute – Der evangelische Christ im Staat des Grundgesetzes“. Die Aktualität und Attraktivität des Themas zeigte sich nicht nur in den über 900 Dauerteilnehmern an Plenum und Arbeitskreisen und den rund 2500 Zuhörern bei der öffentlichen Schlussveranstaltung mit Bundeskanzler Helmut Kohl, sondern ebenso in der positiven Resonanz der Medien.

Mit der Wuppertaler Bundestagung bewies der Evangelische Arbeitskreis, dass er sich nicht lediglich in die Rolle eines Zuträgers evangelischer Wählerstimmen durch „Zielgruppenansprache“ verweisen ließ<sup>151</sup>, sondern dass er seine aus evangelischer Verantwortung gewachsenen Positionen in dialogischer Offenheit in die politisch-ethische Diskussion um die Wertorientierung in Politik und Gesellschaft einbrachte. Dies zeigte sich in Wuppertal exemplarisch in den beiden Hauptreferaten von Prälat Heinz-Georg Binder, dem Bevollmächtigten des Rates der EKD in Bonn, und Roman Herzog, der seit Dezember 1983 Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichtes war. Zum Schluss der Bundestagung wandte sich der Evangelische Arbeitskreis mit einem Aufruf an die evangelischen Christen. Er forderte sie darin auf, in der Verantwortung vor Gott für die freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland einzutreten. Er wies darauf hin, dass der Staat des Grundgesetzes nicht mehr der Staat des Jahres 1934 sei und dass deshalb evangelische Christen guten Gewissens zu ihm stehen könnten. Sie sollten darum an der Gestaltung dieses Staates und an der Gestaltung einer Welt in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden entschlossen und uneigennützig mitwirken und die unterschiedlichen Meinungen in Achtung voreinander austragen.

Im Schlussabschnitt richtete sich der Aufruf gegen die schon damals laut werdende Diskreditierung von Politikern und Parteien: „Wir achten den Einsatz und die Verantwortungsbereitschaft aller, die in politischen und öffentlichen Ämtern unseres Staates und Gemeinwesens stehen und die in den demokratischen, politischen Parteien unsere freiheitliche, rechtsstaatliche Ordnung mitgestalten. Deshalb rufen wir auf, sie nicht nur mit kritischer Aufmerksamkeit zu begleiten, sondern sie auch als solche anzunehmen, die – wie jeder andere – des Zuspruchs der fordernden und vergebenden Liebe Gottes und der Fürbitte der christlichen Gemeinde bedürfen“<sup>152</sup>.



## V. Dialog mit evangelischer Kirche und Theologie

Im Herbst 1983 bahnten sich für den Evangelischen Arbeitskreis personelle Veränderungen an. Der bisherige Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher wurde am 1. Oktober 1983 zum Leiter der Hauptabteilung Politik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU berufen. Seit 1979 hatte er die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises mit großem organisatorischen Geschick geleitet und besonders die Evangelischen Arbeitskreise in den Kreis- und Ortsverbänden der Union, deren Bedeutung in diesen



44. Erhard Hackler, Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises von 1983-1987.

Jahren zugenommen hatten, nachhaltig gefördert. An seine Stelle trat am 1. November 1983 der Rechtsanwalt Erhard Hackler. Der auch kirchlich engagierte Jurist arbeitete vorher als Referent für Rechts- und Innenpolitik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU und Geschäftsführer des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen<sup>153</sup>.

Roman Herzog übernahm im Dezember 1983 seine Aufgabe als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und legte deshalb am 20. Dezember 1983 sein Amt als Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises nieder<sup>154</sup>. Der Bundesvorstand hatte schon im September drei mögliche Kandidaten für die Neuwahl des Bundesvorsitzenden benannt: Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg,

den stellvertretenden EAK-Vorsitzenden, Landtagspräsident Albrecht Martin, und Staatsminister im Bundeskanzleramt Friedrich Vogel, der dem Bundesvorstand des EAK seit langem angehörte. Der Bundesvorstand bedauerte es, dass Stoltenberg wegen seiner Beanspruchung als Finanzminister und als Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein die Kandidatur ablehnte<sup>155</sup>. Dem Bundesarbeitskreis, der am 10. Februar 1984 vor Beginn der 26. Bundestagung zur Neuwahl des Bundesvorstandes zusammentrat, stellten sich dann Albrecht Martin und Fried-

rich Vogel zur Wahl. Landtagspräsident Martin ging aus dieser als neuer Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU hervor. Zu den drei wieder gewählten stellvertretenden Vorsitzenden Werner Dollinger, Kai-Uwe von Hassel und dem Hamburger Chefarzt und Bürgerschaftsabgeordneten Sieghard Carsten Kampf kam Friedrich Vogel als vierter Stellvertreter hinzu<sup>156</sup>.

Es zeichnete sich schon bald ab, dass der neue Bundesvorsitzende, der neben seinem politischen Amt als Präsident des Landtages von Rheinland-Pfalz auch als Synodaler und stellvertretendes Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland kirchlich engagiert war, in den Aufgabenfeldern des Evangelischen Arbeitskreises einen neuen Akzent setzte. Er suchte in noch stärkerem Maße als bisher den Dialog mit der evangelischen Kirche und Theologie. Kontakte mit den verschiedensten kirchlichen Arbeitsbereichen hatte es zwar schon lange gegeben, aber es fällt im historischen Rückblick auf, dass in den Jahren 1984 und 1985 diese Gespräche zahlreicher wurden. Engere Kontakte wurden so beispielsweise mit Evangelischen Akademien, mit der Evangelischen Frauenarbeit, mit der Evangelischen Publizistik der EKD und auch mit dem neu entstandenen Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea), mit dem CVJM und mit dem Rat der EKD aufgenommen. Auch die von Roman Herzog begonnenen Pfarrerbriefe führte er in diesem Sinne fort. In der ersten Sitzung des neuen Bundesvorstandes regte Albrecht Martin an, namhaften Theologen die Gelegenheit zu geben, ihre Gedanken zu theologischen Strömungen in der evangelischen Kirche in mehrmals jährlich stattfindenden „Bonner Akademie-Gesprächen des EAK“ darzulegen und zur Diskussion zu stellen<sup>157</sup>.

Aus diesem Vorschlag einer neuen Form des Dialogs mit evangelischen Theologen entstanden die „Bonner Theologischen Gespräche“<sup>158</sup>. Die Gesprächsreihe eröffnete am 22. Januar 1985 Trutz Rendtorff (München) mit dem Thema „Herrschaft der Theologie in der Politik?“ – es ging dabei im Kern um die Frage, was die Theologie mit der Politik zu tun habe, die Rendtorff damit beantwortete, dass er der Theologie keine herrschende, sondern eine begleitende Aufgabe zuwies. Dem ersten Theologischen Gespräch folgte schon im April das zweite, in dem der Bonner Theologe Professor Martin Honecker unter dem Thema „Verantwortung am Lebensbeginn“ die Wissenschaft, Gesellschaft und Politik gleichermaßen herausfordernden Probleme der Gen- und Reproduktionstechnologie behandelte. In Bonn fanden 40 dieser Gespräche statt. Für alle gilt, was der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Albrecht Martin, beim ersten „Bonner Theologischen Gespräch“ sagte: dass sich der Evangelische Arbeitskreis um eine „Hal-



45. Albrecht Martin, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises von 1984-1990.

tung des Dialogs“ bemühe, „die immer neu bereit ist, die eigene Ansicht angesichts des Arguments der anderen Position zu überprüfen“<sup>159</sup>.

Hatte sich schon in den vorangegangenen Jahren gezeigt, dass die Breitenwirkung des Evangelischen Arbeitskreises in den Landesarbeitskreisen und den regionalen und örtlichen Arbeitskreisen durch die Bundesgeschäftsstelle, besonders durch den Bundesgeschäftsführer, stark gefördert worden war, so wurden in der Folgezeit die Kontakte noch intensiver. Vor allem der Bundesvorsitzende selbst war – wie aus den Sitzungsprotokollen des Bundesvorstands und den Terminübersichten des Bundesgeschäftsführers hervorgeht – bei Landes- und Ortstagungen der Evangelischen Arbeitskreise ein oft und gern gesehener Referent. Schon im Herbst sprach er bei Landestagungen in Niedersachsen, Württemberg und Hessen. Die Bundesgeschäftsstelle versorgte die Landes-, Kreis- und Ortsarbeitskreise mit zahlreichen Informationen zu aktuellen politischen Fragen und vermittelte dem Bundesvorstand regelmäßig umfangreiche Überblicke über die Tätigkeit der Evangelischen Arbeitskreise auf allen Ebenen.

Im Verhältnis zur Evangelischen Kirche kam im Herbst 1984 unerwartet ein Thema zur Sprache, das mit der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl zusammenhing. Gegen sie machte sich in manchen Teilen der evangelischen Kirche – nicht in den Leitungsgremien – Kritik bemerkbar, wobei neben dem Verhältnis zu Polen vor allem das „Offenhalten“ der Deutschen Frage erheblichen Einwendungen begegnete<sup>160</sup>.

Am 13. November 1984 fand ein Gespräch von Vertretern des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises mit Vertretern der EKD statt. Diese sahen die evangelischen Kirchen in der damaligen DDR aus ihrer Reserviertheit gegenüber ihrem Staat heraustreten und fanden darum für die politische und rechtliche Argumentation der Unionsparteien und der Bundesregierung in den Fragen der Deutschland- und Ostpolitik kein Verständnis<sup>161</sup>. Anfang November 1984 hatte in Lübeck-Travemünde die Synode der EKD getagt, bei der für die Nachwahl zum Rat der EKD Albrecht Martin nominiert, aber in der merkwürdig verlaufenen Wahl nicht gewählt worden war. Der Wahlvorgang fand wegen der politischen Aspekte auch in den Medien starke Beachtung. Am Rande der Synode lud der Evangelische Arbeitskreis – wie es seit Jahren Tradition war – zu einem Treffen mit den Synodalen ein. Unter den 106 Teilnehmern in Travemünde befand sich auch, wie in der Bundesvorstandssitzung vom 19. November 1984 ausdrücklich über die Synodaltagung berichtet wurde<sup>162</sup>, Konsistorialpräsident Manfred Stolpe vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Der Evangelische Arbeitskreis hatte die evangelischen Kirchen in der DDR nie vergessen und ihnen bereits früher wiederholt besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Erinnert sei beispielsweise an die 1977 und 1979 herausgegebenen Broschüren „Christ sein in der DDR“. Im Dezember 1982 gab Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher dem Bundesvorstand einen detaillierten Bericht von Gesprächen mit kirchlichen Vertretern in der DDR in den Tagen der Bonner Wende im September 1982. Unter anderem berichtete er, ein „hoher kirchlicher Gesprächspartner“ habe ihm gegenüber den Wunsch geäußert, dass eine künftige CDU-Regierung „ein für die Bevölkerung der DDR verständliches Zeichen geben“ möge, „dass sie eine Politik auch zum Nutzen der DDR-Bürger betreiben wolle und die Gemeinsamkeit der deutschen Geschichte betone“<sup>163</sup>. In den Jahren seit 1985 fanden die kirchlichen Verhältnisse in der damaligen DDR eine noch größere Beachtung, vor allem in der „Evangelischen Verantwortung“, die im Mai 1986 ein Interview des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz (idea) mit dem neuen

Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, dem thüringischen Landesbischof Werner Leich, wiedergab. Es trug die Überschrift „Wir dürfen einander nicht loslassen“.

Die vordringlichen politischen Fragen, mit denen sich der Evangelische Arbeitskreis in der Folgezeit befasste, hatte Albrecht Martin im ersten der von ihm verfassten Pfarrerbriefe angesprochen: Die Entwicklung in der Technologie und die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen, die Soziale Marktwirtschaft, die Verantwortung für die Schöpfung. Dazu kamen weitere wichtig gewordene Fragenkreise, die die Ausländerproblematik und das Verhältnis von Islam und Christentum umspannten.

Aus der Vielzahl dieser Themen kristallisierte sich die thematische Konzeption für die 27. Bundestagung vom 18. bis 20. April 1986 in Hannover heraus: die Verknüpfung von Wirtschaft, Sozialpolitik, technischem Fortschritt und Ökologie unter dem Leitthema „Um der Menschen willen – Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft“<sup>164</sup>. Es ging dem Evangelischen Arbeitskreis bei dieser Bundestagung – wie Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in seinem Hauptreferat „Wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Gerechtigkeit“ darlegte, darum, „die fruchtbare Verbindung der klassischen liberalen und der christlichen Überzeugungen bei den ‚Gründungsvätern‘ wieder bewusst zu machen. Dies nicht im Rückgriff auf überholte, den Fragen unserer Zeit nicht mehr entsprechende Rezepte. Ganz im Gegenteil: Sich auf die innovative Kraft der Sozialen Marktwirtschaft verlassen, heißt, auf den schöpferischen Ideenreichtum und den Gestaltungswillen des einzelnen Menschen setzen. Beides brauchen wir mehr denn je, wenn wir die vielfältigen Aufgaben lösen wollen, die sich in einer technisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich immer rascher verändernden Welt stellen. Die Marktwirtschaft ist kein geschlossenes, sondern ein offenes System: Offen für neue Fragen, offen für neue Wertvorstellungen, offen aber auch für neue politische Lösungen“<sup>165</sup>.

Die Breite der Tagungsthematik entfalteten die drei Arbeitskreise, deren Themen schon erkennen ließen, dass sie die Herausforderungen der sich rapide wandelnden Welt im Blick hatten: „Wirtschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftlich-humaner Wandel“ – „Internationale Handelsordnung und Entwicklungshilfe als Instrumente der Friedenssicherung“ – „Landwirtschaft im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie“. Im Theologischen Abendgespräch zu



Beginn der Tagung unter dem Thema „Kirche, Wirtschaft und Politik im Gespräch – Christliche Ethik und Soziale Marktwirtschaft im Konflikt?“, führten der hannoversche Landesbischof Eduard Lohse und der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in das Thema ein. Es war bemerkenswert, dass zwischen beiden weitgehende Übereinstimmung herrschte, sowohl hinsichtlich der Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, als auch der zu lösenden Probleme. Das Fragezeichen im Untertitel erwies sich fast als nur rhetorisch. Den einzigen unaufhebbaren Konflikt sah Ministerpräsident Albrecht darin, dass die Soziale Marktwirtschaft keine „paradiesische Ordnung“ des Gottesreiches, sondern eine menschliche Ordnung in der nach christlichem Verständnis „gefallenen, aber von Christus mit der Hoffnung auf Vergebung beschenkten Welt“ ist. Landesbischof Lohse hob die ethischen Motive der Sozialen Marktwirtschaft hervor, die „nicht wieder in Vergessenheit geraten dürfen“; es gelte, „die ethische Verantwortung für die Soziale Marktwirtschaft bei ihrem Fortschreiben zu durchdenken“. Am Ende der Bundestagung wies Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Rede bei der Schlusskundgebung in die gleiche Richtung: „Wir müssen uns die ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft stets neu vergegenwärtigen, damit unsere täglichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen eingeordnet bleiben in ein Koordinatensystem von Grundwerten.“

Das Thema der Sozialen Marktwirtschaft blieb auch weiterhin aktuell nicht zuletzt im Blick auf die Evangelische Kirche, in der eine starke Strömung nach wie vor eine „andere“ Wirtschaftsordnung wollte und dadurch den Eindruck der „Linkslastigkeit“ von Teilen der evangelischen Kirchen verfestigte. Die „Evangelische Verantwortung“ veröffentlichte im November 1986 dazu einen aufschlussreichen Beitrag des Präsidenten im Kirchenamt der EKD, Hartmut Löwe, der unter der Überschrift „Steht die evangelische Kirche links?“ einräumte: „Falsch ist die Wahrnehmung nicht, dass von Anbeginn die römisch-katholische Kirche CDU und CSU favorisierte, die evangelische Kirche aber in nicht wenigen Punkten sich mit Positionen trifft, die auch in der SPD zu Hause sind.“ Löwe nannte dieses Faktum einen „unnormalen Zustand“, der überwunden werden müsse.

Doch im Herbst und Winter 1986 bestätigte die politische Realität dieses „Faktum“, denn im Wahlkampf für die Anfang 1987 angesetzte Bundestagswahl suchte die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau in ähnlicher Weise wie schon in den frühen fünfziger Jahren sich als die eigentlich den evangelischen Wählern entsprechende Partei anzupreisen, wobei untergründig auch wieder

konfessionelle Animositäten geweckt wurden. Der Evangelische Arbeitskreis und vor allem sein Vorsitzender Albrecht Martin haben deutlich den „auch von Kirchenmännern reklamierten moralischen Absolutheitsanspruch für den Kanzlerkandidaten der SPD“ zurückgewiesen<sup>166</sup>. Das Wahlergebnis, das die Regierung Kohl bestätigte, veranlasste aber den Bundesvorstand über die Wirkungsmöglichkeiten des Evangelischen Arbeitskreises innerhalb und außerhalb der Union nachzudenken<sup>167</sup>. Es war sicher zutreffend, wenn der Bundesvorstand die stärkere Berücksichtigung solcher Themen für erforderlich hielt, die der Sensibilität der sich benachteiligt fühlenden Bevölkerungsteile, der Frauen und der jüngeren Menschen ohne Zukunftsperspektive entsprachen. Das gab auch den Anstoß dazu, dass der Bundesvorstand für die 28. Bundestagung vom 16. bis 18. Oktober 1987 in Karlsruhe in diesem Sinne als Leitthema „Miteinander Zukunft gewinnen“ wählte und die drei Foren der Tagung unter die Themen „Jung sein – Alt werden“, „Mann und Frau“ und „Erfolgreich – Enttäuscht“ stellte.

Ob das Defizit der CDU in dieser Hinsicht jedoch der einzige Grund für ihren Einbruch bei Landtagswahlen in den evangelisch geprägten norddeutschen Bundesländern war, ist fraglich. Jedenfalls blies ihr der Wind aus manchen protestantischen Ecken ins Gesicht. Das zeigte sich vor allem an dem nicht unproblematischen Verhältnis des Evangelischen Arbeitskreises zum Deutschen Evangelischen Kirchentag. Im Rückblick auf den Kirchentag im Juni 1987 in Frankfurt konstatierte der Bundesvorsitzende Albrecht Martin, der an mehreren Kirchentagsveranstaltungen als Diskussionspartner teilgenommen hatte, dass bei den an politischen Themen orientierten Großveranstaltungen „eine bedenkliche Emotionalisierung der Zuhörer und der an den Podien Beteiligten“ geherrscht hatte und „daß für viele nicht mehr der gemeinsame Glaube, sondern bestimmte ethische Grundhaltungen entscheidend geworden sind“<sup>168</sup>.

Beim Frankfurter Kirchentag spielten in diesem Zusammenhang acht Thesen eine Rolle, die im Mai 1987 unter dem Titel „Versöhnung und Frieden mit der Sowjetunion“ unter anderem von Altbischof Kurt Scharf und dem ehemaligen Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Professor Wolfgang Huber, der Öffentlichkeit vorgestellt worden waren. Sie zielten darauf, eine zweite „Ostdenkschrift“ der Evangelischen Kirche zu schaffen. Man wollte sich – unbeschadet der Unterschiede der politischen Systeme – für ein dauerhaftes Verhältnis mit der Sowjetunion einsetzen und forderte deshalb ein Schuldbekenntnis und die Abkehr vom Antikommunismus<sup>169</sup>. Albrecht Martin wandte sich in seiner Eröff-

nungsrede zur Karlsruher Bundestagung eindeutig gegen diese Thesen: Folge man ihnen, „dann ist eine antikommunistische Haltung nicht nur lieblos, sondern beruht auf einem Irrtum. Nach diesen Thesen ist der Kommunismus nämlich gar nicht so schlimm. Und das Menschenbild, das der kommunistischen Vorstellung von den Menschenrechten zugrunde liegt, soll, wieder nach diesen Thesen, dem biblischen Menschenbild näher sein als das, was Grundlage unserer freiheitlichen Ordnung ist. Vor solcher Entwicklung der Diskussion können wir nur mit allem Nachdruck warnen. Wir tun es umso entschiedener, als wir für gute Beziehungen auch mit den Staaten des Warschauer Paktes mit allem Nachdruck eintreten. Aber es dient der Sicherung des Friedens in Freiheit auf Dauer nicht, wenn man den unüberbrückbaren Unterschied zwischen Freiheit und Unfreiheit durch Verharmlosung der Unfreiheit zu relativieren versucht“<sup>170</sup>. Im gleichen Sinne sagte Bundeskanzler Helmut Kohl in der Schlusskundgebung in Karlsruhe unter Bezugnahme auf den kurz vorher stattgefundenen Besuch Erich Honeckers in Bonn: „Er hat in einer von mir begrüßten Offenheit in seiner Tischrede gesagt, ich zitiere wörtlich: ‚dass Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser‘ – und da er mit Kapitalismus die Ordnung der freiheitlichen Demokratie meint, hat er völlig recht.“ Das Ziehen der klaren Trennungslinie habe nichts zu tun mit einem Feindbild, sondern sei eine unzweideutige Parteinahme für die Freiheit<sup>171</sup>.



46. Birgit Heide, Bundesgeschäftsführerin des Evangelischen Arbeitskreises von 1987-2000.

Im Herbst 1987 trat in der Bundesgeschäftsstelle ein Wechsel ein. Für den ausgeschiedenen Bundesgeschäftsführer Erhard Hackler wählte der Bundesvorstand am 14. September Frau Birgit Heide, die schon einige Monate als Referentin in der Bundesgeschäftsstelle mitgearbeitet hatte. Sie fand nicht nur sehr schnell das Vertrauen des Bundesvorstandes und der Evangelischen Arbeitskreise „vor Ort“, sie gab auch zusammen mit Katrin Eberhardt, die seit 1. Dezember in der Bundesgeschäftsstelle mitarbeitete, der „Evangelischen Verantwortung“ ein aktuelles Gepräge, das die Bandbreite der politischen Diskussion im Horizont des Evangelischen Arbeitskreises widerspiegelte. Dazu gehörte auch – im Zusammenhang mit der Pro-

grammdiskussion der CDU im Vorfeld des Wiesbadener Parteitags im Juni 1988 – der Diskussionsentwurf zum Thema „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“. Diesem Thema war auch eine gesonderte Broschüre gewidmet, die die Bundesgeschäftsstelle im Mai 1988 herausgab.

Aus der Vielfalt der Themen, die in jener Zeit in der „Evangelischen Verantwortung“ zur Sprache kamen, soll an dieser Stelle nur noch ein Thema erwähnt werden: die Ereignisse und Vorgänge im Raum der Evangelischen Kirche in der damaligen DDR und im Zusammenhang damit die offene deutsche Frage. Die „Evangelische Verantwortung“ druckte im Juniheft 1988 unter der Überschrift „Wie offen ist die deutsche Frage?“ einen Abschnitt aus einem Interview ab, das der ehemalige Württembergische Landesbischof Hans von Keler dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) gegeben hatte. Folgende im Rückblick höchst bemerkenswerte Passage verdient, wörtlich zitiert zu werden: „Ich sehe für die deutsche Wiedervereinigung kein Datum in greifbarer Nähe. Es ist ein langfristiger Vorgang. Meine Devise lautet: Nicht so viel davon reden, aber immer daran denken. In der Geschichte hat es oft plötzliche Wendepunkte gegeben, die bisher ungeahnte Möglichkeiten boten. Warum sollte Gorbatschow nicht noch in diesem Jahrhundert die deutsche Karte spielen? Die Frage ist, ob wir in Deutschland – West wie Ost – überhaupt darauf vorbereitet sind. Wenigstens einige sollten dafür stellvertretend ‚vordenken‘. Aber eine Wiedervereinigung wird nur kommen, wenn sie auch im gegenseitigen Interesse der Großmächte liegt und so dem Frieden dient. Von der Trennung heute geht langfristig kein Impuls zum Frieden aus, nur zum Waffenstillstand.“

Die Erfahrung, die der Evangelische Arbeitskreis mit der Bundestagung 1987 in Karlsruhe gemacht hatte, führte dazu, dass der Bundesvorstand für die 29. Bundestagung am 7. und 8. Oktober 1988 in Bonn wieder ein aktuelles Problemfeld, das in der politischen und kirchlichen Diskussion gleichermaßen als vordringlich angesehen wurde, mit dem Motto thematisierte: „Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Bundesminister Wolfgang Schäuble waren die Hauptredner dieser Tagung. Das Theologische Abendgespräch unter dem Thema „Macht euch die Erde untertan – Schöpfungsethik in der Krise“ leiteten Bundesumweltminister Klaus Töpfer und Landesbischof Hans von Keler ein.

Wenn man in der Retrospektive die Monate vom Herbst 1988 bis zum Herbst 1989 betrachtet, zeichnen sich eigentümliche Konturen der politischen Stimmung



# Evangelische Verantwortung

Juni 1988

## Biblisches Menschenbild und demokratische Ordnung

Albrecht Martin

Mit der Vorlage der beiden Leitartikel „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ und „Unsere Verantwortung in der Welt“ hat der CDU-Bundesvorstand dem 38. CDU-Bundesparteitag in Wiesbaden und damit der Volkspartei CDU eine bemerkenswerte Aufgabe gestellt.



Albrecht Martin, MdL, Bundesvorsitzender des EAK

Es ist keineswegs selbstverständlich, daß eine Partei in der Regierungsverantwortung ihre Kraft nicht in der Bewältigung der tagespolitischen Aufgaben erschöpft, sondern sich zutraut, Lösungsvorschläge für die großen Fragen unserer Zeit sehr bewußt von ihren geistigen Grundlagen her zu überprüfen. Gerade in unserer Zeit besteht die Negung, unter ausdrücklicher Berufung auf den christlichen Glauben weitgreifende, angeblich alle Not der Welt überwindende Entwürfe zu entfallen, ohne auch nur einen Gedanken an die praktischen Möglichkeiten der Verwirklichung zu verschwenden. Das hat denn zur Folge, daß die tatsächliche Lösung eines Problems, die praktische Linderung einer konkreten Not nicht mehr dankbar zur Kenntnis genommen wird, weil sie von der Vollkommenheit naturgemäß weit entfernt bleibt.

Die beiden Leitartikel wollen nicht ein neues Grundsatzzprogramm der CDU bieten, sie erheben auch nicht den Anspruch, alle wichtigen Bereiche der Politik zu diskutieren und Lösungen vorzuschlagen. Aber sie machen den Versuch, wichtige Bereiche der Innenpolitik wie auch der Außen- und Sicherheitspolitik auf die wesentlichen Probleme zu untersuchen und Lösungsvorschläge unter bewußtem Bezug auf das christliche Menschenbild anzubieten.

An der Arbeit an beiden Leitartikeln haben Mitglieder und Freunde des Evangelischen Arbeitskreises sich beteiligt.

Unmittelbar nachdem ich von Generalsekretär Dr. Heiner Geißler die Einladung zur Mitarbeit erhielt und ohne Kenntnis der für die Leitartikel vorgesehenen Themen habe ich eine Reihe von Thesen formuliert.

47. 1988 – neu gestaltete Ausgabe der Evangelischen Verantwortung.

ab, die aus noch größerer zeitlicher Distanz vermutlich deutlicher hervortreten werden. Einerseits stand auf der Tagesordnung der deutschen Politik der Weg in die europäische politische Union – ein historisch vorgezeichneter Weg, der bei aller Problematik die Konstante im politischen Horizont Bundeskanzler Kohls war. Andererseits richtete sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Entwicklung in Osteuropa, durch das im Zeichen der Perestrojka Gorbatschows ein Hauch von Freiheit zu wehen schien, in Polen mit der Solidarnosc-Bewegung, in der Tschechoslowakei mit der Bürgerrechtsbewegung und in der DDR mit der immer stärker anschwellenden Fluchtbewegung. Die Entwicklung war im Oktober 1989 noch völlig unklar; noch niemand vermochte ihr Ende und ihre Konsequenzen vorherzusehen.

Der Evangelische Arbeitskreis wählte angesichts dieser Situation als Motto für die 30. Bundestagung am 20. und 21. Oktober 1989 in Nürnberg „Deutschland in Europa – Unsere Verantwortung in der Welt“. Er konnte freilich nicht voraussehen, dass dieses Thema durch die Eskalation der Ereignisse in der DDR in den ersten Oktobertagen 1989 in eine überraschend neue Dimension rückte. Die offene deutsche Frage trat auf die Tagungsordnung. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 23. Oktober: „Diskutiert wurde über die Massenflucht aus der DDR und über den Kampf um nationale Identität im Ostblock. Im Zentrum der Debatten standen die Frage der deutschen Wiedervereinigung und die europäische Einheit.“ Der Historiker Heinz Duchardt aus Münster forderte in seinem Vortrag über „Nationale Identität, deutsche Frage, Europa – eine Quadratur des Kreises?“ Konzepte für ein gemeinsames Zimmer der deutschen Staaten im europäischen Haus, und in den Diskussionen wurden die denkbaren Möglichkeiten deutsch-deutscher Existenz in verschiedensten Variationen vom staatlichen Nebeneinander über eine Konföderation bis zur Wiedervereinigung, debattiert. Es war wie – konnte es anders sein? – ein Stochern mit der Stange im Nebel der Zukunft. Doch die Grundpositionen deutscher Politik, klar formuliert in den Reden der Bundesminister Gerhard Stoltenberg und Jürgen Warnke, der kurzfristig für den erkrankten CSU-Vorsitzenden Theodor Waigel eingesprungen war, standen außer Zweifel: Die Einbindung in die westliche Allianz und damit die Ablehnung deutscher nationaler Sonderwege sowie ein wiedervereinigtes Deutschland in einem freiheitlichen Europa, einem „Gesamteuropa in Frieden und Freiheit“, wie es die Nürnberger Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU formulierte<sup>172</sup>.

Noch hatten, was die deutsche Wiedervereinigung betraf, alle Redner und Disputanten der Nürnberger Bundestagung zeitlich längerfristige Vorstellungen.

Keiner konnte voraussehen, dass schon 19 Tage später, am 9. November 1989, die „Mauer“ offen sein würde und dass damit die Wiedervereinigung in greifbare Nähe rücken würde. Als am 16. November 1989 der Bundesarbeitskreis zu einer Sitzung am 15. Dezember nach Bonn eingeladen wurde, standen auf der Tagesordnung routinemässige Punkte, wie die Vorbereitung der nächsten Bundestagung, die Vorbereitung der Neuwahl des Vorstands und Satzungsfragen. Doch in den Mittelpunkt der Sitzung, an der erstmals auch Gäste aus der DDR teilnahmen, geriet die sich überstürzende Entwicklung in Deutschland. Sie gab auch das Thema der nächsten Bundestagung, die bereits im März 1990 folgen sollte: die deutsche Einheit.

## VI. Der Weg in die deutsche Einheit

Für die 31. Bundestagung am 23. und 24. März 1990 in Wuppertal wählte der Bundesvorstand, den Anregungen des Bundesarbeitskreises vom 15. Dezember 1989 folgend, als Motto „Freiheit und Einheit – Zukunft für Deutschland“. Es war die erste Bundestagung, an der Redner und Gäste aus der DDR teilnahmen. Nach der Öffnung der Mauer hatte es nicht nur zahllose Begegnungen hin und her über die nicht mehr vorhandene Grenze hinweg gegeben. Es wurden auch zahlreiche politische Kontakte hinüber und herüber geknüpft, zwischen den politischen Parteien in der Bundesrepublik und den neu entstandenen politischen Gruppierungen, wie auch den alten, sich von der Basis her erneuernden „bürgerlichen“ Parteien<sup>173</sup>. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass dabei in allen Parteien und Vereinigungen evangelische Frauen und Männer, die in der Opposition zum SED-Regime gestanden hatten, unter ihnen zahlreiche Pfarrer und Kirchenmitarbeiter, in politische Verantwortung und Ämter kamen, so auch in der Ost-CDU. Die Unionsparteien und auch der Evangelische Arbeitskreis suchten schon bald die Kontakte gerade mit diesen engagierten Frauen und Männern – nicht nur in der Ost-CDU, sondern auch in den neuen Parteien „Deutsche Soziale Union“ (DSU) und „Demokratischer Aufbruch“ (DA), die mit ihr für die Volkskammerwahl am 18. März 1990 das Wahlkampf-bündnis „Allianz für Deutschland“ schlossen.

Knapp eine Woche vor der 31. Bundestagung hatte die „Allianz für Deutschland“ bei der Volkskammerwahl einen überraschend hohen Wahlsieg errungen. Damit war die Weiche für die deutsche Einheit gestellt. Einen ersten Beitrag dazu wollte die Bundestagung in Wuppertal leisten. Beim Theologischen Abendgespräch zum Thema „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ saßen auf dem Podium neben Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die junge Pfarrerin und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Thüringen Christine Lieberknecht, und neben dem Oberkirchenrat Jürgen Regal aus Düsseldorf der Görlitzer Bischof Joachim Rogge. Die Bereitschaft, aufeinander zu hören, prägte nicht nur dieses Abendgespräch, sondern ebenso die Podiumsdiskussion am zweiten Tag, bei dem es um „Freiheit – Menschenwürde – Sozialordnung“ ging. Diese thematische Trias traf in bemerkenswerter Genauigkeit die nach der anfänglichen Einheitseuphorie immer deutlicher werdende Problematik der deutschen Wiedervereinigung. In den thesenartigen Kurzreferaten von Horst Anecke vom Wirtschaftsrat der CDU, vom Direktor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in der



DDR und von Ulf Fink, dem Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), wurde das Spannungsgefüge von wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten, sozialpolitischen Erfordernissen und sozial-diakonischer Fürsorge erkennbar<sup>174</sup>. Dem Evangelischen Arbeitskreis war es wiederum gelungen, die Hand an den Puls der Zeit zu legen und neue politisch-ethische Herausforderungen anzuzeigen. Der Weg in die deutsche Einheit stellte den Evangelischen Arbeitskreis in eine neue Verantwortung. Seine Gründungstagung im Jahre 1952 hatte unter dem Leitthema „Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“ gestanden. Vielleicht ist es verständlich, dass unter dem überwältigenden Eindruck der Ereignisse in Wuppertal niemand daran erinnerte. Nun galt es, sich auch im Evangelischen Arbeitskreis der Verantwortung im sich wiedervereinigenden Deutschland zu stellen. Es war Bundeskanzler Helmut Kohl, der in seiner Rede bei der öffentlichen Schlusskundgebung im Wuppertal dem Evangelischen Arbeitskreis eine „bedeutende Rolle“ zumaß: „Wir werden dafür arbeiten, den Evangelischen Arbeitskreis – als wichtigen Bestandteil unserer politischen Gemeinschaft – zu stärken. Ich rufe unsere evangelischen Parteifreunde auf, nach Kräften daran mitzuwirken. Denn ich bin überzeugt davon: Wir können auf den spezifischen evangelischen Beitrag zur Politik der Union nicht verzichten – heute weniger denn je. In einem vereinten Deutschland wird der Anteil der evangelischen Christen deutlich höher sein als heute in der Bundesrepublik. Das stellt für die Union eine neue Herausforderung dar. Der Evangelische Arbeitskreis ist für die CDU und CSU eine unentbehrliche Brücke zur Evangelischen Kirche – wie ich hoffe, demnächst auch zur Evangelischen Kirche in der DDR. Es gilt, auch im Hinblick auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, das Engagement evangelischer Christen in der Union zu fördern und zu bekräftigen. Hier wächst dem Evangelischen Arbeitskreis eine wichtige neue Aufgabe zu“<sup>175</sup>.

Der Evangelische Arbeitskreis trat mit dieser 31. Bundestagung in eine neue Ära ein, und das mit einem neuen Vorsitzenden. Vor Beginn der Bundestagung hatte der Bundesarbeitskreis anstelle von Albrecht Martin, der seit 1984 an der Spitze des Arbeitskreises gestanden hatte und nicht mehr kandidieren wollte, den neununddreißigjährigen Beauftragten für den Zivildienst, Peter Hintze, zum Vorsitzenden gewählt. Mit dem Evangelischen Arbeitskreis war der evangelische Theologe und Pfarrer schon seit Anfang der siebziger Jahre eng verbunden. In seiner Antrittsrede, mit der er sich der Bundestagung vorstellte, setzte er im Blick auf den Weg in die deutsche Einheit einen wegweisenden Akzent. Er schlug vor, ein „Deutschland-Forum des EAK“ einzurichten, das abwechselnd im Westen und

im Osten stattfinden sollte. „Dieses freie Gespräch“ – so Hintze – „soll in guter evangelischer Tradition Positionen bestimmen, die später durchaus auch in tagespolitische Fragen eingehen können. Dieses Forum soll sensibel auf Entwicklungen in der DDR reagieren“<sup>176</sup>.

Schon am 4. Juni 1990 fand in der Kongresshalle am Alexanderplatz in Ost-Berlin das 1. Deutschland-Forum mit dem Thema „Ein Volk durch Gerechtigkeit“ statt: In drei Gesprächsrunden – „Einheit durch Gerechtigkeit“, „Soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung“, „Fragen einer menschengerechten Wirtschaftsordnung“ – diskutierten miteinander Bischof Gottfried Forck von der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und der CDA-Vorsitzende Ulf Fink, die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und Konrad Weiß, Volkskammerabgeordneter der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, ferner der Vizepräsident der Volkskammer Wolfgang Ullmann, ein evangelischer Theologe, der zum „Bündnis 90“ gehörte, dazu die der CDU angehörende Ministerin für Jugend und Sport aus Ost-Berlin, Cordula Schubert, und die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU und Wirtschaftsexpertin Christa Thoben. Der Bericht der „Evangelischen Verantwortung“ über das 1. Deutschland-Forum<sup>177</sup> spiegelte die unterschiedlichen Ausgangsstellungen und Erwartungshorizonte der Gesprächsteilnehmer wider und ließ erkennen, dass der Weg in die Einheit Deutschlands nicht nur eine wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe sein würde, sondern mehr noch eine Aufgabe des geistigen Zueinanderfindens. Die Einladung des Evangelischen Arbeitskreises zu dieser Pilotveranstaltung fand eine überraschend große Resonanz. 700 Besucher nahmen daran teil. Das ermutigte den Bundesvorstand, zum 2. Deutschland-Forum am 27. Oktober 1990, 24 Tage nach der staatlichen Wiedervereinigung, nach Bonn einzuladen. Mit dem Thema „Ein Volk für den Frieden“ wurden die außenpolitischen Aspekte des wiedervereinigten Deutschlands zur Diskussion gestellt. Es ging, wie Peter Hintze in seiner Eröffnungsrede sagte, darum, „welche Rolle Deutschland im weltweiten Friedensprozeß zu übernehmen hat“<sup>178</sup>. Unter den Gesprächsteilnehmern auf dem Podium im Konrad-Adenauer-Haus befanden sich aus den inzwischen wiedererstandenen östlichen Bundesländern Pfarrer Rainer Eppelmann, der in der ersten und letzten aus freien Wahlen hervorgegangenen DDR-Regierung Minister für Abrüstung und Verteidigung war, und der thüringische Pfarrer Gottfried Müller, der dieser Regierung als Minister für Medienpolitik angehört hatte.

Die Überlegungen des Bundesvorstandes, in den CDU-Landesverbänden der neuen Bundesländer Evangelische Arbeitskreise zu gründen, nahmen im Herbst



48. Peter Hintze, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises von 1990-1992.

1990 deutlichere Konturen an. Es sollten die Voraussetzungen für einen gesamtdeutschen Bundesvorstand geschaffen werden<sup>179</sup>, dessen Wahl im Zusammenhang mit der nächsten Bundestagung vorgesehen war. Deshalb hatte der Bundesvorstand zunächst Dresden oder Leipzig als Tagungsort in Erwägung gezogen, entschied sich aber dann wegen der in diesen beiden Städten unzureichenden Hotelkapazität für Berlin. Dort fand die 32. Bundestagung am 12. und 13. April 1991 in der Kongresshalle am Alexanderplatz statt.

Vor dem Beginn der Tagung trat der Bundesarbeitskreis zusammen, um den ersten gesamtdeutschen Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zu wählen. Dafür wurde die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von vier auf fünf erhöht, die der Beisitzer von 12 auf 16. Peter Hintze, inzwischen Parlamentarischer Staatssekretär im Familienministerium und Mitglied des Bundesvorstands der CDU, wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte der Bundesarbeitskreis die thüringische Kultusministerin Christine Lieberknecht, den Minister für Soziales, Gesundheit und Familie des Freistaates Sachsen, Hans Geisler, und die bisherigen Stellvertreter



49. Christine Lieberknecht, Landtagspräsidentin von Thüringen, stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises.



50. Staatsminister Hans Geisler, stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises.

Werner Dollinger, Vorsitzender des EAK der CSU in Bayern, Hedda Meseke, Bundestagsabgeordnete aus Niedersachsen, und den Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Sieghart Carsten Kampf. Als Beisitzer aus den neuen Bundesländern wurden gewählt: der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Lothar de Maizière aus Brandenburg, Marlis Radke aus Mecklenburg-Vorpommern, Horst Gaele aus Sachsen-Anhalt und Landtagspräsident Gottfried Müller aus Thüringen<sup>180</sup>.

Mit dem Leitthema „Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe“ wollte die 32. Bundestagung den Blick auf die Herausforderungen der deutschen Zukunft richten, und sie fragte im Theologischen Abendgespräch zum Auftakt nach der prägenden Kraft des Glaubens im politischen und gesellschaftlichen Leben. Die Themen der vier Arbeitskreise waren Problemanzeigen: „Zukunft der Arbeit“, „Zukunft der sozialen Dienste“, „Zukunft des Bildungswesens“ und „Unsere Zukunft in der Welt“. Die Fülle der Aufgaben und Probleme, die mit der Wiedervereinigung und mit der Bewältigung der Hinterlassenschaft des Sozialismus auf alle Bereiche der Politik zukamen, überstiegen alle Vorstellungen. Das wurde in den Diskussionen ebenso deutlich wie in der Rede von Bundesverkehrsminister Günter Krause, der 1990 als Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR zusammen mit Wolfgang Schäuble den Einigungsvertrag ausgehandelt hatte.

Schien die Problemlösungskompetenz der Union nicht einfach zu vermitteln zu sein, so wurde sie doch beim 3. Deutschland-Forum mit dem Thema „Die Schöpfung bewahren – Gemeinsam Verantwortung übernehmen“ am 9. November 1991 in Dresden deutlich erkennbar. In den Gesprächen über Umweltverantwortung auf dem Podium unterschieden sich merklich diejenigen, die nur radikale Forderungen an die Umweltpolitik richteten, von den Wirtschaftlern und Politikern, die konkrete Konzepte für die Bewältigung der Umweltprobleme vorwiesen. Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Professor Kurt Biedenkopf, entfaltete in seinem beeindruckenden Grundsatzreferat die Aufgabe christlicher Politik im Umweltbereich, die letztlich darauf zielte, die Wirtschaft, den Markt und jeden einzelnen Bürger zu veranlassen, sich ökologisch richtig zu verhalten.

Das 4. Deutschland-Forum am 16. Mai 1992 in Frankfurt am Main war dem Thema „Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde“ gewidmet. Peter Hintze nannte in der Einladung die Stichworte, um die es ging: „Flucht und Migration, Umgang mit Fremden und die Notwendigkeit einer europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik sowie einer verantwortungsbewussten Entwicklungspolitik“.

Prominenteste Redner waren der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble und Bundesminister Carl-Dieter Spranger.

Die Gründung Evangelischer Landesarbeitskreise in den neuen Bundesländern begann am Vorabend der Berliner Bundestagung mit der Konstituierung des Landesarbeitskreises Berlin-Brandenburg am 11. April 1991. Der Thüringer Landesarbeitskreis wurde am 6. Oktober desselben Jahres in Schmalkalden gegründet, und am 24. April 1992 entstand in Magdeburg der Landesarbeitskreis Sachsen-Anhalt. In Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern sind bald danach Landesarbeitskreise entstanden.

Zum 40. Jahrestag der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, dem 16. März 1992, luden der Bundesvorsitzende Peter Hintze und der Landesvorsitzende des EAK in Nordrhein-Westfalen, Hans-Ulrich Klose, zu einem Gespräch mit dem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Peter Beier, am Gründungsort nach Siegen ein. Das Thema dieses Treffens griff zurück auf die Anfänge: „Aus evangelischer Verantwortung – Kirche und Politik im Gespräch“. Doch dies sollte noch keine Jubiläumsveranstaltung sein. Es sollte der 33. Bundestagung am 25. und 26. September 1992 in Wittenberg vorbehalten bleiben den Rückblick



51. Peter Hintze, Hans Ulrich Klose und Präses Peter Beier anlässlich der 40-Jahrfeier des Evangelischen Arbeitskreises.

auf das vierzigjährige Wirken des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU mit der evangelischen Verantwortung für die Zukunft unter dem Thema „Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“ zu verbinden. Zu erinnern bleibt im Rückblick, dass dies schon die Vision des Gründers des Evangelischen Arbeitskreises, Hermann Ehlers, war. Im Jahre 1954 schrieb er: „Unsere Erfahrungen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands machen es uns gewiß, dass auch in Polen, Ungarn, in Rumänien und Bulgarien wie in der Tschechoslowakei die Mehrzahl der Menschen es nicht vergessen hat, daß ihre Länder geographisch und geistig zu Europa gehören. Wir wissen nicht, wann und auf welche Weise sie die Freiheit gewinnen werden, diese ihre Erkenntnis zu bezeugen und in politische Tatsachen umzusetzen... Deutschland hat als das Land, das die Not der Spaltung in zwei Machtbereiche am eigenen Leibe erleben muss, die Aufgabe, der unablässige Mahner zur europäischen Gesamtverantwortung zu sein. Es mag sein, dass andere Völker Europas sich vielleicht mit der Begrenzung Europas im Rahmen der gegenwärtigen Scheidung einverstanden erklären können. Es mag sogar sein, dass es in der Bundesrepublik diesen oder jenen gibt, der aus Gründen des Eigennutzes oder der Bequemlichkeit auch dazu bereit wäre. Wir dürfen es nicht sein, weil wir nicht eine teilweise, sondern eine vollständige Verantwortung für Europa haben“<sup>181</sup>.

Mit der Wahl der Lutherstadt Wittenberg für die 33. Bundestagung ging der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 40 Jahre nach seiner Gründung in Siegen an einen Ort, der in mehrfacher Hinsicht symbolträchtig ist. Er ist in dem Teil Deutschlands, der dem Evangelischen Arbeitskreis bis zum 9. November 1989 verschlossen war, der jedoch seit der Gründungstagung in Siegen unter dem Motto „Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“ ständig im Horizont seines politischen Denkens und Hoffens gestanden hatte. Und es ist die Stadt, in der Martin Luther den Grund gelegt hat für die politische Verantwortung des evangelischen Christen. Bischof Hermann Kunst, als erster Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland nicht nur „kirchlicher Diplomat“, sondern ebenso Seelsorger der Politiker, schreibt in der Schlussbemerkung seines Buches über Martin Luther als politischen Berater:<sup>182</sup> „Evangelischer Glaube schließt die politische Verantwortung ein, und zwar auf besondere Weise. Denn diese politische Verantwortung kommt nicht aus Zweckmäßigkeitserwägungen oder aus dem Bewusstsein der Verpflichtung für die Gemeinschaft, für Recht, Ordnung, soziale Gerechtigkeit und was alles andere hier in Betracht kommt, sondern aus der Bindung an das Wort Gottes, das an den ganzen Menschen und alle Formen seiner Gemeinschaft gerichtet ist.“

## VII. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in seinem fünften Jahrzehnt

*(Albrecht Martin)*

**A**ls man sich 1952 zur Gründung des EAK in Siegen traf, hatte man einen Ort bewusst evangelischer Frömmigkeit gewählt. So mag der Gründungs-ort stehen für das Ringen evangelischer Christen um Orientierung angesichts der Aufgabe, für die gerade erst gegründete Bundesrepublik einen festen Ort in der Gemeinschaft freier Völker zu finden und die Erfahrungen des Kampfes gegen die Ideologie des Nationalsozialismus nutzbar zu machen.

40 Jahre später traf man sich in Wittenberg, der Stadt Martin Luthers und der Reformation. Diese 33. Bundestagung bezeichnete den Erfolg jahrzehntelangen Ringens um die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, wie denn auch unser Verständnis von Freiheit nicht ohne Luther und die Einheit unseres deutschen Volkes ohne Luthers Sprachschöpfung kaum denkbar sind. An dem Einsatz für Freiheit und Einheit waren die Unionsparteien und mit ihnen der EAK nie irre geworden. Nun bezeichnete Wittenberg auch die Notwendigkeit und den Willen, sich mit der geistigen und wirtschaftlichen Hinterlassenschaft der Jahrzehnte der Herrschaft der SED auseinanderzusetzen. Ob das dem EAK, wenigstens in Ansätzen, gelungen ist, soll Thema der folgenden Zeilen sein.

In der ersten Zeit nach der Wiedervereinigung wurde vielfach die Meinung vertreten, die Bundesrepublik sei durch das Hinzutreten der Ursprungsländer der Reformation protestantischer geworden. Dass diese Ansicht falsch war, erwies sich sehr bald. Es zeigte sich, dass die Jahrzehnte der kommunistischen Herrschaft von tief greifender Wirkung gewesen waren. Die große Mehrheit der Menschen in den Ländern der ehemaligen DDR gehörte keiner christlichen Kirche mehr an; vier Jahrzehnte sozialistischer Indoktrination hatten zum Abbruch christlich geprägter Traditionen geführt. Auch wichtige Repräsentanten der evangelischen Kirche in den neuen Ländern standen der Wiedervereinigung zögerlich gegenüber. Das gilt gerade auch für solche evangelischen Kreise, die der SED-Herrschaft zu widerstehen versuchten oder Widerstand hatten. Es zeigte sich, dass Ablehnung des totalitären Anspruchs der SED keineswegs mit einer Zustimmung zu Programm und politischen Zielen der Unionsparteien gleichzusetzen war. Nicht zuletzt kirchlich geprägte Widerstandsgruppen hat-



ten ihre Ablehnung des SED-Systems an Fragen festgemacht, die sie in die Nähe von Strömungen führten, die in der alten Bundesrepublik in der Opposition standen. Es lag für solche Widerstandsgruppen nahe, sich nach der Wiedervereinigung den Parteien der SPD und der Grünen verbunden zu fühlen; das gilt für Teile der Friedensbewegung und der Umweltgruppen der alten DDR. Hinzu kam, dass evangelische Repräsentanten der in der Bundesrepublik in der Opposition stehenden Parteien leichter in die DDR hatten einreisen können, während Mitglieder der Unionsparteien, teilweise auch im Interesse der Gastgeber in der DDR, als Mitglieder einer „Nato-Partei“ geringere Möglichkeiten zu einer Kontaktaufnahme gehabt hatten.

Vereinzelt hat es auch eine Unterwanderung kirchlicher Gremien durch Informanten der Staatssicherheit gegeben, und das gilt auch für die westlichen Gliedkirchen. Auch der EAK hatte sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass ein Kreisvorsitzender, ein in seiner Gemeinde geachteter und beliebter Pfarrer, jahrelang Informationen an die Dienststellen der DDR geliefert hatte. Nach seiner Aussage hatte er keinen Widerspruch zwischen dieser Geheimdiensttätigkeit und seiner Mitarbeit im EAK gesehen, sondern beides als Teil seines Einsatzes für den Frieden betrachtet.

Bei den ersten Wahlen nach dem Fall der Mauer fand die CDU unter dem Eindruck der die Wiedervereinigung prägenden Persönlichkeit – des Bundeskanzlers Helmut Kohl – deutliche Zustimmung; von dem damaligen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine, war bekannt, dass er der Wiedervereinigung mindestens skeptisch gegenüberstand. In den neu gebildeten Bundesländern wurden Regierungen unter Beteiligung der CDU gebildet: nur in dem Land Brandenburg kam es zu einer Koalition von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Allein in diesem Land gelang es nicht, in der Landesverfassung den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach festzuschreiben; das sollte in der Folge erhebliche Auswirkungen haben.

In den Jahrzehnten der SED-Herrschaft war nicht nur die Stellung der Kirche in der Öffentlichkeit erheblich eingeschränkt worden, sie war nicht nur aus dem Bildungswesen weitgehend verdrängt worden; Christen wurden vielfach benachteiligt und diffamiert. Das führte dazu, dass die Kirche sich in der ihr verbleibenden Nische einrichtete, nicht mehr Partner des Staates sein konnte und vielfach auch nicht mehr sein wollte. Man setzte an die Stelle des aus dem Lehrplan verbannten Religionsunterrichts eine gemeindeeigene und von viel Opferbereitschaft getragene Christenlehre, die naturgemäß nur die Kinder aus sehr bewusst christlichen

Elternhäuser erreichte. Der sozialistische Staat der DDR konnte, ja wollte ohne die Wertegrundlagen auskommen, wie sie durch die christliche Tradition begründet sind – der Staat des Grundgesetzes dagegen legt Wert auf die Wirksamkeit dieser Tradition. Der Auftrag eines schulischen Religionsunterrichtes ist also ein anderer als der einer von der Gemeinde getragenen Christenlehre.

Ein ähnlich grundsätzlicher Dissens tat sich bei der Frage der Militärseelsorge auf. Die Landeskirchen des ehemaligen Kirchenbundes weigerten sich, den seinerzeit zwischen der EKD und der Bundesregierung ausgehandelten Militärseelsorge-Vertrag zu übernehmen. Sie wurden dabei von bestimmten Kräften in den westlichen Gliedkirchen der Bundesrepublik unterstützt. Angesichts der Tatsache, dass praktisch das gesamte von der Bundeswehr übernommene Offiziercorps der ehemaligen NVA der Kirche völlig fernstand, tat sich hier ein weites Feld seelsorgerlicher Arbeit auf; aber die Sorge, sich in irgendeiner Weise in die Abhängigkeit des Staates zu begeben, war stark.

Es ist wohl nicht zufällig, dass von einem Bundestagsabgeordneten aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, einem früheren Pfarrer aus der ehemaligen DDR, der Antrag gestellt wurde, den Bezug auf Gott in der Präambel des Grundgesetzes zu streichen. Sieht man es recht, so tauchten damit die alten Fragen wieder auf, denen sich der EAK von seiner Gründung an stellte, den Fragen nach dem Verhältnis von Staat und Kirche und den Fragen nach der Bewährung des Christen in politischer Verantwortung. Es ging um Probleme, wie sie in der notvollen Frage einer Bürgerrechtlerin Gestalt fanden: „Wir haben Gerechtigkeit gewollt und haben den Rechtsstaat bekommen.“

Nachdem die erste Begeisterung und Dankbarkeit über die Wiedervereinigung dem Alltag des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbaus gewichen waren, zeigte sich, wie tief greifend sich die Lage in den beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten unterschied. Da im kommunistischen System die Arbeit einen absoluten Wert dargestellt hatte und den Menschen als gesellschaftliches Wesen definierte, wirkte die mit der wirtschaftlichen Umstrukturierung verbundene hohe Arbeitslosigkeit auf das Selbstbewusstsein verletzend. Auch hier also ging es um grundsätzliche Auseinandersetzungen.

Die Aufgaben, vor die sich der EAK in seinem fünften Jahrzehnt gestellt sah, wurden nicht nur durch die mit der Wiedervereinigung verbundenen Probleme be-

stimmt. Die Globalisierung ließ erneut nach Grundlagen und Wert der Sozialen Marktwirtschaft fragen. Demographische Entwicklungen einerseits und eine starke Immigration andererseits forderten Überlegungen zu einer Reform der Familienpolitik und zur Diskussion über nationale Identität und einer deutschen Leitkultur. Und nicht zuletzt stellten die Entwicklung auf medizinisch-technischem Gebiet, die Möglichkeiten der Gentechnologie und der pränatalen Diagnostik den Rechtsstaat vor die Notwendigkeit, die Grenzen menschlichen Handelns unter Beachtung des Gebotes des Grundgesetzes, die Würde des Menschen zu respektieren, neu zu bestimmen.

Alle diese Fragen wurden zu Themen sowohl der innerkirchlichen als auch der innerparteilichen Diskussion; der EAK war also in besonderer Weise gefordert. Sehen wir nun, in welcher Weise er dem gerecht zu werden suchte.

Gottfried Mehnert schloss seine Darstellung der Geschichte der ersten vierzig Jahre des EAK der CDU/CSU mit dem Ausblick auf die damals bevorstehende 33. Bundestagung, die am 25. und 26. September 1992 in Wittenberg stattfinden und dem Thema: „Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“ gewidmet sein sollte. Es war nicht zufällig, dass Mehnert seine Arbeit mit einem ebenso eindringlichen wie gegenwartsnahen Zitat von Hermann Ehlers zur Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Völker Europas beendete. Denn in der Tat zeigten sich die Verwurzelung in den Traditionen europäischer Geschichte wie die Offenheit für neue Wege in der Union auf keinem Gebiet so deutlich wie in der Europapolitik. Kennzeichnend ist aber auch, dass diese Politik nicht in den Interessen der Tagesnotwendigkeiten wurzelt, sondern im Wissen um die geistige Gemeinschaft der europäischen Völker. Der EAK hat dabei immer mit besonderem Nachdruck betont, dass das Abendland eben nicht in den Grenzen des Reiches Karls des Großen begriffen werden kann, sondern dass Europa ebenso von den Traditionen geprägt ist, die von Wittenberg und Genf ausgegangen sind.

Diese Gedanken standen im Mittelpunkt des viel beachteten Hauptreferates, das Bundeskanzler Kohl bei der Kundgebung in Wittenberg hielt, nachdem Albrecht Martin in seinem Vortrag an Beispielen aus der Geschichte des EAK das Ringen um das rechte Verständnis von der Verantwortung des Christen in der Politik aufgezeigt hatte. Die entscheidenden Fragen sind im Grund immer dieselben, ob es sich nun um die Westbindung der gerade entstandenen Bundesrepublik anfangs der fünfziger Jahre oder um die Annahme des Militärseelsorge-Vertrages durch die Kirchen des ehemaligen Kirchenbundes handelte.

Die Bundestagung in Wittenberg stand nicht mehr unter der Leitung von Peter Hintze. In der Sitzung des Bundesvorstandes am 13. Juli 1992 hatte er seine Berufung zum Generalsekretär der Partei bekannt gegeben und zur Nachfolgerin im Amt des Bundesvorsitzenden des EAK die Bundesministerin Angela Merkel vorgeschlagen. Der Vorstand stimmte dem Vorschlag zu, und in Wittenberg bestätigte die Bundesversammlung die Wahl von Frau Merkel. Damit war eine Repräsentantin aus den „neuen Ländern“ gewählt worden, die mit ihrer Energie und vielseitigem Interesse die Arbeit des EAK zu prägen und neue Akzente zu setzen versprach.

Solche Erwartung wurde nicht enttäuscht. Die „Evangelische Verantwortung“ widmete die Februarausgabe 1993 Fragen der Erziehung und dem Problem des konfessionellen Religionsunterrichts, also einem Komplex, der in den folgenden Jahren besonders im Blick auf die Entscheidungen im Land Brandenburg immer größere Bedeutung erlangen sollte. Die Aufarbeitung des Endes des SED-Staates war Thema von Vortragsveranstaltungen des EAK im Raum Bonn. Joachim Gauck referierte über „Der schwierige Weg von der Wahrheit zur Versöhnung – eine Zwischenbilanz“, und Professor Richard Schröder diskutierte mit Teilnehmern die Frage „Was ist Vergangenheitsbewältigung?“.



52. Angela Merkel, Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises von 1992-1993.

Es sei an dieser Stelle hervorgehoben, dass der EAK nicht nur katholische Parteifreunde zu Referaten einlädt, sondern auch Mitglieder der SPD, die als Glieder der Evangelischen Kirche vor ähnlichen Fragen stehen wie die Mitglieder des EAK der CDU/CSU. So folgten, um nur zwei weitere Beispiele zu nennen, Professor Brakelmann und der Präses der Synode der EKD, Jürgen Schmude, Einladungen zu den „Bonner Theologischen Gesprächen“, die der EAK bis zum Umzug der Bundesgeschäftsstelle regelmäßig in Bonn, danach in Berlin veranstaltete. Man sollte solche Kontakte nicht unterschätzen, die ja nicht nur dem Gedankenaustausch dienen, sondern auch der Öffentlichkeit ein erhebliches Maß gegenseitiger Gesprächsbereitschaft der sonst in heftiger Rivalität stehenden politischen Kräfte signalisieren. Das ist anderen Gliederungen der Parteien wegen deren unmittelbarer Einbindung in das jeweilige politische Programm so kaum möglich.

Neben den Themen der „Bonner Theologischen Gespräche“ belegen die monatlich erscheinenden Hefte der „Evangelischen Verantwortung“, dass der EAK frühzeitig Themen aufgreift, noch bevor sie in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Das hat natürlich seine zwei Seiten: einmal signalisiert man damit sachbezogene Offenheit, andererseits ist die Chance gering, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Aber eine Erwähnung verdient es schon, dass die „Evangelische Verantwortung“ vom November 1992 sich der Frauenfrage und der Familienpolitik widmete und dabei auch zwei Artikel zur Frage der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften brachte: Oberkirchenrat Tilman Winkler schrieb über „Überlegungen zur Diskussion über die Homosexuellenehe“ und die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Frauen und Jugend, Cornelia Yzer, über „Ehe und gleichgeschlechtliche Partnerschaften“.

Naturgemäß fand die Arbeit an einer Neuformulierung des Grundsatzprogramms der CDU das besondere Interesse des EAK. Eine zweitägige Tagung des Bundesvorstandes im thüringischen Schwarzburg und die Vorstandssitzungen im Mai und Juni 1993 waren diesem Thema gewidmet. Insbesondere Professor Pawlowski, damals Vorsitzender des EAK Baden, mahnte den Hinweis auf die Pflichten des Bürgers und eine Stellungnahme zu Fragen der nationalen Identität und des Nationalbewusstseins an. Dringend und für die Arbeit des EAK kennzeichnend war seine Mahnung, im Grundsatzprogramm religiös gemeinte oder religiös klingende Formulierungen zu vermeiden. Auch stellte er die Frage, ob man die Forderung nach einer wirksamen Umweltpolitik und ihre Einfügung in die Soziale Marktwirtschaft unter dem Stichwort „Bewahrung der Schöpfung“ abhandeln könne.



53. Peter Hintze und Hans Küng beim 32. Bonner Theologischen Gespräch 1992.



54. Landesbischof Klaus Engelhardt beim 18. Bonner Theologischen Gespräch 1979.

Diese und andere Überlegungen, die der Vorstand diskutierte, wurden in die Arbeit der Grundsatzprogramm-Kommission eingebracht, an der auch Mitglieder

des EAK mitwirkten. Im Einzelnen lassen sich solche Überlegungen im Wortlaut des schließlich verabschiedeten Grundsatzprogramms kaum nachweisen, wichtig ist, dass sie als Teil der innerparteilichen Diskussion wirkten und die Grundorientierung der Unionsparteien mitbestimmten.

Leider musste die Bundesvorsitzende in der Vorstandssitzung am 11. Oktober 1993 offiziell mitteilen, dass sie bei der Bundestagung in Lübeck im gleichen Monat nicht erneut für den Bundesvorsitz kandidieren werde, da sie zu Landesvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern gewählt worden sei, und dass diese Aufgabe sie sehr stark belasten werde. Als Nachfolger schlug sie den damaligen Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Jochen Borchert, vor.

Damit endete allzu rasch eine viel versprechende Wirksamkeit, hatte Frau Merkel doch nicht nur vielfache Anregungen für die Arbeit des EAK gegeben, sondern auch erfreuliche Kontakte zu den Repräsentanten der Evangelischen Kirche gefunden. Sie sollte dem EAK später auch als Generalsekretärin, Bundesvorsitzende der CDU und Bundeskanzlerin eng verbunden bleiben.

In ihrem Rechenschaftsbericht vor dem Bundesvorstand im Oktober 1993 in Lübeck wies Frau Merkel noch einmal auf die erfolgreiche Arbeit am Grundsatzprogramm hin, zu der der EAK einen wichtigen Betrag geleistet hatte. Sie erinnerte insbesondere an die Veranstaltung in Bonn unter der Überschrift „Die Bürger und ihr Staat: welche Rechte – welche Pflichten“ und an die anschließende kontroverse Podiumsdiskussion unter Teilnahme des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann, des rheinischen Präses Beier und des Bundestagsabgeordneten Konrad Weiß von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Weiter konnte sie von der Teilnahme an zahlreichen Akademietagungen und Synoden, von Begegnungen mit kirchlichen Werken und der kirchlichen Presse berichten, die, wie sie ausdrücklich hervorhob, in guter und aufgeschlossener Atmosphäre stattgefunden hätten. Nachdrücklich wandte sie sich gegen den häufig erweckten Eindruck, als gebe es eine „eher selbstverständliche Neigung in unserer Kirche zu anderen Parteien“.

Übrigens bestätigte sich diese Erfahrung in den folgenden Jahren. Die lange Zeit vorherrschende Spannung zwischen Teilen der Evangelischen Kirche und den Unionsparteien beziehungsweise dem EAK wich einer in weiten Bereichen guten Zusammenarbeit. Zwei Gründe mögen dafür ursächlich sein: einmal machte sich

auch hier der Generationenwechsel bemerkbar; auch in der Leitung der Kirche trat die Generation zurück, die noch durch die Auseinandersetzungen um die Westorientierung der Bundesrepublik, durch die Ostpolitik und die Rüstungsproblematik geprägt war. Und zum anderen zeigte sich im Kampf um den Religionsunterricht und in der Diskussion um die Wahrung der Menschenwürde angesichts neuer Entwicklungen in der Medizin ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der Union.

Bevor wir uns der Arbeit unter dem während der Bundestagung in Lübeck gewählten neuen Vorsitzenden, Jochen Borchert, zuwenden, sei an eine Tätigkeit erinnert, die kaum in die Öffentlichkeit dringt und doch für die Wirksamkeit des EAK von erheblicher Bedeutung ist. Zu den Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle – im Berichtszeitraum waren bis zum Jahr 2000 die Bundesgeschäftsführerin, Frau



55. Die Bundesgeschäftsführerin Birgit Heide (Mitte) mit Dagmar Scheefeld, Sekretariat, sowie der Referentin Katrin Peter (rechts).

Birgit Heide, und die Damen Katrin Peter (geb. Eberhardt) und Dagmar Scheefeld dort tätig – gehört nicht nur die Redaktion der „Evangelischen Verantwortung“ und die organisatorische Vorbereitung der Sitzungen und der öffentlichen Veranstaltungen, sondern auch die Bearbeitung eines umfangreichen Schriftverkehrs.



Man kann nur staunen, mit welchen Anliegen und Fragen sich Menschen an den EAK wenden, aber alle werden ernst genommen, nach Möglichkeit wird nach einer Befriedigung vorgetragener Wünsche gesucht oder Irrtümer und Missverständnisse werden aufgeklärt.

Hier einige Beispiele aus verschiedenen Gebieten:

Da sind zunächst Bitten um praktische Hilfen. Sie reichen von dem Ersuchen einer Mutter, bei der Suche nach einem Zimmer für den studierenden Sohn zu helfen, über das Anliegen, einen Kindergartenplatz für den dreijährigen Sohn zu beschaffen, bis zum Antrag eines Pfarrers aus der ehemaligen DDR, der Gemeinde für eine große diakonische Aufgabe als Entschädigung für die durch den Machtmissbrauch der SED der Gemeinde entgangenen Einnahmen den Betrag von 3.700.000,- DM zu überweisen. Auch die Bitte um Übernahme des Reisegeldes für vier Personen zur Einweihung eines Entwicklungshilfe-Projektes in Afrika gehört in diesen Zusammenhang.

In einigen Fällen wurde die Bitte, vom Zerfall bedrohte Kirchen zu bedenken, in der „Evangelischen Verantwortung“ veröffentlicht, übrigens nicht ohne Erfolg.

In den Unterlagen finden sich Schreiben, die gewisse Spannungen spiegeln, wie sie in manchen evangelischen Kirchengemeinden bestehen. Da wird der EAK um Hilfe gebeten für einen Pfarrer, der von seiner Kirchenleitung in den Wartestand versetzt worden war. Ein Gemeindeglied beschwert sich über einen namhaften Landesbischof, der in seinem Vortrag vor dem EAK von den zwei Schöpfungsberichten gesprochen hatte, und ruft den EAK auf, gegen die historisch-kritische Theologie anzukämpfen. Ein Leser der Evangelischen Verantwortung bittet um „zitierfähige Äußerungen des EAK“ zu theologischen Stellungnahmen des Ratsvorsitzenden Bischof Engelhardt zu den Fragen „Lebensrecht Ungeborener“ und „Ethik der Ehe“. Und es findet sich die Drohung, wegen einer missverständlichen Äußerung des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland aus der CDU und dem EAK auszutreten. Schließlich findet sich im Archiv ein entschiedener Protest, weil Bundeskanzler Kohl zusammen mit dem Papst das Brandenburger Tor durchschritten hatte.

Immer wieder erreichten den EAK Anfragen, wie die Unionsparteien und mit ihnen und insbesondere der EAK es mit dem „C“ angesichts konkreter politischer

Entscheidungen halte, z. B. angesichts des Einsatzes deutscher Soldaten in Bosnien 1995.

Man mag sich über den einen oder anderen dieser Briefe wundern oder den Kopf schütteln, aber sieht man einmal von den ausgesprochenen Petitionen ab, so spiegeln sie doch Fragen wider, die Menschen gerade im Grenzbereich zwischen Kirche und Staat umtreiben. Auf solche Fragen einzugehen, ist Teil der Aufgabe des EAK, das politische Gespräch mit evangelischen Christen zu führen.

Wenden wir uns nun wieder der in die Öffentlichkeit wirkenden Arbeit des EAK unter dem Bundesvorsitzenden Jochen Borchert zu.

Wie schon Gottfried Mehnert in seiner Darstellung der ersten vierzig Jahre des EAK zeigt, hat jeder, der in dieser Zeit wirkenden Bundesvorsitzenden in der Arbeit besondere Akzente gesetzt; der eigene Lebensweg, die berufliche und die politische Laufbahn und nicht zuletzt die Stellung in und zur Evangelischen Kirche waren dafür prägend. Das gilt auch für Jochen Borchert. Als Diplom-Ökonom und praktischer Landwirt, dann als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1993-1998) brachte er Erfahrungen mit, die bis dahin im EAK nicht im Vordergrund gestanden hatten. Für seine Nähe zur Evangelischen Kirche sprach seine langjährige Tätigkeit als Presbyter in Wattenscheid, als Mitglied der Kreissynode Gelsenkirchen und der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen.

In der ersten von ihm geleiteten Vorstandssitzung schlug der neue Vorsitzende auf Grund der in Lübeck gesammelten Erfahrungen und im Hinblick auf die im Jahr 1994 anstehenden Wahlen vor, im folgenden Jahr auf eine Bundestagung zu verzichten und statt dessen den Kontakt zu möglichst vielen Jugendorganisationen zu suchen.

Damit war ein Problem angesprochen, das die Leitung des EAK schon früher immer wieder bewegt hat. In der Vergangenheit hatten die Bundestagungen mitunter zwei ganze Tage gedauert, hunderte Teilnehmer hatten in mehreren Arbeitskreisen engagiert diskutiert, und mehrere hochrangige Repräsentanten aus den Reihen der Unionsparteien hatten mitgewirkt. Jetzt stellte das Publikum immer höhere Anforderungen an den politischen Rang der Referenten, und in vielen Fällen reagierte ein Teil der Medien auf grundsätzliche Erörterungen mit Desinteresse. In einer Pressekonferenz, die der Vorbereitung einer Bundestagung dienen



56. Jochen Borchert, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises von 1993 – 2003.



57. Jochen Borchert verstärkte den Kontakt mit Jugendorganisationen.

sollte, wurde der Bundesvorsitzende von einem der anwesenden Journalisten nur danach gefragt, was er während der Veranstaltung „gegen Bundeskanzler Kohl“ sagen werde. Als der Vorsitzende bemerkte, dass er dazu keinen Anlass sehe, wurde ihm gesagt, dass man dann kein Interesse an der ganzen Veranstaltung habe. Es ist einleuchtend, dass es der EAK in solcher Situation nicht einfach hat, für grundsätzliche Auseinandersetzungen Resonanz zu finden. Dazu kommt, dass die Organisation einer Bundestagung nicht nur bedeutende finanzielle Mittel beansprucht, sondern auch die Kräfte der Bundesgeschäftsstelle in erheblichem Maß bindet.

Es ist nicht zu verkennen, dass die enge Verbindung von politischen und kirchlichen Ämtern in einer Person nicht mehr so häufig gegeben ist. Das ist nicht nur in der großen Belastung begründet, die mit diesem Amt gegeben ist, sondern wohl auch in einer gewissen Entfremdung zwischen beiden Bereichen. Damit ist nicht unbedingt ein Nachlassen der persönlichen Glaubensbindung verbunden, wohl aber eine Distanz, die sich, um ein Beispiel zu nennen, in der Zusammensetzung kirchlicher Gremien spiegelt; ganze Gruppen des Bürgertums sind dort kaum noch vertreten. Um es vereinfacht und vereinfachend auszudrücken: die

gegenseitige Verständigungsfähigkeit ist wie die Bereitschaft gesunken, sich in beiden Bereichen zu engagieren.

Solche und verwandte Fragen standen im Mittelpunkt der Klausurtagung des Bundesvorstands des EAK am 22./23. April 1994 in Alteroda in Sachsen-Anhalt. Sie wurden ergänzt durch ein ausführliches Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Ernst Benda. Seit langem hatte der EAK den Eindruck, dass Vertreter aus den Reihen der CDU und der CSU in den Gremien des Kirchentages unterrepräsentiert waren, und dass ihr Einfluss auf die Auswahl von Themen und Referenten entsprechend gering war. So wenig dieser Eindruck bestritten werden konnte, so wurde doch deutlich geworden, dass sich die Stimmung gegenüber den achtziger Jahren gebessert hatte.

Ein geradezu feindliches Verhalten gegenüber Referenten und Podiumsteilnehmern aus den Reihen der Union, wie es zuvor mitunter vorgekommen war, war nicht mehr zu beobachten. Im Gegenteil: die Bibelarbeiten von Frau Dr. Merkel und die Referate führender Unionsleute stießen auf großes Interesse und wurden freundlich angenommen. Gleiches galt von den Ständen auf dem „Markt der Möglichkeiten“, mit denen der EAK, meist zusammen mit der Jungen Union, während der Kirchentage regelmäßig präsent war.

In Altenroda nahm der Vorstand auch Stellung zur Einführung einer Pflegeversicherung und deren Finanzierung durch Streichung eines arbeitsfreien Feiertages. Der EAK begrüßte nachdrücklich die Einführung der Pflegeversicherung, erkannte auch die Notwendigkeit an, die Finanzierung ohne Erhöhung der Arbeitskosten sicherzustellen, bevorzugte aber, da die Streichung eines Urlaubstages nicht durchzusetzen war, den Wegfall des Pfingstmontags als eines gesetzlichen Feiertages. Dass dann der Gesetzgeber den Buß- und Betttag opferte, brachte gerade den EAK in eine beschwerliche Lage, hatte er sich doch mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen, dass die Unionsfraktion einen ausgesprochenen evangelischen Feiertag geopfert habe.

An der Klausurtagung nahm der langjährige stellvertretende Vorsitzende Werner Dollinger nicht mehr teil. Er hatte 19 Jahre lang den EAK der CSU geleitet und sich bei der Vorstandswahl in Lübeck nicht mehr zur Wahl gestellt. Ihm war es ganz wesentlich zu verdanken, dass die Zusammenarbeit der Evangelischen Arbeitskreise der beiden Schwesternparteien immer reibungslos funktioniert hatte.



58. Albrecht Martin im Gespräch mit einer Jugendgruppe beim 23. Kirchentag 1989 in Berlin.



59. Peter Hintze – engagiert auf dem 27. Kirchentag 1997 in Leipzig.



60. Jochen Borchert begrüßt Bundespräsident Roman Herzog am Stand des Evangelischen Arbeitskreises auf dem Evangelischen Kirchentag 1997.



61. Besuch der Generalsekretäre von CDU und CSU: Angela Merkel und Thomas Goppel am EAK-Stand auf dem Kirchentag in Stuttgart 1999.

Diese von beiden Parteien getragene Gemeinsamkeit war und ist nicht ohne Bedeutung für den Zusammenhalt der naturgemäß manchen Spannungen ausgesetzten Schwesterparteien.

In der Vorstandssitzung am 1. Adventssonntag 1994 – man traf sich am Vorabend des Bundesparteitages – konnte der Vorsitzende über sein erstes Amtsjahr berichten. Er nannte als einen Schwerpunkt der Diskussionen die Frage des Militärseelsorge-Vertrages, die auch die Synode der EKD in Halle intensiv beschäftigt hatte.

In einem Vortrag vor dem Vorstand hatte der Militärbischof Hartmut Löwe die Motive dargestellt, die zur Kritik an dem Vertrag in den östlichen Gliedkirchen führten: es war dies eine grundsätzliche Distanz zum Militär, begründet auch in den Erfahrungen mit der einstigen Nationalen Volksarmee der DDR, die sich als Instrument des Kommunismus verstanden hatte, begründet auch in einem grundsätzlichen Pazifismus und schließlich auch in der Befürchtung, in dem Vertrag lebe die alte Ordnung einer „Herrschaft von Thron und Altar“ erneut auf. Man musste immer wieder feststellen, dass vierzig Jahre SED-Diktatur gerade im Verhältnis zwischen Kirche und Staat tiefe Spuren hinterlassen hatten. Die daraus folgenden Spannungen zu überwinden, war eine Herausforderung gerade für den EAK.

Im Herbst 1994 legten beide Kirchen ein gemeinsames Diskussionspapier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ vor und ermutigten zur kritischen Auseinandersetzung mit der Vorlage. Mit einem von mehr als 350 Teilnehmern besuchten Diskussionsforum und mit einer von einer Arbeitsgruppe entworfenen Stellungnahme beteiligte sich der EAK an den Gesprächen. In dieser Stellungnahme wurden drei Punkte genannt, die dem EAK der Ergänzung bedürftig erschienen: der biblische Hintergrund der Vorschläge des Diskussionspapiers für „gelingendes Leben“ sollte verdeutlicht werden, der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung sollte vor dem Hintergrund abnehmender Verantwortungsbereitschaft neu überdacht werden, und schließlich sei es nicht richtig, Arbeit auf Erwerbsarbeit zu verkürzen. Damit bewies der EAK erneut, dass es ihm nicht um das Vertreten vordergründiger Interessen geht, sondern um die Herleitung praktischer Politik aus der Überzeugung, dass wir in die Verantwortung gerufen und zu ihr befreit sind.

Dem Thema des Diskussionspapiers waren auch die Veranstaltungen der 35. Bundestagung gewidmet, die am 27./28. Oktober 1995 in Erfurt stattfand und



außergewöhnlich gut besucht war. Der Vortrag des Bundeskanzlers Helmut Kohl fragte nach der „Freiheit eines Christenmenschen“, und am zweiten Tag diskutierten sachkundige Repräsentanten der Wirtschaft, unter ihnen der Vorsitzende der Geschäftsführung der Jenoptik, Lothar Späth, die durch das Konsultationspapier der Kirchen aufgeworfenen Fragen.

In Erfurt versuchte der EAK einen neuen Weg zu gehen, um junge Menschen für die in der Gegenwart aufgeworfenen Fragen zu interessieren. Anlässlich der 450. Wiederkehr des Todestages Martin Luthers wurden die Schulen aufgefordert, sich an einem Preisausschreiben zu beteiligen. Zwar hatten nur zwanzig Schulen am Wettbewerb teilgenommen, aber unter den eingereichten Arbeiten zum Thema „Luthers Beitrag zur Entwicklung des Sozialstaates“ waren einige bemerkenswert.

Seit der Jahreswende 1995/1996 trat die Auseinandersetzung um die Zukunft des Religionsunterrichtes in der Arbeit des EAK immer stärker in den Vordergrund. In der Ausgabe vom Dez./Jan. 1995/1996 der „Evangelischen Verantwortung“ nahm der Vorsitzende der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Professor Karl-Ernst Nipkow, zu der Frage Stellung. Ganz in Übereinstimmung mit ihm hatte kurze Zeit zuvor Professor Ingo Baldermann vor dem Bildungsausschuss des brandenburgischen Landtages erklärt: „Die Frage ist nicht, ob eine Generation ohne Alphabetisierung in der biblischen Hoffnung überhaupt noch sinnvoll unterrichtet werden kann. Es geht dabei nicht um den Bestand der Kirche; sie wird immer noch genug Möglichkeiten finden, Kinder einzubeziehen in die Hoffnung, von der sie lebt. Doch uns ist bange um die Menschlichkeit einer Schule, in der diese Hoffnung keinen Raum mehr hat.“

Am 23. März 1996 veranstaltete der EAK in Potsdam ein Diskussionsforum zum Modellversuch Lebenskunde – Ethik – Religion (LER) und Perspektiven von LER und Religionsunterricht unter Beteiligung von Landespolitikern und Vertretern der Wissenschaft. Die Einführung gab Generalsuperintendent Rolf Wischnath aus Cottbus, gewiss sonst kein der CDU nahe stehender Vertreter der Kirche. In dieser Frage gab und gibt es ein hohes Maß an Übereinstimmung in den Auffassungen beider Kirchen und den bildungspolitischen Vorstellungen der Unionsparteien. Es geht dabei nicht um einen kirchlichen Verkündigungsauftrag in der Schule, sondern darum, ob es zum Bildungsauftrag der Schule gehört, mit den Traditionen vertraut zu machen, aus denen wir leben, und zur sachlichen Auseinandersetzung mit den Grundfragen unseres Lebens anzuleiten. Dass es

sich nicht um eine auf das Land Brandenburg begrenzte Problematik handelte, zeigte die umfangreiche Stellungnahme einer vom Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen eingesetzten Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“, die dem Religionsunterricht keinen Raum in einem künftigen „Haus des Lernens“ ließ. Der EAK der CDU Nordrhein-Westfalen machte sich in einer Stellungnahme am 5. September 1996 die Einstellung der Kirchen zu diesem Papier zu Eigen.

Die Klausurtagung des Vorstandes im November 1996 fand im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin statt. Im Mittelpunkt standen Vorträge von Bischof Wolfgang Huber, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, und Senator Peter Radunski, die in die kirchliche und gesellschaftliche Lage in Berlin und Brandenburg einführten. Naturgemäß fand die Frage des Religionsunterrichts in der Aussprache den breitesten Raum.

Die Bundestagung, die im Juni 1997 in Bochum zusammentrat, stand unter dem Thema: „Soziale Marktwirtschaft gestalten – neue Arbeitsplätze schaffen“ und sah als Redner sowohl Bundeskanzler Kohl als auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Wolfgang Schäuble, vor. Damit nahm der EAK noch einmal die Thematik des Konsultationsprozesses der beiden Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ auf und wies zugleich auf die Losung des kurz danach sich in Leipzig versammelnden Kirchentages hin: „Auf dem Wege der Gerechtigkeit ist Leben“.

Im Vorfeld des Kirchentages war es zu Diskussionen gekommen, weil für verschiedene Veranstaltungen Redner vorgesehen waren, die für ihre Nähe zum Gedankengut der SED bekannt waren. Repräsentanten der CDU, die aus den Reihen der Bürgerrechtsbewegung kamen, verweigerten daraufhin ihre Mitwirkung in Leipzig. Der Bundesvorsitzende des EAK rief dazu auf, den alten Kadern nicht das Feld zu überlassen, sondern nach Leipzig zu gehen.

Zur Vorbereitung auf das Thema des Kirchentages gab Jochen Borchert einen schmalen Band „Ist Gerechtigkeit machbar?“ heraus mit Beiträgen grundsätzlicher Art von den Mitgliedern des EAK.

Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, dass der EAK in der Folgezeit wiederholt Broschüren zu Grundsatzfragen veröffentlichte, die mehrfach neu aufgelegt wer-

den mussten. Sie ergänzen die Öffentlichkeitsarbeit, die nach wie vor durch die „Evangelische Verantwortung“ in erster Linie getragen wird.

Im Februar 1998 tagte der Bundesarbeitskreis in Bovenden in Niedersachsen. In zwei Arbeitsgemeinschaften wurden erneut Fragen der Erziehung, vor allem aber das Problem des „Kirchenasyls“ behandelt. Gerade diese letzte Frage brachte Christen in politischer Verantwortung oft in erhebliche innere Not. Auf der einen Seite forderte die ernste Not des abgelehnten Asylbewerbers die Nächstenliebe, auf der anderen Seite machte der Rechtsstaat die Beachtung von Recht und Gesetz geltend. In einer Resolution stellte der EAK fest, dass „es zwischen denen, die das Gemeinwohl des Staates im Auge haben müssen, und der Kirche als Mahnerin zum Konflikt kommen könne. Das bedeutet, dass diejenigen, die sich mit der Asylfrage beschäftigen, sich in einem Spannungsfeld bewegen. Aufgabe des EAK kann es nur sein, mitzuhelfen, dass Menschen in diesem Spannungsfeld bestehen können.“

Die Bundestagung im Mai 1999 in Dresden war der Frage nach dem christlichen Menschenbild und seiner Bedeutung für die Einigung Europas gewidmet. Ministerpräsident Biedenkopf und Bischof Wollweber (Görlitz) bestritten das abendliche Podiumsgespräch, Frau Merkel die Kundgebung am folgenden Vormittag. Entgegen mancher Befürchtungen verzeichnete die Tagung in Dresden eine beachtliche Teilnehmerzahl. Es gibt eben doch nicht wenige Menschen, die ein offenes Gespräch über Grundsatzfragen wünschen.



62. Der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises in den Jahren 2000-2002, Dr. Bernhard Felmberg.

Hatte schon die verlorene Bundestagswahl im Herbst 1998 und der Wechsel im Parteivorsitz von Helmut Kohl zu Wolfgang Schäuble den EAK nicht unberührt gelassen, so stellte die „Spendenaffäre“ den Arbeitskreis vor besondere Probleme. Moralisches Versagen einzelner Führungskräfte der CDU konnte die Kritik an Programmatik und praktischer Politik begründen, ja das Vertrauen in

alle, die politische Ämter wahrnehmen, erschüttern. Da verdient es besonders hervorgehoben zu werden, dass der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen in einem Schreiben an alle westfälischen Abgeordneten aller Parlamente an die Seite derer trat, die in politischer Verantwortung stehen, und sie ermutigte, ihre Aufgaben weiter wahrzunehmen.

In einer gewichtigen Stellungnahme bedauerte der EAK das Versagen einiger Führungskräfte der Union, forderte zur Rückbesinnung auf die Grundlagen der CDU auf und erinnerte an die Aussage des Grundsatzprogramms der CDU: „Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen des politischen Handelns“.

Mit der Bundesgeschäftsstelle der CDU zog auch die Geschäftsstelle des EAK der CDU/CSU im Sommer 2000 nach Berlin um. Das bedeutete auch, von Frau Heide und Frau Peter Abschied zu nehmen, die aus familiären Gründen nicht mit nach Berlin gehen konnten. Beiden, die 13 Jahre für den EAK gearbeitet hatten, ist der EAK – und mit ihm die gesamte Union – zu großem Dank verpflichtet. Zum Glück gelang es sehr schnell, in dem Theologen Bernhard Felmberg als Bundesgeschäftsführer und der Juristin Frau Silke Adam als Referentin sowie Frau Julia Scheel (geb. Scharnweber), die bereits in Bonn Dagmar Scheefeld im Sekretariat ersetzte, geeignete Nachfolger zu finden. Der Verlauf der Bundestagung in Fulda im Frühjahr 2001 und das Engagement auf dem Kirchentag in Frankfurt am Main im Sommer 2001 zeigten dann, dass die Arbeit des EAK mit gleichem Engagement weiterging.

Das war umso wichtiger, als die Partei unter dem Zwang zu sparen die Effektivität der Arbeit der Vereinigungen kritisch überprüfte. Aber es waren nicht nur finanzielle Gesichtspunkte, die kritische Fragen stellen ließen. War der EAK noch sinnvoll angesichts der Bemühungen um Stärkung des ökumenischen Gedankens und der nicht zu leugnenden Entchristlichung unseres Volkes andererseits? Aber gerade die jüngsten Entwicklungen auf sozialem Gebiet und die Diskussionen um ethische Grundsatzfragen hatten deutlich gemacht, wie wichtig die ständige Auseinandersetzung zwischen der evangelischen Kirche und den Unionsparteien war. Es wurde seit dem Regierungswechsel in Berlin 1998 sichtbar, dass die anderen Parteien die Bedeutung christlicher Traditionen für unser gesamtes politisches und gesellschaftliches Leben ganz anders einschätzten als die Unionsparteien: das zeigte sich konkret in der Einstellung zum schulischen Religionsunterricht, im Gesetz über die gleichgeschlechtliche Partnerschaft, aber auch in der Art, wie die Regierungsmehrheit die Auseinandersetzung um ethische Grundsatzfragen prak-



63. 38. Bundestagung in Fulda (März 2001): die Bundesvorstandsmitglieder Gustav Isernhagen und Christine Lieberknecht sowie Bischof Martin Hein (Kurhessen-Waldeck) und Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands.

tizierte. Es zeigte sich, dass die Verbindung zum EAK auch aus der Sicht der evangelischen Kirche wichtig war.

Deutlich wurde das in der anlässlich des Kirchentages 2001 in Frankfurt vom Bundesvorstand des EAK verabschiedeten „Frankfurter Erklärung“, in der es unter anderem hieß: „Mit dem Vorrang der Würde des Menschen sind die Herstellung menschlicher embryonaler Stammzellen aus sogenannten ‚überzähligen Embryonen‘ und die Präimplantationsdiagnostik nicht zu vereinbaren“, und weiter: „Wir sind davon überzeugt, dass Freiheit der Wissenschaft und Fortschritt der Technik nur dort wirksam werden können, wo die Würde des Menschen respektiert und die Grenze anerkannt wird. Gerade in dem weiten Raum, in den Gott uns gestellt hat, kann Freiheit nur gelebt werden, wenn Grundwerte anerkannt und Grenzen geachtet werden.“

Dass zu dem Empfang, zu dem der EAK im Rahmen des Kirchentages erstmalig einlud, neben weiteren Repräsentanten der Kirche auch der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Manfred Kock, kam, mag als Zeichen der Anerkennung der Bemühung des EAK um das Gespräch zwischen Kirche und Politik gewertet werden.

## VIII. Der Evangelische Arbeitskreis in den Jahren 2002 - 2012

*(Christian Meißner)*

**A**us Anlass des 50-jährigen Bestehens des EAK fand am 16. März 2002 am Gründungsort Siegen ein großer Jubiläums-Festakt statt, bei dem der damalige Bundesvorsitzende Jochen Borchert zahlreiche prominente Gäste aus Kirche und Politik sowie eine Vielzahl jahrzehntelanger Wegbegleiter und Freunde begrüßen konnte, darunter auch Altbundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog und die Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel. Der Veranstaltungsort, der große Saal der Siegerland-Halle, schien – trotz seiner über 2000 Plätze – fast aus allen Nähten zu platzen, so groß war das Interesse. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte man – wegen der nicht abbrechenden Anmeldungen – von Seiten der EAK-Bundesgeschäftsstelle sogar wieder ausladen müssen,



64. Angela Merkel und Roman Herzog auf der 50-Jahres-Feier im Jahre 2002 in Siegen.

da die räumlichen Kapazitäten vollständig erschöpft waren. Dies brachte Roman Herzog zu der einleitenden Bemerkung in seiner Festansprache: „Es ist ein unglaubliches Erlebnis. Die Älteren von Ihnen werden wissen, dass ich eine ganze Reihe von Jahren im Evangelischen Arbeitskreis, im Bundesvorstand, im Präsidium, dann als Bundesvorsitzender mitgearbeitet habe, aber so einen Saal wie hier, voller Menschen, voller motivierter Menschen, habe ich eigentlich nie erlebt, obwohl unsere Veranstaltungen seinerzeit auch nicht unterbesucht waren“. Und mit ironischem Augenzwinkern fügte er den Wunsch hinzu, der EAK möge auch in Zukunft noch eine große Reihe von solchen Veranstaltungen erleben, bei denen die einzelnen Leute wieder nach Hause geschickt werden müssten, denn das klänge in den Medien doch schließlich viel besser.

Ein weiterer Grund für das ausgesprochen breite Echo auf die EAK-Einladung zur Siegener Jubiläumsveranstaltung mag, neben der bereits erwähnten Prominentendichte aus Kirche und Politik, auch das Grußwort von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl gewesen sein, der hier, zum ersten Mal seit der Spendenaffäre, wieder öffentlich auftrat. Der Altbundeskanzler würdigte das Jubiläum als wichtigen Tag in der Geschichte der CDU. Lautete das Motto bei der EAK-Gründungstagung von 1952 „Unsere Verantwortung in einem geteilten Deutschland“, so hieß es nun im Jahre 2002: „Unsere politische Verantwortung für ein geeintes Europa“. Es sei ein Grund großer Freude, so Helmut Kohl, dass die CDU und auch der EAK nun ihre Bundesgeschäftsstellen im wiedervereinigten Berlin hätten, wo Mauern und Stacheldraht die Menschen nicht mehr trennen würden. Und auch ein weiterer Traum sei seit dem 1. Januar 2002 Wirklichkeit geworden, nämlich die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung, des Euro, der einer der bedeutendsten Marksteine in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses darstelle.

Sowohl Roman Herzog und Angela Merkel als auch Helmut Kohl würdigten in umfassender Weise die Bedeutsamkeit des Evangelischen Arbeitskreises für den Dialog zwischen der Union und der Evangelischen Kirche. Dass sich dieses wechselseitige Verhältnis in den vergangenen Jahrzehnten mitunter auch als ausgesprochen schwierig erwiesen hatte, wurde in den Festreden keineswegs verschwiegen. Der Dürener Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel, damals noch Landesvorsitzender des EAK in Nordrhein-Westfalen, Beisitzer im EAK-Bundesvorstand und Synodaler der Evangelischen Kirche im Rheinland, betonte, dass das Verhältnis zur Evangelischen Kirche in den letzten Jahren ein äußerst gedeihliches und konstruktives geworden sei. Er rief aber auch in Erinnerung: „Es gehört zur



65. Festakt „50 Jahre EAK“ in Siegen.

Wahrheit, dass das Verhältnis zu unseren Landeskirchen, den Kirchenkreisen und Gemeinden nicht immer spannungsfrei war. Für viele treue Christen war der EAK auch so etwas wie eine Klagemauer für Zweifel und Sorgen im Blick auf die eigene Kirche.“ Und Roman Herzog unterstrich, auch mit Blick auf den anwesenden Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Manfred Kock: „Von beiden Seiten ist dieses Spannungsverhältnis, das ein teuflisches Spannungsverhältnis war, einer kritischen, aber doch einer völlig sachlichen Gesprächsatmosphäre gewichen, und ich sage Dank, insbesondere auch an die Adresse der Evangelischen Kirche und deren hohen Repräsentanten, die Sie hier vertreten. Es ist einfach besser geworden. Das kann ich sagen, denn ich habe Zeiten erlebt, in der Gemeindemitglieder den Evangelischen Arbeitskreis als so eine Art Ersatzkirche in Anspruch genommen haben, und das war für die Evangelische Kirche kein gutes Zeugnis und für den Evangelischen Arbeitskreis nicht das, was er sich wünschen konnte, und auch nicht das, was er sich leisten konnte.“ Der EKD-Ratsvorsitzende lobte die Kultur der partnerschaftlichen Aufgeschlossenheit der Parteien gegenüber der Kirche, die der EAK vermittele, und bekräftigte, dass auch die Arbeit in politischen Ämtern unter dem Zuspruch des Evangeliums stehe.



Nur wenige Wochen später, am 10. und 11. Mai, fand die 39. Bundestagung zum Thema „Gerechtigkeit gestalten“ in Würzburg statt. Im Bundestagswahljahr 2002 sprach auch der bayerische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der Union, Dr. Edmund Stoiber, zum Thema „Gerechtigkeit als politische Herausforderung“. In drei Arbeitsgruppen (Bildung, Familie und Gesundheit) wurde der inhaltliche Tagungsschwerpunkt entfaltet und danach in drei Erklärungen veröffentlicht. Unter dem Titel „Bedingungen einer zukunftsgerechten Bildung“ wurde – noch unter dem Eindruck des fürchterlichen Amok-Laufes eines Schülers im Gutenberg Gymnasium zu Erfurt vom 26. April – betont, dass Bildung in zentraler



66. Helmut Kohl und Werner Dollinger in Siegen (im Hintergrund links: Peter Hintze).

Weise „aus personaler Beziehung und ethischer Bindung“ bestehe und dass die Achtung vor der Würde der Person in den Schulen und in der Gesellschaft oft leider zu kurz komme. Einer uniformierenden Bildungsideologie wurde klar der Gedanke des individuellen Bildungserfolges und der Achtung und Wertschätzung vor unterschiedlichen Bildungsbiographien entgegengesetzt: „Zum christlichen Verständnis vom Menschen gehört die Erkenntnis seiner Ungleichheit, seiner Verschiedenheit und seiner individuellen Begabungen, die ihre Antwort in unterschiedlichen Schwerpunkten und Vermittlungswegen verlangen. Aus dieser Erkenntnis

heraus verbietet sich eine unterschiedliche Wertschätzung der verschiedenen Bildungsgänge. Jede junge Person individuell [sic!] hat ein Recht darauf, dass alle ihre Begabungen zur Entfaltung gebracht werden.“ In der Erklärung „Gerechter Umgang mit Familien“ präzisierte man den in der Gesellschaft oft unzureichend verwendeten Familienbegriff wie folgt: „Familie ist für uns nicht einfach dort, wo Kinder sind. Diese Definition ist zu beliebig. Familie ist dort, wo Eltern dauerhaft Verantwortung für ihre Kinder übernehmen und Kinder Verantwortung für ihre Eltern. Ehe und Familie sind in unseren Augen eng miteinander verbunden. Beides sind zentrale Fundamente unserer Gesellschaft.“ Die dritte Erklärung schließlich „Ein gerechtes Gesundheitssystem“, hob die zentrale Bedeutsamkeit des Gedankens der Unantastbarkeit der Würde des Menschen für den Bereich des Gesund-

heitswesens hervor. Eine ungerechte „Zwei-Klassen-Medizin“ sei nur dann zu verhindern, wenn Solidarität und Eigenverantwortung miteinander in der Balance stünden, d.h., wenn mithin auch eine ungerechte Ausnutzung des Solidarsystems durch unangemessene Inanspruchnahme oder Anordnung medizinischer Leistungen verhindert werde, und der Einzelne im Rahmen seiner Möglichkeiten auch selbst verantwortlich zur Erhaltung des Systems beitrage. Die Hauptvorträge der Würzburger Tagung waren die Reden des früheren Bundesverfassungsrichters Prof. Paul Kirchhof („Steuergerechtigkeit in Deutschland“) und des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller („Unser Ziel – eine gerechte Gestaltung der Zuwanderung“). Beim traditionellen Theologischen Abendgespräch diskutierten der berlin-brandenburgische Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber und der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein miteinander das Thema „Spürsinn für Gerechtigkeitslücken?! – Der Beitrag der Kirchen in der Gerechtigkeitsdiskussion“. Bischof Huber brachte zum Ausdruck, dass die Orientierung am Maßstab der Gerechtigkeit unerlässlich sei, wenngleich diese selbst nicht einfach als „naturrechtlich vorgegeben“ zu betrachten sei, sondern immer wieder als Gestaltungsaufgabe begriffen werden müsse. Fundamental sei auch für das heutige



67. Der berlin-brandenburgische Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, und der bayerische Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident, Dr. Günther Beckstein, auf der 39. Bundestagung in Würzburg (2002).

Nachdenken die neue Gerechtigkeitsperspektive der Bibel. Diese schlieÙe nämlich ein, „dass wir Gerechtigkeitsprobleme und Gerechtigkeitslücken mit großer Beharrlichkeit aus der Perspektive der Schwächeren, der Ausgegrenzten, der Fortschrittsverlierer anschauen und uns niemals nur auf die Perspektive der Star-ken, der Etablierten, der Fortschrittsgewinner beschränken können.“ Der bayeri-sche Innenminister ermahnte die Versammelten, bei der gesellschaftlichen und politischen Gerechtigkeitsdiskussion im Auge zu behalten, dass sich der evange-lische Christ, trotz all seiner Anstrengungen, Gerechtigkeit herzustellen, auch im-mer seines Scheiterns und seiner Unvollkommenheit bewusst sein müsse und nicht über die eigenen guten Werke, sondern allein durch den Glauben eine letzte Erlösungsperspektive habe. Im konkreten Spannungsfeld von Ethik und prakti-scher Politik zeigten sich, so Beckstein, die Schwierigkeiten bei der Aufgabe der Gestaltung von Gerechtigkeit, bei der es keine einfachen, eindeutigen und unum-strittenen Antworten geben könne: „Aber das ist ja das Großartige unseres Evan-gelischen Arbeitskreises und unserer Evangelischen Kirche, dass wir miteinander um die politischen Probleme und die richtigen Lösungen ringen können. Wir rin-gen sogar um theologische Fragen und bekommen diese nicht ex cathedra vorge-setzt. Als Christen tragen wir Verantwortung für die Welt. Wir müssen uns be-

wusst sein, dass wir in manchen Fragen an einer entscheidenden Wegmarke angekom-men sind, an der wir entscheiden müssen, wie wir die Zukunft unseres Landes gestalten wollen.“



68. Pastor Christian Meißner, seit 2003 Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises.

Das Jahr 2003 brachte neue Herausforde-rungen und auch personelle Veränderun-gen für den EAK. Dr. Bernhard Felmberg, der als Bundesgeschäftsführer einen gro-ßen Anteil daran hatte, dass der EAK in den nur zwei Jahren seiner Amtszeit innerpar-teilich wie auch im kirchlichen Bereich wie-der neu und kraftvoll ins Bewusstsein getre-ten war, gab seine Position auf und wechsel-te in die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, wo er sich nun als neu berufener Oberkonsistorialrat den Aufgaben der Ausbildung des landes-

kirchlichen Nachwuchses widmete. Sein Nachfolger wurde der 34-jährige Berliner Pastor Christian Meißner. Es hatte sich bereits mit Felmberg als ausgesprochen sinnvoll erwiesen, die Geschäftsleitung auf Bundesebene im Jahr 2000 zum ersten Mal einem Volltheologen zu übertragen. An diese, gewissermaßen neu begründete Tradition wurde nun bewusst angeknüpft. Doch dieser Wechsel in der Bundesgeschäftsführung war nur der Vorbote für einen weitaus entscheidenderen Personalwechsel an der Spitze des EAK: Wenige Monate später, im Juni desselben Jahres, verzichtete Jochen Borchert, nach zehn Jahren erfolgreicher Tätigkeit als Bundesvorsitzender, auf eine Neukandidatur. Auf der 40. Bundestagung in Halle sollte dann Thomas Rachel mit großer Mehrheit zum neuen und insgesamt neunten Bundesvorsitzenden des EAK gewählt werden.

Schon vor dieser Bundestagung, die unter dem Titel „Selig sind die Friedenstifter“ stand, waren die Debatten im Vorfeld des Krieges im Irak hoch gekocht und hatten begonnen, auch zunehmend das Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche und der Union zu belasten. Während Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) auf einer Wahlkampfveranstaltung in Goslar in kategorischer Weise die Beteiligung Deutschlands an einer militärischen Intervention im Irak ausgeschlossen hatte und die deutsch-amerikanischen außenpolitischen Beziehungen schwer belastet schienen, suchten führende Unionsvertreter, allen voran die CDU-Partei- und Bundestagsfraktionsvorsitzende, Dr. Angela Merkel, im Sinne der bewährten transatlantischen Freundschaft zu vermitteln. Nachdem die Vereinigten Staaten im UN-Sicherheitsrat nicht mehr auf hinreichende Unterstützung hoffen konnten, bemühte sich die amerikanische Regierung um die Hilfe internationaler Verbündeter („Koalition der Willigen“) gegen das Regime Saddam Husseins. Amerika suchte die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass der Irak, der sich immer wieder der internationalen Kontrolle sowie der Umsetzung der entsprechenden UN-Resolutionen widersetzt hatte, nicht nur ein Hauptakteur des internationalen Terrornetzwerkes sei, sondern auch Massenvernichtungswaffen besitze. Dass sich die vom damaligen Außenminister Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat vorgelegten Indizien bzw. „Beweise“ sehr viel später als falsch herausstellen sollten, wusste zu diesem Zeitpunkt der Debatte noch niemand. Im Zentrum der friedensethischen bzw. – politischen Diskussionen ging es also hauptsächlich um die unterschiedliche Einschätzung der internationalen Bedrohungslage durch den Irak sowie um die Problematik eines gemeinsamen internationalen Militäreinsatzes ohne hinreichendes Mandat der Vereinten Nationen. In Deutschland mehrten sich anti-amerikanische Stimmen und Stim-

mungen. Der Ton der Auseinandersetzung wurde schärfer. Der EAK-Bundesvorstand mahnte zu Beginn des Jahres, zu einer nüchternen friedenspolitischen Diskussion zurückzukehren und „auch angesichts der derzeitig bedrückenden Situation auf Ausgewogenheit und Besonnenheit in der argumentativen Auseinandersetzung weiterhin acht zu geben.“ Im Hintergrund dieses Appells stand auch eine Äußerung des EKD-Ratsvorsitzenden, in der er den US-Präsidenten George W. Bush in eine Reihe mit islamistischen Fundamentalisten gestellt hatte. Der EAK-Bundesvorstand übte daran scharfe Kritik und verurteilte auch manche Einseitigkeit der friedensethischen Diskussion.

Aufgrund dieser aufgeheizten Diskussionslage fand kurz vor dem Ausbruch des Krieges, am 11. März, das 12. Berliner Theologische Gespräch („Krieg und Frieden – eine Frage von Fundamentalismus?“) statt, mit dem Ratsvorsitzenden der EKD, Präses Manfred Kock, und dem für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble. Der Ratsvorsitzende begann sein Referat damit, dass er noch einmal auf seine missverständlichen Äußerungen im Hinblick auf den US-amerikanischen Präsidenten, George W. Bush jr., Bezug nahm. Er distanzierte sich noch einmal ausdrücklich von der Form dieses Vergleiches, betonte aber, dass das inhaltliche Problem einer pseudoreligiösen bzw. ideologischen Begründbarkeit bzw. Rechtfertigung eines Krieges in vielen Äußerungen George W. Bushs augenfällig sei und nach wie vor kritisiert werden müsse. Wenn Bush von einem „Gott gegebenen Auftrag“ spreche, so habe er als geschichtsbewusster Christ größte Schwierigkeiten mit solch einer verhängnisvoll geprägten Rhetorik. Gerade für Christen könne allein der Frieden, niemals jedoch der Krieg Zielpunkt der ethischen Bemühung sein. Kock verwies darauf, dass es zwar in der Geschichte durchaus Beispiele für eine notwendige militärische Intervention gegeben habe, er sehe aber nicht, dass diese „ultima ratio“ in Bezug auf den Irak derzeit gegeben sei. Er äußerte des Weiteren durchaus Verständnis dafür, dass die Empfindungen vieler Amerikaner seit dem 11. September 2001 eine gewisse Sehnsucht nach einer „starken Antwort“ ausdrücken würden, unterstrich jedoch, dass dies in seinen Augen der falsche Umgang mit der widerfahrenen Erschütterung durch den Terrorismus sei. Im Übrigen dürften die friedensethischen Grundsätze nicht einer fälschlich verstandenen Solidarität mit den Vereinigten Staaten geopfert werden. Der Rat der EKD habe deutlich bekräftigt, dass der Hauptgrund der gegenwärtig sich zuspitzenden Situation im Irak zu suchen sei. Dennoch aber schließe das friedensethische Paradigma vom „gerechten Frieden“ jegliche Begründung eines

„heiligen“ bzw. „gerechten Krieges“ aus. Man müsse daher nun weiterhin auf die friedliche Durchsetzung der UN-Resolutionen bauen.

In seiner Erwiderung machte Wolfgang Schäuble deutlich, dass er grundsätzlich alle Bedenken gegen den Krieg teile. Krieg sei immer das Ergebnis eines großen menschlichen Scheiterns, wie er es in Anlehnung an das Wort Papst Johannes Pauls II. ausdrückte. Auch er wünsche sich wie alle Christen den Frieden, und darüber bestehe auch überhaupt gar kein Dissens zur Position von Kock bzw. zu den Kirchen. Die entscheidende Frage sei aber, wie in einer notorisch friedlosen Welt politisch gehandelt werden müsse, damit, wenn nur irgend möglich, noch größeres Leid vermieden werden könne. Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit eines drohenden Krieges stelle sich. Das Dilemma sei jedoch, dass sich erst aus der sicheren, historischen Rückschau ermessen lasse, ob auch tatsächlich verhältnismäßig gehandelt worden sei oder nicht. Schäuble trat deshalb für eine strikte Beibehaltung der Drohkulisse ein. Gerade sie sei die einzige Möglichkeit, überhaupt zu verhindern, dass sich die Drohung bewahrheiten müsse. Auch die internationale Rechtsgemeinschaft – in all ihrer Unzulänglichkeit – bedürfe nach der alten Formel „des Schwertes“, d.h. des Gewaltmonopols, auch und gerade wenn man dessen Anwendung letztlich zu verhindern trachte. Dieses Paradox gelte es realpolitisch auszuhalten, denn wer drohe und gleichzeitig versichere, seinen Drohungen ohnehin keine Taten folgen zu lassen, der diskreditiere sich selbst. Die UN dürften sich nicht weiter vom Verbrecher Hussein hinhalten lassen, sondern müssten jetzt konsequent und geschlossen auftreten, um die letzte Chance auf eine friedliche Lösung nicht zu verspielen. Dazu gehöre aber auch, dass man die USA nicht alleine lasse und dadurch zu einem Alleingang zwingen. Das Gespräch zwischen Präses Kock und Wolfgang Schäuble war – trotz der denkbaren Gegensätzlichkeit ihrer Positionen – von Sachlichkeit und menschlicher Wärme getragen.

Zwei Monate später fand unter dem Motto „Ihr sollt ein Segen sein!“ ebenfalls in Berlin, der 1. Ökumenische Kirchentag statt. Der EAK nahm dies zum Anlass, noch einmal ganz besonders auf die ökumenische Bedeutung der Union und seinen eigenen, genuinen Beitrag hinzuweisen<sup>183</sup>. Am 30. Mai lud er deshalb zu einem Vortrag von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl zum Thema „Union und Ökumene“ sowie zu einem abendlichen Kirchentagsempfang mit der Parteivorsitzenden und vielen Ehrengästen aus Kirche und Politik. Jochen Borchert empfing Helmut Kohl in der Berliner Urania unter großem Beifall der mehreren hundert Anwesenden. In der Union, so Borchert in seinen einleitenden Worten, würde im politi-

schen Alltagsgeschäft immer wieder erfahrbar, wie wichtig es in einer zunehmend unübersichtlich werdenden Welt sei, dass Christen sich – trotz all ihrer Verschiedenheiten – ihres gemeinsamen Auftrages für diese Welt bewusst seien. Dies sei im wahrsten Sinne des Wortes ein Segen für unser Land. Ein Segen sei es aber auch, dass man in den zurückliegenden Jahrzehnten gelernt habe, dass in sehr vielen gesellschaftspolitischen und ethischen Fragen konfessionsübergreifende christdemokratische Politik in versöhnter Verschiedenheit möglich geworden sei.



69. Ökumenischer Kirchentag in Berlin: Helmut Kohl und Jochen Borchert in der Urania zum Thema „Union und Ökumene“.

In seiner etwa einstündigen Rede erinnerte der Altbundeskanzler zunächst an den richtungweisenden Gründungsaufwurf der Berliner CDU vom 26. Juni 1945, in dem die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ in programmatischer Weise als unverzichtbar für den Neuanfang und die Zukunft Deutschlands in Freiheit und Demokratie benannt wurden. In einem großen geschichtlichen Überblick, angereichert durch die vielfältigen Erfahrungen persönlicher Zeitgenossenschaft, beschrieb er den Weg aus den Trümmern hin zur gefestigten Bundesrepublik. Durch die beeindruckende Integrationskraft der Union sei es gelungen, die sich bis dato starr voneinander abgrenzenden konfessionellen

Milieus innerparteilich zu einem Großteil aufzuweichen und so manche Fronten zwischen den Christen auf dem gemeinsamen Weg der politischen Gestaltungsverantwortung zu überwinden.

Am Abend des 30. Mai eröffnete die Parteivorsitzende den Empfang des EAK im völlig überfüllten Foyer der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Angela Merkel unterstrich in ihrem Grußwort die bleibende Bedeutung der christlichen Wertvorstellungen für die Union und nahm dabei das Motto des Kirchentages zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass das politische Alltagsgeschäft aus der Sicht vieler Bürger bisweilen als das Gegenteil von Segen erscheine. Deshalb sei die Union immer wieder aufgerufen, glaubwürdige Akzente zu setzen. Dem Evangelischen Arbeitskreis dankte sie für seinen erfolgreichen und unverzichtbaren Beitrag. Der EAK sei in seiner Geschichte zwar nicht selten auch in seiner mahnenden und unbequemen Funktion in Erscheinung getreten, und zwar gleichermaßen parteiintern wie – extern, gerade hier liege aber seine große Bedeutung für die Partei. Der Berliner Kardinal Sterzinsky unterstrich die integrative und ökumenische Bedeutung des EAK und der Ratsvorsitzende der EKD, Manfred Kock, wünschte schließlich dem aus dem Amt scheidenden Bundesvorsitzenden Jochen Borchert – vor dem Hintergrund jahrelanger, gedeihlicher Verbindungen – alles Gute und Gottes Segen. Mit dem großen Erfolg dieser Veranstaltung etablierte sich übrigens auch endgültig die Tradition der großen EAK-Kirchentagsempfänge, die bis zum heutigen Tage zu einem festen und unverzichtbaren Bestandteil der Arbeit des EAK geworden sind und die er – sowohl bei evangelischen wie auch ökumenischen Kirchentagen – stellvertretend für die beiden Unionsparteien wahrnimmt.

Auf der bereits erwähnten Hallenser Bundestagung, die am 13. und 14. Juni stattfand, folgte der damals 41-jährige Thomas Rachel Jochen Borchert im Amt des Bundesvorsitzenden. Zusammen mit Angela Merkel und Peter Hintze gehörte Thomas Rachel somit zu den bei Dienstantritt jüngsten Bundesvorsitzenden in der Geschichte des EAK. Dies machte auch den Generationenwechsel deutlich. In seiner Antrittsrede hob er hervor, dass es darum gehen müsse, den Gedanken des EAK in die jüngeren Generationen zu tragen. Das „C“ im Namen der Union sei deutlich als tragendes Fundament christdemokratischer Politik herauszustellen und müsse als Kompass in den Entscheidungen von CDU und CSU stärker sichtbar werden. Insofern sei das „C“ vor allem als Herausforderung und Chance zu begreifen. Thomas Rachel kündigte an, sich künftig auch verstärkt der Menschenrechtsarbeit widmen zu wollen. Als weitere Themenfelder nannte er die Sicherung des





70. Angela Merkel auf der 40. EAK-Bundestagung in Halle.

konfessionellen Religionsunterrichts in Deutschland und eine würdevolle Sterbegleitung: „Der Evangelische Arbeitskreis tritt für ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt ein. Das Leben ist ein Geschenk Gottes. Deshalb lehnen wir es auch ab, lebenserhaltende Maßnahmen nur bestimmten Altersgruppen zugänglich zu machen. Eine Entscheidung zwischen wertem und unwertem Leben kommt nicht in Frage“, so Rachel.

Die Hauptvorträge auf der Bundestagung in Halle hielten Prof. Dr. Ulrich Körtner von der Ev.-Theologischen Fakultät der Universität Wien („Christliche Friedensethik in verantwortungsethischer Perspektive“) und die Parteivorsitzende der CDU. Zum Theologischen Abendgespräch zum Thema „Friedenssicherung und Friedensverantwortung im 21. Jahrhundert“ trafen sich der Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Dr. Axel Noack, und der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer. Bischof Noack betonte, dass es in der schwierigen friedensethischen Debatte unter Christen vor allem darum ginge, miteinander in den Dialog um die strittigen Fragen zu treten, ohne sich jedoch über die Kontroversen gegenseitig das Christsein abzusprechen. Er verneinte die Notwendigkeit einer grundsätzlich neuen Friedensethik nach dem Irak-Krieg und verwies darauf, dass

es weiterhin eine Bindung der militärischen Gewalt an das Recht geben müsse. Die UNO habe zwar eine Beschädigung erfahren, müsse aber neu ihre Geltungs- und Gestaltungskraft zurückgewinnen. Eine andere Alternative hierzu gebe es nicht. Noack betonte die Unverzichtbarkeit auch radikalpazifistischer Strömungen innerhalb der Meinungsvielfalt der Kirche und machte gleichzeitig deutlich, dass Kirche, um Kirche bleiben zu können, ein ganzes Spektrum von unterschiedlichen Meinungen auch in dieser Hinsicht erdulden könne. Als besonders wichtig unterstrich der Bischof, dass sowohl Kirche als auch die freiheitliche Gesellschaft die Spannung zwischen klaren ethischen Prinzipien einerseits und der Notwendigkeit zur Kompromissfindung andererseits immer wieder auszuhalten hätten. Ethische Gestaltung der Weltwirklichkeit sei in jeder Situation von Gott aufgetragen und auch extrem unbefriedigende politische und ethische Konstellationen dürften keinesfalls zur generellen Aufgabe der ethischen Prinzipien führen. Auch dem Terror müsse unbedingt mit Mitteln des Rechtsstaates begegnet, eine transparente Öffentlichkeitspolitik in den Demokratien auch in Kriegs- und Krisenzeiten gewährleistet und dem Missbrauch von Religion für politische Zwecke endlich Einhalt geboten werden.



71. Der in Halle neu gewählte EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel (2003).

Ministerpräsident Böhmer forderte in seinem Referat zu vermehrter politischer Nüchternheit auf. Solange es keinen tragfähigen internationalen Konsens über grundlegende friedenspolitische Ziele gebe, sei auch jegliche Hoffnung im Hinblick auf eine konfliktfreie Welt illusorisch. Er stimmte Bischof Noack darin zu, dass ein unilaterales Vorgehen einer einzigen Großmacht auf Dauer nicht akzeptabel sei. Die gegenwärtige weltpolitische Konfliktlage sei jedoch noch komplizierter geworden als in früheren Zeiten. Die Tendenz zur computerisierten „Hightech“-Kriegsführung könne in Zukunft bedenkliche Ausweitungen erfahren. Friedenspolitik im 21. Jahrhundert sei demzufolge nicht einfacher, sondern schwieriger als in früheren Zeiten. Kritisch merkte Böhmer an, dass auch die UNO – seit ihrer Gründung – immer wieder hinter ihren eigenen Idealen zurückgeblieben wä-

re. Solange der Friede als gemeinsames ethisches Ziel der Weltgemeinschaft aber nicht wirklich mehrheitsfähig sei, werde es immer wieder mit Unvermeidlichkeit zu kriegerischen Gewaltanwendungen kommen.

Außer der Friedensfrage beschäftigte sich der EAK im Jahre 2003 aber noch mit vielen anderen aktuellen Themen. Neben einer Resolution zur Friedenspolitik wurde in Halle auch eine Resolution zum Gottesbezug der Präambel verabschiedet, zur Unterstützung der Bemühungen um eine entsprechende Passage in einer künftigen EU-Verfassung. Es wurde darin klargestellt, dass sich mit der Berufung auf Gott kein christlicher oder gar kirchlicher Monopolanspruch verbinde, sondern der Transzendenzbezug des gesamten menschlichen Lebens im Sinne seiner unveräußerlichen Würde geschützt und bewahrt werden solle. Damit wollte man auch daran erinnern, dass die politische Gestaltung des vereinten Europas der unverzichtbaren religiösen Wertebindung bedürfe, ohne die sein gesamtes kulturelles, humanistisches und geistiges Erbe weder denkbar wäre noch lebendig bliebe. Außerdem hatte sich der Bundesvorstand des EAK bereits zu Beginn des Jahres zum ersten Mal deutlich gegen das Verfahren der so genannten „Präimplantationsdiagnostik“ (PID) ausgesprochen und verlauten lassen: „Die Feststellung möglicher genetischer Vorbelastungen bei im Reagenzglas künstlich erzeugten Embryonen führt unweigerlich zur Selektion menschlichen Lebens im frühesten denkbaren Stadium, da hier über lebenswertes und -unwertes Leben im Vorfeld entschieden wird. Menschliches Leben wird damit grundsätzlich zur Disposition gestellt. Behinderte in unserer Gesellschaft geraten weiter ins Abseits.“

Auf dem Leipziger Parteitag schließlich, am Ende des Jahres, stellte der EAK einen Antrag für ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen und Erzieherinnen, dem sich die Gesamtpartei nahezu einstimmig anschloss. Der neue EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel kommentierte diesen Beschluss wie folgt: „Mit dem eindeutigen Votum des Parteitags erwarten wir jetzt von allen Bundesländern, vor allem den unionsgeführten Ländern, dass sie gemeinschaftlich beim Kopftuchverbot handeln und damit Rechtseinheitlichkeit in ganz Deutschland herstellen. Das sind wir unseren Kindern und Jugendlichen im Namen von Freiheit, Gleichberechtigung und erfolgreichen Integrationsbemühungen schuldig.“ Rachel widersprach damit unter anderem auch der Fraueninitiative („Aufruf wider eine Lex Kopftuch“) unter der Leitung der ehemaligen Bundestagspräsidentin, Rita Süßmuth, die sich gegen ein Kopftuchverbot ausgesprochen hatte. Die Problematik und Konfliktträchtigkeit des Kopftuches als Symbol des politisierten und radikalen Islam liege

vielmehr auf der Hand, auch wenn nicht jede Trägerin eines Kopftuches diese Ideologie damit verbinde. Die Botschaft hinter dem Kopftuch sei letztlich mit dem Grundrecht, wonach Mann und Frau gleichberechtigt sind (Art. 3, Abs. 2 GG), nicht vereinbar und hemme die nötige Integration von muslimischen Mitbürgern. Beim Kopftuchtragen bei gleichzeitiger Wahrnehmung öffentlicher Erziehungsverantwortung gehe es darüber hinaus nicht bloß um eine umstrittene privatreligiöse Angelegenheit. Wer nämlich in seiner Person als Lehrer bzw. Staatsbeamter keine Gewähr für eine neutrale Amtsführung leiste und dem Mäßigungsverbot widerstreite, sei für ein solches Amt ungeeignet.

Das darauffolgende Jahr stand für den EAK ganz im Zeichen seines Gründers Hermann Ehlers, an dessen 50. Todes- und 100. Geburtstag in vielfältigster Weise erinnert wurde. Für seine 41. Bundestagung („Evangelische Verantwortung“) war man vom 25. bis 26. Juni 2004 zu Gast in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover. Der Veranstaltungsort war bewusst gewählt, lag doch eine wichtige Wirkungsstätte des ersten EAK-Bundesvorsitzenden und Oldenburger Oberkirchenrates auch in Niedersachsen. Neben den Hauptreden von Angela Merkel und dem damaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff gab es zwei Arbeitsgruppen: Zum Thema „Menschenrechte – Anspruch und Herausforderung“, u.a. mit dem Auslandsbischof der EKD, Rolf Koppe, und dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Friedbert Pflüger, sowie zum Thema „Evangelische Identität in einer pluralen Gesellschaft“ mit der Präsidentin des Thüringer Landtages und stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden, Christine Lieberknecht, und dem Vizepräsidenten des Kirchenamtes der EKD, Dr. Hermann Barth. In der verabschiedeten Menschenrechts-Resolution wurde noch einmal die Brisanz und Aktualität des Themas betont: Die völlig neuen Herausforderungen für die internationale Staatengemeinschaft im Hinblick auf den islamistischen Terrorismus, die zahlreichen Terror- und Unrechtsregime und schließlich die auch im 21. Jahrhundert nicht abbrechende Zahl von Kriegen und ethnischen wie religiösen Konflikten drängten zum Handeln. Überall auf der Welt komme es tagtäglich zu eklatanten Verstößen gegen Recht und Würde des Menschen. Kritik wurde auch an den Vereinten Nationen geübt. Es müsse der Tendenz entgegengewirkt werden, dass die internationalen Menschenrechtsabkommen nach eigenem Belieben willkürlich angewandt würden. Die Umsetzung von Menschenrechtsverträgen müsse daher erwirkt und Menschenrechtsmechanismen gestärkt werden. Betont wurden vor allem auch das grundlegende Menschenrecht der Religions- und Glaubensfreiheit und das Problem der wachsenden Diskriminierung und Ver-

folgung von Christen, insbesondere auch in vielen muslimisch geprägten Ländern der Erde. Die Einigung beim Zuwanderungsgesetz, zu der es kurz vor der Bundestagung gekommen war, wurde positiv gewürdigt, die Pläne für das von der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebrachte so genannte „Antidiskriminierungsgesetz“ hingegen kritisiert.

In der zweiten Resolution wurde die Gefährdung der werteverbindenden und werteverbindlichen Basis in der Gesellschaft diagnostiziert. Insbesondere die jahrzehntelangen Fehlentwicklungen in der Ausländer-, Einwanderungs- und Integrationspolitik zeigten, dass die Bedrohung des Gemeinwesens durch kulturelle und religiöse Nischenbildung sowie durch die Herausbildung von Parallelgesellschaften bedenkliche Ausmaße angenommen habe. Weiter heißt es dort: „Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) fordert deshalb ein Ende der Wertebeliebigkeit in unserem Land und ein neues Nachdenken sowohl über die wesentlichen kulturellen, ethischen und religiösen Grundlagen, die Deutschland im Kontext Europas wesentlich geprägt haben, als auch darüber, wie diese zukünftig ihre Orientierungskraft beibehalten können. Hierfür ist insbesondere das durch die christlich-abendländischen Traditionen sowie die Aufklärung vermittelte Kultur- und Geisteserbe relevant, auf dem unser freiheitlicher Rechtsstaat gründet. Dabei kann es sich keinesfalls um eine rückwärtsgewandte oder gar verengte nationale Binnen-, sondern nur um eine europäische Gesamtperspektive handeln, innerhalb derer Deutschland gleichwohl zu einem neuen eigenständigen Identitätsbewusstsein kommen muss.“ Da Werte und Normen immer nur dann lebendig seien, wenn sie sich in den konkreten gesellschaftlichen Lebenswirklichkeiten ausdrückten und widerspiegelten, müsse ein künftig neu zu formulierender und für alle gültiger Wertekonsens als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Zielperspektive begriffen werden.

Thomas Rachel betonte in seiner Rede zu Beginn der Tagung, dass zur evangelischen Verantwortung in der Politik vor allem zweierlei gehöre: erstens die Fähigkeit, für seine Überzeugungen nach bestem Wissen und Gewissen zu streiten – und somit im besten Sinne des Wortes um der Sache willen „Partei“ zu ergreifen – und zweitens die christliche Tugend der Beharrlichkeit und Ausdauer auch dann beizubehalten, wenn einem der kalte und eisige Wind der Tagespolitik ins Gesicht blase und es gelte, manchmal mit hart errungenen Kompromissen zu leben. In Bezug auf den mittlerweile leider fehlenden Gottes- bzw. Christentumsbezug im Präambeltext des EU-Verfassungsvertrages bemerkte er, dass der EAK nichtsdes-

totrotz ein Auge darauf haben werde, dass die christlichen Werte, auch wenn sie bisweilen nicht wörtliche Erwähnung fänden, in der Sache jedenfalls nicht in Vergessenheit gerieten. Als weiteres Beispiel nannte Rachel die Versuche auf nationaler wie europäischer Ebene, die Unantastbarkeit der Menschenwürde am Anfang und am Ende des Lebens auszuhöhlen und zu relativieren. Solchem werde sich der EAK auch künftig eindeutig und energisch entgegensetzen.

Zum Theologischen Abendgespräch, das unter dem Motto „Evangelische Verantwortung für Ehe und Familie“ im Kuppelsaal des Congress-Centrums stattfand, diskutierten Landesbischofin Dr. Margot Käßmann und die niedersächsische Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen. Die Probleme und Notwendigkeiten einer zeitgemäßen Familien- und Kinderpolitik wurden intensiv erörtert. Margot Käßmann hob die Bedeutung der Ehe als von Gott gestifteter Form der verlässlichen und ganzheitlichen Liebesbeziehung hervor, beleuchtete aber auch die konkreten Schwierigkeiten und Belastungen heutiger junger Paare sowohl bei der Familiengründung als auch im Alltag der Partnerschaftsbeziehung. Ursula von der Leyen widmete sich vor allem der politischen Seite des Themas und betonte in diesem Zusammenhang vor allem die notwendige Vereinbarkeit von Beruf und Mutter- bzw. Elternschaft. Die Ministerin zog dabei eine beeindruckende Parallele zwischen den in der Familie traditionell erlernten sozialen Kompetenzen und den Führungskompetenzen aus unternehmerischer Sicht und wandte sich vor diesem Hintergrund entschieden gegen die gesellschaftlich leider oft verbreitete Disqualifizierung von familiären Erziehungsaufgaben.



72. Thomas Rachel, Margot Käßmann und Ursula von der Leyen beim Theologischen Abendgespräch der 41. EAK-Bundestagung in Hannover.

Im Rahmen eines großen Festaktes zu Ehren von Hermann Ehlers überreichte der EAK-Bundesvorsitzende dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Wolfgang Schäuble, als erstem Preisträger die neue Ehrenmedaille des EAK-Bundesvorstandes zur Erinnerung an Hermann Ehlers. Mit dieser Medaille sollte der EAK fortan Persönlichkeiten aus Politik und Kirche in unregelmäßigen



73. Die Hermann-Ehlers-Medaille des EAK.

Abständen ehren, die sich in besonderer Weise „Verdienste in evangelischer Verantwortung vor Gott und den Menschen“ erworben haben. In seiner Laudatio hob Rachel die Verdienste Wolfgang Schäubles für Deutschland hervor, insbesondere in Bezug auf den Prozess der deutschen Wiedervereinigung. Schäuble zeichne sich durch die Verbindung von politischem Realismus, nüchterner analytischer Sachlichkeit und einer festen werteverbindlichen Glaubensüberzeugung aus. Zudem habe er bei politischen Entscheidungen immer wieder eine profilierte Unabhängigkeit

bewiesen, die er gegenüber einer bloßen Bindungslosigkeit bewusst abzugrenzen verstanden habe. In diesem Sinne stehe Schäuble in der geistigen Tradition von Hermann Ehlers. Schäuble betonte in seinem Festvortrag zum Gedenken an Hermann Ehlers, dass jede menschliche Freiheitsordnung Grenzen und Werteorientierung brauche, wenn sie der Gefahr widerstehen solle, sich selbst zu zerstören. Aus dem christlichen Verständnis vom Menschen und menschlicher Gemeinschaft, dem christlichen Menschenbild, wie wir in unseren Grundsatzdebatten zu formulieren pflegten, folge die unverwechselbare, unveräußerliche Würde jedes Menschen, seine Berufung zu Freiheit und Verantwortung und zugleich die Notwendigkeit von Ordnung, Recht sowie die Gleichheit in aller Verschiedenheit. Damit verbunden seien das Bekenntnis zu Toleranz, Pluralismus, Trennung von weltlichem und geistigem Regiment, also die Absage an Fundamentalismus und Totalitarismus. Daraus resultiere die Verpflichtung zu Brüderlichkeit und Solidarität, weil der Mensch ohne Gemeinschaft nicht leben könne. Vor dem Hintergrund der jüngsten Debatten um Gentechnik und den Irak-Krieg warf er die Frage auf, welche Rolle Hermann Ehlers wohl heute spielen würde und was uns sein Vermächtnis heute lehren könne. Evangelische Verantwortung, so Schäuble, gründe, wie bei Ehlers vorbildlich zu sehen sei, in festen Wurzeln und bedeute gleichzeitig Glaubensgewissheit und Weltoffenheit. Man solle auf der Basis von Grundsätzen und wertengebundener Orientierung pragmatisch handeln, weil Mut zur Entscheidung eher derjenige finde, der sich seiner Begrenztheit und Vorläufigkeit bewusst bleibe, und man solle auch Führungsbereitschaft übernehmen, weil die Ernsthaftigkeit der eigenen Überzeugung auch berechtige, voranzugehen und anderen ein Beispiel zu geben.



74. Wolfgang Schäuble wird auf der 41. Bundestagung in Hannover (2004) die Hermann-Ehlers-Medaille des EAK verliehen (von links nach rechts die Mitglieder des Bundesvorstandes: Harald Häßler, Ingo Friedrich, Dieter Hackler, Thomas Rachel, Gustav Isernhagen, Hans Bookmeyer, Christian Meißner.

Auch im Jahr 2005 spielte der Ort Hannover für den EAK wieder eine große Rolle, denn hier fand diesmal der 30. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Sowohl der große Abendempfang des EAK als auch die Präsenz auf dem „Markt der Möglichkeiten“ standen ganz im Zeichen der sich ankündigenden Kanzlerkandidatur von Angela Merkel und sorgten für ein bis dato noch nie dagewesenes Medien- und Besucherecho: Nach dem Scheitern der Landtagswahlen für Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen und angesichts der dramatisch schwindenden Vertrauensbasis aufgrund der Reformbeschlüsse der so genannten „Agenda 2010“ hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder wenige Tage vor dem Kirchentag Neuwahlen in Aussicht gestellt. Der Einladung des EAK-Bundesvorsitzenden in den Festsaal des Alten Rathauses waren mehr als 500 Gäste gefolgt, Grußwortredner waren neben Angela Merkel Kirchentagspräsident Prof. Dr. Dr. Eckhard Nagel, der (seit der EKD-Herbstsynode 2003) neue EKD-Ratsvorsitzende Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, die hannoversche Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann und der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff. Auf dem Kirchentagsgelände selbst präsentierte sich der EAK zusammen mit einigen anderen CDU-Vereinigungen erstmals unter dem Motto „Gemeinsam in christlich-demokratischer Verantwortung.“





75. Angela Merkel auf der 42. EAK-Bundestagung in Heidelberg.

Der Titel der kurz nach dem Kirchentag stattfindenden 42. EAK-Bundestagung lautete „Zukunft für Deutschland – zwischen ‚Multikulti‘ und ‚Leitkultur‘?“ Auf der Bundesdelegiertenversammlung wurde Thomas Rachel mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt: Er erhielt 98,7% der gültigen Stimmen. Als stellvertretende Vorsitzende des Bundesvorstandes wurden der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, die hessische Kultusministerin Karin Wolff, die thüringische CDU-Fraktionsvorsitzen-

de Christine Lieberknecht, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Dieter Hackler, und Gustav Isernhagen aus Niedersachsen gewählt.

Die sich langsam ausbreitende Wahlkampfstimmung erfasste auch den EAK. Hinsichtlich des Tagungsthemas betonte der Bundesvorsitzende, dass „Zukunft für Deutschland“ auch den Einsatz und die Sorge für die wertemäßigen und geistig-moralischen Grundlagen mit einschließen müsse, von denen das Land lebe. „Ohne das bewusste Erinnern und Vermitteln und Vorleben wertemäßiger Vorgaben“, so Rachel, „kann es keine gedeihliche, solidarische und menschenwürdige Zukunft in unserem Land geben.“ Eine Politik ohne wirklich tragendes Wertefundament sei zum Scheitern verurteilt. Der Bundesvorsitzende spielte damit indirekt auch auf viele – gerade aus EAK-Sicht – problematische politische Weichenstellungen von SPD und Grünen an, sowohl im Bund als auch in den Ländern, etwa die Beförderung der Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichtes, die Unterhöhlung des Schutzes der Ehe durch eine ideologische Gleichstellungspolitik zu Gunsten homosexueller Lebenspartnerschaften, die Außen- und Menschenrechtspolitik oder die notorische Gleichgültigkeit gegenüber der christlich geprägten Sonn- und Feiertagskultur.

Zwei dieser aktuellen Konfliktfelder fanden ihren Niederschlag in den beiden Resolutionen, die in Heidelberg verabschiedet wurden: Zum einen wurde die Beibehaltung des Waffenembargos der Europäischen Union gegenüber der Volksrepublik China gefordert. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte sich immer wieder

für die Aufhebung des Waffenembargos gegen China ausgesprochen, zuletzt ausgerechnet im Frühjahr 2005, nur einige Tage nach einer erneuten, kaum verhüllten Kriegsdrohung Pekings gegen das benachbarte Taiwan. Zum anderen wurde der Beschluss der Berliner SPD kritisiert, einen staatlichen Werteunterricht als alleiniges Pflichtfach einführen zu wollen, was sichtlich darauf abzielte, die ohnehin schleichende Ausgrenzung und Marginalisierung des Religionsunterrichtes in der Hauptstadt endgültig zu besiegeln. In der Resolution wurde klar gestellt: „Der demokratische und soziale Rechtsstaat lebt von geistigen Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Erhebt er jedoch den Anspruch, letzte Werte zu formulieren und über sie zu urteilen, so ist, wie die jüngere deutsche Geschichte lehrt, die Gefahr der Ideologisierung gegeben. Die Vermittlung der unsere christlich-abendländische Kultur prägenden Werte ist die Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer in allen Unterrichtsfächern. Eine bloße Darstellung unterschiedlicher Wertevorstellungen bleibt im Unverbindlichen und ruft nicht in die Verantwortung. Die eigene Entscheidung in grundsätzlichen Fragen des Lebens und seiner Ordnungen erfolgt immer nur in der Auseinandersetzung mit der klaren Haltung des Gesprächspartners. Eine unentschiedene Darstellung verschiedener Werte hilft nicht weiter, sondern verführt zur eigenen Unverbindlichkeit und Unentschiedenheit. Die Streichung des Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach bedeutet auf längere Sicht den Bruch mit den geistigen Traditionen, aus denen Europa und seine Kultur gerade in den unterschiedlichen Ausprägungen leben. Die Folgen dieses Bruches werden auf allen Gebieten, auch in unserem öffentlichen Leben, zu spüren sein.“

Nach dem Hauptvortrag von Prof. Dr. Dr. Christoph Link (Erlangen) über das Verhältnis von Kirche und Politik in einer pluralen Gesellschaft diskutierten am Abend des ersten Tages im Rahmen des traditionellen Theologischen Abendgespräches der badische Landesbischof Dr. Ulrich Fischer, Prof. Dr. Klaus Berger aus Heidelberg und Ministerpräsident Günther H. Oettinger zum Thema „Prägen christliche Werte auch die Gesellschaft der Zukunft?“. Die frisch gekürte Kanzlerkandidatin sprach dann am darauffolgenden Vormittag vor über 1500 Gästen zum Thema „Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“. Sie plädierte in ihrer Grundsatzrede für eine wertegebundene Politik in christlicher Verantwortung und unterstrich die Bedeutsamkeit tragender Glaubensüberzeugungen. Das „C“ im Parteinamen sei unverzichtbar. Es komme aber darauf an, diesen Orientierungsmaßstab am christlichen Menschenbild in den veränderten Zeiten neu zu erläutern: „Das ‚C‘ – das Christliche – sollte nie im Sinne einer Ab-



76. Großer Besucherandrang bei der Rede der Kanzlerkandidatin auf der EAK-Bundestagung in der Heidelberger Stadthalle (2005).

schottung verstanden werden, vielmehr ist es eine Einladung. Das Fundament unserer Gesellschaft und das Fundament der Christlich Demokratischen Union, das Fundament der Christlich Sozialen Union ist ohne die christliche Botschaft nicht denkbar“, so Merkel. Thomas Rachel sicherte der Kanzlerkandidatin der Union die volle Unterstützung des EAK zu. Er unterstrich, dass es jetzt um die Herausforderung gehe, in der Politik ein neues Vertrauen zu befördern: „Angela Merkel verkörpert für viele Menschen die Glaubwürdigkeit und Hoffnung, die dieses Land braucht, damit es wieder bergauf geht.“

Nach der Bundestagswahl vom 18. September und der Phase der Koalitions- und Regierungsbildung, mit der Protestantin und ehemaligen EAK-Bundesvorsitzenden Angela Merkel als neuer Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, wurde Thomas Rachel, zuvor auch Sprecher der Enquete-Kommission „Recht und Ethik in der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages und Obmann für Bildungs- und Forschungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ernannt. Von dieser neuen Position des sich bereits seit zwei Jahren sehr

erfolgreich im Amt befindenden Bundesvorsitzenden sollte natürlich auch der gesamte EAK in den folgenden Jahren in zusätzlicher Weise profitieren.

Im Jahr 2006 begannen innerhalb der CDU die Diskussionen um das neue Grundsatzprogramm. Dazu rief der EAK-Bundesvorstand eigens eine auch aus Vertretern der Landesverbände zusammengesetzte „Grundsatzprogramm-Kommission“ ins Leben, die den Vorstand bei der inhaltlichen Arbeit unterstützen sollte. Diese Kommission veröffentlichte in der „Evangelischen Verantwortung“ Artikel zu bestimmten EAK relevanten Themen und bereitete somit auch die Schwerpunktbildung bei den späteren Einbringungen und Anträgen des EAK vor. Unter dem Motto „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ fand am 20. Februar in Berlin ein so genannter „Wertekongress“ statt. Thomas Rachel kommentierte dieses Ereignis wie folgt: „Gerade in der Grundwertedebatte müssen wir wieder deutlich machen, dass für uns das christliche Menschenbild und die sich hieran anknüpfenden Werte und Präferenzen nicht nur Lippenbekenntnisse darstellen, sondern aus einer glaubwürdigen Grundhaltung entspringen, die die Christlich-Demokratische Union bis heute prägt. Es kann darum keine überzeugende Grundsatzdebatte geben, ohne dass wir uns der Frage unserer entsprechenden christlichen Grundhaltungen und Wertvorstellungen wieder stellen und uns auf diese neu besinnen. Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU werden wir uns in diesem Sinne intensiv an der Grundsatzprogrammdiskussion beteiligen und einbringen.“

Zum Stichwort der „Neuen Gerechtigkeit“, es entstammte der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel vom 30. November 2005, veröffentlichte der EAK-Bundesvorsitzende in der evangelisch-theologischen Zeitschrift „zeitzeichen“ einen viel beachteten Aufsatz mit dem Titel „Mehr Gerechtigkeit durch neue Freiheit“<sup>184</sup>, in dem er der Frage nachging, wie sich das für die Soziale Marktwirtschaft so konstitutive Verhältnis von sozialstaatlicher Verantwortung und marktwirtschaftlicher Freiheit unter den Bedingungen einer gewandelten, globalisierten Welt so bestimmen lasse, dass dadurch ein neuer gesamtgesellschaftlicher Konsens bzw. eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden könne. Rachel verwies dabei auf die bereits zurückliegende parteiinterne Grundsatzdebatte, bei der die Begriffe „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ eher neben- bzw. gegeneinandergestellt als tatsächlich miteinander vermittelt worden waren. Zudem übte er Kritik an der bloß allgemeinen Beschwörung von Grundwerten, die nichts wirklich austrage. Allein die Rückbesinnung auf das lebendige, christliche Freiheitsverständnis, wie wir es bei Luther vorfänden, verhindere dagegen, dass etwa

der abstrakte Verweis auf die Grundwerte oder das christliche Menschenbild zum ideologischen Schlagwort oder zur leeren Floskel zu geraten drohe: „Das christliche Verständnis vom Menschen beschreibt nicht nur eine Idee oder ein Prinzip, sondern aus ihm ergibt sich zugleich der Aufruf und der Anspruch, dieses auch in dieser Welt umzusetzen und zu leben. Man könnte auch sagen: Der Christenmensch ist durch seinen Glauben befreit zum Dienst für andere. Darum ist er dazu angehalten, sowohl seine Eigenverantwortung aus Solidarität mit seinem Nächsten dort wahrzunehmen, wo er dazu selbst in der Lage ist, als auch denen aus Freiheit zu helfen, die dazu eben nicht fähig sind. Ausgangspunkt christdemokratischen Politikverständnisses ist somit immer der Mensch selbst in der Fülle all seiner gesellschaftlichen Bezüge und Hinsichtnahmen. Dies gilt es wieder neu in Erinnerung zu rufen: Eine Politik, die ihr „Geschäft“ nur noch mechanistisch zu verwalten weiß und zur ideenlosen Sklavin von wechselnden Machtegoismen, diffusen Strukturzwängen oder orientierungslosem Aktionismus degeneriert steht in klarem Widerspruch zum christlichen Bild vom Menschen. Nicht zuletzt darin erweist sich dieses jedoch wiederum als tragfähiger Orientierungsmaßstab für politisches Handeln.“

Die 43. Bundestagung in Saarbrücken widmete der EAK dem Thema „Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik und in den Medien“. In seiner Eröffnungsansprache in der Kongresshalle von Saarbrücken betonte der EAK-Bundesvorsitzende, dass das Leitthema der Tagung nicht nur für die Politik, sondern insgesamt von Bedeutung sei. Zunehmend setze sich in der Gesellschaft die Erkenntnis durch, dass es vor allem die Antworten auf die tieferen Fragen der geistigen, religiösen und moralischen Grundorientierung seien, die für die gemeinsame Zukunft entscheidend seien. Ein gemeinsam gelebtes und getragenes Wertefundament sei ebenso wichtig wie die Rückbesinnung auf die jüdisch-christlichen Quellen, denn durch sie sei eine entsprechende Kultur der Freiheit und der Menschenwürde maßgeblich mitgeprägt worden. Ein christlicher Geist sei bei der Behandlung aller gesellschaftsrelevanter Themen wichtig: sowohl in der Bildungs- und Erziehungsdebatte, bei ethischen Fragestellungen, die den Anfang und das Ende des Lebens betreffen, als auch bei der Debatte um die EU-Verfassung. „Es darf nicht sein, dass man sich in unserem Land als alles Mögliche bekennen kann, nur nicht als Christinnen und Christen“, unterstrich Rachel.

In ihrer Rede in Saarbrücken hob die Bundeskanzlerin erneut die Bedeutung des EAK für die programmatische Arbeit der Union hervor. Insbesondere in Zei-

ten des Umbruchs sei der EAK eine wichtige Kraft, die sich den grundsätzlichen, ethischen Fragen stelle. Ausgehend von der Maxime, dass Politik die Aufgabe habe, das Leben aller Menschen in Würde zu gewährleisten und die Möglichkeit eines freiheitlichen Zusammenlebens zu organisieren, konstatierte Merkel, dass Wahrhaftigkeit ein Gebot der Herangehensweise sei, mit der Politik betrieben werden solle. Die Chance der Großen Koalition sei es, den Kreislauf von Enttäuschungen zu durchbrechen und Wort und Tat, Verkündung und Ergebnis, wieder in Einklang zu bringen. Zu einer Politik der Wahrhaftigkeit gehöre auch zu erkennen, dass viele Teilaspekte eines Problems in einem Zusammenhang stünden. Dies müsse den Wählern auch so vermittelt werden. Ferner dürfe man den Menschen nicht Versprechungen machen, von denen man wisse, dass sie nicht einzuhalten seien. Vor dem für die Union so wichtigen Grundwert der Freiheit müsse niemand Angst haben, denn Freiheit in diesem Sinne bedeute keine Entsolidarisierung der Gesellschaft. Im Gegenteil: Gemeint sei eine Freiheit zur Solidarität, eine Freiheit, die es gebiete, sich dem Nächsten zuzuwenden. „Wir müssen das christliche Freiheitsverständnis in die Welt tragen“, appellierte Merkel. Vor dem Hintergrund der Debatte um das neue Grundsatzprogramm betonte die Bundeskanzlerin die Notwendigkeit für die Union, sich der eigenen Werte zu vergewissern, aus denen heraus sie Politik betreiben wolle. „Wenn wir unsere Grundpositionen nach außen wahrhaftig vertreten, wird unsere Art zu leben bei den anderen Nationen großen Respekt und Bewunderung hervorrufen – dafür sollten wir eintreten und werben.“ Als grundlegend für das Selbstverständnis der Unionsparteien nannte Merkel das christliche Menschenbild. „Für mich ist das christliche Menschenbild eines, mit dem uns Gott einen Auftrag gegeben hat, einen Auftrag, für die Menschen in diesem Land das Beste zu gestalten.“

Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller zitierte den evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer mit den Worten, dass es keine christliche Politik gebe, sondern nur Politik von Christen. Obwohl die Bergpredigt nicht als Parteiprogramm dienen könne, dürfe Politik aber auch nicht in Beliebigkeit ableiten. Sie brauche ein Fundament, das für die Union die christlichen Grundüberzeugungen seien. Einen Grund für die politische Akzeptanzkrise sah Müller in dem Unvermögen der Politiker, tagespolitische Entscheidungen auf eine klar bestimmbare Wertorientierung zurückzuführen. „Antworten auf aktuelle Fragen werden wir nicht nur pragmatisch und technologisch geben können, sondern wertorientiert, wenn sie die Menschen erreichen sollen“.

Die Saarbrückener Bundestagung, die eintägig stattfand, endete mit einem „Theologischen Nachmittagsgespräch“, bei dem der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz, Eberhard Cherdron, der Publizist und Autor, Dr. Hugo Müller-Vogg, und der Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes KEP e.V., Wolfgang Baake, unter der Moderation des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Zivildienstbeauftragten der Bundesregierung, Dieter Hackler, das Thema der Tagung aus ihrer jeweiligen Sichtweise heraus beleuchteten. Mit dem Verweis auf das Achte Gebot „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“ sprach sich der pfälzische Kirchenpräsident für die Einhaltung ethischer Richtlinien im journalistischen Bereich aus, die für den Erhalt demokratischer Grundstrukturen notwendig seien. In der Deutung Martin Luthers fordere das Achte Gebot, „den Nächsten zu entschuldigen, Gutes von ihm zu reden und alles zum Besten zu kehren“. Der Publizist Hugo Müller-Vogg wies darauf hin, dass aufgrund der Vielfalt der Medien eine Art Selbstkontrolle stattfinde, wodurch verhindert werde, dass falsche Darstellungen von Tatsachen lange unerkannt bleiben würden. Andererseits führe der wachsende Konkurrenzdruck innerhalb der Medienlandschaft auch dazu, dass journalistische Grundregeln verletzt würden. Der Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes KEP e.V., Wolfgang Baake, kritisierte, dass manche Politiker sich in Talkshows wie Schauspieler gebärdeten, wodurch die Politik immer mehr zur Unterhaltung verkomme. Vor diesem Hintergrund sei er umso dankbarer, dass es innerhalb der Union den Evangelischen Arbeitskreis und auch sonst Politiker mit einem klaren christlichen Profil gebe, die diesem Trend entgegen wirkten. Abschließend erinnerte Baake daran, dass wir als Christinnen und Christen auch die Verantwortung dafür tragen würden, die in der Politik und in den Medien tätigen Menschen daran zu erinnern, ihr Werk mit Wahrheit und Wahrhaftigkeit zu verrichten.

Am Ende des Jahres beschloss der 20. Parteitag der CDU in Dresden mit großer Mehrheit der Delegierten einen Antrag zum konsequenten Sonn- und Feiertagschutz, der auf Initiative des EAK zustande gekommen war. In seiner Ansprache vor den Delegierten betonte Thomas Rachel die Notwendigkeit des Schutzes von Sonn- und Feiertagen als „Kristallisationspunkte“ der religiösen und gesamt-kulturellen Identität, der sich die Union besonders verpflichtet fühle. Ferner kritisierte er die jüngsten Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Adventssonntagen in Berlin, Sachsen und Brandenburg. „Wer den Sonntag mit dem Argument von Umsatz und Arbeitsplätzen antastet, stößt die Tür auf zur völligen Ökonomisierung aller menschlichen Lebensbereiche. Wer die Adventssonntage flächendeckend

für den Verkauf freigibt, wird am Ende auch nicht mehr den Ostersonntag schützen können.“ Der Beschlusstext des Parteitages lautete wie folgt: „Die CDU Deutschlands setzt sich auf der Grundlage ihrer christlichen Wertvorstellungen und ihres christlichen Menschenbildes für den Schutz des Sonntags und der kirchlichen Feiertage ein. Der Sonntag, als Tag des Gottesdienstes, der Arbeitsruhe, der Förderung der Gemeinschaftskultur und der Familien darf nicht kommerziellen Interessen zum Opfer fallen. Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, keine weiteren Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen vorzunehmen, die über die bisherigen Regelungen hinausgehen. Die CDU fordert die Gesetzgeber auf, entsprechende Regelungen zum konsequenten Schutz der Sonn- und Feiertage zu treffen.“ Der EAK unterstützte in Dresden zudem einen Antrag für die Bekämpfung von Kinderarmut, der gemeinsam von den Unionsvereinigungen eingebracht worden war. Darüber hinaus setzte er sich unter anderem für die Stärkung der Ehe gegenüber anderen Lebensformen in dem Antrag des CDU-Bundesvorstandes „Klein und einzigartig“ und für den Gottesbezug in der EU-Verfassung in dem Antrag „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“ ein.

Zwei große ethische Themen standen im Jahre 2007 für den EAK im Vordergrund: Zum einen die Debatten um die Rechtsgültigkeit von Patientenverfügungen, zum anderen das Ringen um den „Stammzellkompromiss“. Schon als Sprecher der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ in den Jahren 2003 bis 2005 hatte sich Thomas Rachel intensiv mit den zentralen ethischen Fragen am Anfang und am Ende des menschlichen Lebens befasst, und für den EAK war es immer schon ein zentrales Anliegen, sowohl die Herausforderungen des biomedizinischen Fortschritts als auch die Probleme der würdevollen Sterbebegleitung intensiv zu diskutieren. Um beide Themenkomplexe sollte dann auch in der gesamten Union in der zweiten Jahreshälfte intensiv gerungen werden.

Zuvor jedoch fand Anfang Juni wieder ein Evangelischer Kirchentag statt, diesmal in Köln, sowie am 15. und 16. Juni die 44. Bundestagung des EAK in Potsdam, wo Thomas Rachel erneut als Bundesvorsitzender wiedergewählt wurde. Bei seiner Ansprache in Vertretung der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden bedankte sich der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla, für die gute Mitarbeit des EAK beim vorliegenden Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms. Mit Bezug auf das Thema der EAK-Bundestagung „Integration – Herausforderungen und Chancen für Deutschland“ sagte Pofalla, dass sich die Union





77. Bischof Wolfgang Huber, Thomas Rachel, Jürgen Rüttgers und Ursula von der Leyen auf dem EAK-Kirchentagsempfang im Kölner Schokoladenmuseum (2007).

entschieden dafür einsetze, dass keine weiteren Parallelgesellschaften entstünden bzw. die Parallelgesellschaften, die vereinzelt in deutschen Großstädten existierten, aufgelöst würden. Nur so könne die Idee eines „Integrationslandes Deutschland“ verwirklicht werden. Grundlage hierfür sei die allgemeine Akzeptanz einer „Leitkultur“ in dem Sinne, dass alle Menschen, die in unserem Land leben, eine gemeinsame Wertegrundlage teilen, auf die sie sich verständigen und die das verträgliche Zusammenleben erst ermögliche.

In seiner Rede vor den Delegierten und Gästen bemerkte Rachel, dass ein „dringender Handlungsbedarf in Bezug auf eine konsequent nachzuholende und die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit korrigierende Integrationspolitik“ bestehe. „Deshalb ist es wichtig, dass wir als Evangelischer Arbeitskreis unsere evangelische Verantwortung in Politik und Gesellschaft wahrnehmen. Zwei Extremen müssen wir entschlossen entgegen wirken, nämlich sowohl der Tendenz zur Integrationsverweigerung als auch der Tendenz zu fortschreitender eigener religiöser Analphabetisierung und Wertebeliebigkeit!“, führte Rachel aus. Am Nachmittag sprach Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert zum Thema „Leitkultur

und Integration“. Wer an „Integration und Zuwanderung und vor allen Dingen an den nicht auflösbaren Zusammenhang von beidem interessiert“ sei, müsse „ein Interesse an der Klärung und an der Durchsetzung der kulturellen Grundlagen einer Gesellschaft haben, in die hinein Integration“ stattfinde. In Bezug auf den Begriff „Leitkultur“ sagte er, dass er offenkundig „schwierig“, „missverständlich“, „erklärungsbedürftig“, auf viele „provokierend“ wirke und damit die Diskussion erschwere, die doch eigentlich befördert werden sollte. Dennoch halte er nach wie vor an diesem umstrittenen Begriff fest, denn ohne die Provokation des Begriffs wäre die Debatte bis heute nicht zustande gekommen, die man nun Gott sei Dank zumindest führe.

Beim Theologischen Abendgespräch nahmen sich die Buchautorin und Journalistin Necla Kelek, Prof. Dr. Hans-Martin Barth, Professor in Marburg für Systematische Theologie, und Dr. Christoph Böhr, der langjährige Vorsitzende der Wertekommission der CDU Deutschlands, des Themas „Herausforderungen Islam – zwischen Dialog und Kampf der Kulturen“ aus unterschiedlichen Perspektiven an. Necla Kelek appellierte in ihrem Eingangsstatement an die veränderungsbereiten Muslime, einen Weg der Vernunft zu gehen, eine Reform ihrer Religion zu betreiben und klug und maßvoll die Stärkung der Rechte des Individuums mit Hilfe der europäischen Gesetze zu fördern. Der Islam, wie er sich derzeit präsentiere, stelle sich in seinem ganzen Wesen als ein „Gegenentwurf zur aufgeklärten, säkularen Zivilgesellschaft“ dar. Dennoch sei sie der festen Überzeugung, dass jeder einzelne Muslim als gläubiger Mensch seinen Platz in dieser Gesellschaft finden könne, ohne den spirituellen Sinn oder eine Vielzahl der Riten seines Glaubens aufgeben zu müssen. Der Marburger Theologe Hans-Martin Barth stellte die These auf, dass der Kampf der Kulturen nicht zu vermeiden sei, es aber darauf ankäme, wie er geführt werde, nämlich dialogisch. Zu diesem dialogisch ausgetragenen Kampf gebe es nach Meinung von Barth keine Alternative. Ein Ziel dieses Dialogs könnte „die Überwindung der scheinbar unausweichlichen Alternative von Integration und Integrationsverweigerung“ sein. Abschließend stellte er fest: „Man kann die Aufeinanderverwiesenheit von Islam und Christentum als providentiell verstehen. Der Islam setzt auf traditionelles Recht und droht dabei fundamentalistisch und starr zu werden. Das europäische Christentum setzt auf Freiheit und droht dabei, zur Auflösung der Gesellschaft und ihrer Moral beizutragen.“ Christoph Böhr konstatierte, dass er den Islam als eine „Kultur“ begreife, in der „Religion, gesellschaftliche Ordnung und Strukturen von Staatlichkeit untrennbar miteinander verflochten“ seien. Deshalb gehe es in der aktuellen Debatte nicht um religiöse

Aspekte, sondern um Machtansprüche. Ausgehend von der Feststellung, dass er das Menschenbild der islamischen Kultur mit dem europäischen Menschenbild für nicht kompatibel halte, appellierte er an alle am derzeitigen gesellschaftlichen Diskussionsprozess beteiligten Gruppen für mehr Offenheit und Klarheit. Es mache keinen Sinn, Unterschiede zu leugnen. Sie könnten nur überwunden werden, wenn man sie beim Namen nenne und auf eine wahrhaftige und ehrliche Weise miteinander darüber rede.

In der auf der Bundestagung verabschiedeten Resolution unter dem Titel „Integration verbessern – Für eine gute Nachbarschaft zwischen christlichen und muslimischen Menschen in Deutschland“ hieß es unter anderem: „Wir fordern (...) den gezielten Abbau bzw. die effektive Sanktionierung von Integrationsverweigerung gegenüber unseren grundlegenden rechtsstaatlichen Werten und Prinzipien. Unzureichender Mitwirkungsbereitschaft der zu Integrierenden muss entschieden entgegengetreten werden. Hierzu gehören beispielsweise eklatante Sprachdefizite, religiös-kulturell motivierte Grundrechtsverstöße (Frauendiskriminierung, familiäre Gewalt, Zwangsehen, sog. ‚Ehrenmorde‘) oder auch eine insgesamt fehlende freiheitlich-demokratische Rechtstreue (‚Islamismus‘, religiöser Fanatismus). Zu den selbstverschuldeten Integrationshindernissen von Zuwanderergruppen, die nicht akzeptabel sind, zählen in diesem Zusammenhang die religiös-kulturell verbrämten Verweigerungen gegenüber den ‚schlichten kulturellen Standards des Westens (...) wie Sport, Schwimmen, Sexualkundeunterricht, Koedukation und Klassenfahrten‘ (Ralph Giordano). Auch die Sorge um die überproportionale Bildungsferne, die weit verbreitete berufliche Chancenlosigkeit oder die statistisch erhöhte Anfälligkeit für das Abgleiten in kriminelle und verfassungsfeindliche Milieus bei jüngeren und jugendlichen Migranten darf uns nicht länger kalt lassen. Ein wichtiger Schlüssel zur Ermöglichung hinreichender Teilhabe für diese Gruppen liegt in der Bildungsförderung. Diese könnte durch die Auferlegung vorschulischer Sprachförderungsverpflichtungen, die verstärkt zu realisierende Einbindung der verantwortlichen Herkunftselternhäuser und zusätzliche institutionelle Bildungsangebote (Ganztagschulen) bzw. Fördermaßnahmen (integrative Stadtteilarbeit, sozialpädagogisch betreutes Quartiersmanagement, etc.) verbessert werden. Nicht zuletzt wird der Erfolg unserer Integrationsbemühungen aber auch entscheidend davon abhängen, dass diese Aufgabe nicht nur an den Staat und die Politik delegiert wird, sondern auch als zivilgesellschaftliche Herausforderung und Verantwortung neu begriffen wird.“

Der nächste Tag begann mit einem Gottesdienst in der Potsdamer St. Nikolai-kirche, den der ehemalige EAK-Bundesgeschäftsführer, Oberkonsistorialrat Dr. Bernhard Felmsberg, leitete. Den feierlichen Höhepunkt erreichte die Bundestagung mit der Verleihung der Hermann-Ehlers-Medaille an den EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber. In seiner Laudatio würdigte Thomas Rachel das Profil und die neue Tiefenschärfe, die der Protestantismus in Deutschland durch das Wirken von Wolfgang Huber erfahren habe: „Die beeindruckende öffentliche Präsenz und die theologisch profunden Beiträge von Bischof Huber zu den bedrängenden gesellschaftspolitischen Themenbereichen sind zu einer entscheidenden Stimme und unverzichtbaren Quelle der Orientierung für viele Menschen in unserem Lande geworden.“ Huber scheute weder in ökumenischen Gesprächen noch im interreligiösen Dialog klare und deutliche Worte. Der EKD-Ratsvorsitzende hielt einen Festvortrag zum Thema „Dialog der Religionen in einer pluralen Gesellschaft – Überlegungen aus evangelischer Perspektive“ und bemerkte eingangs: „Wir leben in einer Zeit des Wandels; das erlebe ich heute am eigenen Leib. Wer mir vor einigen Jahren vorausgesagt hätte, ich würde einmal aus diesem besonderen Anlass hier einen Festvortrag halten dürfen, der hätte bei mir doch ungläubiges Erstaunen ausgelöst; ich glaube aber auch, dass im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU selber der Vorschlag, der im Laufe dieses Vormittags Gestalt annimmt, noch vor nicht allzu langer



78. Wolfgang Huber erhält die Hermann-Ehlers-Medaille des EAK.

Zeit verblüffend gewirkt hätte.“ Und er fügte hinzu: „Ich sage das bewegten Herzens, weil ich dankbar dafür bin, dass in den letzten Jahren die Basis für vertrauensvolle Gespräche über Grundfragen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer Weise gewachsen ist, die mich zuversichtlich stimmt. Diese Entwicklung, (...) zeigt auch, dass die Herausforderungen, vor denen wir als Christen angesichts der großen Zukunftsfragen stehen, uns dazu bewegen, alte Grenzziehungen hinter der gemeinsamen Verantwortung zurücktreten zu lassen.“

Im Juli veröffentlichte der Rat der EKD – parallel zu den sich intensivierenden Diskussionen – „Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung von Patientenverfügungen“. Der EAK unterstützte diese Forderung des Rates in vielen Punkten. In einer Presseerklärung heißt es: „Das (...) Eckpunktepapier unterstreicht auf der Basis des christlichen Menschenbildes die Bedeutsamkeit, das Selbstbestimmungsrecht des Patienten und die ärztliche Fürsorgepflicht miteinander in Einklang zu bringen. Es stellt somit insgesamt eine gelungene und ausgewogene Orientierungshilfe für die mit dem Instrument der Patientenverfügung verbundenen ethischen Grundfragen am Ende des Lebens dar. Als wesentlich für eine künftige Regelung wird mit Recht die Notwendigkeit der Schriftform von Patientenverfügungen gefordert und gleichzeitig ihre hilfreiche Ergänzung durch eine vorsorgende Vollmacht empfohlen. Von der sinnvollen Forderung einer Reichweitenbeschränkung auf Erkrankungen so genannten ‚irreversiblen tödlichen Grundleidens‘ sollte grundsätzlich nicht abgegangen werden. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Reichweitenbegrenzung ist es jedoch zu begrüßen, dass das Papier in bestimmten ethischen Grenzfällen, wie beispielsweise dem Wachkoma und der fortgeschrittenen Demenz, für eine Stärkung des Selbstbestimmungsrechtes in Patientenverfügungen eintritt. Eine vorausverfügte zeitliche Begrenzung lebenserhaltender Maßnahmen sollte hier unter bestimmten Bedingungen genauso verbindlich angesehen werden können wie der Wunsch nach fortgesetzter Behandlung.“

Doch die Diskussionen im Deutschen Bundestag, wie eine verbindliche gesetzliche Regelung bei den Patientenverfügungen genau aussehen sollte, oder ob sie womöglich überhaupt nötig sei, gingen unaufhörlich weiter. Auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herrschte eine große Uneinigkeit. Deshalb lud der EAK im Oktober zu seinem 16. Berliner Theologischen Gespräch mit dem Heidelberger Systematischen Theologen und Vorsitzenden der Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Professor Dr. Wilfried Härle, den beiden stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach und Wolfgang Zöllner, und dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, Professor Dr. Christof Müller-Busch. Thomas Rachel stellte einleitend fest, dass es wichtig sei, über dieses schwierige Thema sowohl überfraktionell als auch innerparteilich zu sprechen, da für die allermeisten Menschen in unserem Land der Wunsch nach einem würdigen, den persönlichen Wertvorstellungen und Wünschen entsprechendes Sterben von zentraler Bedeutung sei. Als integrative Klammer zwischen CDU und CSU werbe der Evangelische Arbeitskreis deshalb so intensiv darum, dass eine offene und differenzierte Diskussi-

on zu diesem Thema geführt werde, damit eine ethisch verantwortliche Regelung in diesem Bereich gefunden werden könne. „Es ist uns allen klar, dass jedes menschliche Sterben im Grunde einzigartig ist, für uns Christen im Deutschen Bundestag auch deshalb, weil für uns jeder einzelne Mensch einzigartig vor Gott ist.“ Auch wenn aus diesem Bewusstsein heraus die Einsicht erwachse, dass nicht alles gesetzlich geregelt werden könne, sei es jedoch dringend notwendig, an diesem Punkt Rechtssicherheit für Patienten, Angehörige und Ärzte zu schaffen.

Während es bei dem Thema „Patientenverfügung“ noch zwei weitere Jahre bis zu einer endgültigen Entscheidung des Gesetzgebers dauern sollte, wurde über ein weiteres, für die Union sehr bedeutsames bioethisches Thema gestritten, nämlich die Forschung an embryonalen Stammzellen. Die Diskussion war bereits ein Jahr zuvor aufgekommen, als die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) aufgrund der schlechten Qualität der Stammzelllinien eine Revision der bisherigen „Stichtagsregelung“ (1. Januar 2002) gefordert hatte. Eine Anregung des EKD-Ratsvorsitzenden aufgreifend, schlug Bundesministerin Dr. Annette Schavan eine einmalige Verschiebung des Stichtages zu einem in der Vergangenheit liegenden Zeitpunkt vor, um in streng begrenzter Weise die Forschung an bereits existierenden Stammzelllinien zu ermöglichen, gleichzeitig aber auch eine Anreizwirkung für eine verbrauchende embryonale Stammzellforschung ausschließen zu können. Dieser Vorschlag sorgte für heftige Kritik, nicht nur innerhalb der Union, sondern vor allem auch von Seiten der katholischen Kirche in Deutschland. Da sich der EKD-Ratsvorsitzende für den „Stammzellkompromiss“ stark gemacht hatte, entstand zeitweilig sogar der fälschliche Eindruck, als handle es sich bei dieser Frage nicht um eine Gewissens- und Ermessens- sondern um eine regelrechte Konfessionsfrage. Das spätere Abstimmungsverhalten der Abgeordneten von CDU und CSU im Deutschen Bundestag sollte diesen Verdacht übrigens eindeutig ausräumen.

Neben den intensiven Beratungen, die auch zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogrammes führen sollten, dominierte das Thema der Stichtagsverschiebung den gesamten 21. Parteitag der CDU in Hannover. Viele Stunden lang und zu bereits fortgeschrittener Stunde diskutierten die Delegierten über die sich für sie aus dem christlichen Menschenbild ergebenden ethisch-politischen Konsequenzen. Nach der schriftlichen Abstimmung votierte der Parteitag mehrheitlich gegen die Anträge aus dem Landesverband Oldenburg und dem Kreisverband Fulda, die sich kategorisch gegen eine mögliche Verschiebung des Stichtages im deutschen Stammzellgesetz ausgesprochen hatten. Im endgültigen Beschluss-

text wurde dann festgehalten, dass es die CDU begrüße, gezielt und vorrangig die Grundlagenforschung mit ethisch unbedenklichen menschlichen iPS-Zellen (= „induzierte pluripotente Stammzellen“) und die bereits therapeutisch erfolgreiche Forschung mit adulten Stammzellen zu fördern. Klar und unmissverständlich wurde außerdem ausgesprochen, dass die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür Sorge tragen sollten, dass von Deutschland auch weiterhin kein Anreiz für eine verbrauchende Embryonenforschung ausgehen dürfe und dass die Tötung menschlicher Embryonen zur Gewinnung menschlicher embryonaler Stammzellen mit dem christlichen Menschenbild und den Vorgaben des Grundgesetzes unvereinbar sei.

Das Jahr 2008 begann für den EAK mit der traurigen Nachricht vom Tode Werner Dollingers. Dollinger war, neben seinen vielen Ämtern als Bundesminister in verschiedenen Kabinetten und als fast vier Jahrzehnte langes Mitglied des Deutschen Bundestages, Landesvorsitzender des EAK der CSU (von 1974 bis 1993) und stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender (von 1970 bis 1993). Thomas Rachel würdigte ihn als großes und einflussreiches Gründungsmitglied der Union, da er der durch sein klares evangelisches Bekenntnis und Profil wichtige und wegweisende Akzente gesetzt habe. „Es ist eines seiner großen persönlichen Verdienste, dass der EAK der CSU auch auf Bundesebene den ihm gebührenden Stellenwert bekommen und nicht nur eines, sondern viele Kapitel in der Geschichte des EAK entscheidend mitgeschrieben hat“, so Rachel. Dollingers Nachfolger im Amt als EAK-Landesvorsitzender der CSU und als stellvertretender Bundesvorsitzender, Dr. Ingo Friedrich, unterstrich: „Es gelang ihm durch unermüdliches Engagement, das Vertrauen der protestantischen Bevölkerung zu gewinnen. Immer mehr Bürger lutherischen Glaubens fanden ihre politische Heimat in der CSU und der Ruf der Union als Partei für Christen beider Konfessionen festigte sich.“

Ebenfalls zu Beginn des Jahres unterstützte der EAK die Initiative von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, den immer heftiger bedrängten und verfolgten Christen im Irak deutschland- und europaweit Aufnahme zu gewähren. Nahezu täglich gab es neue, erschreckende Meldungen von massenhaften Vertreibungen, Ermordungen, Verstümmelungen und Vergewaltigungen irakischer Christen sowie von systematischen Brandschatzungen oder Kirchenschändungen von Seiten fanatisierter, irakischer Moslems. Das Thema der Diskriminierung und Verfolgung von Christen in aller Welt sollte zwar erst zwei Jahre später im Mittelpunkt einer Bundestagung des EAK stehen, aber bereits auf der in demselben Jahr

in Berlin stattfindenden 45. Bundestagung unter dem Titel „Globale Verantwortung im Zeichen von Frieden, Recht und Sicherheit“ hieß es in dem entsprechenden Resolutionstext: „So selbstverständlich es ist, dass in unseren freiheitlichen und rechtsstaatlich verfassten Demokratien die Gewährung der elementaren Menschenrechte sowie der besonderen Bürgerrechte nicht verhandelbar sind, gilt es dennoch im Dialog und in der Auseinandersetzung mit Staaten der Erde, in denen es immer wieder zu gravierenden Menschenrechtsverstößen und bewussten Missachtungen elementarer Grundrechte kommt, mit allem außenpolitischen Nachdruck auf das alte, völkerrechtliche Prinzip der Gegenseitigkeit zu verweisen. In besonderer Weise gilt dies leider immer wieder auch für zahlreiche islamische Staaten im Hinblick auf die Unterdrückung von grundlegenden Religionsfreiheitsrechten bzw. von religiösen Minderheitenrechten. Da es ‚ohne Religionsfrieden keinen Weltfrieden‘ (Hans Küng) geben kann, müssen wir deutlich machen, dass etwa die Unterdrückung und Verfolgung von Christen und Andersgläubigen in vielen islamischen Ländern international nicht länger akzeptiert werden kann. Die derzeitigen Verfolgungen von Christen im Irak, beispielsweise, die fast schon genozidartige Züge tragen, und die notorischen Unterdrückungen der Religionsfreiheit in anderen muslimischen Ländern und Regionen fordern von uns ein entschiedenes Handeln.“

In ihrer Rede auf der 45. Bundestagung hob Bundeskanzlerin Angela Merkel die besondere Bedeutung der vom christlichen Menschenbild inspirierten und getragenen Sozialen Marktwirtschaft hervor und betonte die zentrale Rolle der Bildungspolitik für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen der Globalisierung. Sie plädierte für die selbstbewusste Verteidigung der eigenen Grundüberzeugungen und warb für die Wiederentdeckung der Tugend des „Gottvertrauens“ auch und gerade für eine Politik aus christlicher Verantwortung. Thomas Rachel warnte vor politischen und gesellschaftlichen Strömungen, die das Grundrecht der Religionsfreiheit in atheistischer Weise zur bloßen Freiheit „von“ Religion verzerren würden. Er warb für den konfessionellen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und für die Anwesenheit christlicher Symbole in öffentlichen Räumen und Gebäuden: „Kreuz, Habit und Kippa“ dürften mit dem islamischen Kopftuch, als Zeichen der Frauenunterdrückung und als Ausfluss eines politisch-religiösen Fundamentalismus, nicht in einen Topf geworfen werden. Der Bundeskanzlerin dankte Thomas Rachel für ihren überzeugenden und glaubwürdigen weltweiten Einsatz für die Achtung und Durchsetzung der universalen Menschenrechte: „Wir haben in Ihnen eine Bundeskanzlerin, die sich nicht scheut, auch kri-



tische Wahrheiten um der betroffenen Menschen willen in den entsprechenden Ländern an- und auszusprechen.“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt, skizzierte in seinem Vortrag den Wandel in der deutschen Sicherheitspolitik seit der „Zeitenwende“ der Jahre 1989/1990 und nahm Bezug auf das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ (2006) sowie zur jüngsten EKD-Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007), bei denen man bezüglich der Resonanz in der öffentlichen Wahrnehmung – mit den Worten von Bundespräsident Horst Köhler – leider von einem „freundlichen Desinteresse“ sprechen müsse. Allein schon das „freundliche Desinteresse“ an diesen beiden wichtigen Texten stünde in einem augenfälligen Widerspruch zur eigentlichen Bedeutsamkeit der durch sie aufgewiesenen Thematik. Schmidt warb dafür, auf allen Ebenen die zentralen Diskussionen um die Fragen der Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik weiter fortzuführen und hier die auch für die Friedenspolitik insgesamt so nötige „Übersetzungsarbeit“ zu leisten. Gerade weil es bei den internationalen

und nationalen Herausforderungen der Friedenspolitik auch um viele „unpopuläre“ und „unbequeme“ Fragen gehe, sei es wichtig, die ethischen wie politischen Grundsätze in Relation zu den aktuellen Möglichkeiten zu setzen und daraus die angemessenen Mittel und Instrumente abzuleiten. Schmidt unterstrich, dass eine gute deutsche Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nicht einem defizitären Friedensbegriff im Sinne eines bloßen Ruhezustandes oder bloß äußerer Stabilität verpflichtet sei, sondern sich immer auch in der Verantwortung für einen gerechten und qualifizierten Frieden sehen müsse. Der Militärbischof der EKD, Peter Krug, erinnerte in diesem Zusammenhang an die Segensbitte des 85. Psalms, in dem die Hoffnung zum



79. Angela Merkel zu Gast auf der 45. EAK-Bundestagung in Berlin (2008).

Ausdruck gebracht wird, dass „Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (V. 11) werden. Gerade in dieser biblischen Vision liege für Christenmenschen „eine Quelle der Kraft und der Zuversicht, sich in dieser Zeit und Welt für so viel Frieden in Gerechtigkeit wie nur möglich einzusetzen“. Günter Nooke, der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik, schilderte die „Mühen der Ebene“ einer gerechten Friedenspolitik und die heutigen Schwierigkeiten und Widerstände bei der Verteidigung der Idee der universalen Menschenrechte. In verantwortungsethischer Perspektive komme man auch in Zukunft nicht um die schwierigen politischen Abwägungskonflikte herum. Im Anschluss daran erteilte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Friedbert Pflüger, radikal pazifistischen Positionen in der Friedensfrage eine klare Absage, da diese verantwortungsethisch letztlich nicht zu rechtfertigen seien. Man müsse sich von dem Irrglauben verabschieden, dass es in dieser Welt jemals einen Zustand der völligen Gewalt- bzw. Konfliktlosigkeit geben könne. Aus der Sicht der so genannten Zwei-Reiche-Lehre heraus plädierte er für die auch bereits bei Martin Luther als legitim anerkannte Verantwortung für den Schutz und die Verteidigung des Nächsten sowie das staatliche Notwehrrecht. Der Christenmensch mache sich natürlich schuldig, wenn er Gewalt anwende. Deshalb müssten vor allem die Fragen der militärischen Gewaltanwendung immer wieder sorgfältig und behutsam abgewogen werden. Die Schuld könne aber noch größer sein, überließe man seine Mitmenschen schutzlos dem gewaltsamen Zugriff eines Angreifers. „Deshalb darf der Christ auf Vergebung hoffen, der bei der Vorbereitung und Durchführung der Verteidigung auch schuldig werde“, so Pflüger. Der Journalist und Terrorismusexperte, Rolf Tophoven, unterstrich schließlich die dringende Notwendigkeit, sich in der Konfrontation mit einem neuen, international vernetzten und mit tödlicher Effektivität operierenden Terrorismus als wehrhafte Demokratie zu erweisen.

In der ersten Hälfte des Jahres 2009 setzte sich der EAK zusammen mit der berlin-brandenburgischen Landeskirche (EKBO) intensiv für den Volksentscheid zum Volksbegehren „ProReli“ ein, der, nach der Einführung eines verpflichtenden Ethik-Unterrichtes in Berlin durch den rot-roten Senat, einen gleichberechtigten konfessionellen Religionsunterricht als Wahlpflichtfach-Alternative forderte. Sah das „Berliner Modell“ bereits über Jahrzehnte hinweg ohnehin nur einen freiwilligen Religionsunterricht vor, wurde dieser nun noch stärker in die schulischen Randstundenbereiche gedrängt und pädagogisch marginalisiert. Der Volksentscheid vom 26. April blieb jedoch ohne Erfolg. Erfolgreich war dagegen der monatelange Einsatz von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble für

die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen, insbesondere von Christen. Thomas Rachel wertete diese Aufnahme zu Beginn des Jahres als wichtigen Schritt zur Linderung des Flüchtlingselends im Nahen Osten. Die Verfolgung religiös Andersgläubiger dürfe nicht toleriert werden, und auch die bevorzugte Berücksichtigung von Christen als größter Minderheitengruppe sei dabei ebenfalls ausdrücklich zu begrüßen.

Der 32. Deutsche Evangelische Kirchentag, der unter dem Motto „Mensch, wo bist Du?“ vom 20. bis zum 24. Mai in Bremen stattfand, war bereits geprägt von der Gesamtatmosphäre des „Superwahljahres 2009“: Nicht nur zahlreiche wichtige Landtagswahlen standen an (die Wahl in Hessen im Januar war für die Union bereits erfolgreich verlaufen), sondern auch die Europa- und Bundestagswahl sowie die noch in die Zeit des Kirchentages fallende Wahl des Bundespräsidenten, bei der Horst Köhler erfolgreich wiedergewählt werden sollte. Der EAK richtete seinen großen Kirchentagesempfang – mit über 400 Gästen – im Bremer Ratskeller aus. Vor dem Hintergrund der seit Ende 2008 herrschenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bekräftigte der EAK-Bundesvorsitzende seine Hoffnung,



80. Kirchentagspräsident Prof. Dr. Eckard Nagel, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und der bayerische Landesbischof Johannes Friedrich beim EAK-Kirchentagesempfang im Bremer Ratskeller.

„dass wir uns auf die tragenden Werte der Sozialen Marktwirtschaft besinnen, und dass wir sie nutzen und Freiheit und Verantwortung auch in den internationalen, globalen Rahmen übertragen und für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft arbeiten.“ Auch die Präsidentin des Kirchentages, Karin von Welck, und der EKD-Ratsvorsitzende thematisierten die Krise: „Wir brauchen einen langfristig anderen Umgang mit unserem Wirtschaften. Wir müssen ernst nehmen, dass der Mensch nicht um der Wirtschaft willen da ist, sondern die Wirtschaft um des Menschen willen“, so Bischof Huber.



81. Kulturstaatsminister Bernd Neumann zu Gast am Kirchentagsstand des EAK in Bremen.

Auf seiner 46. Bundestagung befasste sich der EAK in Erfurt mit den Herausforderungen und Chancen der demographischen Entwicklung und der „älter werdenden“ Gesellschaft. Thomas Rachel, der mit einer überwältigenden Mehrheit der Stimmen zum Bundesvorsitzenden wiedergewählt wurde, hob die besondere Bedeutung des 20. Jahrestages des Berliner Mauerfalls vom 9. November 1989 hervor: „Heute, hier im Herzen Thüringens, spüren wir alle in ganz besonderer Weise, welch ein Wunder Deutschland vor 20 Jahren zuteil geworden ist.“ Mit entschiedenen Worten wandte er sich gegen jegliche nostalgische Verklärung der DDR-Vergangenheit. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel erinnerte daran, dass es

auch eine kommunistische Diktatur über Jahrzehnte nicht vermocht habe, den Menschen den Willen und den Wunsch nach Freiheit auszutreiben: „Die Freiheit ist in den Herzen und Köpfen der Menschen erhalten geblieben – und das war der Grundstock der friedlichen Revolution in der DDR und den gesamten osteuropäischen Staaten.“ Merkel betonte weiter, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen und Freiheit kein selbstverständliches Gut sei. Dieses Gut müsse aber immer wieder neu erarbeitet und erworben werden. Hinsichtlich des demographischen Wandels bemerkte sie, dass die Perspektive jedes Einzelnen nicht nur auf das eigene Alter beschränkt bleiben dürfe. Solidarität und die volle gesellschaftliche Teilhabe seien zukünftig in einer älter werdenden Gesellschaft mehr denn je gefragt. Die Generationengerechtigkeit sei der entscheidende Maßstab für den politischen Einfluss auf den demographischen Wandel. Insbesondere könne es sich Deutschland nicht mehr leisten, ältere Menschen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Grundsätzlich sei eine Gesellschaft nur dann als wirklich menschlich zu bezeichnen, wenn sie von der Geburt bis zum Sterben alle Phasen des Lebens im Blickpunkt habe. Auf der Bundestagung wurden zwei Resolutionen des EAK-Bundesvorstandes verabschiedet, die eine zum Jahrestag des Falls der Berliner Mauer, die andere zum Schwerpunktthema der Tagung („Der demographische Wandel als Herausforderung und Chance“).



82. 46. EAK-Bundestagung in Erfurt: Der neugewählte Bundesvorstand.

Nach der erfolgreichen Bundestagswahl im September, die das Ende der Großen Koalition und die Fortführung der Kanzlerschaft von Angela Merkel im neuen Regierungsbündnis mit der FDP brachte, kam es am Ende des Jahres zur gesetzlichen Neuregelung bei den so genannten Spätabtreibungen, einem Thema, das in der Union seit vielen Jahren leider immer wieder erfolglos auf der politischen Agenda gestanden hatte. Thomas Rachel würdigte diese Neuregelung als wichtigen Beitrag zum Lebensschutz und unterstrich das jahrelange Engagement des EAK wie folgt: „Aus der Perspektive des christlichen Menschenbildes haben wir an der Seite der Kirchen und der Behindertenverbände stets betont, dass die mögliche Behinderung eines Kindes noch keine Indikation bzw. Rechtfertigung für einen Schwangerschaftsabbruch darstellt. In der bisherigen, medizinischen Praxis führten jedoch negative Prognosen bei einer Pränataldiagnostik bereits häufig zu einem bedenklichen Abtreibungsautomatismus, oftmals ohne dass den Betroffenen eine hinreichende Information und Aufklärung zuteil wurde. Dieser Missstand ist nun endgültig beseitigt.“

Im Jahre 2010 fand der 2. Ökumenische Kirchentag in München statt. Damit engagierte sich der EAK in den Jahren 2009 bis 2011 dreimal hintereinander intensiv für die Unionsparteien auf Kirchentagen (2011 sollte wiederum der 33. Deutsche



83. Ministerpräsident Horst Seehofer, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Thomas Rachel und Erzbischof Reinhard Marx auf dem Empfang des EAK anlässlich des 2. Ökumenischen Kirchentages in München.

Evangelische Kirchentag in Dresden folgen). Beim Abendempfang im Münchener Künstlerhaus, mit vielen prominenten Grußwortrednern und über 600 Gästen aus Kirche und Politik, würdigte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, die Arbeit des EAK als „Garant für den entschiedenen Dialog“: Dialog sei heute notwendiger denn je und in einer globalisierten und pluralen Welt gebe es keine Alternative zum offenen und von gegenseitigem Respekt geprägten Meinungsaustausch. Die Mitglieder des EAK setzten sich dafür ein, dass aus Freiheit nicht Beliebigkeit und aus Toleranz nicht Indifferenz und Gleichgültigkeit werde. Erzbischof Zollitsch betonte weiterhin, dass die Reihe der Themen und Referenten über die vergangenen fast sechs Jahrzehnte ein lebendiger und beeindruckender Spiegel dieses Dialoges seien, der die Verantwortung vor Gott und den Menschen stärken wolle.

Vor dem Hintergrund einer in den letzten Jahren vermehrt geübten Kritik aus den Reihen der katholischen Kirche an der Politik von CDU und CSU, aber auch der sich seit geraumer Zeit immer mehr abzeichnenden internen Richtungskämpfe zwischen einerseits fortschrittlichen und andererseits traditionellen Teilen in der *Catholica* selbst, mochte wohl auch der folgende Satz des Erzbischofes als



84. Über 600 Gäste beim EAK-Kirchentagsempfang im Münchener Künstlerhaus.

mahnender Aufruf zu einem Mehr an konstruktiver Verständigung und gemeinsam wahrgenommener Verantwortung gehört werden können: „Es ist gut, dass die Debatten über das ‚C‘ in der Politik immer wieder neu entfacht werden. Sie sind notwendig, weil die Botschaft des Evangeliums stets unter den Zeichen der Zeit konkretisiert werden muss, um fruchtbar in Politik und Gesellschaft wirken zu können. Gewiss geschieht diese Konkretisierung nicht ohne Kontroversen. Kontroversen gehören zum politischen Alltag. Allerdings dürfen ihre Ergebnisse die christlichen Grundwerte einer Partei, die in ihrem Namen das ‚C‘ führt, nicht verdunkeln. Darum müssen Politiker unterschiedlicher Konfessionen gemeinsam ringen“. Der gastgebende EAK-Bundesvorsitzende betonte, dass Christen gerade im Ernstnehmen ihres Glaubens immer wieder die hoffnungsvolle Erfahrung machen würden, wie viel Gemeinsamkeiten doch bestünden: Als Christinnen und Christen, als Geschwister im Glauben, eine sie nämlich mehr als sie trenne. Dies sei eine Erfahrung, die man quer über alle Konfessionsgrenzen und nicht selten auch sogar quer über alle Parteigrenzen hinweg machen könne.

Auf der 47. Bundestagung, die am 11. und 12. Juni in Berlin stattfand und die schwerpunktmäßig die „Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert“ thematisierte, betonte die CDU-Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin die Bedeutsamkeit der Religionsfreiheit. Sie kündigte an, die weltweite Verfolgung und Diskriminierung von Christen innerhalb der schwarz-gelben Koalition noch stärker zu thematisieren. Angesichts der Tatsache, dass Christen zur weltweit größten verfolgten Minderheit gehörten und dass das Recht auf Religionsfreiheit in 64 Ländern der Erde entweder stark eingeschränkt sei oder überhaupt nicht existiere, forderte sie alle Deutschen auf, sich für diese Menschen einzusetzen: „Wir haben kein Recht dazu, uns nicht um die Würde des Anderen zu kümmern, nur weil unsere eigene Würde geschützt ist.“ In ihrer Rede vor den 450



85. Thomas Rachel bei einer Bibelarbeit auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München.



Gästen des Konrad-Adenauer-Hauses machte sie ebenfalls deutlich, dass der Einsatz für die Religionsfreiheit auch den Kampf für die Menschenrechte bedeute, da diese auf dem christlichen Menschenbild gründeten. So müsse man „auch in der gegenwärtigen Krise über den Tellerrand schauen und denen helfen, die ihrer Rechte beraubt werden“.

In seinem Grußwort wies der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sitz der Bundesregierung, Prälat Dr. Bernhard Felmburg, auf die schwierige Situation der christlichen Minderheiten, vor allem auch in den islamischen Staaten, darunter auch der Türkei, hin. Der Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher, hob hervor, dass die große Religionsfreiheit, die die Deutschen seit vielen Jahrzehnten genießen würden, ein sehr hohes Gut sei. Diese Religionsfreiheit verdanke sich letztlich aber keineswegs nur „Atheisten und Säkularisten“, sondern „ausdrücklich auch der Mehrheitsreligion dieses Landes und insbesondere denen, die auf ihrer Grundlage Politik machen wollten“. Diesbezüglich seien die katholischen und evangelischen Vordenker im Parlamentarischen Rat damals teilweise schon weiter gewesen als die Kirchen, denen sie angehörten. Die den Mehrheitsreligionen nahestehenden Parteien hätten die Religionsfreiheit in Deutschland ganz wesentlich gewollt und mit geprägt. Bezüglich des Themas der Christenverfolgung gelte es vier Missverständnisse zu vermeiden, sofern es um die Rechtfertigung dafür ginge, eine besondere Gruppe aus der allgemeinen Religionsverfolgung besonders herauszuheben: 1. Es sei völlig klar, dass Religionsfreiheit nicht nur für Christen, sondern für alle Menschen gelte, und dass sich diese Erkenntnis nicht einer politischen Vorgabe sondern dem christlichen Menschenbild selbst verdanke: „Christen beanspruchen also für sich kein größeres Anrecht auf Religionsfreiheit als für andere. Die Tötung eines Muslim oder Bahai um seines Glaubens willen ist ebenso furchtbar wie die Tötung eines Christen.“ 2. Der Einsatz für bedrängte und verfolgte Christen hätte in den Kirchen selbst eine fast 2000 Jahre währende liturgische und praktische Tradition und damit auch eine besondere Sensibilität in Bezug auf religiöse Verfolgungen: Es zeige sich immer wieder, dass es maßgeblich auf den enormen Einsatz von Christinnen und Christen zurückzuführen sei, wenn es um die Aufdeckung und Bekämpfung von Menschenrechtsverstößen und insbesondere von Verstößen gegen die allgemeine Religionsfreiheit ginge. Im Gegenzug sei immer wieder festzustellen, dass ausgerechnet diejenigen, die gerade das Thema der speziellen Christenverfolgung bzw. -diskriminierung kritisierten, oft nicht dafür bekannt seien, sich überhaupt „im großen Stil für

Religionsfreiheit einzusetzen“. 3. Auch und gerade Christen gehörten in Geschichte und Gegenwart gewiss nicht nur zu den Opfern, sondern auch zu den Tätern. Dies könne jedoch wohl schwerlich als Argument dafür herhalten, sich gegen die nach wie vor bestehenden, eklatanten Menschenrechtsverstöße einzusetzen. 4. Die Betonung der religiösen Dimension werde nicht selten auch deshalb kritisiert, weil sie nur eine unter vielen Dimensionen und lediglich ein Teil eines komplizierten Geflechtes im Verbund mit wirtschaftlichen, sozialen, ethischen und anderen Problemen sei. Aber gerade wenn man dies richtigerweise erkenne, müsse es auch deutlich darum gehen, dass die Religionsfreiheit als selbstverständlicher Bestandteil ins Konzert der Menschenrechte zurückkehrt und in der Politik oder etwa in den Medien ebenso uneingeschränkt unterstützt wird wie beispielsweise Kinder- und Frauenrechte oder das Folterverbot.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages unterstrich Schirmmacher in zahlreichen Beispielen die besondere Aktualität des Themas, präzierte die wichtigsten Begriffe, Zahlen und Fakten und informierte über die Lage der Religionsfreiheit in der Welt. Als besonderes Problem identifizierte er die sich derzeit verschlechternde „Religionsfreiheitsbilanz“. Die Entwicklung in der islamischen Welt sei, insbesondere im Hinblick auf die Religionsfreiheit, keine Entwicklung zum Guten: Die Vertreibung und Auswanderung nichtmuslimischer religiöser Minderheiten, darunter der alteingesessenen Kirchen, habe in den letzten Jahren nochmals Fahrt aufgenommen. Die Organisation Islamischer Staaten versuche über die Vereinten Nationen zudem das Recht auf Religionswechsel aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte herauszunehmen. Im UN-Menschenrechtsrat werde auch jedes Jahr dafür gestimmt, dass es eine Menschenrechtsverletzung sei, Religion zu diffamieren. Beim Lesen der entsprechenden Resolutionstexte werde dabei allerdings als einzige Religion der Islam erwähnt. Am Ende seines Vortrages ging Schirmmacher noch auf die Gründe der Verfolgung von Christen ein und ermutigte zum konsequenten, politischen Engagement: Der Einsatz lohne sich für die betroffenen Menschen.

Beim anschließenden Theologischen Abendgespräch diskutierten der EKD-Auslandsbischof Martin Schindehütte, der türkische Baptistenpastor Ertan Cevik und der Generalsekretär der CDU Hermann Gröhe über die vielfältigen Dimensionen der Entrechtung heutiger Christen in vielen Ländern dieser Erde. Pastor Cevik, selbst unter ständigem Polizeischutz stehend, berichtete von der bedrückenden Situation in der Türkei: „Wir haben das Recht auf die Ausbreitung des christlichen

Glaubens. Aber wenn wir Veranstaltungen oder Aktivitäten durchführen, werden diese immer wieder als gefährliche und illegale Aktivitäten wahrgenommen.“ Bischof Schindehütte unterstrich die Verantwortung der EKD für die weltweit verfolgten und bedrängten Christen, mahnte aber auch, dass man bei der Beurteilung der unterschiedlichsten Bedrängungslagen von Christen aufpassen müsse, nicht in vereinfachende bzw. verallgemeinernde Stereotypen zu verfallen. Hermann Gröhe zog eine historische Parallele und erinnerte im 20. Jahr der Wiedervereinigung an die Wichtigkeit der öffentlichen politischen Solidarität mit den Opfern: „Zu sagen: Wir schauen hin, wir schreiben auf, wir kennen die Namen – das können Gemeinden tun, das können Parteien tun, das können wir alle tun.“ Religionsfreiheit sei ein zentrales Menschenrecht, das es international durchzusetzen gelte.

Den Höhepunkt der 47. Bundestagung bildete zweifellos die Verleihung der Hermann-Ehlers-Medaille an Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker im Rahmen eines eigenständigen Festaktes. Der EAK-Bundesvorsitzende ehrte Richard von Weizsäcker, der von 1970 bis 1984 Mitglied im EAK-Bundesvorstand war, als „wichtigen Wegbegleiter und Impulsgeber des EAK“. Weizsäcker stehe für die Kraft der Versöhnung, für Vernunft- und Konsensbereitschaft sowie für ein politisches Engagement, das seiner moralischen Verantwortung treu geblieben sei. In seiner Funktion als Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages sei er ein entscheidender Brückenbauer zwischen Kirche und Politik gewesen. Rachel hob des Weiteren von Weizsäckers intensives Engagement zur Überwindung der unnatürlichen Teilung Deutschlands und Europas hervor: Für ihn sei die deutsche



86. Richard von Weizsäcker bekommt von Thomas Rachel die Hermann-Ehlers-Medaille überreicht.

Frage immer eine Freiheitsfrage gewesen. Schon zu seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin habe er in überzeugender Weise für die Zusammengehörigkeit von Ost- und Westdeutschen gearbeitet. Frühzeitig habe er auch Kontakte zu den Kirchen in der damaligen DDR aufgebaut. Er habe somit als „Bundespräsident der Einheit“ neben dem großen „Kanzler der Einheit“, Helmut Kohl, einen unverrückbaren Platz in der jüngeren deutschen Geschichte eingenommen. Rachel betonte die her-

vorgehobene Rolle des Christen und Politikers Richard von Weizsäcker, welcher beispielhaft für ein „engagiertes Plädoyer im Sinne von Freiheit in Verantwortung“ stehe. Mit seiner Glaubwürdigkeit im Denken und Handeln habe er für die Menschen neues Vertrauen in die Politik gestiftet.

Die zweite Hälfte des Jahres stand im Zeichen der intensiven Debatten um die Frage der Zulässigkeit der sogenannten „Präimplantationsdiagnostik“ (PID). Während sich der EAK-Bundesvorstand erneut gegen das Verfahren der PID aussprach (vgl. S. 154) und für ein gesetzliches Verbot votierte, gab es, sowohl bei vielen evangelischen Unionsvertretern und Bundestagsabgeordneten als auch im deutschen Protestantismus insgesamt durchaus unterschiedliche Positionen. Der ehemalige EAK-Bundesvorsitzende Peter Hintze beispielsweise gehörte zu den prominenten Befürwortern einer Zulassung der PID für betroffene Paare mit schwerer erblicher Vorbelastung und wurde dann auch federführend für einen entsprechenden Gesetzesentwurf im Deutschen Bundestag. Obwohl im neuen Grundsatzprogramm der CDU von 2007 noch beschlossen worden war: „Wir treten für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) ein“ (Ziff. 231), endete die erneute Abstimmung über dieses Thema auf dem 23. Parteitag in Karlsruhe – nach stundenlangen und intensiven Debatten – nur mit einer hauchdünnen Mehrheit (51%) der PID-Gegner. Auch die Position der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die sich erst vergleichsweise spät in die Diskussion eingebracht hatte, deckte sich ganz offensichtlich nicht mehr mit den Verlautbarungen des Jahres 2003, wo noch ein klares Votum gegen die Zulassung der PID ausgesprochen worden war. Die katholische Kirche in Deutschland hingegen machte ihre ablehnende Haltung sofort und unmissverständlich klar.

Der EAK machte deutlich, dass die Wünsche und Nöte von Ehepaaren, Eltern gesunder Kinder werden zu wollen, zwar nachvollziehbar seien, dass die PID hierfür jedoch grundsätzlich als kein geeignetes Instrument erachtet werden könne, da sie mit dem ethischen Problem behaftet sei, dass ihr der Gedanke der Selektion der genetisch als geeignet erscheinenden Embryonen zugrunde liege. Menschliche Embryonen würden auf ihre Erbgutschädigung hin untersucht, um im positiven Nachweisfall für eine Schwangerschaft gerade nicht verwendet, sondern verworfen zu werden. Ferner garantiere auch die PID letztlich kein gesundes Kind und eine bloße Behinderungsprognose dürfe nicht unter der Hand zum Automatismus für eine Abtreibung führen. Dies gelte hier umso mehr, da bei einer mit der PID gekoppelten künstlichen Befruchtung (IVF) nicht in gleicher



87. Peter Hintze und Thomas Rachel auf dem 23. CDU-Parteitag in Karlsruhe.

Weise von einem unausweichlichen, existentiellen Schwangerschaftskonflikt ausgegangen werden könne wie bei einer natürlichen Problemschwangerschaft. Der EAK-Bundesvorsitzende äußerte sich auf dem CDU-Parteitag wie folgt: „Ethik ist immer auch Ethik im Widerstreit. So ist es auch hier. Hat ein Embryo eine Erbschädigung, kann er bei konsequenter Anwendung der PID verworfen werden. Wird die PID aber verboten, können wir in der Tat nicht ausschließen, dass die Eltern später in eine Situation kommen, in der sie sich für eine Spätabtreibung des Embryos

entscheiden. Beide Alternativen zeigen, dass wir uns in moralischen Dilemmata befinden, aus denen wir uns nicht vollständig befreien können. Deshalb ringen wir um die richtige Antwort. Wir als Evangelischer Arbeitskreis kommen letztlich zu dem Schluss, PID nicht zuzulassen. Wenn eine Mutter sich in einem existenziellen Schwangerschaftskonflikt befindet, während das Kind im Mutterleib heranwächst, ist dies von einer deutlich anderen Dramatik, als wenn Paare noch vor der Frage stehen, ob sie überhaupt eine PID durchführen wollen. Insofern kann man beide Situationen nicht gleichsetzen. Empfindet eine Mutter ihre vorhandene Schwangerschaft als für sie existenzielle Notsituation, ist der Konflikt unausweichlich. Im Angesicht der noch nicht gefüllten Petrischale ist die PID hingegen eine Option, auf die man gegebenenfalls verzichten kann. Unter Abwägung all dieser Punkte raten wir von der PID ab.“

Auf der 48. Bundestagung im Jahre 2011, die ein weiteres Mal in Berlin stattfand, wurde Thomas Rachel zum vierten Male in seinem Amt als EAK-Bundesvorsitzender bestätigt. Als stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende wurden die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, der Parlamentarische Staatssekretär und Landesvorsitzende des EAK der CSU, Christian Schmidt, der Ministerialdirektor im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dieter Hackler, der hessische Landtagspräsident Norbert Kartmann sowie der Rechtsanwalt und ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete von Baden-Württemberg, Hans-Michael Bender, gewählt.

Die Bundestagung, die unter dem Motto „Unsere Schöpfungsverantwortung – Orientierungen für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik“ stand, versammelte wieder prominente Gäste aus Kirche und Politik, u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesumweltminister Norbert Röttgen, den Berlin-Brandenburgischen Bischof Dr. Markus Dröge, den bekannten Systematischen Theologen Prof. Dr. Jürgen Moltmann und die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner. In der gleichnamigen Resolution der Bundestagung, die vor allem auch durch die intensive fachliche Expertise des Beisitzers im EAK-Bundesvorstandes, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, geprägt worden war, wurde gefordert, dass eine verantwortliche und zukunftsfähige Umwelt- und Klimapolitik von einem redlichen Bemühen um eine ganzheitliche Betrachtungsweise ausgehen müsse, wobei alle ökologischen und politischen Bewertungen und Handlungsableitungen dabei stets mit einer sachlichen, ideologiefreien Zustandsanalyse des Gesamtsystems zu beginnen hätten. Die separate Betrachtung oder gar emotionale Überbetonung einzelner



88. Prof. Dr. Jürgen Moltmann beim Theologischen Abendgespräch der 48. EAK-Bundestagung in Berlin (von links nach rechts: Prof. Dr. Wolfgang Merbach, EAK-Bundesvorstand, und Prof. Dr. Jürgen Augustin, Leibniz-Zentrum für Agrarforschung)

Komponenten oder Maßnahmen dürfe nicht den Blick auf Zusammenhänge und Langzeitwirkungen verstellen. Dies war natürlich vor dem Hintergrund der zum Teil fast hysterisch anmutenden Diskussionen über die Energiepolitik zu Beginn des Jahres 2011 mit Bedacht formuliert worden. Festgehalten wurde ferner: „Ein langfristig angelegtes, ganzheitliches Energietransformationskonzept zur Senkung der Treibhausgasemissionen ist unter Beibehaltung der Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Schonung der Umwelt bei gleichzeitiger Gewährleistung höchstmöglicher Sicherheit für die Bevölkerung zu realisieren. Notwendig erscheint uns dafür als Übergang ein Energiemix. In diesem Zusammenhang hat allerdings die schwere Havarie in Fukushima die Sicherheitsproblematik von Atomreaktoren erneut deutlich gemacht. Eine zukunftsweisende Energiepolitik in Deutschland muss daher im Zeichen eines schnellstmöglichen Umstiegs in das Zeitalter der regenerativen Energien stehen. Dabei sollte für den Prozess des Ausstiegs aus der Kernspaltung ein breiter gesellschaftlicher Konsens erreicht werden. Die neu aufgeworfenen Sicherheitsfragen müssen auch gesamteuropäisch beantwortet werden.“



89. (Von links nach rechts): Katrin Göring-Eckardt (Synodenpräses der EKD), CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, Klaus Eberl (Vize-Synodenpräses der EKD), Präses Schneider (EKD-Ratsvorsitzender) und der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel auf dem EAK-Empfang auf der Herbstsynode der EKD in Magdeburg (2011)

Auch die 48. EAK-Bundestagung zeigte einmal mehr, diesmal vor dem Hintergrund des japanischen Kernkraftwerkunglückes und der erneuten Debatte um die friedliche Nutzung der Kernenergie, wie es dem Evangelischen Arbeitskreis in den Jahrzehnten seines Bestehens gelungen ist, gleichermaßen aktuelle wie auch grundsätzliche Fragestellungen immer wieder in überzeugender Weise miteinander zu verbinden. Deutlich wurde ebenfalls, sei es auf dem jüngsten Empfang des EAK anlässlich des 33. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Dresden oder der Herbstsynode der EKD, wie ausgesprochen gut, entspannt und konstruktiv sich auch das gesamte Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche und der Union in den letzten Jahren entwickelt hat.

\*\*\*

Nirgendwo sonst in der Parteienlandschaft gibt es ein mit dem Evangelischen Arbeitskreis vergleichbares Forum des protestantischen Gespräches über die politischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Wenn wir in diesem Jahr das 60-jährige Bestehen des EAK feiern, so wissen wir, dass dies nicht zu dem Zwecke geschieht, wie es Gottfried Mehnert einmal treffend ausgedrückt hat, um nostalgische Rückschau zu betreiben, sondern um auch weiterhin einen Beitrag zu leisten für eine Politik auf der Grundlage unseres gemeinsamen Verständnisses von evangelischer Verantwortung. Der EAK war sich niemals in seiner Geschichte selbst genüge, und er wird es auch in Zukunft niemals sein. Der EAK war auch nie eine Art von konfessionalistischer „Lobby“-Vertretung der Protestanten gegenüber den Mehrheitskatholiken in der Union, sondern die notwendige Antwort engagierter evangelischer Christenmenschen auf ein vor allem praktisch-theologisches Problem des Protestantismus. Während es nämlich für die katholischen Geschwister im Grunde genommen stets selbstverständlich war, einer „christlich-demokratischen“ bzw. „christlich-sozialen“ Partei beizutreten und dabei eben auch als katholische Christen politisch sichtbar in Erscheinung zu treten, gab und gibt es hier auf Seiten des Protestantismus immer wieder notorisch bedingte Zurückhaltungen, theologische Bedenken, milieubedingte Akzeptanzprobleme und hinderliche Missverständnisse von durchaus grundsätzlicher Natur. Diese konnten über die letzten Jahrzehnte – hauptsächlich durch das unermüdliche Engagement des EAK – in umfänglicher Weise abgebaut werden, auch wenn sie wahrscheinlich niemals vollständig verschwinden werden.

Innerhalb der Union ist der EAK eine nach wie vor tragfähige Basis für die interkonfessionelle Zusammenarbeit sowie ein unverzichtbares Forum für all diejeni-



gen Grundsatzfragen, die das christliche Menschenbild und die konkrete Verantwortung von Christen in dieser Welt betreffen. Seine bleibende Attraktivität und Anziehungskraft – auch nach nunmehr sechs Jahrzehnten – bezieht er nicht zuletzt aus der Sachgebundenheit seines besonderen politischen Engagements selbst: In einer Zeit, in der Parteien, Politiker und die Politik insgesamt unter massivem Vertrauensverlust zu leiden haben, wird der Wert einer wohlthuend anderen Art der Kultur der politischen Meinungsbildung bzw. Diskussion mehr als deutlich. Der große Erfolg und Zuspruch jedenfalls, den beispielsweise die Veranstaltungen und die thematische Arbeit des EAK bis heute haben, bestätigen dies immer wieder augenfällig. Der EAK hat bis zum heutigen Tage nichts von seiner Bedeutsamkeit eingebüßt, auch wenn sich seit 1952 vieles verändert haben mag.

Auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden uns die Themen nicht ausgehen. Die politischen und gesellschaftlichen Debatten in unserem Land und in unseren Kirchen werden uns auch weiterhin beschäftigen. Niemand kann absehen, was in der nächsten Zeit an neuen Herausforderungen bevorsteht. Der Evangelische Arbeitskreis wird dies alles aber – so Gott will – auch in Zukunft auf gewohnte Weise begleiten und ein verlässlicher und glaubwürdiger Gesprächspartner und Brückenbauer zwischen Kirche und Politik sein.

# Nachwort

## Verantwortung vor dem Worte Gottes auch in künftigen Herausforderungen

(Gottfried Mehnert)

Die „Verantwortung vor dem Worte Gottes“ war für die Gründer des Evangelischen Arbeitskreises die allein tragfähige Grundlage des politischen Handelns und der Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen in der Union. Daran hat der Evangelische Arbeitskreis durch die 60 Jahre seines Wirkens festgehalten, und er wird auch künftig nur dann seine Existenzberechtigung wahren, wenn dies so bleibt und er weder im Sog der Säkularisierung in „protestantische Farblosigkeit“ abgleitet, noch die nach wie vor existierenden Unterschiede zwischen den Konfessionen in der Union mit dem Begriff der „Volkspartei“ verschleiert und als irrelevant abtut. Vor diesen Gefahren hatte schon Hermann Ehlers gewarnt, dem es um die *politische* Zusammenarbeit ging, nicht aber um die Überwindung der Glaubensunterschiede, für die die Politik nicht zuständig ist. Wohl aber ging es ihm um eine „Parität der gegenseitigen Achtung“ und um „den gegenseitigen Respekt vor der Wahrheit, die jede Seite aus ihrem Verständnis des Wortes Gottes zu verkündigen sich gerufen sieht“<sup>185</sup>. Auch diesem Vermächtnis ist der Evangelische Arbeitskreis verpflichtet, ebenso wie auch die ihm verbundene und geistesverwandte, von Kai-Uwe von Hassel gegründete Hermann-Ehlers-Stiftung. Die kontinuierliche Rückbesinnung auf die Leitgedanken Ehlers' gründet sich in der kirchlichen Bindung aller, die sich aktiv in den Evangelischen Arbeitskreisen eingebracht haben. Vorsitzende und Mitglieder des Bundesvorstands, der Landesarbeitskreise wie auch der örtlichen Arbeitskreise waren und sind zugleich kirchlich engagierte evangelische Christen, die in Kirchenvorständen, Synoden, Kirchenleitungen, Kirchentagsgremien wie auch bei den „Gemeindetagen unter dem Wort“, in kirchlichen und diakonischen Werken, in Kammern der EKD und anderen kirchlichen Gremien mitgearbeitet haben und mitarbeiten. Sie taten und tun es aus der Verantwortung, gegenüber ihrer Kirche, auch wenn ihnen als Repräsentanten der Unionsparteien zuweilen Reserviertheit begegnet. In dieser Verantwortung aus Glauben war der Evangelische Arbeitskreis bis heute auch ein kritischer Gesprächspartner der Evangeli-

schen Kirche, wenn es darum ging, den Freiraum politischer Ermessensentscheidungen gegenüber denjenigen zu wahren, die meinten, eindeutige Weisungen für politische Entscheidungen aus dem Evangelium ableiten zu können und die mit dem „status confessionis“ operierten.

Die Bindung an das Wort Gottes war auch das Kennzeichen aller Bundestagungen des Evangelischen Arbeitskreises. Er hat evangelische Theologen aus Kirche und theologischer Wissenschaft als Redner und Gesprächspartner zu seinen Tagungen eingeladen, nicht um sich in seinen politischen Überzeugungen theologisch bestätigen zu lassen, sondern um sich in aktuellen und grundsätzlichen politischen Fragen den Forderungen des Wortes Gottes und den in ihm begründeten sozialetischen Anforderungen zu stellen.

Sein Blick hat sich dabei nach zwei Seiten gerichtet. Einerseits hat er, als seine besondere Aufgabe, evangelische Christen davon überzeugen wollen, dass sie durch tatsächliche Mitarbeit im politischen Leben, nicht aber durch Kritik aus der Ferne, ihre politische Verantwortung wahrnehmen müssen, um ihren Teil zum gemeinsamen Gestalten des politischen Lebens beizutragen. Die theologisch-politischen Dialoge bei den Bundestagungen haben dafür immer wieder Orientierungslinien aufgezeigt. Andererseits hat der Evangelische Arbeitskreis seine Aufgabe darin erkannt, in den gemeinsamen politischen Gestaltungswillen und in die programmatische Diskussion der Unionsparteien spezifisch evangelisches Gedankengut einzubringen. Dies waren und sind die Motive der evangelischen Sozialethik für die Bereiche des menschlichen Zusammenlebens, die ihre Wurzeln im lutherischen Verständnis von der Freiheit des Christenmenschen haben; dies war und ist die Offenheit, die sich anderen gegenüber nicht abgrenzt, die Offenheit auch für neue Situationen und Herausforderungen, die nicht in überkommenen Denkmustern verharren, sondern in den Herausforderungen den Anruf Gottes zur Bewährung des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung sieht<sup>186</sup>.

Das hat dem Evangelischen Arbeitskreis zu seinen besten Zeiten die ihm eigene Spannweite und Dynamik verschafft. Vier in den Tagungsthemen auffällig häufig wiederkehrende Stichworte sind dafür kennzeichnend; die beiden miteinander korrespondierenden Worte „Verantwortung“ und „Herausforderung“, die die Glaubensbindung und die Weltwirklichkeit zueinander in Beziehung setzen, und die beiden Worte „Hoffnung“ und „Zukunft“, die in der evangelischen Glaubensgewissheit verwurzelt sind. Darin liegt auch der Grund dafür, dass der Evangeli-

sche Arbeitskreis immer wieder ein Gespür für neue, am Horizont auftauchende Fragen, Entwicklungen und Aufgaben besessen und aus seinem evangelischen Proprium heraus Perspektiven und Maßstäbe für deren Bewältigung gesucht hat.

Damit ist auch seine künftige Aufgabe und Bedeutung umschrieben. Es hat zuweilen im politischen und öffentlichen Raum Stimmen gegeben, die den Sinn Evangelischer Arbeitskreise in Frage gestellt haben mit dem Verweis auf die schwächer gewordene kirchliche Bindung im evangelischen Bereich und darauf, dass sie für das konfessionelle Miteinander in den Unionsparteien keine Rolle mehr spielten. Dabei wird jedoch verkannt, dass die historisch tief verwurzelten konfessionellen Prägekräfte nach wie vor wirksam sind, wenn auch in der Gesellschaft und im politischen Bereich weithin unbewusst. Umso wichtiger ist es für Parteien wie CDU und CSU, in der Evangelische und Katholische in ihrem politischen Gestaltungswillen vereint sind, dass diese sich ihrer eigenen Art und der Eigenart der anderen bewusst werden, nicht um sich gegeneinander abzugrenzen, sondern um im friedvollen Miteinander das je Eigene einzubringen. In diesem Sinne hat der Evangelische Arbeitskreis durch fünf Jahrzehnte in den Unionsparteien gewirkt. Und darin liegt auch seine Chance für die Zukunft.

Als Deutschland wieder vereint war, meinte so mancher, die CDU würde protestantischer werden. Man wird fragen dürfen, ob sich hinter dieser Ansicht nicht unbewusst die Vorstellung verbarg, dass sie bisher zu katholisch gewesen ist. Wahr ist daran freilich, dass die Kernländer der Reformation ihre auch in vierzigjähriger kommunistischer Herrschaft nicht ausgelöschte geschichtlich-kulturelle evangelische Prägung wieder in das gesamtdeutsche geistige, kulturelle und politische Leben einbringen. Und nicht nur das, sondern dazu auch die leidvollen Erfahrungen evangelischer Christen in mehr als vier Jahrzehnten unter einem sozialistischen Regime, die viele von ihnen dazu bewogen haben, in der Zeit der Wende und dann im geeinten Deutschland selbst politische Verantwortung zu übernehmen. Wenn dies mit dem „protestantischer“ gemeint sein sollte, dann hat der Evangelische Arbeitskreis die besondere Aufgabe, diese Erfahrungen für die Unionsparteien weiterhin fruchtbar werden zu lassen.

Albrecht Martin wie auch Christian Meißner haben in ihrer Darstellung der zwei Jahrzehnte von 1992 bis 2012 nachdrücklich deutlich gemacht, dass sich der Evangelische Arbeitskreis neuen ethischen, gesellschaftlichen und politischen Situationen und Fragen gestellt hat. Auch in Zukunft wird es ihm an Herausforde-

rungen und Aufgaben nicht mangeln. Denn es wird hinreichend Probleme geben, zu deren Lösung Beiträge aus evangelischer Verantwortung gefordert sind und für die das Gespräch mit der evangelischen Kirche und Theologie wie bisher einen wesentlichen Beitrag leisten kann, der in grundsätzlichen und konkreten politischen Entscheidungen Orientierung und Maßstäbe vermittelt. Es wird dem Evangelischen Arbeitskreis auch weiterhin daran gelegen sein, im Geist christlicher Geschwisterlichkeit mit den katholischen Christen zusammenzuarbeiten, und das nicht nur in der CDU/CSU, nicht nur in Deutschland. Als der EAK auf seiner Bundestagung 1992 in Wittenberg seinen Blick auf Europa richtete, war er sich dessen bewusst, dass Europa mehr ist als nur die zusammenwachsende und sich erweiternde politische und wirtschaftliche Gemeinschaft, dass es auch eine geistige, kulturelle und religiöse Einheit in Vielfalt ist.

In der Zeit, in der der Evangelische Arbeitskreis entstand, wurde viel über die Bedeutung des „christlichen Abendlandes“ gesprochen. Hermann Ehlers hatte nicht nur gegen diese Kennzeichnung manche Vorbehalte. Er machte darauf aufmerksam, dass dazu nicht nur St. Peter in Rom und die Kathedrale von Chartres, sondern auch die Schlosskirche zu Wittenberg, die Kathedrale zu Genf, der Dom zu Canterbury und der Dom zu Uppsala gehören<sup>187</sup>. Mittlerweile zählt zu diesen symbolischen Orten in der Europäischen Union auch das griechisch-orthodoxe Kloster Agia Lawra, von dem 1821 das Signal zur Befreiung Griechenlands aus vierhundertjähriger türkisch-moslemischer Herrschaft und damit zu seiner Rückkehr nach Europa ausgegangen ist. Seit unter der zerbrochenen Kruste der kommunistischen Diktatur die Konturen der im Westen weithin vergessenen christlichen Geschichte Osteuropas wieder hervortreten, gehören zu den symbolischen Stätten Europas auch wieder der Dom in Riga, das Kloster Sargorsk bei Moskau und die Isaaks-Kathedrale in St. Petersburg. Wenn in den kommenden Jahren bis zum 500. Gedenktag von Luthers Thesenanschlag im Jahr 2017 die Wirkungsgeschichte der Reformation in Erinnerung gerufen wird, so tritt über die kirchliche, kulturelle, gesellschaftliche und politische Bedeutung der Reformation in ihrem Ursprungsland hinaus auch ihre europäische Dimension und Bedeutung in den Blick. Die Besinnung auf sie ruft die geistlichen und geistigen Kräfte wach, die durch fünf Jahrhunderte gewirkt haben, die heute zu freier Verantwortungsbereitschaft und engagierten Gestaltungswillen ermutigen und die auch künftig wirken werden. Der europäische, ja der globale Horizont ist weiter geworden, und das ist für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU eine seinem Wesen und Selbstverständnis angemessene Herausforderung für die Zukunft.

# Lebensläufe der Bundesvorsitzenden

## **D. Dr. Hermann Ehlers (1904-1954)**

1.10.1904 – 29.10.1954

*Jurist, Bundestagspräsident*

1934 Mitglied der Bekennenden Kirche, 1935 Justitiar des Bruderrates der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, 1936-1939 Richter, 1945 Oberkirchenrat in Oldenburg, Mitgestalter der Grundordnung der EKD, 1946 CDU-Mitglied des Stadtrates in Oldenburg, 1948 Mitglied der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam, Mitglied der Synode der EKD, 1949-1954 MdB, 1950-1954 Bundestagspräsident, 1952 stv. Bundesvorsitzender der CDU, 1952-1954 Mitbegründer und erster Vorsitzender des EAK, 1952-1954 Vorsitzender des LV Oldenburg.



## **Dr. Robert Tillmanns**

5.4.1896 – 12.11. 1955

*Volkswirt, Bundesminister*

1925-1930 Mitbegründer und stv. Hauptgeschäftsführer der Studienstiftung des deutschen Volkes, 1931-1933 preußische Schulverwaltung (Regierungsrat), 1938-1945 Mitteldeutsche Stahlwerke (Flick-Konzern), 1933 Entlassung aus dem preußischen Staatsdienst, Mitglied der Bekennenden Kirche, Mitbegründer der CDU Berlin, 1945-1949 Leiter des Zentralbüros Ost des Hilfswerks der EKD, 1946 MdL Sachsen, 1949-1955 MdB, 1952-1955 Vorsitzender der CDU Berlin, 1951-1955 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der CDU, 1953-1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1952 Mitbegründer und 1954-55 Bundesvorsitzender des EAK.



## **Dr. Gerhard Schröder**

11.9.1910 – 31.12.1989

*Rechtsanwalt, Bundesminister*

Nach 1945 persönlicher Referent des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dann Oberregierungsrat in der Landesregierung in NRW, Mitgründer der CDU. 1947-1953 Anwalt in Düsseldorf, 1949-1980 MdB (1951-1953 stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1969-1980 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses), 1953-1961 Bundesinnenminister des Innern, 1955-1978 Bundesvorsitzender des EAK, 1961-1966 Bundesaußenminister, 1966-1969 Bundesminister der Verteidigung, 1967-1973 stv. Bundesvorsitzender der CDU.



## **Prof. Dr. Roman Herzog**

5.4.1934

*Jurist, Bundespräsident a.D.*

lehrte 1966-1973 an der Freien Universität Berlin und der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer, 1973-1978 Leiter der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn. 1971-1980 Vorsitzender der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung. 1978-1980 Minister für Kultus und Sport in Baden-Württemberg, 1980-1983 Übernahme des Innenministerressorts, 1978-1983 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, 1987 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, 1987-1994 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, 1994-1999 Bundespräsident.



**Albrecht Martin** (geb. 1927), 1954-1967 als Theologe, Historiker

und Germanist im Schuldienst in Rheinland-Pfalz, Lehrbeauftragter an der theologischen Fakultät Mainz, Synodaler der EKD und der Ev. Kirche im Rheinland, ordiniertes Predigthelfer, 1967-1991 Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz, 1974-1985 dessen Präsident, 1985-1989 rheinlandpfälzischer Minister für Bundesangelegenheiten. 1984-1990 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU. 1991-1997 Nebenamtliches Mitglied der Kirchenleitung der Ev. Kirche im Rheinland.



**Peter Hintze** (geb. 1950), 1971 bis 1974 Mitglied des Bundesvorstandes des RCDS. 1975 bis 1984 Mitglied im Deutschlandrat der Jungen Union. 1980-1983 Pfarrer in Königswinter. 1983 bis 1990 Bundesbeauftragter für den Zivildienst. 1990 bis 1992 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU. Januar 1991 bis Mai 1992 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Frauen und Jugend. Mai 1992 bis Nov. 1998 Generalsekretär der CDU Deutschlands. Bis 1998 Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.



**Dr. Angela Merkel** (geb. 1954), nach Abschluss des Physikstudiums Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für physikalische Chemie an der Akademie der Wissenschaften 1978 bis 1990, 1989 Mitglied des „Demokratischen Aufbruchs“, 1990 Stellvertretende Regierungssprecherin der Regierung de Mai-zière, seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1990 Referentin im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1991-1998 stellvertretende Vorsitzende der CDU-Deutschlands, 1992-1993 Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU. Seit Juni 1993 Vorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommern. 1991-1994 Bundesministerin Frauen und Jugend, 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. 1998-2000 Generalsekretärin der CDU Deutschlands. Seit 2000 Vorsitzende der CDU Deutschlands. 2002-2005 Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit 2005 Bundeskanzlerin.



### **Jochen Borchert**

25.4.1940

*Landwirt und Diplomökonom, Bundesminister a.D., MdB*

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 2009, von Mai 1989 bis Januar 1993 haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Von Jan. 1993 bis Okt. 1998 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von 1993 bis 2003.





**Thomas Rachel** (geb. 1962), seit 1989 stv. CDU-Kreisvorsitzender in Düren, von 1992 bis 2004 Angestellter der Wirtschaftsvereinigung Stahl (Düsseldorf), seit 1991 Landesvorstandsmitglied der CDU NRW, 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1998 bis 2005 Obmann für Bildungs- und Forschungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von 2003 bis 2005 Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages, seit 2000 Landes-synodaler der Evangelischen Kirche im Rheinland, seit 2003 stellvertretendes Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), seit 2003 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, seit 2010 Mitglied der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend.



# Übersicht über alle Bundestagungen und EAK-Bundesvorstände von 1952-2011

Bundestagung	Bundesvorstand
<p style="text-align: center;"><b>1952</b></p> <p><b>01. BUTA:</b> 14. – 16. September 1952 (Siegen): <i>„Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“</i></p>	<p>Wahlen des Geschäftsführenden Ausschusses auf der 01. BUTA: 14. – 16. März 1952 (Siegen): <i>Mitglieder:</i> Ernst Bach, Karl Sigmund Mayr, Hans Joachim Bayer, Karl von Buchka, Adolf Cillien, Hermann Ehlers, Ernst Eichelbaum, Friedrich Holzapfel, Walter Jansen, Helmut Lauffs, Schriftleiter Ernst Müller-Hermann, Karlfranz Schmidt-Wittmack, Herman Schneider, Wilhelm Simpfendörfer, Robert Stauch, Viktoria Steinbiß, Hans Erich Stier, Walter Strauß, Robert Tillmanns</p> <p>Wahl des Vorsitzenden auf der 1. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 27. Mai 1952: <i>Bundsvorsitzender:</i> Hermann Ehlers</p>
<p style="text-align: center;"><b>1953</b></p> <p><b>02. BUTA:</b> 05. – 07. Juni 1953 (Hannover): <i>„Verhältnis von politischen Parteien und Kirche“/ „Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa“</i></p>	<p>Mitgliederübersicht des Geschäftsführenden Ausschusses aus dem Politischen Jahrbuch der CDU/CSU 1953: <i>Bundsvorsitzender:</i> Hermann Ehlers <i>Beisitzer:</i> Eberhard Amelung, Ernst Bach, Heinz Bayer, Karl v. Buchka, Adolf Cillien, Ernst Eichelbaum, Friedrich Heinen, Friedrich Holzapfel, Walter Jansen, Hellmut Lauffs, Georg Baron von Manteuffel-Szoegge, Karl Sigmund Mayr, Schriftleiter Ernst Müller-Hermann, Else Gräfin von Rittberg, Otto Schmidt, Karlfranz Schmidt-Wittmack, Hermann Schneider, Gerhard Schröder, Wilhelm Simpfendörfer, Robert Stauch, Viktoria Steinbiss, Hans Erich Stier, Walter Strauß, Georg Strickrodt, Robert Tillmanns</p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p data-bbox="136 325 385 542"> <b>03. BUTA:</b>            12. – 13. Juni 1954            (Wuppertal):  <i>„Das Evangelische            Verständnis von Staat            und Politik“</i> </p>	<div data-bbox="413 269 526 314" style="background-color: #808080; color: white; padding: 2px; text-align: center; font-weight: bold;">1954</div> <p data-bbox="488 325 1076 393">           Wahlen des Geschäftsführenden Ausschusses auf der 03. BUTA: 12. – 13. Juni 1954 (Wuppertal):         </p> <p data-bbox="488 411 1084 948"> <i>Bundsvorsitzender: Robert Tillmanns</i>  <i>Stellvertretende Bundsvorsitzende: Bürgermeister Hermann Schneider, Staatssekretär Walter Strauß</i>  <i>Beisitzer: Eberhard Amelung, Ernst Bach, Franz Böhm, Karl v. Buchka, Adolf Cillien, Ernst Eichelbaum, Otto Heinrich v.d. Gablentz, Eugen Gerstenmaier, Kai-Uwe v. Hassel, Friedrich Heinen, Gustav C. Hernmarck, Walter Jansen, Konrad Kraske, Alfons Kreußel, Hellmut Lauffs, Robert Lehr, Werner v. Lojewski, Peter Lorenz, Dr. Georg Baron v. Manteuffel-Szoegge, Ernst Müller-Hermann, Edo Osterloh, Martin Redeker, Luise Rehling, Otto Schmidt, Friedrich K. Schramm, Gerhard Schröder, Elisabeth Schwarzhaupt, Wilhelm Simpfendorfer, Robert Stauch, Viktoria Steinbiß, Hans-Erich Stier, Georg Strickrodt</i>  <i>EAK-Bundesgeschäftsführer: Hans Strümpfel</i> </p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p data-bbox="451 269 564 314"><b>1955</b></p> <p data-bbox="173 323 435 465"><b>04. BUTA:</b> 06. – 08. Mai 1955 (Worms): „Christ und Vaterland“</p>	<p data-bbox="530 323 1106 455"><i>Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 8. Februar 1955 wurde beschlossen, den „Geschäftsführenden Ausschuss“ des EAK in einen „Bundesarbeitskreis“ umzuwandeln.</i></p> <p data-bbox="530 475 1118 542">Wahlen des Bundesvorstandes auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 1. Dezember 1955:</p> <p data-bbox="530 560 1068 760"><i>Bundvorsitzender: Gerhard Schröder Stellvertretende Bundesvorsitzende: Walter Strauß Beisitzer: Ernst Bach, Adolf Cillien, Alfons Kreußel, Edo Osterloh, Otto Schmidt, Hermann Schneider, Elisabeth Schwarzhaupt EAK-Bundesgeschäftsführer: Hans Strümpfel</i></p>
<p data-bbox="451 842 564 888"><b>1956</b></p> <p data-bbox="173 897 448 1079"><b>05. BUTA:</b> 11. – 13. Oktober 1956 (Berlin): „Herausforderungen unserer Zeit“</p>	<p data-bbox="530 897 1065 964">Ergänzungswahl zum Bundesvorstand auf der Sitzung des EAK am 10. April 1956:</p> <p data-bbox="530 982 1018 1079"><i>Stellvertretende Bundesvorsitzende: Ernst Bach, Hermann Schneider Weiteres Mitglied: Wilhelm Simpfendörfer</i></p>
<p data-bbox="451 1128 564 1173"><b>1957</b></p> <p data-bbox="173 1179 463 1361"><b>06. BUTA:</b> 20. – 22. Juni 1957 (Kassel): „Evangelische Verantwortung heute“</p>	<p data-bbox="530 1179 1118 1288">Mitgliederübersicht des Geschäftsführenden Ausschusses des EAK aus dem Politischen Jahrbuch der CDU/CSU 1956/57:</p> <p data-bbox="530 1306 1097 1543"><i>Bundvorsitzender: Gerhard Schröder Stellvertretende Bundesvorsitzende: Ernst Bach, Hermann Schneider, Walter Strauß Beisitzer: Adolf Cillien, Alfons Kreußel, Edo Osterloh, Martin Redeker, Otto Schmidt, Elisabeth Schwarzhaupt, Wilhelm Simpfendörfer EAK-Bundesgeschäftsführer: Hans Strümpfel</i></p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<b>1958</b>	
<p><b>07. BUTA:</b> 06. – 07. Juni 1958 (Essen): <i>„Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa“</i></p>	
<b>1960</b>	
<p><b>08. BUTA:</b> 01. – 02. April 1960 (Mannheim): <i>„Der Einzelne und die Gesellschaft heute“</i></p>	<p>Mitgliederübersicht des Geschäftsführenden Ausschusses des EAK aus dem Politischen Jahrbuch der CDU/CSU 1960: <i>Bundesvorsitzender: Gerhard Schröder Stellvertretende Bundesvorsitzende: Ernst Bach, Hermann Schneider, Walter Strauß Beisitzer: Paul Bausch, Adolf Cillien, Konrad Kraske, Alfons Kreußel, Edo Osterloh, Martin Redeker, Otto Schmidt, Elisabeth Schwarzhaupt EAK-Bundesgeschäftsführer: Hans Strümpfel</i></p>
<b>1961</b>	
<p><b>09. BUTA:</b> 01. – 03. Juni 1961 (Hamburg): <i>„Die Entscheidung des Evangelischen Wählers“</i></p>	
<b>1962</b>	
<p><b>10. BUTA:</b> 04. – 06. Oktober 1962 (Wiesbaden): <i>„Evangelische Verantwortung für morgen“</i></p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 10. Dezember 1962: <i>Bundesvorsitzender: Gerhard Schröder Stellvertretende Bundesvorsitzende: Walter Strauß Beisitzer: Ingeborg Geisendörfer, Wilhelm Hahn, Edo Osterloh, Otto Schmidt, Elisabeth Schwarzhaupt EAK-Bundesgeschäftsführer: Hans Strümpfel</i></p>

Bundestagung	Bundesvorstand
	<p style="text-align: center;"><b>1963</b></p> <p>Ergänzungswahlen zum Bundesvorstand auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 3. Juli 1963:  <i>Weitere Beisitzer:</i> Gerhard Schlosser, Gerhard Stoltenberg</p>
<p><b>11. BUTA:</b>  April 1964 (München):  „Geist, Ordnung und Macht“</p>	<p style="text-align: center;"><b>1964</b></p>
<p><b>12. BUTA:</b>  19. – 21. Mai 1965  (Bonn):  „Verantwortung für Deutschland“</p>	<p style="text-align: center;"><b>1965</b></p> <p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 12. BUTA:  19. – 21. Mai 1965 (Bonn):  <i>Bundvorsitzender:</i> Gerhard Schröder  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Walter Strauß  <i>Beisitzer:</i> Ingeborg Geisendörfer, Wilhelm Hahn, Gerhard Schlosser, Otto Schmidt, Elisabeth Schwarzhaupt, Gerhard Stoltenberg  <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Hans Strümpfel</p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p style="text-align: center;"><b>1966</b></p> <p><b>13. BUTA:</b> 19. – 21. Mai 1966 (Bochum): „Macht und Bildung in unserem Staat“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 20. März 1966: <i>Bundesvorsitzender:</i> Gerhard Schröder <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Wilhelm Hahn, Walter Strauß <i>Beisitzer:</i> Rudolf Eberhard, Gerhard Schlosser, Otto Schmidt, Elisabeth Schwarzhaupt, Gerhard Stolten- berg, Friedrich Vogel <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Hans Strümpfel</p>
<p style="text-align: center;"><b>1968</b></p> <p><b>14. BUTA:</b> 1968 (Bonn): „Unsere Demokratie zwi- schen gestern und heute“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 09. März 1968: <i>Bundesvorsitzender:</i> Gerhard Schröder <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Gerhard Stolten- berg, Wilhelm Hahn, Walter Strauß <i>Beisitzer:</i> Werner Dollinger, Rudolf Eberhard, Elisabeth Schwarzhaupt, Philipp von Bismarck, Arved Deringer <i>Beratende Mitglieder:</i> Gerd Lemmer, Friedrich Vogel, Klaus-Peter Seeger <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Peter Egen</p>
<p style="text-align: center;"><b>1969</b></p> <p><b>15. BUTA:</b> 20. – 22. März 1969 (Düsseldorf): „Freiheit und Autorität in unserem Staat“</p>	

Bundestagung	Bundesvorstand
<p style="text-align: center;"><b>1970</b></p> <p><b>16. BUTA:</b> 15. – 17. Oktober 1970 (Hannover): „Unser Wille zur gerechten Gesellschaft“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 20. April 1970:</p> <p><i>Bundvorsitzender:</i> Gerhard Schröder <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Werner Dollinger, <b>Wilhelm Hahn, Gerhard Stoltenberg</b> <i>Beisitzer:</i> Philipp von Bismarck, Arved Deringer, Erwin Ettling, Konrad Kraske, Hans Roser, Friedrich Vogel, Hanna Walz, Richard von Weizsäcker <i>darüber hinaus gehören zum Bundesvorstand:</i> Elisabeth Schwarzhaupt, Walter Strauß, Kai-Uwe von Hassel <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Peter Egen</p>
<p style="text-align: center;"><b>1972</b></p> <p><b>17. BUTA:</b> 10. – 12. März 1972 (Pforzheim): „Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 17. BUTA: 10. – 12. März 1972 (Pforzheim):</p> <p><i>Bundvorsitzender:</i> Gerhard Schröder <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Werner Dollinger, <b>Wilhelm Hahn, Kai-Uwe von Hassel, Gerhard Stolten- berg</b> <i>Beisitzer:</i> Philipp von Bismarck, Arved Deringer, Ingeborg Geisendörfer, Konrad Kraske, Gerd Langguth, Albrecht Martin, Inge Steimann, Kurt Thürk, Friedrich Vogel, Hanna Walz, Richard von Weizsäcker, Helga Wex <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Peter Egen</p>



Bundestagung	Bundesvorstand
<b>1973</b>	
<p><b>18. BUTA:</b> 07. – 09. September 1973 (München): „Wie wir morgen leben wollen“</p>	
<b>1974</b>	
<p><b>19. BUTA:</b> 06. – 08. Dezember 1974 (Mainz): „Zukunft und Hoffnung“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 10. Mai 1974 in Bonn: <i>Bundesvorsitzender:</i> Gerhard Schröder <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Werner Dollinger, Wilhelm Hahn, Kai-Uwe von Hassel, Gerhard Stoltenberg <i>Beisitzer:</i> Philipp von Bismarck, Ingeborg Geisendörfer, Roman Herzog, Hans-Ulrich Klose, Gerd Langguth, Albrecht Martin, Gottfried Mehnert, Inge Steimann, Friedrich Vogel, Hanna Walz, Richard von Weizsäcker, Waltrud Will-Feld <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Peter Egen</p>
<b>1976</b>	
<p><b>20. BUTA:</b> 05. – 07. März 1976 (Stuttgart): „In Glaube und Freiheit verpflichtet“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der der 20. BUTA: 05. – 07. März 1976 (Stuttgart): <i>Bundesvorsitzender:</i> Gerhard Schröder MdB <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Werner Dollinger, Wilhelm Hahn, Kai-Uwe von Hassel, Roman Herzog <i>Beisitzer:</i> Ursula Besser, Philipp von Bismarck, Hans-Adolf de Terra, Gerd Langguth, Karl Heinz Lemmrich, Albrecht Martin, Gottfried Mehnert, Inge Steimann, Friedrich Vogel, Richard von Weizsäcker, Waltrud Will-Feld, Manfred Wörner <i>Ständige Gäste:</i> Elisabeth Schwarzhaupt, Wolfgang Vogelsang, Helga Wex <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Peter Egen</p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p style="text-align: center;"><b>1977</b></p> <p><b>21. BUTA:</b> 13. – 15. Mai 1977 (Siegen): <i>25 Jahre EAK „Die Freiheit verantworten – Herausfor- derungen an uns Christen“</i></p>	
<p style="text-align: center;"><b>1978</b></p> <p><b>22. BUTA:</b> 28. – 30. April 1978 (Kassel): <i>„Wir Protestanten – Positionen heute“</i></p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der der 22. BUTA: 28. – 30. April 1978 (Kassel): <i>Bundesvorsitzender: Roman Herzog Ehrevorsitzender: Gerhard Schröder Ehrevorstandsmitglied: Elisabeth Schwarzhaupt Stellvertretende Bundesvorsitzende: Werner Dollinger, Wilhelm Hahn, Kai-Uwe von Hassel, Friedrich Vogel Beisitzer: Traugott Bender, Ursula Besser, Philipp von Bismarck, Peter von der Heydt, Gerd Langguth, Karl Heinz Lemmrich, Albrecht Martin, Gottfried Mehnert, Inge Steimann, Hans-Adolf de Terra, Richard von Weiz- säcker, Waltrud Will-Feld EAK-Bundesgeschäftsführer: Peter Egen</i></p>
<p style="text-align: center;"><b>1979</b></p> <p><b>23. BUTA:</b> 02. – 04. März 1979 (Wuppertal): <i>„Protestanten in der Union zu den Herausforderungen der Zeit“</i></p>	<p><i>Neuer EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> <b>Wilhelm Staudacher</b></p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p data-bbox="136 325 357 542"> <b>24. BUTA:</b>            13. – 15. Juni 1980            (Wolfsburg):            „Für den Frieden –            aus christlicher            Verantwortung“         </p>	<div data-bbox="413 269 526 314" style="background-color: #808080; color: white; text-align: center; padding: 2px;"><b>1980</b></div> <p data-bbox="488 325 1063 393">           Wahlen des Bundesvorstandes auf der 24. BUTA:            13. – 15. Juni 1980 (Wolfsburg):         </p> <p data-bbox="488 411 1053 542"> <i>Bundsvorsitzender:</i> Roman Herzog  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Werner Dollinger,            Kai-Uwe von Hassel, Sieghard-Carsten Kampf,            Albrecht Martin         </p> <p data-bbox="488 551 1078 717"> <i>Beisitzer:</i> Ursula Besser, Arnulf Borsche , Dr. Peter            Egen, Peter von der Heydt, Peter W. Höffkes, Gerd            Langguth, Gottfried Mehnert, Friedrich Menke , Hans-            Adolf de Terra, Friedrich Vogel, Richard von Weizsä-            cker, Waltrud Will-Feld         </p> <p data-bbox="488 726 1005 753"> <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Wilhelm Staudacher         </p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p data-bbox="451 269 564 314" style="text-align: center;"><b>1982</b></p> <p data-bbox="173 323 454 505"> <b>25. BUTA:</b>            21. – 23. Mai 1982            (Mainz):  <i>„Christen wissen:            Wir haben eine Zukunft“</i> </p>	<p data-bbox="530 323 1101 393"> <b>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 25. BUTA:</b>            21. – 23. Mai 1982 (Mainz):         </p> <p data-bbox="530 407 1091 542"> <i>Bundsvorsitzender:</i> Roman Herzog  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Werner Dollinger,            Kai-Uwe von Hassel, Sieghard-Carsten Kampf,            Albrecht Martin         </p> <p data-bbox="530 549 1118 717"> <i>Beisitzer:</i> Ursula Besser, Arnulf Borsche, Peter Egen,            Peter von der Heydt, Peter W. Höffkes, Gerd Lang-            guth, Gottfried Mehnert, Friedrich Menke, Hans-Adolf            de Terra, Friedrich Vogel, Richard von Weizsäcker,            Waltrud Will-Feld         </p> <p data-bbox="530 724 1116 822"> <i>zusätzliche Bundesvorstandsmitglieder:</i> Gerhard            Schröder (Ehrenvorsitzender), Elisabeth Schwarzhaupt            (Ehrenvorstandsmitglied)         </p> <p data-bbox="530 829 1043 859"> <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Wilhelm Staudacher         </p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<b>1984</b>	
<p><b>26. BUTA:</b>  10. – 12. Februar 1984  (Wuppertal):  „Barmen heute –  Der evangelische Christ im  Staat des Grundgesetzes“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 26. BUTA:  10. – 12. Februar 1984 (Wuppertal):  <i>Bundesvorsitzender:</i> Albrecht Martin  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Werner Dollinger,  Kai-Uwe von Hassel, Sieghard-Carsten Kampf, Friedrich Vogel  <i>Beisitzer:</i> Ursula Besser, Gottfried Mehnert, Waltrud Will-Feld, Arnulf Borsche, Peter Egen, Peter von der Heydt, Friedrich Menke, Gerd Langguth, Klaus-Jürgen Hedrich, Gerhard Rödding, Hans-Ulrich Klose  <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Erhard Hackler (seit 1983)</p>
<b>1986</b>	
<p><b>27. BUTA:</b>  18. – 20. April 1986  (Hannover):  „Um der Menschen willen  – Evangelische Christen  und die Soziale Marktwirtschaft“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 27. BUTA:  18. – 20. April 1986 (Hannover):  <i>Bundesvorsitzender:</i> Staatsminister Albrecht Martin  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Werner Dollinger,  Friedrich Vogel, Sieghard-Carsten Kampf, Arnulf Borsche  <i>Beisitzer:</i> Ursula Dippel, Klaus-Jürgen Hedrich,  Peter Höffkes, Hans-Ulrich Klose, Gerd Langguth,  Gottfried Mehnert, Friedrich Menke, Hans-Martin Pawlowski, Gerhard Rödding, Klaus Weigelt, Uwe Wienholz, Waltrud Will-Feld  <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Erhard Hackler</p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p style="text-align: center;"><b>1987</b></p> <p><b>28. BUTA:</b> 16. – 18. Oktober 1987 (Karlsruhe): <i>„Miteinander Zukunft gewinnen“</i></p>	<p><i>Neue EAK-Bundesgeschäftsführerin:</i> <b>Birigt Heide</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>1988</b></p> <p><b>29. BUTA:</b> 7. – 8. Oktober 1988 (Bonn): <i>„Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“</i></p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 29. BUTA: 7. – 8. Oktober 1988 (Bonn):</p> <p><i>Bundvorsitzender:</i> Albrecht Martin <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Arnulf Borsche, Werner Dollinger, Sieghard-Carsten Kampf, Friedrich Volgel</p> <p><i>Beisitzer:</i> Hans Bleckmann, Peter W. Höffkes, Gustav Isernhagen, Hans-Ulrich Klose, Gerd Langguth, Friedrich Menke, Hans-Martin Pawlowski, Gerhard Röd- ding, Gräfin Dorothea von Schlieben, Klaus Weigelt, Uwe Wienholz, Waltrud Will-Feld</p> <p><i>EAK-Bundesgeschäftsführerin:</i> Birigt Heide</p>
<p style="text-align: center;"><b>1989</b></p> <p><b>30. BUTA:</b> 20. – 21. Oktober 1989 (Nürnberg): <i>„Deutschland in Europa – Chance und Verpflichtung“</i></p>	

Bundestagung	Bundesvorstand
<p data-bbox="413 269 526 314" style="text-align: center;"><b>1990</b></p> <p data-bbox="136 329 429 505"> <b>31. BUTA:</b>            23. – 24. März 1990            (Wuppertal):  <i>„Freiheit und Einheit –            Zukunft für Deutschland“</i> </p>	<p data-bbox="488 329 1063 393">           Wahlen des Bundesvorstandes auf der 31. BUTA:            23. – 24. März 1990 (Wuppertal):         </p> <p data-bbox="488 411 1078 753"> <i>Bundvorsitzender: Peter Hintze</i>  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende: Werner Dollinger,            Sieghard-Carsten Kampf, Hedda Meseke, Friedrich            Vogel</i>  <i>Beisitzer: Hans Bleckmann, Arnulf Borsche, Peter Höff-            kes, Gustav Isernhagen, Hans-U. Klose, Volkmar Köh-            ler, Gerd Langguth, Friedrich Menke, Hans-Martin            Pawlowski, Dorothea von Schlieben, Klaus Weigelt,            Uwe Wienholz</i>  <i>EAK-Bundesgeschäftsführerin: Birigt Heide</i> </p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p style="text-align: center;"><b>1991</b></p> <p><b>32. BUTA:</b> 12. – 13. April 1991 (Berlin Kongresshalle): <i>„Das vereinte Deutschland – Chancen und Aufgaben“</i></p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 32. BUTA: 12. – 13. April 1991 (Berlin Kongresshalle): – <i>Der erste gesamtdeutsche Bundesvorstand</i> – <i>Bundesvorsitzender: Peter Hintze</i> <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende: Werner Dollinger, Hans Geisler, Sieghard-C. Kampf, Christine Lieberknecht, Hedda Meseke</i> <i>Beisitzer: Hans Bleckmann, Arnulf Borsche, Horst Gaede, Michaela Geiger, Gustav Isernhagen, Hans-U. Klose, Volkmar Köhler, Lothar de Maizière, Friedrich Menke, Gottfried Müller, Hans-Martin Pawlowski, Marlies Radke, Brigitte Schütze, Friedrich Vogel, Klaus Weigelt, Uwe Wienholz</i> <i>EAK-Bundesgeschäftsführerin: Birigt Heide</i></p>
<p style="text-align: center;"><b>1992</b></p> <p><b>33. BUTA:</b> 25. – 26. September 1992 (Lutherstadt Wittenberg): <i>„Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“</i></p>	<p>Wahl einer neuen Bundesvorsitzenden auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises auf der 33. BUTA: 25. – 26. September 1992 (Lutherstadt Wittenberg): <i>Bundesvorsitzende: Angela Merkel</i></p>



Bundestagung	Bundesvorstand
<b>1993</b>	
<p><b>34. BUTA:</b>  22. – 23. Oktober 1993  (Lübeck):  „Macht und Verantwortung – Politik im Dienst der Menschen“</p>	
<b>1995</b>	
<p><b>35. BUTA:</b>  27. – 28. Oktober 1995  (Erfurt):  „Die Bürger und ihr Staat – Gemeinsinn und Eigenverantwortlichkeit“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 35. BUTA:  27. – 28. Oktober 1995 (Erfurt):  <i>Bundvorsitzender:</i> Jochen Borchert  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Ingo Friedrich, Hans Geisler, Dieter Hackler, Gustav Isernhagen, Ministerin Christine Lieberknecht  <i>Beisitzer:</i> Ingeborg Babucke, Stefan Dachsel, Ilse Falk MdB, Anne Karin, Elisabeth Motschmann, Peter Schneemelcher, Hans Bleckmann, Tobias Utter, Klaus Weigelt, Uwe Wienholz, Karin Wolff, Thomas Rachel, Dietmar Franke, Ute Ernsting, Karin Wolff, Birgit Schnieber-Jastram, Michaela Geiger  <i>EAK-Bundesgeschäftsführerin:</i> Birigt Heide</p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p style="text-align: center;"><b>1997</b></p> <p><b>36. BUTA:</b> 6. – 7. Juni 1997 (Bochum): „Soziale Marktwirtschaft gestalten – neue Arbeitsplätze schaffen“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 36. BUTA: 6. – 7. Juni 1997 (Bochum): <i>Bundvorsitzender:</i> Jochen Borchert <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Ingo Friedrich, Hans Geisler, Dieter Hackler, Gustav Isernhagen, Christine Lieberknecht <i>Beisitzer:</i> Ingeborg Babucke, Hans Bleckmann, Stefan Dachsel, Ute Ernsting, Ilse Falk, Dietmar Franke, Harald Häßler, Johanna Köhler, Thomas Rachel, Michael Schekatz, Peter Schneemelcher, Friedemann Schwarzmeier, Tobias Utter, Klaus Weigelt, Uwe Wienholz, Karin Wolff <i>EAK-Bundesgeschäftsführerin:</i> Birigt Heide</p>
<p style="text-align: center;"><b>1999</b></p> <p><b>37. BUTA:</b> 28. – 29. Mai 1999 (Dresden): „Christen gestalten Europa“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 37. BUTA: 28. – 29. Mai 1999 (Dresden): <i>Bundvorsitzender:</i> Jochen Borchert <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Ingo Friedrich, Hans Geisler, Dieter Hackler, Gustav Isernhagen, Christine Lieberknecht <i>Beisitzer:</i> Hans Bleckmann, Hans Bookmeyer, Stefan Dachsel, Ilse Falk, Dietmar Franke, Frederike de Haas, Harald Häßler, Renate Holznagel, Johanna Köhler, Thomas Rachel, Eleonore Rudolph, Michael Schekatz, Tobias Utter, Klaus Weigelt, Uwe Wienholz, Karin Wolff <i>EAK-Bundesgeschäftsführerin:</i> Birigt Heide</p>

Bundestagung	Bundeschvorstand
<p style="text-align: center;"><b>2001</b></p> <p><b>38. BUTA:</b>  16. – 17. März 2001  (Fulda):  „Das "C" – Anspruch  und Herausforderungen  im 21. Jahrhundert“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 38. BUTA:  16. – 17. März 2001 (Fulda):</p> <p><i>Bundesvorsitzender:</i> Jochen Borchert  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Christine Lieberknecht, Hans Geisler, Dieter Hackler, Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen  <i>Beisitzer:</i> Karin Wolff, Renate Holznagel, Johanna Köhler, Thomas Rachel, Ilse Falk, Harald Häßler, Stefan Dachsel, Michael Schekatz, Tobias Utter, Friederike de Haas, Hans Bleckmann, Eleonore Rudolph, Hans Bookmeyer, Friedemann Schwarzmeier, Franz Doleschal, Dietmar Franke  <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Bernhard Felmberg (seit 2000)</p>
<p><b>39. BUTA:</b>  10. – 11. Mai 2002  (Würzburg):  „50 Jahre EAK – Gerechtigkeit gestalten“</p>	<p style="text-align: center;"><b>2002</b></p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<p data-bbox="451 269 564 316" style="text-align: center;"><b>2003</b></p> <p data-bbox="173 323 393 505">40. BUTA: 13. – 14. Juni 2003 (Halle): „<i>Selig sind die Friedenstifter</i>“</p>	<p data-bbox="526 323 1101 393">Wahlen des Bundesvorstandes auf der 40. BUTA: 13. – 14. Juni 2003 (Halle):</p> <p data-bbox="526 407 1101 440"><i>Bundesvorsitzender:</i> Thomas Rachel</p> <p data-bbox="526 444 1101 542"><i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Christine Lieberknecht, Hans Geisler, Dieter Hackler, Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen</p> <p data-bbox="526 546 1116 749"><i>Beisitzer:</i> Karin Wolff, Renate, Johanna Köhler, Hans-Michael Bender, Ilse Falk, Harald Häßler, Stefan Dachsels, Michael Schekatz, Tobias Utter, Friederike de Haas, Hans Bleckmann, Eleonore Rudolph, Hans Bookmeyer, Friedemann Schwarzmeier, Franz Doleschal, Volker Oberhausen, Hartmut Decker</p> <p data-bbox="526 764 1023 797"><i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Christian Meißner</p>
<p data-bbox="451 1244 564 1292" style="text-align: center;"><b>2004</b></p> <p data-bbox="173 1274 393 1452">41. BUTA: 25. – 26. Juni 2004 (Hannover): „<i>Evangelische Verantwortung</i>“</p>	

Bundestagung	Bundeschvorstand
<b>2005</b>	
<p><b>42. BUTA:</b>  10. – 11. Juni 2005  (Heidelberg):  „Zukunft für Deutschland  – zwischen 'Multikulti' und  'Leitkultur'?“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 42. BUTA:  10. – 11. Juni 2005 (Heidelberg):  <i>Bundesvorsitzender:</i> Thomas Rachel  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Karin Wolff, Christ-  ine Lieberknecht, Dieter Hackler, Dr. Ingo Friedrich,  Gustav Isernhagen  <i>Beisitzer:</i> Renate Holznagel, Eleonore Rudolph, Ilse  Falk, Tobias Utter, Johanna Köhler, Franz Doleschal,  Alexander Krauß, Hans-Michael Bender, Stefan  Dachsel, Hartmut Decker, Hans Bookmeyer, Silke  Gorißen-Mulder, Friedemann Schwarzmeier, Wolf-  gang Merbach, Volker Oberhausen, Hans-Jürgen Hopf  <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Christian Meißner</p>
<b>2006</b>	
<p><b>43. BUTA:</b>  10. Juni 2006  (Saarbrücken):  „Wahrheit und Wahrhaf-  tigkeit in der Politik und  in den Medien“</p>	

Bundestagung	Bundesvorstand
<p style="text-align: center;"><b>2007</b></p> <p><b>44. BUTA:</b> 15. – 16. Juni 2007 (Potsdam): <i>„Integration – Herausforderungen und Chancen für Deutschland“</i></p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 44. BUTA: 15. – 16. Juni 2007 (Potsdam): <i>Bundvorsitzender:</i> Thomas Rachel <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Christine Lieberknecht, Ingo Friedrich, Norbert Kartmann, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender <i>Beisitzer:</i> Ilse Falk, Karen Koop, Renate Holznagel, Dorlies Last, Apostolos Milionis, Michael Franz, Alexander Krauß, Heiner Sandig, Hans Bleckmann, Hans Bookmeyer, Silke Gorißen, Friedemann Schwarzmeier, Wolfgang Merbach, H.-Jürgen Hopf <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Christian Meißner</p>
<p><b>45. BUTA:</b> 20. Juni 2008 (Berlin): <i>„Globale Verantwortung im Zeichen von Frieden, Recht und Sicherheit“</i></p>	<p style="text-align: center;"><b>2008</b></p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<b>2009</b>	
<p><b>46. BUTA:</b>  12. – 13. Juni 2009  (Erfurt):  „Zukunft braucht Erfahrung – Chancen der demographischen Entwicklung“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 46. BUTA:  12./13. Juni 2009 (Erfurt):  <i>Bundesvorsitzender:</i> Thomas Rachel  <i>Mitglieder:</i> Michael Feist, Melanie Liebscher, Norbert Kartmann, Hans-Michael Bender, Ilse Falk, Karen Koop, Michael Franz, Wolfgang Merbach, Apostolos Milionis, Jost de Jager, Silke Gorißen, Hans-Jürgen Hopf, Alexander Krauß, Renate Holznagel, Dieter Hackler, Friedemann Schwarzmeie, Christine Lieberknecht, Hans-Ingo Friedrich, Dorlies Zielsdorf, Hans Bookmeyer, Tobias Utter  <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Christian Meißner</p>

Bundestagung	Bundesvorstand
<b>2010</b>	
<p><b>47. BUTA:</b>  11. – 12. Juni 2010  (Berlin):  „Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert“</p>	
<b>2011</b>	
<p><b>48. BUTA:</b>  13. Mai 2011 (Berlin):  „Unsere Schöpfungsverantwortung – Orientierung für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik“</p>	<p>Wahlen des Bundesvorstandes auf der 48. BUTA:  13. Mai 2011 (Berlin):  <i>Bundvorsitzender:</i> Thomas Rachel  <i>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</i> Christian Schmidt, Christine Lieberknecht, Norbert Kartmann, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Hans-Jürgen Hopf  <i>Beisitzer:</i> Michael Franz, Apostolos Milionis, Elisabeth Motschmann, Silke Gorißen, Frank Heinrich, Ilse Falk, Friedemann Schwarzmeier, Dorlies Zielsdorf, Renate Holznagel, Dirk Heuer, Karen Koop, Melanie Lieb-scher, Herlich Marie Todsens-Reese, Tobias Utter, Wolfgang Merbach  <i>EAK-Bundesgeschäftsführer:</i> Christian Meißner</p>





# Bonner Theologische Gespräche

- 1. Bonner Theologisches Gespräch** „Herrschaft der Theologie in der Politik – über Auswirkungen der Theologie in politischer Theorie und Praxis“  
**Prof. Dr. Trutz Rendtorff**  
22. Januar 1985
- 2. Bonner Theologisches Gespräch** „Verantwortung am Lebensbeginn“  
**Prof. Dr. Martin Honecker**  
23. April 1985
- 3. Bonner Theologisches Gespräch** „Der Islam – eine Herausforderung an das Abendland“  
**Prof. Dr. Siegfried Raeder**  
16. Dezember 1985
- 4. Bonner Theologisches Gespräch** „Die Demokratieschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland“  
Prof. Dr. Roman Herzog  
**24. Februar 1986**
- 5. Bonner Theologisches Gespräch** „Staat und Kirche bei Karl Barth“  
**Prof. Dr. Eberhard Jüngel**  
11. September 1986
- 6. Bonner Theologisches Gespräch** „Friede auf Erden – Weihnachten heute“  
**Karl-Heinz Neukamm**  
5. Dezember 1986
- 7. Bonner Theologisches Gespräch** „Zukunft – Hoffnung und Auftrag“  
**Prof. a. D. Dr. Dieter Walther**  
18. Februar 1987

- 8. Bonner Theologisches Gespräch** „Gott wollte, dass alle gleich sind“ – die Menschenrechte in der Kirche“  
**Prof. Dr. Martin Brecht**  
25. Januar 1988
- 9. Berliner Theologisches Gespräch** „Zwischen Schöpfung und Chaos. Dimensionen des biblischen Schöpfungsglaubens“  
**Prof. Dr. Dr. Siegfried Herrmann**  
7. Juni 1988
- 10. Berliner Theologisches Gespräch** „Die Theologie Karl Barths und ihre politische Wirkung“  
**Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Graf und Prof. Dr. Michael Weinrich**  
1. Dezember 1988
- 11. Bonner Theologisches Gespräch** „Die Evangelische Kirche im demokratischen Staat“  
**Prof. Dr. Eduard Lohse**  
8. Mai 1989
- 12. Bonner Theologisches Gespräch** „Aufbruch Europa“  
**Dr. Volkmar Köhler und Dr. Klaus Lefringhausen**  
9. Oktober 1989
- 13. Bonner Theologisches Gespräch** „Weihnachten und wir“  
**Prof. Dr. Dr. Otto Böcher**  
18. Dezember 1989
- 14. Bonner Theologisches Gespräch** „Kirche und Kultur. Brauchen wir einen neuen Kulturprotestantismus?“  
**Prof. Dr. Henning Schröer**  
26. März 1990

- 15. Bonner Theologisches Gespräch** „Christlich-jüdischer Dialog“  
**Dr. Alan Mittleman**  
31. Mai 1990
- 16. Bonner Theologisches Gespräch** „Fördern die Religionen den Weltfrieden?“  
**Prof. Dr. Pinchas Lapide**  
15. April 1991
- 17. Bonner Theologisches Gespräch** „Islam und Westen – Möglichkeiten und Hemmnisse eines Dialogs“  
**Prof. Dr. Abdoldjavad Falaturi**  
16. September 1991
- 18. Bonner Theologisches Gespräch** „Kein Weltfrieden ohne Religionsfrieden“  
**Prof. Dr. Hans Küng**  
17. Februar 1992
- 19. Bonner Theologisches Gespräch** „Der SED-Staat und die Kirchen“  
**Prof. Dr. Gerhard Besier**  
22. Juni 1992
- 20. Bonner Theologisches Gespräch** „Gemeinwohl und Eigennutz“  
**Prof. Dr. Trutz Rendtorff**  
17. September 1992
- 21. Bonner Theologisches Gespräch** „Was ist Vergangenheitsbewältigung? Erwägungen über Schuld und Vergebung“  
**Prof. Dr. Richard Schröder**  
1. März 1993

- 22. Bonner Theologisches Gespräch** „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ – Zur Trennung von Kirche und Staat  
**Prof. Dr. Axel von Campenhausen**  
7. Juni 1993
- 23. Bonner Theologisches Gespräch** „Schwestern sind keine Brüder“ – Zur Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“  
**Prof. Dr. Dorothea Wendebourg**  
1. Dezember 1993
- 24. Bonner Theologisches Gespräch** „Schritte auf dem Weg zum Frieden“  
**Prof. Dr. Günter Brakelmann**  
11. April 1994
- 25. Bonner Theologisches Gespräch** „Grundsätze und Perspektiven einer umfassenden Bioethik- unter besonderer Berücksichtigung von Gentechnik und Ökologie“  
**Prof. Dr. Dr. Günter Altner**  
5. September 1994
- 26. Bonner Theologisches Gespräch** „Feiern um Gottes Willen – Zum Kampf um die Feste“  
**Prof. Dr. Hans-Dieter Bastian**  
5. Dezember 1995
- 27. Bonner Theologisches Gespräch** „Aus der Befreiung leben“  
**Ignatz Bubis**  
26. Juni 1995
- 28. Bonner Theologisches Gespräch** „Der Islam kommt uns näher“ – Müssen Christen und Muslime Gegner bleiben?  
**Prof. Dr. Adel Theodor Khoury**  
9. Oktober 1995

- 29. Bonner Theologisches Gespräch** „Widerstand gegen die Obrigkeit?“  
Luthers Lehre vom Staat und ihre geschichtlichen Folgen  
**Prof. Dr. Joachim Mehlhausen**  
15. Januar 1996
- 30. Bonner Theologisches Gespräch** „Bringt die Bibelkritik den Glauben aus der Fassung?“  
**Landesbischof D. Horst Hirschler**  
24. Juni 1996
- 31. Bonner Theologisches Gespräch** „Lammfromm oder knallhart?“  
Zum Sozialwort der Kirchen  
**Präses i. R. D. Hans-Martin Linnemann**  
11. März 1997
- 32. Bonner Theologisches Gespräch** „Wie viel Kirche braucht das Land?“  
**Bischof Dr. Klaus Engelhardt**  
08. September 1997
- 33. Bonner Theologisches Gespräch** „Soll ich meines Bruders Hüter sein? – die Menschenrechte als Aufgabe der Kirchen“  
**Bischof Christian Krause**  
8. Dezember 1997
- 34. Bonner Theologisches Gespräch** „Was muss sich ändern? Wer muss sich ändern? Erwartungen an Theologie und Kirche“  
**Ulrich Parzany**  
16. März 1998

- 35. Bonner Theologisches Gespräch** „Der Charme des Fundamentalismus – Über die Attraktivität des Totalitären in neuen religiösen Bewegungen  
**Dr. Michael Nüchtern**  
25. Mai 1998
- 36. Bonner Theologisches Gespräch** „Das ‚unheilige‘ Leben? Ethische Überlegungen aus Anlass des Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin“  
**Prof. Dr. Dr. Walther Zimmerli**  
29. Juni 1998
- 37. Bonner Theologisches Gespräch** „Kirche in der Zeitenwende“  
**Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber**  
22. März 1999
- 38. Bonner Theologisches Gespräch** „Wie tolerant ist christlicher Glaube? Vom Umgang mit anderen Religionen“  
**Präses Christoph Morgner**  
10. Mai 1999
- 39. Bonner Theologisches Gespräch** „Das Verhältnis von Kirche und Staat – der Beitrag des Rechts in 50 Jahren“  
**Prof. Dr. Josef Isensee**  
18. Oktober 1999
- 40. Bonner Theologisches Gespräch** „Ohne Kirche ist kein Staat zu machen“  
**Bischof Dr. Hartmut Löwe**  
15. November 1999

# Berliner Theologische Gespräche

- 1. Berliner Theologisches Gespräch** „Kirche – Gesellschaft – Staat.  
Was verändert sich – was bleibt?“  
**Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber**  
24. Januar 2000
- 2. Berliner Theologisches Gespräch** „Von der Volkskirche zur Bekenntnis-  
gemeinde – Wohin führt der Weg der  
Evangelischen Kirche?“  
**Bischof Axel Noack**  
16. Mai 2000
- 3. Berliner Theologisches Gespräch** „Dem Menschen zugewandt – welche  
Zukunft hat die Diakonie?“  
**Pfarrer Jürgen Gohde**  
26. September 2000
- 4. Berliner Theologisches Gespräch** „Gleichgeschlechtliche Lebenspartner-  
schaft. Evangelische Verantwortung und  
politische Herausforderung“  
**Wolfgang Bosbach MdB und  
Prof. Dr. Martin Honecker**  
27. November 2000
- 5. Berliner Theologisches Gespräch** „Euthanasie! Ein humaner Tod?“  
**Bischof a.D. Eduard Berger und  
Dr. Frank Montgomery**  
23. Januar 2001
- 6. Berliner Theologisches Gespräch** „Gentechnologie – Fluch oder Segen?“  
**Prof. Dr. Hartmut Kreß und  
Werner Lensing MdB**  
27. März 2001



- 7. Berliner Theologisches Gespräch** „Zukunft ohne Familie? Familie ohne Zukunft? Familienpolitik in Deutschland“  
**Prof. Dr. Hans-Günter Krüsselberg und Rainer Eppelmann MdB**  
26. Juni 2001
- 8. Berliner Theologisches Gespräch** „Der Mauerbau und die Christen in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme“  
**Dr. Martin Kruse und Günter Nooke MdB**  
09. Oktober 2001
- 9. Berliner Theologisches Gespräch** „Gerechter Friede! Gerechter Krieg? Antworten aus Christentum und Islam“  
**Prof. Dr. Wilfried Härle und Prof. Dr. Ursula Spuler-Stegemann**  
27. November 2001
- 10. Berliner Theologisches Gespräch** „Der Import von embryonalen Stammzellen. Geboten oder verboten? Am Tag vor der Entscheidung des Deutschen Bundestages“  
**Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber und Dr. Gerd Kempermann**  
29. Januar 2002
- 11. Berliner Theologisches Gespräch** „Lufthoheit über den Kinderbetten? Wer erzieht unsere Kinder? Öffentliche und/oder private Kindererziehung im gesellschaftlichen Kontext“  
**Ilse Falk MdB und Gabriele Pursian**  
03. Februar 2003

- 12. Berliner Theologisches Gespräch** „Krieg und Frieden! – Eine Frage von Fundamentalismus“  
**Dr. Wolfgang Schäuble MdB und EKD-Präses Kock**  
11. März 2003
- 13. Berliner Theologisches Gespräch** „Abschied in Würde – Alternativen zur aktiven Sterbehilfe“  
**Prof. Dr. Ulrich Eibach und Prof. Dr. med. Eberhard Klaschik**  
10. Dezember 2003
- 14. Berliner Theologisches Gespräch** „Grenzen der pluralen Gesellschaft – Welche Werte sind für uns verbindlich“  
**Dr. Werner Thiede und Prof. Dr. Bassam Tibi**  
26. Mai 2004
- 15. Berliner Theologisches Gespräch** „Zwischen Sicherheit und Freiheit – Politische und ethische Herausforderungen angesichts neuer globaler Bedrohungen“  
**Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann und Elmar Theveßen**  
18. Mai 2006
- 16. Berliner Theologisches Gespräch** „Herausforderung Patientenverfügung – Welche rechtlichen Regelungen brauchen wir?“  
**Wolfgang Bosbach MdB, Prof. Dr. Wilfried Härle, Prof. Dr. Christof Müller-Busch und Wolfgang Zöllner MdB**  
08. Oktober 2007



# Literaturverzeichnis

## Quellen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin (ACDP).

Archiv Gottfried Mehnert, Marburg (Archiv Mehnert).

Archiv Karl Friedrich Schramm, Wachtberg-Pech (Archiv Schramm).

Archiv der Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Berlin.

Evangelische Verantwortung, die Zeitschrift des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EV), hrsg. vom Bundesvorstand des EAK.

Deutschland Union Dienst (DUD).

## Sekundärliteratur (in Auswahl)

*Adenauer, Konrad*, Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965.  
Ders., Erinnerungen 1953-1955, Stuttgart 1966.

*Barschel, Uwe*, (Hrsg.) Im Dienst für die Freiheit. Kai-Uwe von Hassel zum 70. Geburtstag, bearbeitet von Walter Bernhardt, Neumünster 1983.

*Börner, Weert*, Hermann Ehlers, Hannover 1963.  
Ders., Hermann Ehlers und der Aufbau einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Bonn 1967.

*Buchstab, Günter, Gotto, Klaus* (Hrsg.), Die Gründung der Union, Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, 2. Aufl. München 1990

*Egen, Peter*, Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bochum 1971.

*Erdmann, Karl Dietrich*, Hermann Ehlers. Präsident des Deutschen Bundestages, Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954, hrsg. und eingeleitet für die Hermann-Ehlers-Stiftung von Karl Dietrich Erdmann, bearbeitet von Rüdiger Wenzel. Boppard am Rhein 1991.

*Hahn, Wilhelm*, Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981.

*Halfmann, Wilhelm*, Predigten, Reden, Aufsätze, Briefe. Aus dem Nachlass zusammengestellt und bearbeitet von Wilhelm Otte, Karl Hauschildt und Eberhard Schwarz, hrsg. von Johann Schmidt, Kiel 1964.

*Heidtmann, Günter*, (Hrsg.) Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945-1964, 3. Aufl., Berlin 1964.

*Hessische Landesregierung*, (Hrsg.) Elisabeth Schwarzhaupt. Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin (1901-1986), Freiburg i. Br. 2001.

*Herzog, Roman*, EAK-Bundesvorsitzender 1978-1984. Aus Reden und Schriften, hrsg. vom Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn 1984.

*Jenninger, Philipp* (Hrsg.), Unverdrossen für Europa. Festschrift für Kai-Uwe von Hassel zum 75. Geburtstag, in Zusammenarbeit mit Karl Josef Hahn, Thomas Jansen, Karl Wilhelm Pohl, Hans Schwüppe, Monika Weichert-von Hassel. Baden-Baden 1988.

*Jürgensen, Kurt*, Die Stunde der Kirche. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg. Neumünster 1976.

*Kleinmann, Hans-Otto*, Geschichte der CDU 1945-1982, hrsg. von Günter Buchstab, Stuttgart 1993.

*Kunst, Hermann, Kohl, Helmut, Egen, Peter* (Hrsg.), Dem Staate verpflichtet. Festgabe für Gerhard Schröder, Stuttgart, Berlin 1980.

*Lindemann, Helmut, Gustav Heinemann*. Ein Leben für die Demokratie, München 1978.

*Meier, Andreas*, Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik, Bonn 1991.

*Meißner, Christian*, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU – Ein ökumenischer Beitrag, in: Die Politische Meinung (KAS), Nr. 402, Mai 2003, S. 37-42.

*Picker, Rolf*, Der Evangelische Arbeitskreis der CSU, Bezirksverband Oberbayern und seine Kreisverbände Starnberg, Miesbach, Mühldorf, Landsberg, München-Land, München 1994.

*Rachel, Thomas*, Mehr Gerechtigkeit durch neue Freiheit – Christliches Menschenbild soll für die CDU auch weiterhin zukunftsweisend sein, in: Zeitzeichen – Ev. Kommentare zu Religion und Gesellschaft, Heft 11 (2006), S. 12-14.

*Schramm Friedrich*, (Hrsg.) Hermann Ehlers. Um dem Vaterland zu dienen. Reden und Aufsätze, Köln 1955.

*Schröder, Gerhard*, Wir brauchen eine heile Welt. Politik in und für Deutschland, hrsg. und bearbeitet von Dr. Alfred Rapp. Düsseldorf, Wien 1963.

*Schwarz, Hans-Peter*, Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952. 3. Aufl., Stuttgart 1986 (Adenauer I). Ders., Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991 (Adenauer II).



# Sachregister

## A

allg. Wehrpflicht	19, 35
Antidiskriminierungsgesetz	156
Antikatholizismus	25
Antikommunismus	105
Anthropologie	65
Arbeit	66, 116, 132, 135, 137, 166, 167, 180
Arbeitslosigkeit	121
Asyl	116, 138
Atombewaffnung	48
Atomenergie	91
Atomkrieg	91
außerparlamentarische Opposition (APO)	60

## B

Barmer Theologische Erklärung	28, 84
Bekennende Kirche	9, 10, 12, 28
Bildung	11, 49, 57, 59, 66, 71, 93, 120, 136, 137, 144, 170
Bildungspolitik	172, 177
Bundestagung	22, 24, 26, 34, 35, 44, 47, 48, 49, 51, 52, 54, 56, 57, 59, 62, 63, 65, 66, 68, 70, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 83, 84, 86, 87, 89, 92, 93, 95, 96, 99, 103, 104, 105, 106, 107, 109, 110, 111, 112, 115, 116, 117, 118, 119, 122, 123, 126, 127, 129, 131, 135, 137, 138, 139, 140, 144, 147, 151, 152, 155, 156, 160, 164, 166, 167, 170, 171, 174, 175, 179, 180, 183, 186, 188, 189, 191, 194, 196



## C

Christenlehre	120, 121
Christentum	103, 152, 172
Christenverfolgung	174, 175, 183, 184
christliches Menschenbild	8, 71, 106, 107, 138, 161, 163, 165, 167, 170, 172, 173, 174, 175, 181, 184, 192
Christlich-Sozialer Volksdienst	9, 17

## D

Darmstädter Erklärung	11
Demographischer Wandel	180
Demokratiedenkschrift	31
Deutschland-Forum	112, 113, 116
Diakonie	70
Diskussionspapier „Zur wirtschaftl. und sozialen Lage in Dtschl.“	135

## E

Ehe	81, 124, 128, 144, 157, 160, 167, 170, 187
Eherechtsreform	70
(deutsche) Einheit	19, 24, 25, 47, 110, 111, 112, 113, 119, 186
Einwanderungspolitik	116
Embryonale Stammzellforschung	173, 174
Energiepolitik	85, 190
Entchristlichung	139
Entwicklungspolitik	85, 89, 116
Erziehung	19, 26, 49, 71, 123, 136, 138, 155, 157, 164
Esslinger Gespräch	85
Ethik	54, 70, 104, 128, 136, 146, 162, 167, 188

Europa	18, 19, 25, 27, 47, 52, 63, 71, 75, 83, 109, 118, 122, 138, 142, 154, 156, 161, 167, 196
Europäische Verteidigungsgemeinschaft	17, 18
EU-Verfassung	154, 156, 164, 167
Evangelischer Kirchentag	21, 57, 66, 70, 71, 74, 82, 84, 91, 94, 95, 105, 132, 133, 134, 138, 139, 140, 141, 149, 151, 159, 160, 167, 178, 181, 186, 191
Evangelische Tagung im Rheinland	10, 12
Evangelische Verantwortung (Zeitschrift des EAK)	7, 22, 55, 56, 57, 59, 62, 63, 66, 89, 95, 96, 104, 107, 123, 124, 138
evangelische Verantwortung	15, 41, 44, 52, 155, 158, 168
<b>F</b>	
Familie	20, 49, 146, 159, 169
Familienpolitik	50, 85, 122, 124, 159
Finanz- und Wirtschaftskrise	181
Flucht	109, 116
Fortschritt	65, 103, 140, 167
Frankfurter Erklärung	140
Frau, Frauenpolitik	49, 50, 69, 100, 105, 124
Freiheit	18, 19, 24, 26, 27, 33, 37, 42, 43, 48, 49, 51, 56, 62, 64, 70, 71, 75, 77, 93, 96, 106, 109, 111, 118, 119, 135, 136, 140, 141, 150, 154, 158, 163, 164, 165, 169, 170, 175, 179, 180, 182, 187, 194
Frieden	17, 19, 26, 27, 37, 63, 86, 89, 90, 93, 96, 105, 106, 107, 109, 113, 119, 120, 147, 148, 149, 153, 155, 156, 175-178
<b>G</b>	
Geist	27, 41, 52, 57, 164, 196
Generationswechsel	62
Gentechnologie	122

(soziale) Gerechtigkeit	63, 64, 96, 103, 113, 118, 121, 137, 138, 146, 163, 177
Gesellschaftspolitik	49, 70
Gesundheitsvorsorge	70
Gesundheitssystem	144
Gewalt	17, 26, 86, 153, 154, 170, 177
Gleichberechtigung	113, 154
gleichgeschlechtliche Partnerschaft	124, 139
Grundsatzprogramm der CDU	124, 125, 126, 127, 163, 173
Grundwerte	75, 104, 140, 163, 164, 183
<b>H</b>	
Hermann-Ehlers-Stiftung	33, 35, 62, 193
Hermann-Ehlers-Medaille	158, 171, 186
Hochtechnologie	91
<b>I</b>	
Immigration	122
Integrationspolitik	156, 168
Irak-Krieg	152, 158,
Islam	103, 148, 154, 169, 170, 175, 184, 185
<b>J</b>	
Jugend	59, 113, 124, 129, 131, 133, 188
<b>K</b>	
Kasseler Erklärung	44, 46
Kirchen in der DDR	82, 102, 103, 107, 112, 186
Kirchenasyl	138
Klerikalisierung	28, 33
Kommission „Wirtschaftsethik“	89
Kommunismus	54, 106, 135
Konfessionalisierung	28, 33
Kopftuchverbot	154, 155
Kulturpolitik	43

## **L**

Leitkultur	122, 160, 168, 169
LER (Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde)	136
Lutherischer Weltbund	83

## **M**

Macht	10, 11, 57, 59, 93
„Markt der Möglichkeiten“	66, 70, 91, 132, 159
Materialismus	43
Mauerbau	56
Medien	63, 89, 96, 102, 113, 129, 142, 159, 164, 166, 185, 187
Menschenwürde	111, 127, 157, 164
Menschenrechte	106, 155, 175, 177, 184
Migration	116
Militärseelsorge	82, 121, 122, 135
Montanunion	47

## **N**

Nation	42, 66
Nürnberger Erklärung	109

## **O**

Ökologie	103
Ökumene	25, 149
Ökumenischer Rat der Kirchen	83
Ökumenischer Kirchentag	149, 181
Ordnung	18, 20, 37, 57, 75, 81, 89, 97, 104, 106, 118, 135, 158, 161, 169
Osteuropapolitik	57

## **P, Q**

parlamentarische Demokratie	31, 75
Parteiverdrossenheit	84
Patientenverfügung	167, 172, 173
Pflegeversicherung	132

„Pforzheimer Thesen“	66
Politischer Club	66
Präimplantationsdiagnostik (PID)	140, 154, 187, 188
Pränatale Diagnostik	122
Protestantismus	7, 48, 96, 171, 187, 191
<b>R</b>	
Rat der Ev. Kirche in Deutschland (EKD)	10, 11, 17, 100, 102, 118, 148, 172
Reform des § 218	70, 81, 85
Reformation	119, 195, 196
Reformierter Bund	36, 94
Religionsfreiheit	175, 183-186
Religionsunterricht	19, 83, 85, 120, 121, 123, 127, 136, 137, 139, 152, 160, 161, 175, 177
Rohstoffkrise	81
<b>S</b>	
Schloss-Burger-Gespräch	85
Schulpolitik	26
Selbstbestimmung	37, 52, 64, 172
Selbstverständnis	37, 77, 79, 81, 167, 196
Sexualstrafrecht	81
Sicherheit(spolitik)	11, 12, 18, 44, 48, 63, 64, 81, 86, 148, 175, 176, 190
Simmerner Gespräch	85
Solidarität	75, 145, 148, 158, 164, 165, 180, 186
Sonn- und Feiertagsschutz	160, 166, 167
Souveränität	18, 35, 66
Soziale Marktwirtschaft	20, 26, 43, 52, 70, 71, 85, 89, 103, 104, 122, 124, 137, 163, 175, 179
soziale Sicherung	49
Sozialethik	26, 43, 49, 194
Sozialismus	47, 71, 106, 116
Sozialistischen Deutschen	
Studentenbund (SDS)	60
sozialliberale Regierung	75, 88, 94
Sozialordnung	111

Sozialpolitik	20, 26, 103
Staat	10, 18, 28, 31, 33, 36, 37, 44, 49, 50, 57, 59, 62, 66, 96, 97, 102, 121, 126, 129, 135, 138, 170, 186
Sterbebegleitung	152, 167
Strafrechtsreform	70
Studiengruppe	54, 55, 63, 68, 69, 76
Synode der EKD	10, 102, 135, 159, 190
<b>T</b>	
technischer Fortschritt	103
Technologie	91, 103
Terrorismus	86, 148, 155, 177
Theologie	10, 51, 55, 68, 70, 81, 86, 100, 128, 169, 196
Theologische Gespräche	69, 77, 83, 100, 103, 107, 111, 116, 124, 125, 145, 148, 152, 157, 161, 169, 172, 185
Tübinger Memorandum	56
<b>U</b>	
Umwelt- und Energiepolitik	85, 116, 124, 189
Umwelt(schutz)	63, 64, 70, 76, 91, 116, 120, 124, 189, 190
Umweltkrise	81
Umweltproblematik	57
UN(O)	147, 149, 153, 185
<b>V</b>	
Versorgungsstaat	49
Verteidigung	17, 18, 19, 37, 47, 48, 85, 113, 175, 176, 177
<b>W</b>	
Wehrdienstverweigerung	85
Weimarer Republik	9, 17
Westintegration	11

Wiedervereinigung	12, 17, 18, 24, 33, 42, 47, 107, 109, 110, 111, 113, 116, 119, 120, 121, 158, 186
Wirtschaft	26, 43, 50, 84, 103, 136, 178, 179, 196
Wirtschafts- und Agrarpolitik	65
Wirtschafts- und Sozialpolitik	26
Wirtschaftswunder	60

## **X,Y,Z**

# Personenregister

## A

Adam, Silke	139
Adenauer, Konrad	10, 11, 12, 18, 20, 21, 27, 33, 42, 50, 60
Albrecht, Ernst	104
Amelung, Eberhard	55, 56, 57, 59, 62
Annecke, Horst	111
Appel, André	83
Arndt, Adolf	55
Asmussen, Hans	28, 50

## B

Baake, Wolfgang	166
Bach, Ernst	9, 12, 15, 59, 60, 61
Bahr, Egon	66
Baldermann, Ingo	136
Barth, Hans-Martin	169
Barth, Hermann	155
Barth, Karl	9, 18, 52
Barzel, Rainer	60, 66, 68
Bausch, Paul	9
Beckstein, Günther	145, 146
Beier, Peter	117
Benda, Ernst	132
Bender, Hans-Michael	188
Berger, Klaus	161
Biedenkopf, Kurt	75, 116, 138
Binder, Heinz-Georg	82, 83, 96
Bismarck, Philipp von	63, 64, 70
Blüm, Norbert	111, 137
Böhmer, Wolfgang	152, 153
Böhr, Christoph	169
Börner, Weert	35
Bolewski, Hans	70



Borchert, Jochen	126, 127, 129, 130, 131, 134, 137, 138, 141, 147, 149, 150, 151
Bosbach, Wolfgang	172
Brakelmann, G.	124
Brandt, Willy	65, 68
Bucerius, Gerd	11
Bush, George W.	148
Bush jr., George W.	148

## C

Carstens, Karl	84
Cherdron, Eberhard	166
Cevik, Ertan	185
Cillien, Adolf	9, 20, 39

## D

de Maizière, Lothar	116
de Maizière, Ulrich	85
Dehn, Günther	9
Deringer, Arved	63
Dibelius, Otto	31, 35
Diem, Hermann	10
Dollinger, Werner	60, 63, 100, 116, 132, 144, 174
Dröge, Markus	189
Duchardt, Heinz	109

## E

Eberhardt, Katrin	106
Egen, Peter	62, 74, 77, 84, 85
Ehlers, Hermann	9, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 32, 33, 34, 35, 39, 41, 42, 47, 48, 77, 118, 122, 155, 157, 158, 193, 196
Engelhardt, Klaus	125, 128
Eppelmann, Rainer	113
Erdmann, Karl-Dietrich	10, 35
Erhard, Ludwig	26, 43, 51, 58, 59, 60

Ettling, Erwin 63  
Etzel, Franz 47

## F

Felmborg, Bernhard 138, 139, 146, 147, 171, 184  
Fink, Ulf 112, 113  
Fischer, Martin 36  
Fischer, Ulrich 161  
Forck, Gottfried 113  
Fratscher, Arnold 9  
Friedrich, Ingo 160, 174

## G

Gablentz, Otto-Heinrich v. d. 42  
Gaede, Horst 116  
Gauck, Joachim 123  
Geisler, Hans 115  
Geißler, Heiner 76, 107  
Gerstenmaier, Eugen 11, 34, 39, 51  
Gollwitzer, Helmut 69, 165  
Gorbatschow 107, 109  
Gramsch, Alfred 9  
Gröhe, Hermann 185, 186  
Gönner, Tanja 189

## H

Härle, Wilfried 174  
Hackler, Dieter 162, 168, 188  
Hackler, Erhard 99, 106  
Hahn, Wilhelm 51, 52, 54, 55, 59, 63, 63, 78, 79  
Halfmann, Wilhelm 48, 49  
Hammelsbeck, Oskar 9  
Hassel, Kai-Uwe von 33, 39, 51, 54, 58, 60, 62, 70, 79, 93, 100, 193  
Heide, Birgit 106, 127, 139  
Heiler, Annemarie 9  
Heinemann, Gustav 9, 10, 11, 12, 17, 18, 21, 24, 25, 44, 55

Heitmann, Steffen	126
Held, Heinrich	36
Helwig, Gisela	82
Hermann, Hans	57
Herntrich, Volkmar	42
Herrfahrdt, Heinrich	57
Herzog, Roman	66, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 84, 87, 88, 90, 92, 93, 95, 96, 99, 100, 134, 141, 142, 143
Hild, Helmut	69, 94
Hintze, Peter	68, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 123, 125, 133, 151, 187
Holzapfel, Friedrich	2, 20
Honecker, Erich	106
Honecker, Martin	66, 100
Huber, Wolfgang	105, 137, 145, 159, 171, 179
Husfeldt, Paul	9
Hussein, Saddam	147, 149
<b>I</b>	
Immer, Karl	55
Isernhagen, Gustav	160
Iwand, Hans-Joachim	36, 55
<b>J</b>	
Jünger, Eberhard	68, 69
Jung, Hans-Gernot	77
<b>K</b>	
Käßmann, Margot	157, 159
Kaltefleiter, Werner	69
Kampf, Sieghard Carsten	100, 116
Kartmann, Norbert	188
Kelek, Necla	171
Keler, Hans von	107
Kloppenburg, Heinz	55
Klose, Hans-Ulrich	117

Kirchhof, Paul	145
Kirsch, Guy	92
Köhler, Horst	176, 178
Körtner, Ulrich	152
Kock, Manfred	140, 143, 148, 149, 151
Kohl, Helmut	65, 66, 71, 74, 75, 76, 77, 84, 93, 94, 96, 102, 104, 105, 106, 109, 112, 120, 122, 128, 131, 136, 137, 138, 142, 149, 186
Koppe, Rolf	155
Kraske, Konrad	63, 79
Krause, Günter	116
Kreußel, Alfons	59
Krug, Peter	176
Küng, Hans	175
Künneth, Walter	31, 52
Kunst, Hermann	85, 118
<b>L</b>	
Lammert, Norbert	168
Lafontaine, Oskar	120
Langguth, Gerd	63
Lauffs, Hellmut	9
Lehr, Robert	9, 12
Leich, Werner	103
Lemmer, Ernst	42
Leyen, Ursula von der	157
Lieberknecht, Christine	111, 115, 140, 155, 160, 188
Lilje, Hanns	17, 62
Link, Christoph	161
Linz, Friedrich	9
Löwe, Hartmut	89, 104, 135
Lohse, Eduard	83, 104
Lübke, Friedrich-Wilhelm	27
Luther, Martin	95, 118, 119, 136, 163, 166, 177
Lutze, Hermann	9

## M

Martin, Albrecht	70, 89, 94, 99, 100, 101, 102, 103, 105, 112, 119, 122, 133, 195
Martin, Berthold	56, 59
Marx, Emil	31
Mehnert, Gottfried	122, 129
Meier, Andreas	35
Meißner, Christian	147, 195
Merbach, Wolfgang	189
Merkel, Angela	123, 126, 132, 134, 138, 140, 141, 142, 147, 151, 155, 159, 162, 163, 165, 175, 181, 189
Meseke, Hedda	116
Moltmann, Jürgen	189
Müller, Eberhard	17
Müller, Gottfried	113, 116
Müller, Peter	145, 165
Müller-Armack, Alfred	52
Müller-Busch, Christof	172
Müller-Vogg, Hugo	166
Mumm, Reinhard	17

## N

Nagel, Eckhard	159
Naumann, Friedrich	44
Niemöller, Martin	10, 11, 12, 13, 17, 18, 24
Niesel, Wilhelm	36
Nipkow, Karl-Ernst	136
Noack, Axel	152, 153
Nooke, Günter	177

## O

Oettinger, Günther	161
Osterloh, Edo	43, 51

## **P**

Papst Johannes Paul II.	149
Pawlowski, Hans-Martin	124
Pannenberg, Wolfhart	57
Peter, Katrin	106, 127
Pferdmenges, Robert	9
Pflüger, Friedberg	155, 177
Pofalla, Ronald	167
Potthast, Karl Heinz	86
Powell, Colin	147

## **Q, R**

Rachel, Thomas	142, 147, 151, 152, 154, 156, 157, 158, 160, 162, 163, 164, 166, 167, 168, 171, 172, 173, 174, 175, 178, 179, 181, 186
Radke, Marlis	116
Radunski, Peter	137
Rau, Johannes	24, 55, 104
Redeker, Martin	31
Regal, Jürgen	111
Rehling, Luise	34, 56
Rendtorff, Trutz	76, 78, 96, 100
Riesenhuber, Heinz	63
Rippel, Otto	9
Röttgen, Norbert	189
Rogge, Joachim	111
Roser, Hans	63
Ruppel, Erich	17

## **S**

Schäuble, Wolfgang	107, 116, 117, 137, 138, 148, 149, 157, 158, 174, 177
Scharf, Kurt	105
Schavan, Annette	173
Schempp, Paul	10
Schelz, Sepp	83, 84
Schindehütte, Martin	185, 186

Schirrmacher, Thomas	184, 185
Schmidt, Christian	176, 188
Schmidt, Helmut	71
Schmidt, Otto	9, 44
Schmithals, Walter	71, 86
Schmude, Jürgen	124
Scharnweber, Julia	139
Schneider, Grete	83
Schneider, Hermann	39
Schramm, Friedrich Karl	28, 35
Schröder, Gerhard (CDU)	39, 40, 42, 44, 46, 47, 49, 51, 52, 53, 55, 57, 58, 59, 60, 63, 64, 66, 70, 74, 75, 76, 77, 79, 81
Schröder, Gerhard (SPD)	147, 159, 160
Schröder, Richard	123
Schröter, Carl	9
Schwarzhaupt, Elisabeth	34, 50
Simpfendorfer, Wilhelm	9
Slenczka, Reinhard	92, 93
Späth, Lothar	83, 136
Spranger, Carl-Dieter	117
Stammler, Eberhard	62
Staudacher, Wilhelm	84, 85, 99, 102
Steltzer, Theodor	9
Steinemann, Inge	63
Stempel, Hans	36
Sterzinski, Georg Maximilian	151
Stoiber, Edmund	144
Stoeckers, Adolf	17
Stolpe, Manfred	102
Stoltenberg, Gerhard	63, 64, 65, 76, 78, 86, 88, 99, 103, 109
Strauß, Franz Josef	86, 87, 88
Strauß, Walter	20, 34, 37, 39, 41, 52, 59
Strümpfel, Hans	22, 41, 42, 55, 58, 62
Süßmuth, Rita	113, 154

**T**

Thadden-Trieglaff, Reinhold von	17
Thielicke, Helmut	52, 62
Tillmanns, Robert	9, 11, 12, 20, 22, 25, 34, 39, 41, 42, 47, 77
Thoben, Christa	113
Töpfer, Klaus	107
Tophoven, Rolf	177

**U**

Ullmann, Wolfgang	113
-------------------	-----

**V**

Vogel, Bernhard	92
Vogel, Friedrich	63, 78, 79, 99, 100
Vogel, Heinrich	36

**W**

Waigel, Theodor	109
Walther, Christian	83
Walz, Hanna	63
Warnke, Jürgen	109
Weiß, Konrad	113, 126
Weizsäcker, Richard von	63, 65, 71, 79, 95, 186, 187
Welck, Karin von	179
Wex, Helga	63
Wilm, Ernst	36
Winkler, Tilmann	124
Wischnath, Rolf	136
Wölber, Hans-Otto	91
Wolff, Karin	160
Wollenweber, Klaus	138
Wuermeling, Franz-Josef	50
Wulff, Christian	155, 159

**X,Y,Z**

Yzer, Cornelia	124
Zöller, Wolfgang	172
Zollitsch, Robert	182





# Bildverzeichnis

1. ACDP IV-001-008/1
2. ACDP Photoarchiv-Ehlers
3. ACDP IV-001-008/1
4. ACDP IV-001-008/1
5. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
6. ACDP Diaarchiv (Wahlplakate), X-031-992
7. ACDP IV-001-025/4
8. ACDP Photoarchiv-Ehlers
9. ACDP IV-001-042/3
10. ACDP Photoarchiv-Tillmanns
11. ACDP Diaarchiv (Wahlplakate) IV-001-025/4
12. ACDP Photoarchiv-Schröder
13. ACDP Photoarchiv EAK
14. ACDP Diaarchiv (Wahlplakate) X-031-290
15. ACDP Diaarchiv (Wahlplakate) X-031-289
16. ACDP Diaarchiv (Wahlplakate) X-031-377
17. ACDP Photoarchiv-Schwarzhaupt
18. ACDP Diaarchiv (Wahlplakate) X-031-376
19. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
20. ACDP Photoarchiv EAK
21. ACDP Photoarchiv EAK
22. ACDP Photoarchiv EAK
23. ACDP Photoarchiv-Ernst Bach
24. ACDP IV-001-008/1
25. ACDP Photoarchiv EAK
26. ACDP Photoarchiv EAK
27. ACDP Photoarchiv EAK Bundesgeschäftsstelle
28. ACDP IV-001-022/4
29. ACDP IV-031-023/1
30. ACDP Photoarchiv EAK
31. ACDP Photoarchiv EAK
32. ACDP Photoarchiv EAK
33. ACDP Photoarchiv EAK
34. ACDP Photoarchiv-Herzog

35. ACDP IV-031 noch nicht archiviert
36. ACDP Photoarchiv EAK
37. ACDP Photoarchiv-Staudacher
38. ACDP Photoarchiv EAK
39. ACDP Photoarchiv EAK
40. ACDP IV-001 noch nicht archiviert
41. ACDP Photoarchiv EAK
42. ACDP Photoarchiv EAK
43. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
44. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
45. ACDP Photoarchiv EAK
46. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
47. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
48. ACDP Photoarchiv Hintze
49. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
50. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
51. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
52. idea-bild
53. CDU Biddatenbank
54. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
55. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
56. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
57. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
58. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
59. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
60. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
61. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
62. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
63. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
64. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
65. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
66. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
67. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
68. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (idea)
69. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (Joachim Wolf, J.W.)
70. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
71. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (idea)

72. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
73. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
74. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
75. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
76. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
77. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
78. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
79. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
80. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
81. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
82. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
83. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
84. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
85. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
86. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
87. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle
88. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (J.W.)
89. Archiv EAK Bundesgeschäftsstelle (Johanna Schulze)



# Fußnoten

- (1) Peter Egen, Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bochum 1971, 21.
- (2) Vgl. Kurt Jürgensen, Die Stunde der Kirche, Neumünster 1976, 154-159.
- (3) Egen, Entstehung 43. Dass es auch konfessionelle Probleme gab, wird trotzdem berichtet, vgl. Anselm Doering-Manteufel, Die „Frommen“ und die „Linken“ vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staates. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU, in: der./Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.), Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart-Berlin-Köln 1990, 88-108.
- (4) Vgl. Egen, Entstehung, 18-46.
- (5) Egen, Entstehung, 59f.
- (6) Egen, Entstehung, 55.
- (7) Hans-Peter Schwarz, Adenauer I. Der Aufstieg: 1876-1952, 3. Aufl. Stuttgart 1991, 629 u. 647.
- (8) Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1966, 375f.
- (9) Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, 368.
- (10) Schwarz, Adenauer, Der Aufstieg: 1876-1952, 777.
- (11) Egen, Entstehung, 72.
- (12) Andreas Meier, Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik, Bonn 1991, 273-288.
- (13) Egen, Entstehung, 90f.
- (14) Egen, Entstehung, 92f.
- (15) Hermann Ehlers, Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Boppard am Rhein 1991, 87, Anm. 1.
- (16) Egen, Entstehung, 97ff., ACDP IV-001-008/1.
- (17) Gottfried Mehnert, Evangelische Kirche und Politik 1917-1919, Düsseldorf 1959, 27f.
- (18) Egen, Entstehung, 93.
- (19) Egen, Entstehung, 86.
- (20) Egen, Entstehung, XXIX.

- (21) Egen, Entstehung XXX, vgl. zu den Gründungsjahren des Evangelischen Arbeitskreises: Torsten Oppelland, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 1952-1966, in: Historisch-Politische Meinungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, hrsg. Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann, 5. Jahrgang, Köln 1998, 105-143, sowie Gerhard Besier, „Christliche Parteipolitik“ und Konfession. Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, in: ders., Die Evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze, Bd. 2 (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5/2), Neukirchen/Vluyn 1994, 108-130.
- (22) Egen, Entstehung, XXVII ff.
- (23) Egen, Entstehung, XXXVI.
- (24) Egen, Entstehung, XXXVII.
- (25) Egen, Entstehung, XXXVIII.
- (26) Egen, Entstehung, XL.
- (27) Egen, Entstehung, XLI.
- (28) Egen, Entstehung, XLI.
- (29) Egen, Entstehung, XLII.
- (30) Egen, Entstehung, XLII.
- (31) ACDP IV-001-008/1.
- (32) Egen, Entstehung, 106f.
- (33) ACDP IV-001-008/1.
- (34) Archiv Schramm.
- (35) Egen, Entstehung, 157ff.
- (36) Vgl. hierzu: Ludwig Dehio, Deutsche Politik an der Wegegabel, in: Ludwig Dehio, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Frankfurt, Hamburg 1961, 127-137, aus: Außenpolitik, Augustheft 1955.
- (37) Die Entschließungen der Bundestagung, in: ACDP IV-001-008/2.
- (38) ACDP IV-001-008/2.
- (39) Text des Manifests, in: ACDP IV-001-008/2.
- (40) Redeauszüge, in: ACDP IV-001-008/2.
- (41) ACDP IV-001-012/3.

- (42) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juni 1953.
- (43) Fernschreiben Erhards und Brief Adenauers, in: ACDP IV-001-008/2.
- (44) Kurzprotokoll des Geschäftsführenden Ausschusses vom 11. Juni 1953, in: ACDP IV-001-002/1.
- (45) Ehlers, Präsident des Deutschen Bundestages 400; 405-411.
- (46) Meier, Ehlers, 333.
- (47) ACDP IV-001-002/1.
- (48) Natürlich kam es aber immer wieder zu Spannungen zwischen den Konfessionen. Ein Beispiel, das für Aufsehen sorgte, sei genannt. Der Würzburger Bischof Dr. Hans Döpfner weigerte sich, die Zuckerfabrik in Ochsenforth zu betreten, solange ein evangelischer Geistlicher anwesend war.
- (49) Archiv Schramm.
- (50) Die Barmer Theologische Erklärung, Einführung und Dokumentation, hrsg. von Alfred Burgsmüller und Rudolf Weth, Neukirchen, 2. Aufl. 1984.
- (51) Demokratiedenschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland: „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe.“, 1985.
- (52) ACDP IV-001-008/3.
- (53) Referat Redekers, in: ACDP IV-001-008/3.
- (54) ACDP IV-001-008/3.
- (55) Monika Weichert-von Hassel, Kärnerarbeit vor Ort. Aus der Gründungsgeschichte der Hermann-Ehlers-Stiftung, in: Philipp Jenninger (Hrsg.), „Unverdrossen für Europa“. Festschrift für Kai-Uwe von Hassel zum 75.Geburtstag, 1988.
- (56) Gerhard Besier, Hermann Ehlers. Ein evangelischer CDU-Politiker zur Frage der deutschen Einheit, in: Kerygma und Dogma, 36. Jg. 1990/2, 80-109.
- (57) Lt. Auskunft von Ehlers' damaligen persönlichen Referenten Karl Friedrich Schramm.
- (58) Vgl. Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 18. November 1954, in: ACDP IV-001-002/1.
- (59) siehe Literaturverzeichnis, auch zum Folgenden.
- (60) Evangelische Verantwortung (EV) 3.Jg. Nr. 5.
- (61) Günter Heidtmann (Hrsg.), Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945-64. Berlin o.J., 204f.



- (62) Archiv, Schramm.
- (63) ACDP IV-001-009/1, vgl. hierzu auch das folgende Zitat.
- (64) ACDP IV-002-002/1, auch zu den folgenden Zitaten.
- (65) Grußworte im Programmheft der 5. Tagung des EAK, in: ACDP IV-001-010/2.
- (66) ACDP IV-001-010/2.
- (67) ACDP IV-001-010/2.
- (68) Gustav Heinemann setzte sich auch im Deutschen Bundestag mit dem Evangelischen Arbeitskreis auseinander: Am 23. Januar 1958 erläuterte er in einer Grundsatzrede seinen Werdegang seit 1950. Er sagte u.a. folgendes: „Es ist heute ja auch manchmal von allerlei Presseerzeugnissen die Rede gewesen. Es gibt ein Blatt Evangelische Verantwortung, herausgegeben vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU. In der Nummer vor der Wahl, der Nummer vom August 1957, war eine Zuschrift zu lesen, wonach der Westen ja noch eine Waffe gegen das ‚Untier im Osten‘ habe und diese Waffe die aufhaltende Macht gegen den Antichristen im Sinne des 2. Thessalonicherbriefes sei. Ich bitte Sie herzlich, verehrte Freunde von der CDU und dem evangelischen Teil darin: Sorgen sie doch dafür, dass solche Klänge verschwinden. Es geht nicht um Christentum gegen Marxismus (Zurufe von der CDU/CSU: Sondern?) Sondern? Es geht um die Erkenntnis, dass Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle.“, in: H. Lindemann, Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie, München 1978, 180.
- (69) Deutschland-Union-Dienst, 11. Jg., Nr.17, 24. Juni 1957.
- (70) ACDP IV-001-012/3.
- (71) ACDP IV-001-012/1.
- (72) Schwarz, Adenauer II, 359f.
- (73) ACDP IV-001-012/1.
- (74) Gerhard Schröder, Wir brauchen eine heile Welt. Politik in und für Deutschland. Hrsg. und bearbeitet von Alfred Rapp. Düsseldorf, Wien 1963, 157, 160.
- (75) Wilhelm Halfmann, Predigten, Reden, Aufsätze, Briefe. Aus dem Nachlass zusammengestellt und bearbeitet von Wilhelm Otte, Karl Hauschildt und Eberhard Schwarz, hrsg. von Johann Schmidt, Kiel 1964, 279-310.
- (76) ACDP IV-011-012/1.
- (77) ACDP IV-001-012/3.
- (78) Vgl. Werner Dollinger, Gemeinsame Zeiten im Bundeskabinett und im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU mit Elisabeth Schwarzhaupt, 158-161, in: Elisabeth Schwarzhaupt. Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin (1901-1986), hrsg. von der hessischen Landesregierung, Freiburg i. Br. 2001.

- (79) Schwarz, Adenauer II, 698f.
- (80) Rheinischer Merkur, 8. April 1960.
- (81) Gerhard Schröder in der Pressekonferenz bei der Bundestagung in Hamburg am 1. Juni 1961, in: ACDP IV-001-013/2.
- (82) Programmheft der Bundestagung, in: ACDP IV-001-013/2.
- (83) Text der Rede, in: ACDP IV-001-013/2.
- (84) ACDP IV-001-013/2.
- (85) epd-Nord, Nr. 42/1961, in: ACDP IV-001-014/1.
- (86) Pressestimmen zur Wiesbadener Tagung, in: ACDP IV-001-015/2.
- (87) Text des Referats, in: ACDP IV-001-014/2.
- (88) ACDP IV-001-014/2.
- (89) ACDP IV-001-116, auch zum Folgenden.
- (90) Informationstagung für ev. Journalisten 7. Februar 1966, in: ACDP IV-001-002/1.
- (91) Vertraulicher Informationsbrief des Ev. Presseverbands Schleswig-Holstein 11/1965 über die Auseinandersetzung von Hassels mit den ev. Studentenfarrern, ebenda 2/1962, in: Archiv Mehnert.
- (92) ACDP IV-001-001/3.
- (93) Wilhelm Hahn, Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981, 92f.
- (94) Protokoll der Vorstandssitzung vom 24. Mai 1962, in: ACDP IV-001-001/1.
- (95) Die acht Verfasser waren Rechtsanwalt Hellmut Becker, Präses Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Günter Howe, Georg Picht, Ludwig Raiser und Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker.
- (96) Vgl. dazu: Stimmen zur Denkschrift, Köln 1966, 15, 85ff.
- (97) Deutschland und Osteuropa, EV 10/1966.
- (98) Die staatliche Zukunft des europäischen Ostens, in: EV 2/3 1966.
- (99) EV 4/1963.
- (100) EV 4/1965.
- (101) Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer II, 915.
- (102) Die XXII. Ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS (Resolutionen und Beschlüsse) vom 8. September 1967, Archiv Mehnert.

- (103) Vgl. EV 4/5 1969.
- (104) EV 11/12 1970.
- (105) EV 9/1970.
- (106) ACDP IV-001-022/3.
- (107) ACDP IV-001-025/1.
- (108) Berichtsheft der Pforzheimer Tagung "Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung",  
in: Archiv Mehnert.
- (109) Vgl. hören, handeln, hoffen: 30 Jahre Deutscher Evangelischer Kirchentag, Stuttgart 1979.
- (110) EV 8/1973.
- (111) Berichtsheft der 18. Bundestagung, "Wie wir morgen leben wollen, Hefte 41-43  
der Schriftenreihe der CSU in Bayern, Archiv Mehnert.
- (112) Protokoll, in: Archiv Mehnert.
- (113) Berichtsheft der 19. Bundestagung, "Zukunft und Hoffnung", Archiv Mehnert.
- (114) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 1/1975 und 3/1975.
- (115) Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 13. März 1975, Archiv Mehnert.
- (116) EV 4/1975.
- (117) Protokoll der konstituierenden Sitzung der Studiengruppe vom 14. März 1975,  
Archiv Mehnert.
- (118) Vortragsmanuskript Albrecht Martin, Archiv Mehnert
- (119) Berichtsheft der 20. Bundestagung, "In Glaube und Freiheit verpflichtet" (Archiv Mehnert),  
auch zum Folgenden.
- (120) Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 25. Oktober 1976, Archiv Mehnert.
- (121) Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 5. Oktober 1977, Archiv Mehnert.
- (122) Reden der 21. Bundestagung, hrsg. vom EAK der CDU/CSU, Archiv Mehnert.
- (123) Wie Anm. 109.
- (124) Kopie des Schreibens vom 4. November 1977, Archiv Mehnert.
- (125) Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 5. Oktober 1977, Archiv Mehnert.
- (126) Schreiben des Bundesgeschäftsführers Egen vom 31. Januar 1978 an die Mitglieder  
des Bundesvorstandes, Archiv Mehnert.

- (127) Reden der 22. Bundestagung des EAK, hrsg. vom EAK der CDU/CSU, Archiv Mehnert.
- (128) Notizen über die Sitzung des Bundesvorstandes vom 18. April 1978, Archiv Mehnert.
- (129) Schreiben des Generalsekretärs der CDU, Heiner Geißler, an den EAK-Vorsitzenden Herzog vom 7. Mai 1979 und das Antwortschreiben desselben vom 18. Mai 1979, Archiv Mehnert.
- (130) Dem Staate verpflichtet. Festgabe für Gerhard Schröder, hrsg. von Hermann Kunst, Helmut Kohl und Peter Egen, Stuttgart, Berlin 1980, 137-169.
- (131) Vgl. ACDP IV-001-101.
- (132) ACDP IV-001-111/IV.
- (133) Vgl. EV 7/1979 und 12/1979.
- (134) Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 5. November 1979, Archiv Mehnert.
- (135) Vgl. Anlagen zum Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 5. November 1979, Archiv Mehnert.
- (136) Die Referate der 24. Bundestagung wurden in drei Heften vom EAK veröffentlicht, Archiv Mehnert.
- (137) Dokumentation von Beiträgen, Veranstaltungen und Publikationen des EAK der CDU/CSU „Argumente zur Friedensdiskussion (Bibliothek der KAS Sign. MF2216 EVA 60082999-4).
- (138) Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 13. Juni 1980, Archiv Mehnert.
- (139) Offener Brief vom 15. September 1980, Archiv Mehnert.
- (140) Notizen über die Sitzung, Archiv Mehnert.
- (141) Wie Anm. 124
- (142) Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 11. September 1981, Archiv Mehnert.
- (143) Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 30. Dezember 1981, Archiv Mehnert.
- (144) Die Reden der 25. Bundestagung wurden vom EAK 1982 in vier Broschüren veröffentlicht. Das folgende Zitat in Heft 1 „Christen wissen: Wir haben eine Zukunft“, 20f.
- (145) Vgl. Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 21. Oktober 1982, Archiv Mehnert.
- (146) Denkschrift des Reformierten Bundes, Anfragen des EAK und Antwort des Reformierten Bundes vom 2. November 1982, in: Archiv Mehnert, vgl. auch EV 10/1982.
- (147) Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 28. April 1983, Archiv Mehnert.
- (148) 1983 – Lutherjahr. Zum 500. Geburtstag des Reformators, hrsg. vom Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU.

- (149) Vgl. Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 28. April 1983, Archiv Mehnert.
- (150) Sitzungsprotokoll des Bundesvorstandes vom 21. Juni 1983.
- (151) Diese Rolle hatte ein Thesenpapier des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 1982 empfohlen, vgl. Anlage zum Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 8. März 1982.
- (152) Aufruf in EV 3/84.
- (153) Vgl. Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 29. September 1983, Archiv Mehnert.
- (154) Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 12. Dezember 1983, Archiv Mehnert.
- (155) Vgl. Sitzungsprotokoll der Bundesvorstandssitzung vom 12. Dezember 1983, Archiv Mehnert.
- (156) Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises vom 10. Februar 1984, Archiv Mehnert.
- (157) Vgl. Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 26. März 1984, Archiv Mehnert.
- (158) Die ersten zehn Gespräche sind dokumentiert in: „Bonner Theologische Gespräche“ 1985-1988, hrsg. vom EAK der CDU/CSU, Bonn 1989. Die folgenden wurden in weiteren drei verschiedenen Bänden, die über die Bundesgeschäftsstelle zu beziehen sind, veröffentlicht. Der letzte Band erschien 1999. Die Gesprächsreihe wurde in Berlin unter dem Namen „Berliner Theologische Gespräche“ fortgesetzt. Bis zum März 2002 wurden zehn dieser Gespräche in der Bundeshauptstadt durchgeführt.
- (159) Vgl. epd ZA Nr. 17/1986.
- (160) Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 17. September 1984 und Notizen des Verf. dazu, Archiv Mehnert.
- (161) Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 19. November 1984 und Notizen des Verf. dazu, Archiv Mehnert.
- (162) Vgl. Sitzungsprotokoll vom 19. November 1982, Archiv Mehnert.
- (163) Anlage zum Sitzungsprotokoll vom 13. Dezember 1982, Archiv Mehnert.
- (164) Vgl. Protokolle der Bundesvorstandssitzungen vom 2. Dezember 1985 und 14. Januar 1986, Archiv Mehnert.
- (165) Reden der 27. Bundestagung, hrsg. vom EAK der CDU/CSU als Broschüre, auch zum Folgenden.
- (166) Protokolle der Bundesvorstandssitzung vom 16. Februar 1987 und der Sitzung des Bundesarbeitskreises vom 16. Oktober 1987.
- (167) Sitzungsprotokoll vom 16. Februar 1987.

- (168) Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 14. September 1987, Archiv Mehnert.
- (169) Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, hrsg. v. Dietrich Goldschmidt, Gütersloh 1989, 11-31.
- (170) Miteinander Zukunft gewinnen. 28. Bundestagung, Karlsruhe 16.-18. Oktober 1987, hrsg. vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, 10.
- (171) Miteinander Zukunft gewinnen, 73.
- (172) Texte der Reden der 30. Bundestagung, ACDP.
- (173) Parteien im Aufbruch. Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990. Melle 1990 (Deutschland-Report 8, hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von Hans-Joachim Veen und Peter R. Weilemann, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung.
- (174) ACDP.
- (175) Auszug aus der Rede in EV 4/1990.
- (176) EV 4/1990.
- (177) EV 6-7/1990.
- (178) ACDP.
- (179) Sitzungsprotokolle des Bundesvorstandes vom 6. September 1990, 27. Oktober 1990 und 28. Januar 1991, jetzt ACDP.
- (180) Sitzungsprotokoll vom 28. Januar 1991.
- (181) Erdmann, Ehlers, Ausgewählte Reden, 357.
- (182) Hermann Kunst, Evangelischer Glaube und politische Verantwortung. Martin Luther als politischer Berater seiner Landesherren und seine Teilnahme an den Fragen des öffentlichen Lebens, Stuttgart 1976, 402.
- (183) Christian Meißner, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU – Ein ökumenischer Beitrag, in: Die Politische Meinung (KAS), Nr. 402, Mai 2003, S. 37-42.
- (184) Thomas Rachel, Mehr Gerechtigkeit durch neue Freiheit – Christliches Menschenbild soll für die CDU auch weiterhin zukunftsweisend sein, in: Zeitzeichen – Ev. Kommentare zu Religion und Gesellschaft, Heft 11 (2006), S. 12-14.
- (185) Wie Anm. 169, Dokumente Nr. 7, 16, 31, 40 und 43.
- (186) Vgl. hierzu Walter Schmithals, Aufgaben und Grenzen einer christlichen Ethik des Politischen, in: Dem Staate verpflichtet. Festgabe für Gerhard Schröder. Stuttgart, Berlin 1990, 37-51.
- (187) Wie Anm. 169, Nr. 42



**ISBN 978-3-00-037436-4**

**Evangelischer Arbeitskreis  
der CDU/CSU**

Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin

[www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)

€ 9.80 (D)

